



## Kulturhoheit

### K. der Länder

als **K. der Länder** Kennzeichnung der primären Gesetzgebungszuständigkeit der Länder insbesondere für das Schul-, Hochschul- und sonstige Erziehungswesen. Die K. der Länder ergibt sich aus der geringen Regelungskompetenz, die das GG dem Bund einräumt (Art. 74 Abs. 1 Nr. 13; 91 a Abs. 1 Nr. 1), und der grundsätzlichen Zuweisung staatlicher Aufgaben an die Länder durch Art. 30. Im Spannungsfeld dieser grundgesetzlichen Festlegungen kommt es im politischen Raum immer wieder zu Diskussionen darüber, inwieweit der Bund kulturpolitische Aufgaben wahrnehmen darf (z. B. auf außenpolitischem Gebiet). Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die K. das Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder.

*Quelle: Duden Recht A-Z. Fachlexikon für Studium, Ausbildung und Beruf. 3. Aufl. Berlin: Bibliographisches Institut 2015. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.*



Bewerten Sie diesen Beitrag: ★★★★★

### Lexika-Suche

Nach Stichwort suchen

Alle

### Publikationen im Shop bestellen

**Das Bundesverfassungsgericht**

Das Bundesverfassungsgericht  
Gesamtheit und Entwicklung

**Dossier**

### Urheberrecht

Früher interessierte es nur Autoren, Künstler und Verlage. Heute betrifft das Urheberrecht uns alle: meist als Treibstoff der Informationsgesellschaft - manchmal aber auch als Sand in ihrem Getriebe.

> Mehr lesen

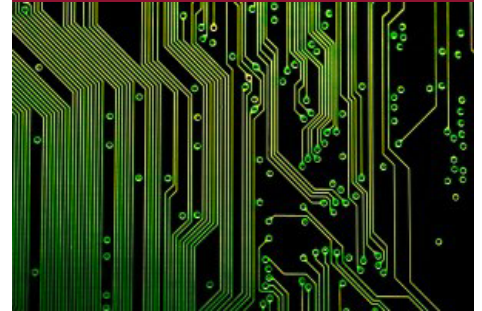
**Dossier**

## Menschenrechte

Auf der Flucht vor Zwangsheirat, hinter Gittern wegen der "falschen" Meinung, in der Textilfabrik von Kindesbeinen an: Auch 70 Jahre nach Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte ist die Frage nach Freiheit und Würde des Menschen aktuell. Sind Menschenrechte universell? Wer verfolgt Verstöße gegen Menschenrechte? Und wie sieht die Situation in verschiedenen Regionen aus?

[> Mehr lesen](#)

## Dossier



## Datenschutz

Was bedeutet Datenschutz? Wie ist er gesetzlich geregelt? Was steckt hinter den Begriffen informationelle Selbstbestimmung und Privatsphäre? Wie können persönliche Daten im Internet geschützt werden? Das Online-Dossier Datenschutz klärt über Hintergründe auf und gibt praktische Handlungsanleitungen zum Thema.

[> Mehr lesen](#)

Politik	Internationales	Geschichte	Gesellschaft	Nachschlagen	Veranstaltungen	Lernen
Hintergrund aktuell	Europa	Nationalsozialismus	Gender	Lexika	Veranstaltungskalender	Unterrichtsthemen
Grundfragen	Weltweit	Deutsche Geschichte	Migration	Zahlen und Fakten	Themen	Formate
Innenpolitik	Asien	Deutsche Einheit	Umwelt	Gesetze	Format	Zielgruppe
Extremismus	Amerika	Zeitgeschichte	Bildung	Datenreport 2018	Zielgruppe	Digitale Bildung
Wahlen	Afrika		Digitales		Netzwerke	Forschen mit GrafStat
Wirtschaft			Medien & Sport		Dokumentation	Projekte

[IMPRESSUM](#)

[DATENSCHUTZ](#)

[NETIQUETTE](#)

[SITEMAP](#)

[PRESSE](#)

[KONTAKT](#)

[PARTNER](#)

[ZUR MOBILEN WEBSITE](#)

## Social Media



## Weitere Angebote

[17juni53.de](#)

[chronik-der-mauer.de](#)

[kinofenster.de](#)

[wir-waren-so-frei.de](#)

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analysezwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

Demokratie stärken · Zivilgesellschaft fördern

WIR SAGEN ES EUCH

## Wer steht hinter Fridays for Future?

Wer sind die jungen Menschen, die in Deutschland für Klimaschutz auf die Straße gehen? Eine Studie liefert Erkenntnisse.

Tanja Zech / 03.05.2019



Auch in Deutschland demonstrieren Schüler für Klimaschutz

© Tobias Schwarz/Getty Images

Unpolitisch und hedonistisch? Von wegen! Eine Studie über die „Fridays for Future“-Bewegung räumt mit Vorurteilen über die junge Generation auf. In Deutschland und vielen anderen Ländern fordern Schüler von der Politik schnelleres Handeln gegen den Klimawandel.

Allein in Berlin gingen am 29. März etwa 20.000 überwiegend junge Menschen für eine „Fridays for Future“-Kundgebung auf die Straße – der bisherige Höhepunkt der Klimademonstrationen in Deutschland. Ein Grund für die Rekordbeteiligung war die Teilnahme der 16-jährigen schwedischen Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg, die mit ihrem Schulstreik eine internationale Bewegung ausgelöst hat.





### **Klimademonstranten: sehr jung und sehr gut gebildet**

Aber wer demonstriert da eigentlich? Um das herauszufinden, befragten Forschungsgruppen aus neun europäischen Ländern am 15. März 2019 Protestierende anhand eines einheitlichen Schemas. Das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) leitete die Teilstudie für Deutschland. Das fanden die Forscher über deutsche Klimaaktivisten heraus:

- 57,6 Prozent sind weiblich
- das Durchschnittsalter beträgt 25,8 Jahre
- 52,8 Prozent sind 14 bis 19 sind Jahre alt
- 55,6 Prozent streben Fachhochschulreife oder Abitur an oder haben diesen Abschluss schon
- 43,6 Prozent entstammen der oberen Mittelschicht
- 16,8 haben Migrationshintergrund
- 53,3 Prozent verorten sich politisch links

Knapp 20 Prozent sind überzeugt, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen können; weitere 40 Prozent halten dies immerhin für wahrscheinlich. Bemerkenswert ist, dass sich dennoch weniger als jeder Fünfte mit dieser Forderung direkt an eine Politiker oder eine Politikerin gewandt hat. Die Mehrheit bemüht sich, den Lebensstil zu ändern, um das Klima zu schützen. Zum Beispiel durch Konsumverzicht (70,5 %), Ernährungsänderung (68 %), Energiesparen (61 %) und Verzicht auf Flugreisen (39,5 %).

Wer oder was motiviert junge Deutsche, sich den Klima-Demonstrationen anzuschließen? Zu je einem Drittel geben Freunde und soziale Medien den Impuls. Rund 70 Prozent sagen, dass Greta Thunberg ihr Interesse am Thema





### **Klimaschützer oder Schulschwänzer?**

Sind die „Fridays for Future“-Demos ein willkommener Anlass, der Schule fern zu bleiben? Dieses Vorurteil entkräftet eine Umfrage der Universität Konstanz. Demnach waren über 95 Prozent der Befragten der Meinung, ihr Engagement könne etwas verändern – aber nur jeder Zehnte fand, es sei außerdem eine gute Gelegenheit zum Schwänzen.

### **Wie wichtig ist Deutschen der Klimaschutz?**

Bei einer „Eupinions“-Umfrage der Bertelsmann Stiftung bewerteten neun von zehn Deutsche den Klimaschutz als dringliche Aufgabe, die vor Ort angegangen werden müsse.

Auch beim Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen vom April 2019 zählen die Befragten den Klima- und Umweltschutz zu den wichtigsten Themen in Deutschland. 37 Prozent erwarten, dass die „Fridays for Future“-Demonstrationen ein Handeln der Politik mehr für mehr Klimaschutz bewirken – aber die Mehrheit von 61 Prozent bezweifelt das.

© [www.deutschland.de](http://www.deutschland.de)

**Du möchtest regelmäßig Informationen über Deutschland bekommen?  
Hier geht's zur Anmeldung:**

**Newsletter #UpdateGermany**



## Klimaschutz: Andere stark machen

Deutschland unterstützt Länder weltweit, besser mit den Folgen des Klimawandels umzugehen. Dabei geht es um Wissen – und um Geld. Fünf Fakten.

---

[Mehr erfahren](#)



## Für eine bessere Zukunft

Weltklimakonferenz in Bonn: Warum engagieren sich junge Menschen für den Klimaschutz? Drei Aktivisten verraten ihre Motivation.

---

[Mehr erfahren](#)

FOLGE UNS:



Sekretariat der Ständigen Konferenz  
der Kultusminister der Länder  
in der Bundesrepublik Deutschland

## **Empfehlungen zum Schulanfang**

Beschluß der Kultusministerkonferenz vom **24.10.1997**

Die Kultusministerkonferenz hat die allgemein zu beobachtende Tendenz zur späteren Einschulung schulpflichtiger Kinder zum Anlaß genommen, die gegenwärtige Einschulungspraxis zu überprüfen und Vorschläge zur Optimierung des Schulanfangs zu erarbeiten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Zahl der schulpflichtigen, aber vom Schulbesuch zurückgestellten Kinder schwankt in den Ländern zwischen etwa 5 % und 14 %. Auch innerhalb der einzelnen Länder ergeben sich zum Teil erhebliche Abweichungen. Erhebungen zeigen, daß die Zahl der Zurückstellungen steigt, je näher der Geburtsmonat und der Einschulungstermin zusammenliegen.

Über Jahre ist der Anteil vorzeitig eingeschulter Kinder weitgehend gleichgeblieben. Er beträgt in den Ländern zwischen 1 % und 3 %. Auch hier zeigen Erhebungen, daß die Zahl der vorzeitigen Schulaufnahmen steigt, je näher Einschulungstermin und Geburtsmonat zusammenliegen.

Die Einschulung von Kindern, die nach dem 31. Dezember geboren wurden, ist gemäß KMK-Beschluß vom 28.03.1968 nicht möglich. Für Baden-Württemberg ist diese Vorgabe durch Urteil des Staatsgerichtshofes vom 02.08.1969 aufgehoben. In vielen Ländern wird die Zweckmäßigkeit der Stichtagsregelung diskutiert.

Schulfähigkeit steht im Schnittpunkt der Lernvoraussetzungen des Kindes, des sachlichen Anspruchs der Inhalte und des pädagogischen Konzepts der Schule. Eine einseitig auf das Kind ausgerichtete Feststellung der Schulfähigkeit wird diesem Verständnis nicht gerecht.

Die in vielen Schulen eingesetzten Verfahren zur Feststellung der Schulfähigkeit erfassen den Entwicklungs- und Kenntnisstand des Kindes nur punktuell, nicht aber seine Entwicklungsmöglichkeiten. Sie geben kaum Hinweise auf die Lern- und Entwicklungshilfen, durch die das einzelne Kind angemessen gefördert werden kann. Deshalb sind Ergebnisse rein kognitiv ausgerichteter Schulfähigkeitstests als alleinige Grundlage der Entscheidung über die Aufnahme eines Kindes in die Schule nicht hinreichend.

Angesichts des im internationalen Vergleich hohen durchschnittlichen Einschulungsalters der Kinder in Deutschland stimmt die Kultusministerkonferenz darüber überein, einerseits Maßnahmen zur Reduktion der teilweise hohen Zurückstellungsquoten zu ergreifen, zum anderen Eltern bzw. Erziehungsberechtigte zu ermutigen, von der Möglichkeit der vorzeitigen Einschulung Gebrauch zu machen, wenn die erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Die Kultusminister kommen überein, die geltenden Regelungen für den Schuleintritt zu verändern:

1. Die Schulpflicht beginnt für alle Kinder, die bis zu dem vom jeweiligen Land schulgesetzlich festgelegten Stichtag das sechste Lebensjahr vollendet haben, am 1. August desselben Jahres, in der Regel mit Beginn des Unterrichts nach den Sommerferien. Der Stichtag soll zwischen dem 30. Juni und 30. September liegen.  
Darüber hinaus können die Länder zusätzlich Einschulungsmöglichkeiten während eines Schuljahres vorsehen.
2. Kinder, die nach dem jeweils festgelegten Stichtag für die Einschulung das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag ihrer Erziehungsberechtigten vorzeitig in die Schule aufgenommen werden. In begründeten Ausnahmefällen können auch Kinder vorzeitig eingeschult werden, die nach dem 31. Dezember geboren worden sind. Näheres regeln die Länder in eigener Zuständigkeit.
3. Eine Zurückstellung vom Schulbesuch ist im Ausnahmefall möglich. Sie erfolgt dann, wenn zu erwarten ist, daß eine Förderung im schulischen Rahmen keine für die Entwicklung des Kindes günstigeren Voraussetzungen schafft. Die Entscheidung über die Zurückstellung eines Kindes vom Schulbesuch soll möglichst in zeitlicher Nähe zum Schuljahresbeginn getroffen werden. Die Zeit der Zurückstellung vom Schulbesuch wird grundsätzlich nicht auf die Schulpflicht angerechnet. Näheres regeln die Länder in eigener Zuständigkeit.



Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 19./20. Januar 1967 "Anrechnung der Zurückstellung vom Pflichtschulbesuch auf die Dauer der Schulpflicht" (Beschlusssammlung Nr. 825.1) und vom 28. März 1968 "Vorzeitige Einschulung von noch nicht schulpflichtigen Kindern" (Beschlusssammlung Nr. 825) werden aufgehoben.

**ru54Lo.97**

# Schule und Ausbildung

- sachsen.de ▾
- Bildung ▾
- Schule und Ausbildung ▾
- Sächsisches Schulsystem ▾
- ❖ Schulgesetz - Novellierung
- ❖ Allgemeinbildende Schulen
- ❖ Berufsbildende Schulen
- ❖ Der zweite Bildungsweg
- ❖ Migration und Schule
- ❖ **Schulen in freier Trägerschaft**
- ❖ Informationen für Eltern
- ❖ Informationen für Schulgründer
- ❖ Finanzierung
- ❖ Schuldatenbank
- ❖ Förderprogramme
- ❖ Programm Schulassistentz

## Schulen in freier Trägerschaft

 Vorlesen

Neben den staatlichen Schulen gibt es in allen Schularten auch Schulen in freier Trägerschaft, zum Beispiel von privaten oder kirchlichen Organisationen, Vereinen, Gesellschaften oder Privatpersonen. Diese ergänzen die sächsische Bildungslandschaft. Bei den Schulen in freier Trägerschaft werden Ersatz- und Ergänzungsschulen unterschieden.

### Ersatzschulen

Ersatzschulen sind Schulen in freier Trägerschaft, die als Ersatz für eine im Freistaat Sachsen vorhandene oder grundsätzlich vorgesehene öffentliche Schule dienen. Die Ersatzschule darf in ihren wesentlichen Merkmalen nicht hinter einer öffentlichen Schule zurückstehen. An Ersatzschulen muss das gleiche Bildungsniveau erreicht werden wie an entsprechenden öffentlichen Schulen. Ersatzschulen verwenden daher in der Regel die sächsischen Lehrpläne.

Ersatzschulen unterliegen dem Sonderungsverbot, das heißt jedermann muss die Möglichkeit haben, die Schule in freier Trägerschaft zu besuchen. Eine Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern ist unzulässig. Die Ersatzschulen können ein Schulgeld, das nicht gegen das Sonderungsverbot verstößt, erheben.

Ersatzschulen werden bei Vorliegen der Voraussetzungen durch den Freistaat finanziell unterstützt.

### Ergänzungsschulen

Ergänzungsschulen sind Schulen in freier Trägerschaft, die nicht als Ersatz für öffentliche Schulen dienen. Ergänzungsschulen haben hinsichtlich ihrer Organisation und ihres Bildungsangebots einen schulischen Charakter, sind aber mit keiner Schulart des öffentlichen Schulwesens vergleichbar und stehen damit außerhalb des Schulaufbaus in Sachsen.

An den Ergänzungsschulen muss das Bildungsniveau einer vergleichbaren öffentlichen Schule nicht erreicht werden.

Ergänzungsschulen verwenden daher in der Regel auch keine sächsischen Lehrpläne. Die von der Ergänzungsschule vergebenen Abschlüsse entsprechen damit auch nicht den staatlichen Abschlüssen, die an öffentlichen Schulen oder Ersatzschulen vergeben werden. Ergänzungsschulen sind demzufolge nicht berechtigt Zeugnisse auszustellen. Schüler einer Ergänzungsschule erhalten zum Schluss ihrer Ausbildung an der Ergänzungsschule eine Bescheinigung über den Schulbesuch oder ein Zertifikat.

Ergänzungsschulen unterliegen nicht dem Sonderungsverbot. Die Höhe des Schulgeldes ist daher nicht begrenzt. Sie erhalten zudem keine finanzielle Unterstützung durch den Freistaat.

### Wer kann freier Träger sein?

Freie Träger können zum Beispiel Privatpersonen, Vereine oder Organisationen sein - also natürliche oder juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts. Sie sind für die Schulgestaltung verantwortlich und können insbesondere über eine spezielle pädagogische, religiöse oder weltanschauliche Prägung entscheiden. Die Träger können außerdem Lehr- und Unterrichtsmethoden sowie Lehrinhalte und die Organisation des Unterrichts auch abweichend von den Vorschriften für die öffentlichen Schulen festlegen.

Sächsisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft

❖ [SächsFrTrSchulG](#)

### Weiterführende Informationen

- ❖ [Sächsisches Landesamt für Schule und Bildung](#)
- ❖ [Informationen für Eltern](#)
- ❖ [Informationen für Schulgründer](#)
- ❖ [Finanzierung](#)

### Schülerausgabensätze

Schuljahr 2019/2020 (vorläufig, Stand Juli 2019)

❖ [\[download \\*.pdf, 260,66 KB\]](#)

Schuljahr 2018/2019

❖ [\[download \\*.pdf, 313,41 KB\]](#)

Schuljahr 2017/2018

❖ [\[download \\*.pdf, 353,51 KB\]](#)

Schuljahr 2016/2017

❖ [\[download \\*.pdf, 136,66 KB\]](#)

Schuljahr 2015/2016

❖ [\[download \\*.pdf, 305,11 KB\]](#)

### Formularservice

❖ [Vordrucke für Schulen in freier Trägerschaft](#)

Auf unserer Website werden Cookies gemäß unserer [Datenschutzerklärung](#) verwendet. Wenn Sie weiter auf diesen Seiten surfen, erklären Sie sich damit einverstanden.

Verstanden

## Zur Stellung des Schülers in der Schule

824

(Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 25. 5. 1973)

Der Wandel in allen Lebensgebieten und die Reformen im Bildungswesen haben dazu beigetragen, die Rolle der Schule in der Gesellschaft, die Arbeitsweise der Schule und die Stellung des Schülers in der Schule zu verändern. Angesichts dieser Entwicklung halten es die Kultusminister für richtig, ihre gemeinsame Auffassung zur Stellung des Schülers in der heutigen Schule für die Öffentlichkeit in bestimmten politischen, rechtlichen und pädagogischen Grundsätzen zu umreißen. Die Kultusminister wenden sich mit ihrer Erklärung nicht nur an Schüler, Eltern und Lehrer, sondern an die gesamte Öffentlichkeit, weil sie dazu beitragen wollen, eine wirklichkeitsnahe Sicht der Schule zu ermöglichen und die Entscheidung in Zweifelsfragen zu erleichtern.

Die Erklärung beeinträchtigt weder weitergehende inhaltliche Festlegungen in den einzelnen Ländern, noch will sie den Stand der Entwicklung festschreiben. Die Kultusminister lassen sich vielmehr — unbeschadet der gegenwärtig diskutierten Reformvorstellungen — von der Absicht leiten, eine gemeinsame Basis für weitere Entwicklungen zu gewinnen.

Die Schule selbst muß den Maßstäben entsprechen, die den Rechten und Pflichten der Schüler gesetzt sind. Die Kultusminister erkennen die dazu schon bisher insbesondere von der Lehrerschaft unternommenen Bemühungen ausdrücklich an. Sie wissen, daß es weiterer ständiger Anstrengungen aller für das Schulwesen Verantwortlichen bedarf, damit die Schule den Ansprüchen des einzelnen wie der Gesellschaft gerecht werden kann.

### GLIEDERUNG

	Seite
I. Aufgabe der Schule	2
II. Schulverhältnis und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	4
III. Schulpflicht und Teilnahmepflicht	6
IV. Rechte des einzelnen Schülers	7
V. Rechte von Schülervertretungen	8
VI. Die Meinungsfreiheit des Schülers	9
VII. Schülerzeitschriften	10
VIII. Leistungsverweigerung	11
IX. Sogenannte Schülerstreiks	11

### I. Aufgabe der Schule

Die Schule hat die Aufgabe, Schüler im Einklang mit den im folgenden näher bezeichneten Zielen zu unterrichten und zu erziehen. Alle pädagogischen und rechtlichen Entscheidungen im Rahmen des Schullebens müssen sich an der Aufgabe der Schule orientieren und vor ihr rechtfertigen.

Die Schule ist Teil unserer gesellschaftlichen Ordnung und hat ihre Grundlage im Grundgesetz, in den Verfassungen der Länder und in den Gesetzen und sonstigen Vorschriften, die die Schule betreffen. Lehr- und Bildungspläne dienen der Präzisierung und Ergänzung allgemeiner Ziele und sind Grundlage der Unterrichts- und Erziehungsarbeit.

Nach Artikel 7 des Grundgesetzes steht das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates. Staatliche Legislative und Exekutive sind danach berechtigt und verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um Unterricht und Erziehung im Rahmen rechtsverbindlicher Normen zu gewährleisten.

Der Bildungsauftrag der Schule muß sich an den Normen des Grundgesetzes orientieren. Das muß vor allem dadurch geschehen, daß bestmögliche Bedingungen für die Förderung des einzelnen Schülers und für die Chancengleichheit geschaffen, das eigenständige Recht des Kindes auf Erziehung und Bildung gewahrt, legitime Interessen der Eltern\*) an der Erziehung ihrer Kinder durch die Schule beachtet und die Schüler zur Wahrnehmung ihrer Grundrechte im politischen und gesellschaftlichen Leben befähigt werden. Dabei ist den nach Alter und Reife grundrechtsmündig werdenden Schülern die Ausübung von Grundrechten in der Schule selbst zu ermöglichen, soweit es mit den anderen, der Schule ebenfalls im gesamtgesellschaftlichen Interesse auferlegten Aufgaben, wie der Vermittlung von Wissen und Können vereinbar ist. Über die Einhaltung dieser Normen, die in ein Spannungsverhältnis zueinander treten können, wachen die Gerichte.

In der Zielsetzung für Unterricht und Erziehung zeigt sich in den Landesverfassungen, Gesetzen, Rechts- und Verwaltungsvorschriften einschließlich der Bildungspläne bei zum Teil unterschiedlichen Formulierungen eine weitgehende Übereinstimmung:

Die Schule soll

- Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten vermitteln,
- zu selbständigem kritischem Urteil, eigenverantwortlichem Handeln und schöpferischer Tätigkeit befähigen,
- zu Freiheit und Demokratie erziehen,
- zu Toleranz, Achtung vor der Würde des anderen Menschen und Respekt vor anderen Überzeugungen erziehen,
- friedliche Gesinnung im Geist der Völkerverständigung wecken,

---

\*) Der Begriff wird zugleich für andere Erziehungsberechtigte gebraucht, soweit diese auf Grund gesetzlicher Bestimmungen an die Stelle der Eltern treten.



- ethische Normen sowie kulturelle und religiöse Werte verständlich machen,
- die Bereitschaft zu sozialem Handeln und zu politischer Verantwortlichkeit wecken,
- zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in der Gesellschaft befähigen,
- über die Bedingungen der Arbeitswelt orientieren.

Die Vielfalt der Zielsetzungen entspricht unserer Gesellschaft, die sich als pluralistisch versteht, doch weist die Übereinstimmung zugleich auf gemeinsame Grundüberzeugungen hin.

Die Schule steht in der Spannung, die sich aus unterschiedlichen Erwartungen und Ansprüchen ergibt. Dabei muß die Schule selbst sich einseitiger Parteinahme enthalten und unterschiedliche Auffassungen ermöglichen und respektieren, soweit sie innerhalb des Spektrums der freiheitlichen demokratischen Ordnung liegen. Über Konflikte, die dabei entstehen, muß nach ausreichender Diskussion von den verantwortlichen Stellen entschieden werden. Das setzt stets von neuem ein Abwägen der Rechte aller Beteiligten, insbesondere der Rechte von einzelnen und von Gruppen mit den Rechten der Gesamtheit voraus.

Wenn die Schule ihrer Aufgabe gerecht werden soll, müssen bestimmte Voraussetzungen anerkannt werden:

1. Regeln für das Zusammenleben in der Schule sind nötig; sie erwachsen aus der Spannung zwischen individueller Freiheit und notwendigen Bindungen.
2. Erziehung zu Selbständigkeit, Selbstverantwortung und Mündigkeit setzt voraus, daß die Schüler altersentsprechend an der Gestaltung des Schullebens beteiligt werden.
3. Erziehung zu Selbständigkeit, Selbstverantwortung und Mündigkeit soll zu der Einsicht führen, daß soziales Handeln selten konfliktfrei verläuft.
4. Erziehung zu Selbständigkeit, Selbstverantwortung und Mündigkeit schließt ein, daß Schüler lernen, ihre Rechte wahrzunehmen, Rechtsnormen zu achten und rechtmäßig begründete Entscheidungen zu respektieren.
5. Recht auf Bildung bedeutet zugleich Pflicht, vom Bildungsangebot sinnvoll Gebrauch zu machen; ohne bestimmte Leistungsanforderungen wäre die Schule wirklichkeitsfremd.
6. Unterricht und Erziehung in der Schule erfordern grundsätzlich die Anwesenheit der Schüler; Schulpflicht bedeutet Anwesenheitspflicht.
7. Der Lehrer trägt die Verantwortung für seinen Unterricht, insbesondere dafür, daß Lernprozesse erfolgreich ablaufen können; dem ist bei der Arbeit in der Schule Rechnung zu tragen.
8. Die Schule muß den Eltern Gelegenheit zu verantwortlicher Mitarbeit geben.

9. In einzelnen Bereichen ist die Schule in besonderer Weise auf eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen angewiesen, z. B. mit den Trägern der Berufsausbildung und — entsprechend den landesrechtlichen Regelungen — mit den Kirchen.
10. Die Schule ist Teil unserer gesellschaftlichen Ordnung und wandelt sich mit ihr. Sie erzieht die Schüler zu entscheidungsfähigen und entscheidungsbereiten Bürgern und wirkt damit auch auf die Gesellschaft zurück. Die Schule ist jedoch kein Ort der Agitation für gesellschaftliche Veränderungen.
11. Die Schule umfaßt nicht das gesamte Leben der Schüler. Wie sie die Rechte der Schüler außerhalb der Schule zu respektieren hat, muß sie andererseits auch die Ausübung bestimmter Rechte der Schüler, z. B. im Bereich der politischen Betätigung, auf den außerschulischen Raum verweisen.

## II. Schulverhältnis und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Das rechtliche Verhältnis des Schülers zur Schule wird bisher überwiegend unter dem Rechtsbegriff des besonderen Gewaltverhältnisses erfaßt, der im obrigkeitlich verfaßten Staat entstanden ist. Für den Schüler wurde die Schule danach als weitgehend „rechtsfreier“ Raum angesehen.

Eine solche Auffassung vom Inhalt des besonderen Gewaltverhältnisses hat im demokratischen und sozialen Rechtsstaat keinen Raum mehr; sie wurde durch das Grundgesetz verändert. Es ist selbstverständlich, daß sich der Schüler im Verhältnis zur Schule in einem Rechtsverhältnis befindet. Das Recht, schulische Entscheidungen behördlich und gerichtlich überprüfen zu lassen, ist gewährleistet. Auf Grund dieser Entwicklung wird im folgenden vom Schulverhältnis gesprochen.

### *Schulverhältnis*

Die Gesellschaft erbringt für die Schule besondere Leistungen, die den Schüler in den Stand setzen, sein Recht auf Bildung zu verwirklichen. Der Schüler muß dazu den besonderen Erfordernissen genügen, die sich aus der Aufgabe der Schule — Unterricht und Erziehung — ergeben. Für den Schüler besteht damit ein besonders enges Verhältnis zu der Einrichtung „Schule“; dem entsprechen spezifische Rechte und Pflichten des Schülers. Von diesem den rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechenden Schulverhältnis geht Artikel 7 Abs. 1 des Grundgesetzes aus, wenn er dem Staat die Aufsicht über das gesamte Schulwesen überträgt.

Die Besonderheit des Schulverhältnisses ist es, daß es den Erziehungsbereich der Eltern ergänzt und zur Erreichung der Aufgabe der Schule zwangsläufig Rechte von Eltern und Schülern im erforderlichen Umfang begrenzt. Diese Einschränkungen sind Artikel 7 Abs. 1 des Grundgesetzes immanent.

Das Schulverhältnis ist durch das Grundgesetz, die Länderverfassungen und die Schulgesetze der Länder gebunden. Es bedarf jedoch wie andere Bereiche — das hat auch das Bundesverfassungsgericht anerkannt —

keiner lückenlosen ausdrücklichen gesetzlichen Regelung aller möglichen Fälle. Eine derartige lückenlose Regelung ist von der Verfassung her gesehen nicht erforderlich. Ebenso wie Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes die Pflege und Erziehung der Kinder als natürliches Recht der Eltern aus der Natur der Sache generalklauselartig festgelegt hat, ergibt sich eine ähnliche Ermächtigung auch aus Artikel 7 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Regelung des Schulverhältnisses. Artikel 7 Abs. 1 des Grundgesetzes überträgt dem Staat insoweit nicht nur eine Aufgabe, sondern erkennt zugleich das Recht zur inneren Ausgestaltung des Schulverhältnisses durch den Staat im Rahmen des Erforderlichen an. Maßstab und Grenze für die Regelung des Schulverhältnisses ist stets die Aufgabe der Schule.

#### *Gesetzmäßigkeit der Verwaltung*

Die öffentlichen Schulen sind Einrichtungen des öffentlichen Rechts. Sie erfüllen die öffentliche Aufgabe des Unterrichts und der Erziehung. Wie für alle öffentlichen Einrichtungen gilt für die Schulaufsichtsbehörden und die Schulen selbst der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.

Das Schulverhältnis ist kein rechtsfreier Raum. Die Schule kann ebenso wie die übrigen öffentlichen Einrichtungen auf Rechte der Schüler und Eltern nur einwirken, soweit diese Befugnis durch Gesetz oder gesetzlich gedeckten Rechtssatz übertragen ist. Dabei ist der Grundgesetzgeber von einem vorgegebenen Begriff „Schule“ ausgegangen und hat die Ermächtigung zur Regelung des Schulverhältnisses durch Schule und Schulverwaltung anerkannt. Das wird von der Rechtsprechung bestätigt.

Unverkennbar ist allerdings die Tendenz in Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung, das Schulrecht in stärkerem Umfang zu kodifizieren, insbesondere auch Verwaltungsvorschriften durch Gesetze und Rechtsverordnungen zu ersetzen. Eine breite gesetzliche Grundlage für schulrechtliche Entscheidungen ist notwendig. Eine lückenlose gesetzliche Regelung ist jedoch entsprechend dem Wesen der Schule als einer Einrichtung, die auf Grund der pädagogischen, fachlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in einem steten Wandlungs- und Anpassungsprozeß begriffen ist, sinnvoll nicht möglich. Oft ermöglichen gerade nur durch allgemeine Rechtsnormen gedeckte Befugnisse die Weiterentwicklung der Schule und bieten mehr Raum für Erneuerungen als eine bis ins einzelne gehende Normierung durch Gesetz oder Rechtsverordnung. Es widerspricht nicht dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, wenn die notwendige Anpassung und Weiterentwicklung hier nicht durchweg auf Grund einer bereits nach Inhalt, Zweck und Ausmaß bestimmten gesetzlichen Ermächtigung oder einer darauf beruhenden Rechtsverordnung erfolgt.

Bemühungen, den Schulen mehr Selbstverwaltungsrechte zu geben und Eltern und Schüler vermehrt an Entscheidungsverfahren der Schule zu beteiligen, tragen bestimmten Wandlungen in der Auffassung von der Stellung der Schule in der Gesellschaft Rechnung. Das zwischen dem einzelnen Schüler und der Schule bestehende Rechtsverhältnis bleibt jedoch bestehen. Schon deshalb bedürfen alle Verantwortlichen für ihre Entscheidungen der entsprechenden rechtlichen Befugnis, die sich die

Mitglieder von Gremien in der Schule nicht selbst beilegen können. Alle Verfahren und Entscheidungen müssen rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechen und dürfen die verfassungsmäßige Verantwortung der Parlamente und Regierungen sowie insbesondere die in Artikel 7 des Grundgesetzes dem Staat übertragenen Rechte und Pflichten nicht aushöhlen.

### III. Schulpflicht und Teilnahmepflicht

1. Die Schulpflicht erstreckt sich auf die regelmäßige Teilnahme am Unterricht und den übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule.
2. Die Verpflichtung zur Teilnahme am Unterricht (Teilnahmepflicht) besteht auch für jene Schüler, die nicht mehr im Sinne des Gesetzes schulpflichtig sind, aber noch eine Schule besuchen.

Die Ausgestaltung des Schulverhältnisses (vgl. II) insbesondere die Rechte und Pflichten der Schüler und das Maß der zulässigen Einschränkungen ihrer Grundrechte ergeben sich im wesentlichen aus der Aufgabe der Schule. Hierzu gehört die Teilnahmepflicht der Schüler. Ohne diese Teilnahmepflicht ist nicht gewährleistet, daß die Schule ihrem Bildungsauftrag gerecht werden kann.

Das in der Schule bestehende Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen allen Beteiligten erfordert die regelmäßige Mitwirkung jedes Schülers. Der Unterricht in der Schule besteht nicht nur in der Vermittlung von Sachwissen. Die Schule soll vielmehr das erfahrene und erlernte Wissen in Bezug setzen zu den Lebensfragen des Schülers. Bestimmte Verhaltensweisen, z. B. die wissenschaftliche oder politisch-gesellschaftliche, sollen ausgebildet werden. Die Schule muß dazu beitragen, daß der Schüler ein Arbeitsverhalten erlernt, das ihm bei späterer Berufstätigkeit hilft, in der Arbeitswelt bestehen zu können.

Der Schüler, der die Schule nicht regelmäßig besucht, behindert im allgemeinen auch den Fortgang des Unterrichts und beeinträchtigt damit die Lernmöglichkeiten anderer Schüler. Die sinnvolle Teilnahme am Unterrichtsgespräch setzt die Kenntnis des bereits behandelten Stoffes und des Ablaufs vorangegangener Unterrichtsstunden voraus.

Unregelmäßiger Schulbesuch gefährdet aber auch die Erfüllung des Auftrags der Schule, die Schüler in angemessener Zeit zu bestimmten Abschlüssen zu führen. Das muß nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht gegenüber dem Schüler, sondern auch im öffentlichen Interesse in angemessener Zeit geschehen. Dabei hat die Schule eine große Zahl von Schülern gleichzeitig zu betreuen. Dies kann nur im Unterricht erreicht werden. Außerhalb des Unterrichts kann die Schule ihren Auftrag nicht erfüllen, weil sie weder die Möglichkeit hat, die Schüler ausreichend zu fördern, noch ihre Entwicklung und ihren Wissensstand laufend zu beobachten. Diesen Umständen trägt die Organisation der Schule Rechnung. Schüler, die am Unterricht nach eigenem Gutdünken nicht teilnehmen, tragen nicht nur ihr eigenes Risiko; es besteht auch keine Gewähr, daß die für sie durch die Gesellschaft aufgewendeten Mittel zu einem Erfolg führen.

Schließlich erschwert der die Schule nicht regelmäßig besuchende Schüler der Schule die Leistungsbeurteilung. Ihr dient die zum Teil gerichtlich nachprüfbare Zeugniserteilung. Die vorausgehende Leistungskontrolle kann sich nicht nur auf schriftliche Leistungen erstrecken. Sie muß auch in der kontinuierlichen Beobachtung und Beurteilung der Leistungen des Schülers im Unterricht bestehen, die auf die erteilten Noten maßgeblichen Einfluß haben. Diese kontinuierliche Leistungskontrolle ist trotz bestimmter Mängel anderen Formen der Leistungskontrolle überlegen, weil sie mehr als z. B. ausschließlich punktuelle Prüfungen gewährleistet, daß alle Dimensionen des Leistungsverhaltens des Schülers in die Beurteilung einbezogen werden. Zudem ist die kontinuierliche Leistungsbeobachtung und -beurteilung auch didaktisch unerläßlich, wenn der Ausgangspunkt für weitere Schritte im Lernprozeß bestimmt werden soll. Insofern wird die Schule auch dann nicht auf sie verzichten können, wenn in größerem Umfang objektivierte Verfahren der Leistungskontrolle entwickelt worden sind und im Unterricht verwandt werden können.

Die aufgeführten Gründe zwingen dazu, Ausnahmen von der Pflicht der Schüler zur Teilnahme am Unterricht auf die Fälle zu beschränken, die sich aus der Erkrankung von Schülern oder aus anderen von ihnen nicht zu vertretenden Gründen ergeben.

3. Versuche, die auf die größere Verantwortungsfähigkeit von Schülern der oberen Klassen bauen und ihnen deshalb die Möglichkeit geben, sich selbst im Falle von Krankheit zu entschuldigen, werden nicht in der Absicht durchgeführt, die Teilnahmepflicht am Unterricht der Oberstufe aufzuheben.

#### IV. Rechte des einzelnen Schülers

Die der Schule vorgegebenen Rechtsprinzipien und der Zweck der Schule erfordern, daß sie bei der Gestaltung von Unterricht und Erziehung die Interessen und Rechte des einzelnen Schülers respektiert und den Schülern ermöglicht, unmittelbar persönlich oder durch gewählte Vertreter \*) am Leben und an der Arbeit der Schule mitzuwirken. Es gehört zu den Aufgaben der Schule, die Schüler mit diesen Rechten so vertraut zu machen, daß sie diese auch wahrnehmen können.

Jedem Schüler stehen unmittelbar Informations- und Mitwirkungsrechte zu, die er teils allein, teils im Zusammenhang seiner Klasse oder Gruppe als deren Mitglied geltend machen kann. Diese Rechte sind von den Rechten der Schülerversretung\*) zu unterscheiden, doch kann sich der einzelne Schüler der Unterstützung durch die Schülerversretung bedienen.

Der Spielraum für die Wahrnehmung der Informations- und Beteiligungsrechte ist eingegrenzt durch die Verpflichtung, die für die Durchführung des Unterrichts und zur Erreichung des Schulzwecks verbindlichen Bestimmungen (z. B. Lehrpläne) und die Rechte zu beachten, die den übrigen am Schulleben Beteiligten (Mitschülern, Eltern, Lehrern) zukommen.

---

\*) Vgl. Abschnitt V.



### *Informationsrechte*

Die für den Erfolg eines jeden Unterrichts erforderliche aktive Beteiligung des Schülers am Unterrichtsgeschehen setzt seine weitgehende Information über die Unterrichtsplanung voraus, z. B. auch über Einzelheiten wie Auswahl, Stufung und Gruppierung des Lehrstoffs. Diese Information muß altersgemäß sein und die Interessen der Schüler sowie pädagogische Erwägungen ausreichend berücksichtigen. Dem Schüler sollen die Bewertungsmaßstäbe für die Notengebung und für sonstige Beurteilungen sowie auf Anfrage einzelne Beurteilungen erläutert werden. Dieser Grundsatz gilt auch für Prüfungsleistungen.

### *Beteiligungsrechte*

Der Schüler soll seiner persönlichen Reife, seinem Kenntnisstand und seinen Interessen entsprechend Gelegenheit erhalten, sich im Rahmen der Unterrichtsplanung an der Auswahl des Lehrstoffes, an der Bildung von Schwerpunkten und an der Festlegung der Reihenfolge durch Aussprachen, Anregungen und Vorschläge zu beteiligen. Diese Mitwirkung des Schülers an der Gestaltung des Unterrichts soll auch bestimmte Methodenfragen einschließlich der Erprobung neuer Unterrichtsformen umfassen.

Falls Vorschläge keine Berücksichtigung finden können, sollen die Gründe dafür mit den Schülern besprochen werden.

Soweit das Jahrgangsklassensystem zugunsten eines Systems thematisch bestimmter Kurse aufgegeben wird, erhalten die Schüler im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten die Gelegenheit, Kurse zu wählen und dadurch mittelbar zu bestimmen, von welchem Lehrer sie unterrichtet werden. Außerdem können die Schüler beratende Lehrer (Tutoren) wählen, sofern solche Lehrer vorgesehen sind. Darüber hinaus ist die Wahl der Lehrer durch die Schüler oder ihre Eltern schon aus organisatorischen Gründen nicht möglich.

### *Beschwerderecht*

Unabhängig von seinem Alter hat jeder Schüler, der sich in seinen Rechten beeinträchtigt sieht, das Recht zur Beschwerde. Die Schule muß sicherstellen, daß der Schüler Gelegenheit erhält, seine Beschwerden vorzutragen, und daß bei begründeten Beschwerden für Abhilfe gesorgt wird. Die Rechte der Eltern bleiben unberührt.

## **V. Rechte von Schülervvertretungen**

Unabhängig von der Wahrnehmung der Interessen durch den einzelnen Schüler selbst werden Interessen der Schüler von Schülervvertretungen wahrgenommen. Die Kultusministerkonferenz hat dazu am 3. Oktober 1968 Empfehlungen ausgesprochen, denen der nach wie vor gültige pädagogische Gedanke zugrunde liegt, die Schüler schrittweise zur selbständigen Mitarbeit in der Gesellschaft zu befähigen. Aufgabe der Schülervvertretungen ist allgemein, den Schülern Gelegenheit zur Teilnahme an der Willensbildung innerhalb der Schule zu verschaffen.

Wege hierzu sind z. B. die Teilnahme an Fach-, Klassen- und Gesamtkonferenzen und die Einrichtung von Gemeinsamen Ausschüssen mit der Aufgabe, Regelungen der einzelnen Schule vorzubereiten und Konflikte zu schlichten. Bei der Aufgabenstellung solcher Gremien und der Art der Beteiligung von Schülern sind das Alter der Schüler, ihre Interessen und die sachliche Kompetenz zu berücksichtigen.

Die Rechte der Schüler sind immer im Zusammenhang mit denen der Lehrer und Eltern und im Zusammenhang mit den Aufgaben der Schulverwaltung zu sehen.

Alle Regelungen für das Zusammenwirken von Schülern, Eltern und Lehrern müssen einen Interessenausgleich der an der Schule beteiligten Gruppen zum Ziel haben. Die Grenze für derartige Regelungen liegt dort, wo die Aufgabe der Schule gefährdet wird.

## VI. Die Meinungsfreiheit des Schülers

Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung steht dem Schüler auch in der Schule zu.

Die Schule muß im Rahmen ihres Bildungsauftrages die freie Meinungsäußerung des Schülers fördern; denn diese ist für den Erwerb von Wissen, seine Verarbeitung und für die Erziehung zum verantwortlichen Staatsbürger notwendig. Die Verarbeitung des erworbenen Wissens und die Erziehung zu selbständigem Urteil erfordern auch die kritische Auseinandersetzung mit dem Stoff durch Diskussion. Ebenso unerlässlich ist die freie Meinungsäußerung des Schülers für die Entfaltung seiner Persönlichkeit, besonders seiner schöpferischen Fähigkeiten. Erziehung zu Freiheit und Demokratie, zum verantwortlichen Bürger und zu Toleranz ist nicht möglich, wenn der Schüler nicht lernt, seine Meinung frei, kritisch, aber in Achtung vor der Würde und der Überzeugung der anderen zu äußern.

Die Schule sollte der freien Meinungsäußerung des Schülers grundsätzlich auch dort Raum geben, wo sie unbegründet scheint. Auch durch die Erörterung solcher Äußerungen können neue Erkenntnisse gewonnen werden. Der junge Mensch muß schrittweise Selbstbeherrschung und das Einhalten der Grenzen lernen, die sich aus der Sachgesetzlichkeit des Unterrichts und den Rechten anderer ergeben. Während des Reifeprozesses, in dem er den richtigen Gebrauch des Grundrechts der freien Meinungsäußerung üben muß, hat er besonderen Anspruch auf Toleranz.

Das Recht der freien Meinungsäußerung gemäß Artikel 5 Abs. 2 des Grundgesetzes findet seine Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Auf die Ausübung dieses Grundrechts durch den Schüler wirkt sich außerdem das Schulverhältnis aus.

Der Zweck der Schule verlangt von allen Beteiligten, daß in planmäßigem Unterricht die Bildungsziele erreicht, die Schüler nicht gefährdet und die Regeln des Zusammenlebens in der Schule eingehalten werden. Dabei ist von Belang, daß der Bildungsauftrag der Schule auch die Erziehung der Schüler zur Selbstdisziplin einschließt.

Einschränkungen ergeben sich insbesondere hinsichtlich

- des Zeitpunktes: der Lehrer kann verlangen, daß eine Äußerung auf einen geeigneten Zeitpunkt verschoben wird;
- des Umfanges: Dauerreden einzelner Schüler, die damit oder durch die Häufigkeit ihrer Äußerungen ihre Rechte zu Lasten der anderen Schüler mißbrauchen, kann Einhalt geboten werden;
- des Themas: Äußerungen, die in keinem sachlichen Zusammenhang mit dem behandelten Unterrichtsgebiet stehen, können unterbunden werden.

Maßnahmen der Schule gegen Meinungsäußerungen der Schüler außerhalb des zeitlichen und räumlichen Bereichs der Schule sind grundsätzlich nicht zulässig. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur gerechtfertigt bei solchen Äußerungen, die sich unmittelbar auf die Schule beziehen und auswirken und ihren Bildungsauftrag schwer gefährden, etwa bei Aufforderungen zum Unterrichtsboykott.

### VII. Schülerzeitschriften

Schülerzeitschriften sind periodische Druckschriften, die von Schülern für Schüler einer oder mehrerer Schulen redigiert und herausgegeben werden. Sie bieten eine besondere Möglichkeit, das in Art. 5 Abs. 1 des Grundgesetzes festgelegte Grundrecht der freien Meinungsäußerung in der Schule auszuüben. Die Schülerzeitschrift soll durch Gedankenaustausch, Bericht und Kritik das Schulleben bereichern, alle Beteiligten zur Mitarbeit anregen und damit zur Erfüllung der der Schule gestellten Aufgaben beitragen. Das ist der Fall, wenn sie sich bemüht, wahr zu berichten, sachlich zu argumentieren und in der Form nicht verletzend zu kritisieren. Aufgeschlossenheit für verschiedene Wertordnungen und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Auffassungen sollen die Schülerzeitschrift kennzeichnen. Auf die jeweiligen Altersstufen der Schüler wird besondere Rücksicht zu nehmen sein.

Schülerzeitschriften unterscheiden sich von jugendeigenen Zeitschriften, die ohne Verbindung mit einer Schule, oder von Jugendzeitschriften, die von Erwachsenen herausgegeben werden. Schülerzeitschriften sind immer für eine oder mehrere Schulen bestimmt.

Schülerzeitschriften können in der Form herausgegeben werden, daß sie außerhalb der Verantwortung der Schule stehen. In diesem Falle tragen die für die Schülerzeitschrift verantwortlichen Schüler im Rahmen der geltenden Gesetze die presserechtliche und strafrechtliche Verantwortung sowie die rechtsgeschäftliche Haftung ausschließlich selbst. Eine Zensur findet nicht statt.

Um zu ermöglichen, daß die vielfach noch minderjährigen Schüler bei der Redaktion und Herausgabe beraten werden, sollte den Schülerredakteuren anheimgestellt werden, sich einen beratenden Lehrer zu wählen. Die Beratung begründet keine Mitverantwortung für die Schülerzeitschrift.

Die Vertriebsmöglichkeit für Schülerzeitschriften innerhalb der Schule muß grundsätzlich garantiert sein, damit sie ihre Aufgaben sinn-

voll erfüllen können. Der Vertrieb innerhalb der Schule kann allerdings unterbunden werden, wenn der Inhalt einer Schülerzeitschrift gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet ist, in anderer Weise gegen die Rechtsordnung verstößt oder die Erfüllung der der Schule gestellten Aufgaben des Unterrichts und der Erziehung erheblich gefährdet. Unbeschadet der zu eröffnenden Möglichkeit, daß die Schule in dringlichen Fällen rechtzeitig und ohne langwieriges Verwaltungsverfahren handeln können muß, wird empfohlen, vor einer Entscheidung über ein Vertriebsverbot ein Gremium aus Lehrern, Eltern und Schülern zu hören.

Nach den Regelungen einzelner Länder können Schülerzeitschriften Einrichtungen der Schule sein; derartige Zeitschriften werden im allgemeinen als „Schulzeitschriften“ bezeichnet. Unabhängig davon, daß auch diese Zeitschriften von Schülern für Schüler gestaltet werden, trägt für eine solche Zeitschrift die Schule die Verantwortung. Um dieser gerecht werden zu können, muß die Schule in diesen Fällen die Möglichkeit haben, auf die inhaltliche Gestaltung so Einfluß zu nehmen, daß sie in jeder Hinsicht verantwortet werden kann.

Flugblätter und sonstige aus aktuellem Anlaß von Schülern im Einzelfall außerhalb von Schülerzeitschriften herausgegebene Druckschriften gehören nicht zu den Schülerzeitschriften. Sie stehen außerhalb der Verantwortung der Schule; ihr Vertrieb innerhalb der Schule bedarf in allen Fällen der vorherigen Zustimmung des Schulleiters — wie auch bei allen übrigen Zeitungen, Zeitschriften und anderen Publikationen.

### **VIII. Leistungsverweigerung**

Gerade in einer demokratischen Gesellschaft kann auf Leistung nicht verzichtet werden. Demokratie setzt verantwortliches Handeln und die Mitarbeit möglichst vieler Bürger in staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen voraus. Verantwortliche Mitarbeit ist aber nur möglich, wenn der einzelne zu Leistungen bereit und fähig ist.

Die Schule ist durch ihren Auftrag verpflichtet, einer Leistungsverweigerung vor allem mit pädagogischen Mitteln zu begegnen. Soweit die Leistungsverweigerung von Schülern gegen den Schulzweck gerichtet ist, indem sie die Lernbedingungen der übrigen Schüler beeinträchtigen, sind Ordnungsmaßnahmen zu treffen. Zensuren in den Unterrichtsfächern dienen ausschließlich der Leistungsbeurteilung. Sie sind kein Mittel zur Wahrung der Schulordnung. Grundlage der Leistungsbeurteilung ist die von der Schule geforderte und vom Schüler erbrachte Leistung. Kommt ein Schüler der Leistungsaufforderung durch die Schule aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht nach, genügt er nicht den Anforderungen. In diesem Fall kann die Note „ungenügend“ erteilt werden.

### **IX. Sogenannte Schülerstreiks**

Der Begriff „Schülerstreik“ wird vielerorts verwendet, obgleich sich Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz ausschließlich auf Arbeitskämpfe tarifvertragsfähiger Parteien (Gewerkschaften auf der einen, Arbeitgeber oder

Arbeitgeberverbände auf der anderen Seite) bezieht und für das Schulverhältnis nicht gilt.

Das Streikrecht der Arbeitnehmer beruht auf der Tarifautonomie, d. h. darauf, daß die „Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ frei ausgehandelt und in (Tarif-)Verträgen vereinbart werden können. Das Schulverhältnis bietet dazu keine Parallele.

Der „Schülerstreik“ ist lediglich ein organisiertes unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht. Der Schüler ist verpflichtet, am Unterricht und an den übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilzunehmen (vgl. III). Diese Verpflichtung darf auch nicht kollektiv verletzt werden. Ein Recht, den Unterricht zu „bestreiken“, besteht daher nicht.

Sogenannte „Schülerstreiks“ können mit anderen kollektiven Handlungen oder Unterlassungen verbunden sein, die ebenfalls eine Beeinträchtigung des Unterrichts zur Folge haben, z. B. organisierte Verweigerung der Mitarbeit. Derartige Aktionen sind ebenso rechtswidrig wie die Verletzung der Teilnahmepflicht, weil sie die Schule an der Erfüllung ihrer Aufgabe hindern.

In diesen Feststellungen liegt keine unzulässige Beschränkung der Demonstrationsfreiheit. Die Teilnahme an Demonstrationen rechtfertigt nicht das Fernbleiben vom Unterricht oder eine sonstige Beeinträchtigung des Unterrichts. Das Demonstrationsrecht kann in der unterrichtsfreien Zeit ausgeübt werden.

Um „Schülerstreiks“ und anderen kollektiven Maßnahmen zur Behinderung des Unterrichts zu begegnen, müssen die pädagogischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Dazu sollte auch die Aufklärung der Schüler über die bestehende Rechtslage gehören. Enger Kontakt mit den Schüler- und Elternvertretungen und die Einbeziehung Gemeinsamer Ausschüsse von Lehrern, Eltern und Schülern können zur Versachlichung von Konflikten beitragen. Auch bei Teilnahme einer größeren Zahl von Schülern an kollektiven Behinderungen des Unterrichts bleibt die Anwendung von Disziplinarmaßnahmen nicht ausgeschlossen. Sie muß sich nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit richten.



Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS  
Postfach 10 09 10 | 01079 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages  
Herrn Dr. Matthias Rößler  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom  
21. März 2019

Geschäftszeichen  
(bitte bei Antwort angeben)  
Z-1053/17/57

Dresden,  April 2019

**Kleine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Wippel (AfD)**  
**Drs.-Nr.: 6/17097**  
**Thema: Rechtliche Grundlage für automatische Freistellung für**  
**"Klima"-Demonstration – „Fridays for future“**

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt: **„An Görlitzer Schulen erhielten am 15. März 2019 Schüler automatische Freistellungen, um an einer Demonstration für ‘Klimaschutz‘ der Bewegung ‘Fridays for Future‘ teilnehmen zu können.“**

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

**Frage 1: Welche rechtliche Grundlage gibt es für die automatischen Freistellungen?**

Es gibt keine rechtliche Grundlage, die einen schrankenlosen Anspruch der Schüler auf Freistellung während der Unterrichtszeit zur Teilnahme an einer Demonstration garantiert. Die einschlägige Rechtsgrundlage in der Schulbesuchsordnung (§ 4 SBO) stellt eine Ermessensvorschrift dar. Folglich muss eine Ermessensabwägung zwischen Belangen der Schule (Schulpflichterfüllung) und denen des Schülers (Teilnahme an einer Versammlung) vorgenommen werden. In der Regel geht die Schulpflicht dem Recht auf Teilnahme an einer Demonstration vor, da letztere auch außerhalb der Unterrichtszeit ausgeübt werden kann und damit Eingriffe in das Grundrecht der Schüler als verhältnismäßig angesehen werden.

**Frage 2: Welche Görlitzer Schulen mit welchen jeweiligen Klassen beteiligten sich an den Protesten? (Bitte sortieren nach Schulen, Klassenstufe, Gesamtzahl Schüler der betroffenen Klassen und Anzahl der ausgefallenen Stunden.)**

Zur Beantwortung der Frage wurden die öffentlichen Schulen in der Stadt Görlitz befragt. Danach hat sich ergeben: An den Protesten beteiligten sich nach Informationen der Schulen Schülerinnen und Schüler des Beruflichen Schulzentrums Christoph Lüders Görlitz.

Hausanschrift:  
Sächsisches Staatsministerium  
für Kultus  
Carolaplatz 1  
01097 Dresden

[www.smk.sachsen.de](http://www.smk.sachsen.de)

De-Mail-Zugang:  
[poststelle@smk-sachsen.de-mail.de](mailto:poststelle@smk-sachsen.de-mail.de)

Verkehrsverbindung:  
Zu erreichen mit den  
Straßenbahnlinien 3, 7, 8

Klasse	Anzahl der Schüler	Anzahl der versäumten Stunden
FOS17S	7	3
GG18a	4	3
WG18	1	3

**Frage 3: Wie viele Lehrer begleiteten die protestierenden Schüler jeweils? (Bitte auflisten nach Schulen, Klassenstufen und Anzahl der dadurch ausgefallenen Stunden.)**

Es haben sich keine Lehrerinnen und Lehrer von öffentlichen Schulen in der Stadt Görlitz an der Demonstration beteiligt.

Es hat keine Klasse komplett im Unterricht gefehlt. Daher sind in diesem Zusammenhang keine Minusstunden im Schulbetrieb angefallen.

**Frage 4: Wie wurde die Abwesenheit der Lehrer in der Unterrichtszeit behandelt und wurde dies als unentschuldigtes Fehlen der Lehrer gewertet? Wie wurden die Unterrichtsstunden von anwesenden Lehrern behandelt, deren Klassen komplett fehlten, und wurden in diesen Fällen Minusstunden eingetragen? (Bitte bei unterschiedlicher Behandlung an einzelnen Schulen alle Fälle auflisten!)**

Es wird auf die Beantwortung zu Frage 3 verwiesen.

**Frage 5: Wie viele Disziplinarverfahren wurden gegen Schulleiter bzw. Lehrer eingeleitet, die den Anweisungen des Kultusministeriums, das keine automatischen Freistellungen erlaubte, zuwiderhandelten?**

Entfällt, da an keiner öffentlichen Schule der Stadt Görlitz eine „automatische“ Freistellung von Schülerinnen und Schülern durch die Schulleitung ausgesprochen wurde.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Piwarz



# Globaler Klimastreik

APR

24

Fr



## MATERIAL

Wenn ihr Hilfe dabei braucht, eine *Druckerei vor Ort* zu finden oder eure Uhrzeit in das *Textfeld* einzutragen: Schreibt eine Mail an [grafik@fridaysforfuture.de](mailto:grafik@fridaysforfuture.de).

Alle Ortsgruppen können beim Flyerdruck finanzielle Unterstützung bekommen. Schreibt dafür eine Mail an [finanzen@fridaysforfuture.de](mailto:finanzen@fridaysforfuture.de). Um das zu ermöglichen, sind wir auf Spenden angewiesen.

[Jetzt Spenden!](#)



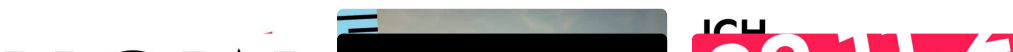
Werde Teil der Bewegung - bleibe up to date




- Ich habe die [Datenschutzerklärung](#) gelesen und akzeptiere diese.\*
- Ich will auch regionale News

[Eintragen](#)

## STICKER FÜR DEN 29.11. (A7)



**Fridays For Future Germany** ✓

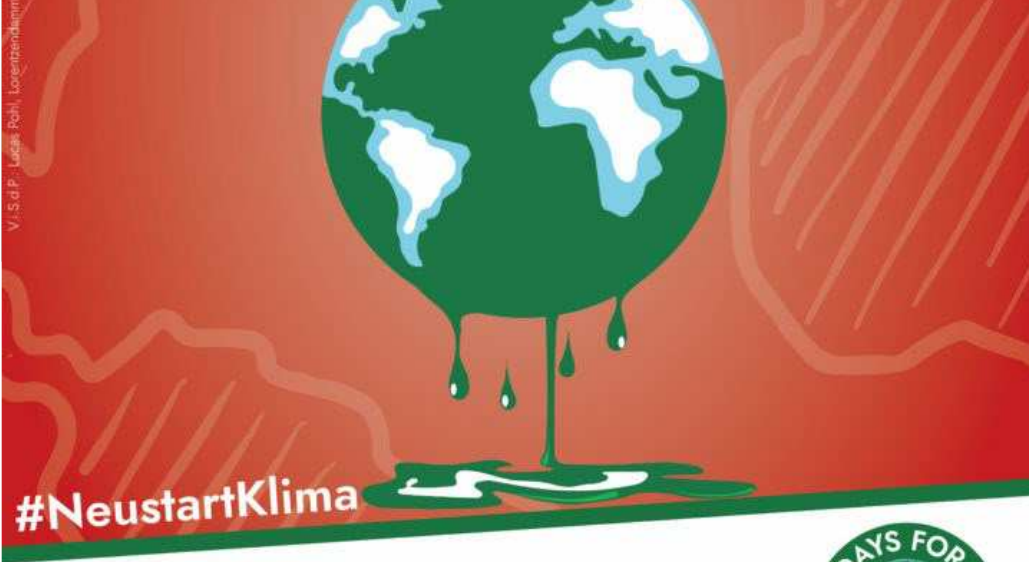
@FridayForFuture

## FLYER FÜR DEN 29.11. (A5)

**29.11.**  
**KLIMASTREIK**  
**CHANGE IS**  
**COMING!**

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ECI FOR FUTURE braucht 1 Million Unterschriften! ECI steht für eine europaweite Bürgerinitiative für Maßnahmen zur Einhaltung des 1.5 Grad Ziels. Sorge dafür, dass die EU, die in Sachen Klimaschutz mächtiger ist als die Nationalstaaten, auf Kurs gebracht wird!

[Jetzt unterschreiben!](#)



 @fridaysforfuture.de

 /fridaysforfuture.de

 fridaysforfuture.de

 @FridayForFuture



## ARMBAND



Das offizielle Fridays for Future  
Stoffarmband\*

FRIDAYS FOR FUTURE

\*aus zertifizierter Bio Baumwolle

Nur 4€

Hier kaufen

Die offiziellen *Fridays for Future*-  
Armbänder sind...

- aus Bio-Baumwolle und haben einen ökologisch abbaubaren Verschluss
- mit Bio-Siebdruckverfahren bedruckt
- in Deutschland hergestellt
- nicht gewinnorientiert (der Hersteller verdient nicht daran)
- super cool!

Außerdem spendest du mit jedem Kauf  
50 Cent an *Fridays for Future*!

**Mehr Infos zum Armband hier**

\*Bei (sowieso klimafreundlicheren)

Sammelbestellungen gibt es Mengenrabatt!

## STICKER (A7)

WEIL ES UNSERE ZUKUNFT IST!  
WIR STREIKEN, BIS IHR HANDELT!

ÖPNV  
STATT  
SUV!  
BANNER  
KEHRSWENDE!  
JETZT!

HOPP,  
HOPP,  
HOPP,  
KOHLESTOPP!

We spoke  
MARCH NOW  
OR  
SWIM LATER

www.fridaysforfuture.de

FRIDAYS FOR FUTURE

# STREIK FÜRS KLIMA!

Wir streiken bis ihr handelt!

[www.fridaysforfuture.de](http://www.fridaysforfuture.de)

## FAHNE (DRUCKVORLAGE)



## SIEBDRUCK

**Hier** findest du das *Fridays for Future*-Logo als Siebdruckvorlage. Bitte benutze es nur privat und ausschließlich für nicht-kommerzielle Zwecke! Eine Anleitung zum Siebdrucken findest du **hier**.



Moritz Sommer, Dieter Rucht, Sebastian Haunss, Sabrina Zajak

# Fridays for Future

Profil, Entstehung und Perspektiven der  
Protestbewegung in Deutschland



ipb working paper 2/2019

ipb working papers | Berlin, August 2019

Die ipb working papers werden vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. herausgegeben. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Für die Redaktion der ipb working papers sind Jannis Grimm, Dieter Rucht und Sabrina Zajak verantwortlich.

Alle bisher erschienenen Texte aus der Reihe sind online abrufbar unter:

<https://protestinstitut.eu/ipb-working-papers/>



„Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland“ von Moritz Sommer, Dieter Rucht, Sebastian Haunss und Sabrina Zajak ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung International Lizenz (CC-BY 4.0).

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Fotos von Jörg Farys / WWF erstellt. Das Foto ist lizenziert mit einer Creative Commons CC-2 Lizenz und wurde bereitgestellt auf <https://Flickr.com/>.

## Autor\*innen

Dieses Working Paper ist im Kontext des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) entstanden. Alle Autor\*innen sind Mitglieder des Instituts.

Moritz Sommer, Freie Universität Berlin, Institut für Soziologie.

E-Mail: [sommer.moritz@fu-berlin.de](mailto:sommer.moritz@fu-berlin.de)

Dieter Rucht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

E-Mail: [dieter.rucht@wzb.eu](mailto:dieter.rucht@wzb.eu)

Sebastian Haunss, Universität Bremen, SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik.

E-Mail: [sebastian.haunss@uni-bremen.de](mailto:sebastian.haunss@uni-bremen.de)

Sabrina Zajak, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

E-Mail: [zajak@dezim-institut.de](mailto:zajak@dezim-institut.de)

Diese Studie wurde erstellt mit finanzieller Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung.

 HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG



Sommer, Moritz, Dieter Rucht, Sebastian Haunss und Sabrina Zajak. 2019. Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, *ipb working paper series*, 2/2019. Berlin: ipb.

## Abstract

*Die Protestkampagne von Fridays for Future (FFF) hat es innerhalb kürzester Zeit geschafft, in Deutschland und darüber hinaus hunderttausende Schüler\*innen und Jugendliche für eine Wende in der Klimapolitik auf die Straße zu bringen. Um mehr über Profil, Mobilisierungswege und Motive der Demonstrierenden zu erfahren, haben wir als Teil eines europaweiten Forschungsprojekts Demonstrationsbefragungen während der Klimaproteste am 15. März 2019 in Berlin und Bremen durchgeführt. Das Working Paper präsentiert zentrale Befunde für FFF in Deutschland und ordnet diese ein.*

*Die FFF-Proteste werden von jungen, gut gebildeten Menschen und überraschend stark von jungen Frauen getragen. Viele der demonstrierenden Schüler\*innen, von denen sich die Mehrheit im linken Spektrum verortet, sind zum ersten Mal auf der Straße. Persönliche Kontakte sind der zentrale Weg der Mobilisierung. Die Demonstrierenden wollen die Politik unter Druck setzen, klimapolitische Versprechen einzulösen. Einen wichtigen Weg der Veränderung sehen insbesondere die Schüler\*innen aber auch in der Veränderung der eigenen Lebens- und Konsumpraxis. Die Demonstrierenden sind keineswegs hoffnungslos, sondern vielmehr handlungsbereit, politisiert und zuversichtlich, dass ihr Protest gesellschaftliche und politische Veränderungen hervorrufen kann.*

*Im europäischen Vergleich ist die Kampagne hinsichtlich Altersstruktur, Verteilung der Geschlechter und insbesondere hinsichtlich der Einschätzung von Lösungswegen heterogener als der gemeinsame Rahmen vermuten lässt.*

*Abschließend blicken wir auf die öffentliche Resonanz und im Fazit auf Faktoren des (medialen) Erfolgs.*

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>1</b>
<b>1. Fridays for Future: Kurzportrait</b>	<b>2</b>
<b>2. Organisation und Ablauf der Demonstrationen am 15. März 2019</b>	<b>5</b>
<b>3. Anlage und Ergebnisse der Befragung</b>	<b>6</b>
3.1 Methodik und Repräsentativität	7
3.2 Wer sind die Teilnehmer*innen?	11
3.3 Anliegen der Protestierenden	14
3.4 Wege der Mobilisierung	18
3.5 Politisches Interesse und Engagement	21
3.6 Politische Einstellungen	26
3.7 Befunde des Ländervergleichs	30
3.8 Zusammenfassung	34
<b>4. Die Resonanz auf FFF</b>	<b>35</b>
<b>5. Fazit</b>	<b>39</b>
5.1 Ist FFF eine soziale Bewegung?	39
5.2 Faktoren des (medialen) Erfolgs	40
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>43</b>

### Online-Material auf protestinstitut.eu:

Deutscher Online-Fragebogen: [Link](#).

Flyer: [Link](#).

Kurzfragebogen (Vor-Ort-Interviews): [Link](#).

ipb-Medienpräsenz zu FFF: [Link](#)



## Vorwort

Der steile Aufstieg der international auftretenden Bewegung Fridays for Future (im Weiteren FFF) hat eine enorme mediale und politische Beachtung erfahren. Das rief auch Sozialwissenschaftler\*innen auf den Plan. Einige Wochen vor dem anstehenden großen Aktionstag am 15. März 2019 erging von einer schwedischen Forschungsgruppe die Anfrage an das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb), ob sich Mitglieder des Instituts an einer international angelegten Befragung der Protestierenden beteiligen würden. Geld dafür war zu diesem Zeitpunkt nicht vorhanden. Die genaue Vorgehensweise und die Anlage des Fragebogens waren noch offen. Einige Länderteams hatten den Kolleg\*innen aus Schweden schnell zugesagt. Wir waren zunächst zögerlich, da wir aufgrund früher durchgeführten Befragungen von Protestierenden zu diversen Anlässen den Aufwand kannten, der sich zumal aufgrund der notwendigen Abstimmung zwischen den Länderteams zusätzlich erhöhen würde. Nachdem die Finanzierungsfrage für Sachkosten und rudimentäre Personalkosten dank der spontanen Bereitschaft der *Heinrich-Böll-Stiftung*, der *Otto Brenner Stiftung* und der *Stiftung 100 Prozent erneuerbar* überraschend schnell geklärt war, erging unsere Zusage an die Projektkoordinatoren aus Schweden.

Als bald setzte eine Flut von E-Mails ein, die sich überwiegend auf die Themen, Formulierungen und Antwortkategorien des Fragebogens, aber auch das Vorgehen am Demonstrationsort, das Problem der Repräsentativität, die Frage, ab welcher Altersstufe junge Menschen ohne Einwilligung eines Elternteils befragt werden sollen und dürfen, auf das auszuwählende Eingabe- und Analyseprogramm und vieles mehr bezogen. Der Aufwand für das Gesamtunternehmen war enorm. Neun Länderteams führten an insgesamt 13 Orten zeitgleich die Befragung durch – in den Niederlanden aufgrund der dort anders verlaufenden Mobilisierung allerdings schon am 14. März 2019.

---

<sup>1</sup> <https://protestinstitut.eu/projekte/demonstrationsbefragungen/befragung-fridays-for-future> [04.08.2019]

Eine erste und selektive Präsentation der deutschen Befragungsergebnisse fand bereits am 26. März 2019 im Rahmen eines Pressegesprächs in der Berliner Zentrale der Heinrich-Böll-Stiftung statt; sie ist auf der Webseite des *ipb*<sup>1</sup> abrufbar. Später erfolgte die Erstellung des deutschen Datenteils für den internationalen Länderbericht, der einem rigiden Gliederungsschema folgt, jedoch aufgrund der thematischen Schwerpunktsetzung und Längenvorgaben nur knappe Kommentierungen enthält (Wahlström et al. 2019a).<sup>2</sup>

Der hiermit vorgelegte ausführlichere deutsche Bericht enthält in seinem Kernteil eine umfassende Analyse der deutschen Befragungsdaten sowie eine Darstellung des methodischen Vorgehens. Neben den Ergebnissen der Befragungen in Deutschland liefert der Bericht auch Hinweise auf Befragungsergebnisse aus anderen Ländern, auf die interne Struktur der FFF-Bewegung und deren öffentliche Resonanz.

Allen, die in ganz unterschiedlichen Rollen diese Befragung in Deutschland und anderswo unterstützt haben, gebührt unser Dank. Das sind insbesondere die Koordinatoren Mattias Wahlström und Joost de Moor sowie Michiel de Vydt, welche die Koordination der technischen Seite der Befragung und die Standardisierung der Daten übernommen haben.

Weiterhin haben wir den bereits genannten drei institutionellen Förderern der Befragungsaktion in Deutschland und den beiden finanziellen Förderern des vorliegenden ausführlichen Berichts zu danken. Simon Teune hat bei der Befragungsaktion am 15. März mitgewirkt und zudem in einer nächtlichen Krisenaktion vor unserem Berliner Pressegespräch eine wichtige Rolle bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung und optischen Darstellung der Befunde gespielt. Zu danken haben wir auch vielen studentischen Helfer\*innen. Sie führten die Kurzinterviews vor Ort durch und sorgten für die Verteilung der Flyer, auf denen zur Teilnahme an der Online-Befragung aufgerufen wurde.

*Berlin und Bremen, August 2019, die Autor\*innen*

<sup>2</sup> <https://protestinstitut.eu/fridays-for-future-ergebnisse-einer-demonstrationsbefragung-in-13-europaeischen-staedten/> [04.08.2019]

# 1. Fridays for Future: Kurzportrait

Die mediale Darstellung von FFF in Form von Nachrichtenmeldungen, Hintergrundberichten, Interviews mit Beteiligten, Kommentaren, Foto-strecken und Video-Clips bietet eine Fülle von Einzelinformationen, lässt aber kaum die großen Entwicklungslinien hervortreten. Wir wollen deshalb ein Kurzportrait von FFF liefern, das unter anderem erkennen lässt, in welcher Entwicklungsphase der Bewegung die Befragungsaktion stattgefunden hat und wie es vor allem mit Blick auf den deutschen Ableger der Gruppierung bis heute weitergegangen ist.

FFF ist, knapp formuliert, eine Bewegung, deren Kernforderung darin besteht, die auf dem Pariser Klimagipfel Ende 2015 gesetzten Ziele zur weltweiten Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen einzuhalten, um die damit verbundene Erderwärmung auf einen Anstieg von maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Das ist für eine Protestbewegung ein zunächst sehr bescheidenes, weil völlig systemimmanentes Ziel, zu dem sich die Regierungen der Welt, abgesehen vom späteren Exit der USA, im Prinzip bereits ausdrücklich bekannt haben und weiterhin bekennen. Zugleich ist es aber auch ein ehrgeiziges Ziel, weil seine Umsetzung, bei der auch Deutschland erheblich hinterherhinkt, konkrete Einschnitte in Energiewirtschaft, Industrie, Gebäudesektor und Landwirtschaft verlangt – Einschnitte, die Lobbygruppen und die ihnen sachlich verbundenen Politikressorts (wohl mit Ausnahme des Bundesumweltministeriums) nach Möglichkeit zu vermeiden oder zu verlagern suchen (Rucht 2016). Auch in einem weiteren Sinne sind die Forderungen von FFF ambitioniert, verlangen doch die Akteure von sich selbst, ihrem unmittelbaren Umfeld und letztlich der Gesamtbevölkerung einen ökologisch verträglichen Lebens- und Konsumstil, der mit erheblichen (freiwilligen) Einschränkungen verbunden ist.

Den anfänglichen Impuls für die sich dann formierende Bewegung setzte die damals 15-jährige Greta Thunberg mit ihrem dreiwöchigen „Schulstreik für das Klima“ ab dem 20. August 2018. Es war eine Aktion einer einzelnen Person, die durch entsprechende Medienberichte in Schweden und dann auch anderen Ländern Aufsehen erregte. Man kann davon ausgehen, dass dieses Maß an

Aufmerksamkeit der Kombination einer Reihe von Faktoren geschuldet ist: dem kindlich wirkenden Erscheinungsbild Greta Thunbergs, der damit kontrastierenden Entschlossenheit und Kommisslosigkeit ihres zunächst „einsamen“ Streiks, ihrem ökologisch bewussten Lebensstil, den sie auch ihrer gesamten Familie abfordert, aber auch der Prominenz ihrer Mutter, die, so die Medienberichte, sogar ihre Tätigkeit als international auftretende Opernsängerin aufgegeben hatte, um Flugreisen zu vermeiden (Ernmann et al. 2019). Greta Thunberg wurde schnell zum medialen „Star“. Dadurch wurde auch die Politik auf sie aufmerksam, was sich bereits an ihrer Einladung zum Klimagipfel im Dezember 2018 im polnischen Katowice zeigte. Weitere Auftritte auf der internationalen Bühne wie beim Weltwirtschaftsforum in Davos folgten.

Die Idee des „Klimastreiks“ bzw. „Schulstreiks“, nun allerdings begrenzt auf freitags stattfindende Straßenproteste, fand schnell in einer Reihe von Ländern Resonanz. Wichtigste Träger\*innen der Freitagsproteste waren junge Schüler\*innen, vorzugsweise an Gymnasien. Staunend wurde registriert, was die „Kinder“ da in Gang gesetzt hatten und gefragt, wie es weitergehen würde. Einzelne Demonstrationen wie die in Brüssel mit 12.000 Teilnehmer\*innen am 31. Januar 2019 ließen aufhorchen.

In Deutschland setzte der Aufschwung mit einer Reihe kleinerer Demonstrationen in Freiburg, Göttingen, Berlin, Kiel und Flensburg im Dezember 2018 ein. Eine frühe Initiatorin war Luisa Neubauer, eine 22-jährige Studentin, die Greta Thunberg bei der Klimakonferenz in Katowice erstmals begegnet war und dann die Idee des Schulstreiks in Deutschland verbreiten wollte. Zeitgleich zu Neubauer, aber anfangs unabhängig davon, hatte auch der 19-jährige Kieler Gymnasiast Jakob Blasel einen deutschen Ableger von FFF mit einer ersten lokalen Demonstration im Dezember 2018 ins Leben gerufen.

Am 18. Januar 2019 demonstrierten laut Angaben von FFF bereits insgesamt 25.000 Menschen an 50 Orten in Deutschland, darunter 4.000 Beteiligte in Freiburg. Dieses Datum ist rückblickend als der eigentliche Auftakt der deutschen FFF-Bewegung zu verstehen. Mitte Februar 2019 listete FFF bereits 155 Ortsgruppen auf, wobei

sich die Zahl der Demonstrierenden aber bis dahin nicht deutlich erhöht hatte.

Der 15. März 2019 wurde von einem international koordinierenden Team als der erste globale Protesttag der Bewegung ausgerufen. Laut den schwer nachvollziehbaren Angaben der Organisator\*innen beteiligten sich weltweit 1.789.235 Menschen an dem Protest – eine Zahl, die in ihrer Höhe und Konkretion bezweifelt werden darf. In Deutschland waren für diesen Tag 220 Proteste angekündigt. Die Zahl der Teilnehmer\*innen wird von den Veranstalter\*innen auf 300.000 beziffert. Der globale Protesttag war der bis dato größte Auftritt der Bewegung und ein eindrucksvoller Mobilisierungserfolg.

Danach, teilweise bedingt durch die Osterferien, gingen die Zahlen der Teilnehmer\*innen in Deutschland deutlich zurück. In Berlin und München waren es nur noch je 500 Protestierende, so dass schon die Frage aufkam, ob und wie die Bewegung ihr Momentum erhalten könne. Der Präsenz der Bewegung in den deutschen Medien tat diese Entwicklung allerdings keinen Abbruch, zumal einerseits Greta Thunberg, wie schon zuvor an anderen Orten im In- und Ausland, ihre Beteiligung an der Berliner Demonstration am 29. März 2019 angekündigt hatte, und andererseits bereits weitere internationale Aktionstage in Aussicht standen: Am 24. Mai 2019 fanden im Vorfeld der Europawahlen in vielen europäischen Städten erneute Großdemonstrationen statt.

Für den 21. Juni 2019 wurde unter dem Motto „Climate Justice without Borders – United for a Future“ zum ersten zentralen internationalen Streik in Aachen aufgerufen. Aachen ist nicht nur als eine unweit von der französischen und belgischen Grenze liegende Stadt, sondern auch wegen des in diesem Raum noch immer stattfindenden Braunkohlebergbaus für eine Klimaschutzbewegung von hoher symbolischer Bedeutung. Ein Teil dieser Aktionen war ausdrücklich als ziviler Widerstand angekündigt. Als dessen wichtigster Träger verstand sich allerdings nicht FFF, sondern die seit ca. 2015 offensiv auftretende Gruppe „Ende Gelände“, die sich vor allem durch den von wiederholten Besetzungsaktionen begleiteten Kampf gegen den Braunkohleabbau in Deutschland bundesweite Aufmerksamkeit verschafft hatte. FFF erklärte seine Solidarität mit der Gruppe, rief aber als Gesamtorganisation nicht zu

Aktionen zivilen Widerstands auf. De facto kam es wohl zu Überschneidungen von Anhänger\*innen dieser beiden und weiterer Gruppen. Erneut konnten die Organisator\*innen Mobilisierungserfolge verzeichnen. Im Vorfeld war mit rund 10.000 Teilnehmer\*innen bei den Aktionen im rheinischen Revier gerechnet worden. Am Ende sprachen die Organisator\*innen von FFF von 40.000 Demonstrierenden. Die Polizei nannte dagegen eine Zahl von 10.000 bis 20.000.

Ab Juli 2019, bedingt auch durch die Schul- und Semesterferien, waren die Teilnehmer\*innenzahlen geringer. Selbst ein erneuter Auftritt Thunbergs in Berlin am 19. Juli blieb mit rund 3.000 bis 4.000 Teilnehmer\*innen weit unter der Beteiligung an Thunbergs erstem Berliner Auftritt Ende März, als mehr als 25.000 Menschen demonstrierten (jeweils nach Angaben von FFF). Gleichwohl vermochte es FFF, durch Einzelaktionen weiterhin eine starke mediale Präsenz zu erreichen. Eine dieser Aktivitäten war ein fünftägiger Schulstreik in Köln im Juli. Mit einer weiteren Aktion am 26. Juli im Terminal des Stuttgarter Flughafens suchten rund 350 Demonstrierende die Fluggäste auf negativen Klimafolgen von Flugreisen aufmerksam zu machen. Selbst dieser kleine und kurzzeitige Protest bot der ARD-Tageschau, Bild und zahlreichen weiteren Medien Anlass für eine eigene Berichterstattung.

Mit den Demonstrationen in Aachen und dem Umland hatte es FFF erneut geschafft, gegen diverse Bedenken – nun auch trotz Warnungen der Polizei vor Eskalationen und juristischen Sanktionen – einen komplexen, logistisch aufwändige Aktionsrahmen zu schaffen und zu füllen. Hierbei waren die Routine und Ortskenntnis der Aktivist\*innen von „Ende Gelände“ sicherlich hilfreich. Auch weitere Gruppen, darunter Teile des Umweltverbandes BUND, von Greenpeace, Compact, den Naturfreunden und der Grünen Jugend waren, wie schon bei vorausgegangenen Aktionen von FFF, unterstützend tätig, vermieden es allerdings, steuernd einzugreifen, um dem Ruf von FFF als einer unabhängigen, basisdemokratisch ausgerichteten Bewegung nicht zu schaden.

In Deutschland hatte sich bis August die Zahl der Ortsgruppen von FFF auf 600 erhöht. Damit gewannen auch Fragen der internen Strukturierung, der Verantwortlichkeiten, der Finanzierung und der Transparenz nach innen wie nach außen

an Bedeutung.<sup>3</sup> Die Anforderungen an die überregionale Koordination mittels der wöchentlichen Telefonkonferenz und an die rund 20 Arbeitsgruppen, darunter zu Finanzen, Kampagnen und politischen Forderungen, wurden immer größer. Ein umfangreiches, allerdings noch nicht beschlossenes Strukturkonzept soll künftig für mehr Klarheit und Verbindlichkeit sorgen.<sup>4</sup> Trotz und vielleicht auch gerade wegen interner und externer Kritik ist es bislang gelungen, produktiv mit einer Reihe von Herausforderungen (Veränderung des Zielkatalogs, strategische Umorientierung, interne Organisation und Entscheidungsfindung, Vertretung gegenüber der Öffentlichkeit) umzugehen, so dass es in der Summe, zumindest in Deutschland, weder zu einer starken Demobilisierung noch zu einem nachlassenden medialen und öffentlichen Wohlwollen kam. Diese Entwicklung, die deutlich von der vieler anderer Protestbewegungen abweicht, soll im fünften Abschnitt erklärt werden.

Außerordentliche Resonanz erzielte zuletzt der von FFF in den frühen Augusttagen durchgeführte Sommerkongress in Dortmund, an dem sich insgesamt rund 1.700 Menschen beteiligten.<sup>5</sup> In rund 140 Workshops ging es um inhaltliche Debatten zur Klima- und Umweltpolitik bis hin zu Grundsatzdiskussionen über Geschlechtergerechtigkeit und Post-Wachstum, aber auch um Medienarbeit, Diskussionen über Formen des zivilen Ungehorsams oder die Weiterentwicklung der internen Organisation. Diese Veranstaltung

brachte erstmals Aktivist\*innen und Sympathisant\*innen – die sich bis dahin in erster Linie durch den Austausch per Telefon oder Messenger-Dienste kannten – an einem Ort zu einem längeren Informations- und Erfahrungsaustausch sowie in größerem Rahmen durchgeführte Strategiedebatten zusammen. Anwesend waren vor allem junge Leute, ausgenommen eine kleine Zahl von Klimawissenschaftler\*innen und sonstigen Expert\*innen, die ebenfalls eingeladen waren.

Von diesem Treffen, das die Organisator\*innen in erstaunlich kurzer Vorbereitungszeit, wenngleich mit Unterstützung externer Institutionen<sup>6</sup>, auf die Beine gestellt hatten, könnte eine weitere Schubkraft für FFF ausgehen. Insbesondere könnten die Diskussionen zu einer inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklung führen. Zugleich verdeutlicht dieses Treffen aber auch, dass die bei vielen andere Protestbewegungen vorhandenen internen Differenzen, sich auch bei FFF abzuzeichnen beginnen. Dazu gehört die Frage nach internen Entscheidungsprozessen und die nach der Rolle exponierter Sprecher\*innen der Kampagne. Dazu gehört aber auch die Spannung zwischen eher moderaten und eher offensiven, für zivilen Ungehorsam plädierenden Aktivist\*innen. Aus Kreisen letzter Fraktion wurde zuletzt gar die (politisch wenig realistische) Hoffnung geäußert, den dritten globalen Klimastreik am 20. September 2019 mit einem umfassenden „Generalstreik“ verbinden zu können.

---

<sup>3</sup> Die Finanzierung erfolgt bislang überwiegend durch Spenden, ergänzt durch den autorisierten Verkauf eines Armbands. Die eingehenden Gelder landen allerdings nicht direkt bei FFF, sondern bei der „befeunden“ Stiftung Plant-for-the-Planet. Das führte zu kritischen Nachfragen und später zu Vereinsgründungen wie „Donate for Future“ und „Organize Future!“. Die beiden Vereine repräsentieren jedoch nicht das gesamte Netzwerk FFF in Deutschland, welches keine Rechtsform aufweist, sondern meist als diffuses „Wir“ figuriert. So Jakob Blasel zur Frage nach der Rolle von Plant-for-the-Planet: „Die Kollegen von ‚Plant for the Planet‘ haben für uns bei ihrer Bank ein Unterkonto für die Spenden eingerichtet. Aber auf das Geld auf diesem Konto greift ‚Plant for the Planet‘ nicht zu. Wir erstatten denen nicht einmal ihre Bankgebühren. Alles Geld, was Menschen an ‚Fridays for Future‘ spenden, kommt auch ‚Fridays for Future‘ zugute.“ Siehe:

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/fridays-for-future-schuelerproteste-im-visioner-rechter-blogs-a-1263355.html> [04.08.2019].

<sup>4</sup> Vgl. Der Spiegel Nr. 31/27.7.2019, S. 24-27.

<sup>5</sup> An der Freitagsdemonstration am 3. August waren dem WDR zufolge rund 1.500 Menschen beteiligt. Siehe: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/fridays-for-future-demonstration-dortmund-100.html> [04.08.2019].

<sup>6</sup> Darunter auch die Stiftung Mercator, die 35.000 Euro zur Finanzierung des Sommerkongresses beisteuerte. Vgl. Der Spiegel Nr. 31 vom 27.7.2019, S. 27.



## 2. Organisation und Ablauf der Demonstrationen am 15. März 2019

Auf die Randbedingungen der Demonstration am 15. März 2019 gehen wir nur cursorisch ein, da sich hier, gemessen an den FFF-Protesten an anderen Freitagen, wenig Auffälligkeiten zeigen. Insgesamt erfolgte die Mobilisierung auf weitgehend dezentraler Basis, d. h. durch die Engagierten vor Ort. Je nach Ortsgröße und Zahl der Teilnehmer\*innen ist für eine Demonstration ein unterschiedlich großer organisatorischer Aufwand erforderlich. Bei größeren Protesten übernimmt in aller Regel ein lokales Organisations-Team die Federführung, während andere Teams für speziellere Aufgaben zuständig sind (Bühne, Ordner, Finanzen, etc.). Beim gesamten Informationsfluss und der Protestmobilisierung spielen jenseits der neu gebildeten Strukturen auch die an allen Schulen existierenden Strukturen von Klassensprecher\*innen und Organen der Schüler\*innenverwaltung von der lokalen bis zur Ebene der Bundesländer eine Rolle. Zwar dürfen diese Organe nicht für politische Zwecke eingesetzt werden und respektieren auch formal dieses Gebot, um Konflikte mit Schulleitungen und Kultusbehörden zu vermeiden. Faktisch waren aber doch oft Klassen- und Schulsprecher\*innen an der Mobilisierung beteiligt, die ihre Verbindungen und Kanäle nutzten und dabei von ihrer Organisationserfahrung und ihren Artikulationsfähigkeiten profitierten.<sup>7</sup> Direkte Treffen in und außerhalb der Schulen dienen FFF als Rahmen des Erfahrungs- und Informationsaustauschs. Daneben spielt die Kommunikation per WhatsApp und anderen Messenger-Dienste eine wichtige Rolle. WhatsApp begrenzt die Zahl der unmittelbar Kommunizierenden auf 256 Personen. Will sich ein größerer Kreis an der Kommunikation beteiligen, so wird ein neues Forum, wiederum beschränkt auf 256 Teilnehmer\*innen, eröffnet. In der Folge muss es zu Abstimmungsprozessen zwischen diesen Foren kommen, was bislang, so der

Eindruck, pragmatisch und dezidiert unideologisch angegangen wird. Ergänzend kommen andere Formate, z. B. Telegram-Gruppen ins Spiel, die vor allem für die interne Kommunikation wichtig sind, weil damit auch Abstimmungen möglich sind.

Basiseinheiten von FFF sind die unabhängigen Ortsgruppen, die in aller Regel „von unten“ entstehen. Für die bundesweite Koordination werden meist zwei Delegierte pro Ortsgruppe bestimmt bzw. gewählt. Ihre Rolle und ihr Status sind noch nicht abschließend geklärt. Derzeit ist ihre Hauptfunktion die Teilnahme an den wöchentlichen Telefonkonferenzen („Deli-TK“) und die Weitergabe von Informationen. Daneben bestehen aufgabenspezifische Arbeitsgruppen, etwa für Finanzen und Medienkontakte.

Vieles an dieser Struktur wirkt noch unfertig und improvisiert. Genau dieser Charakter ist es aber, der FFF auch unter strukturellen Gesichtspunkten für junge Menschen attraktiv macht und einen scharfen Kontrast zu Strukturen in etablierten Verbänden und Parteien bildet. Neben Euphorie um die eigenen Mobilisierungserfolge und die starke mediale Aufmerksamkeit war aber auch vereinzelt interne Kritik an den führenden Repräsentant\*innen der Bewegung zu hören. Insbesondere die mediale Präsenz Luisa Neubauers wurde nicht nur wohlwollend begrüßt, sondern mitunter als „Personenkult“ abgelehnt.<sup>8</sup>

In Berlin wie in Bremen, den beiden Orten unserer Befragung, folgten die Proteste einem bereits eingespielten Muster. In Berlin fand die gegen 11:00 Uhr beginnende Auftaktkundgebung an dem leicht zugänglichen Invalidenpark in Nähe des Hauptbahnhofes statt. Nach ca. einer Stunde formierten sich die Teilnehmer\*innen zu einem Protestzug, der in einer großen Schleife in die Nähe des Reichstages und des benachbarten Kanzleramtes führte, um dann auf anderem Wege wieder am Ausgangspunkt anzukommen. Der vordere Teil des Protestzugs kam nach einer guten Stunde zurück; die hinten Marschierenden erreichten den Ausgangspunkt deutlich später.

<sup>7</sup> Siehe auch Ergebnisse der Demonstrationsbefragung zu bürgerschaftlichem Engagement in Abschnitt 3.5.

<sup>8</sup> [www.welt.de/politik/deutschland/article-192070931/Luisa-Neubauer-und-Fridays-for-Future-Unmut-hinter-den-Kulissen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article-192070931/Luisa-Neubauer-und-Fridays-for-Future-Unmut-hinter-den-Kulissen.html) [04.08.2019].

Dadurch „franst“ die abschließende Kundgebung aus; nur teilweise wandten sich die Versammelten den Reden und Musikbeiträgen zu. Das Ende der Veranstaltung markierte ein Tanzen vor der Bühne, an dem vor allem die Jüngeren teilnahmen, während sich viele der übrigen Demonstrierenden am Rande des Geschehens in Kleingruppen unterhielten oder sich bereits den Ort der Kundgebung verließen. Die Stimmung war insgesamt fröhlich bis euphorisch. Auch die Journalist\*innen waren auf ihre Kosten gekommen, machten Interviews mit einzelnen Teilnehmer\*innen und schossen serienweise Bilder vom stationären wie mobilen Protestauftritt, der teilweise auch auf kalkulierten Inszenierungen der Veranstalter\*innen beruhte. Zum Beispiel wurden speziell die sehr jungen Teilnehmer\*innen (von ca. 11 bis 14 Jahren) von einem deutlich älteren Organisator bzw. Ordner mit Megaphon hinter dem Fronttransparent platziert. Dort skandierten die Kinder, unterstützt von koordinierten Hüpfbewegungen, ihre Parolen in ausgelassener Stimmung. Nachdem sich alle interessierten Fotograf\*innen vor oder seitlich des Transparents postiert hatten, setzte sich der Zug, angeführt von den jubelnden Kindern, in Bewegung.

An der Berliner Demonstration nahmen rund 20.000 (Polizei) bis 25.000 Menschen (laut Veranstalter\*innen) teil, wobei uns erstere Angabe realistischer erscheint. Lediglich 5.000 waren bei den Anmeldebehörden erwartet worden. Nur wenige der von uns Angesprochenen verweigerten ein Interview vor Ort bzw. die Annahme des Flyers, mit dem zur Teilnahme an der Online-Befragung aufgerufen wurde.

In Bremen startete die Demonstration mit einer Auftaktkundgebung um 10:00 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz. Die Organisator\*innen hatten im Vorfeld mit etwa 1.000 Teilnehmer\*innen gerechnet. Als dann tatsächlich mindestens fünfmal so viele erschienen, erwies sich der Lautsprecherwagen als viel zu klein dimensioniert, so dass nur ein kleiner Teil der Demonstrant\*innen etwas von den Statements der Organisator\*innen mitbekommen konnte. Vom Hauptbahnhof zog der Demonstrationzug in einer etwa einen Kilometer langen Route durch die Innenstadt bis zum historischen Marktplatz mit dem Sitz der Bremischen Bürgerschaft. Das Gesamtbild der Demonstration war geprägt von Schüler\*innen, von denen ein

großer Teil selbstgemalte Pappschilder mit deutschen und englischsprachigen Slogans zum Klimawandel mitgebracht hatte. Die Stimmung auf der Demonstration war lebhaft. Die Teilnehmer\*innen stimmten häufig Sprechchöre an. Die Polizei beschränkte sich darauf, den Verkehr zu regeln und war ansonsten zumindest nicht mit einem sichtbaren Aufgebot vor Ort. Für die Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz galt das Gleiche wie für die Auftaktkundgebung: Die unterdimensionierte Technik führte dazu, dass nur ein sehr kleiner Teil der Menge die dort gehaltenen Reden verstehen konnte. Einsetzender Nieselregen sorgte dann dafür, dass sich die Demonstration gegen 13:00 Uhr langsam auflöste. Der Befragung standen die allermeisten angesprochenen Teilnehmer\*innen offen und interessiert gegenüber. Auch hier gab es nur wenig ablehnende Reaktionen.

### **3. Anlage und Ergebnisse der Befragung**

Mitglieder des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung sowie Beteiligte aus früheren Forschungsgruppen am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) haben bereits mehrfach in der Vergangenheit Protestierende befragt. Tabelle 1 liefert einige Eckdaten ausgewählter Befragungen im Vergleich. Es ist erkennbar, dass, nicht zuletzt abhängig von der Größe der Demonstrationen, ganz unterschiedliche Anteile der Protestierenden durch die Befragung erfasst werden. Daran sollte allerdings nicht die Aussagekraft der Ergebnisse gemessen werden, kommt es doch darauf an, bei der Auswahl der Protestierenden deutliche Verzerrungen zu vermeiden, also eine strikte Zufallsauswahl der zur Teilnahme an der Befragung aufgeforderten Personen zu gewährleisten. Dies erfordert unter anderem, dass beim Einsatz der Interviewer\*innen bzw. Verteiler\*innen von Fragebögen oder Flyern alle Segmente der Menschenmenge bzw. des Protestmarsches gleichermaßen abgedeckt werden. Das ist schwierig im Rahmen eines Protestgeschehens, das manchmal leicht chaotische Züge annimmt, bei dem Leute kommen und gehen, ein Vordringen zur Bühne aufgrund der dicht stehenden Menschen verhindert wird oder wenn ein langsamer Umzug plötz-

lich im Laufschrift vorangeht, um eine entstandene Lücke zu schließen. Ein weiterer Faktor für mögliche Verzerrungen ist die Art und Quote des Rücklaufs. Rein quantitativ verringert sich dieser mögliche Verzerrungseffekt mit der Höhe der Quote.

Auch wenn wir bei bisherigen Befragungen durchaus unterschiedliche Rücklaufquoten erzielt haben, so handelt es sich doch selbst bei den vergleichsweise niedrigen Werten für die FFF-Befragung um Quoten, die weit über denen von repräsentativen Bevölkerungsumfragen liegen.

**Tabelle 1: Übersicht zu Protestbefragungen in Deutschland<sup>9</sup>**

Demonstration	Teilnehmende, geschätzt	Verteilte Fragebögen	Rücklauf	Rücklaufquote; %
Irakkrieg, 2003	500.000	1.430	740	51,7
Hartz IV, 2004	10.700	1.610	783	48,6
Stuttgart 21, 2010	17.500	1.500	814	54,3
Pegida, 2015	17.000	670	123	18,4
Anti-TTIP, 2015	200.000	3.780	482	14,2
G20, 2017*	80.000	4.187	1.095	31,0
FFF, 2019	25.500	2.200	355	16,1
<i>Berlin</i>	<i>20.000</i>	<i>1.202</i>	<i>204</i>	<i>17,0</i>
<i>Bremen</i>	<i>5.500</i>	<i>998</i>	<i>151</i>	<i>15,1</i>

### 3.1 Methodik und Repräsentativität

Auch wenn methodische Detailfragen als Angelegenheit von Expert\*innen gesehen werden und für das breite Publikum kaum von Interesse sind, so legen wir doch großen Wert darauf, unser methodisches Vorgehen eingehend zu beschreiben und auch dessen Schwächen und Grenzen aufzuzeigen. Das erscheint uns gerade im Untersuchungsfeld der quantitativen Befragung von Protestteilnehmer\*innen notwendig – einem Feld, das erst seit den früher 2000er Jahren Konturen gewonnen hat und in dem noch viel experimentiert wird (siehe z. B. Andretta und della Porta 2014; Teune und Ullrich 2015). Im Unterschied zu repräsentativen Bevölkerungsumfragen ist bei

Befragungen von Demonstrierenden ein anderes Vorgehen geboten. Darauf wird noch einzugehen sein.

Tabelle 2 zeigt die Eckdaten der europäischen Befragungsaktion zu FFF in neun Ländern. Die Rücklaufquoten sind insgesamt zufriedenstellend. Sie schwanken zwischen 12 Prozent (Amsterdam) und 30 Prozent (Stockholm). Mit unseren Befragungen in Berlin und Bremen (mit 17 % bzw. 15 %) liegen wir damit im unteren Bereich. Auch die von den Berliner Organisator\*innen auf der Bühne ausgesprochene Ermunterung, sich an der Umfrage zu beteiligen, hat offenbar nicht zu einer markanten Steigerung der Rücklaufquote geführt, wie der Vergleich mit Bremen zeigt.

<sup>9</sup> Tabelle 1 zeigt eine Auswahl der Studien, die unter Beteiligung von Wissenschaftler\*innen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung entstanden sind.

\* Während des G20-Gipfels in Hamburg wurden zwei Demonstrationen untersucht. Siehe: Haunss et al. 2017.

**Tabelle 2: Eckdaten der internationalen Befragung in neun Ländern**

Stadt	Teilnehmende, geschätzt	Kurz-interviews	Verteilte Fragebögen	Rücklauf	Rücklaufquote; %
Amsterdam	5.500	118	609	72	12
Berlin	15.000 - 25.000	257	1.202	204	17
Bremen	5.000 - 6.000	100	998	151	15
Brüssel	30.000 - 35.000	140	733	166	23
Florenz	10.000 - 30.000	0	1.000	195	20
Genf	5.000 - 6.000	103	1.000	154	15
Lausanne	12.000 - 15.000	152	1.000	183	18
Malmö	600 - 650	95	528	114	22
Manchester	800	76	398	100	25
Stockholm	3.000 - 5.000	108	588	174	30
Truro (UK)	300	62	260	38	15
Wien	15.000 - 25.000	180	930	154	17
Warschau	6.700	170	916	220	24

*Quelle: Wahlström et al. 2019b, übersetzt ins Deutsche*

### **Das Problem der Repräsentativität**

Die Frage der Repräsentativität ist für die quantifizierende empirische Sozialforschung eine Schlüsselfrage, der wir große Aufmerksamkeit und Energie widmen. Nicht immer gelingt es, das Ziel der (annähernden) Repräsentativität zu erreichen. Zum Beispiel sind wir bei unserer Befragung von Teilnehmer\*innen an einer Pegida-Demonstration im Januar 2015 zu dem Schluss gekommen, dass wir aus einer Reihe von Gründen keinerlei Repräsentativität beanspruchen können (Daphi et al. 2015b).

Im Unterschied zu repräsentativen Bevölkerungsumfragen sind bei den vor Ort Demonstrierenden die Merkmale der Grundgesamtheit unbekannt. Man kann also nicht aufgrund bereits vorhandener Daten eine relativ kleine und dennoch repräsentative Stichprobe ziehen, sondern

muss versuchen, durch eine Reihe von Vorkehrungen möglichst nahe an das Repräsentativitätskriterium heranzukommen, wobei bestenfalls Repräsentativität für die jeweilige Demonstration, nicht aber für ähnliche Veranstaltungen an anderen Orten herzustellen ist. Grundprinzip bei der Befragung von Protestierenden ist die Sicherung einer Zufallsstichprobe bei der Kontaktierung von Personen vor Ort. Dafür wurden in unserem konkreten Fall den Befragungsteams (jeweils zwei Personen) bestimmte Sektoren während der stationären Kundgebung bzw. Abschnitte innerhalb des Demonstrationzuges zugewiesen, um dann nach einer festen Quote jede x-te Person für ein Kurzinterview anzusprechen bzw. einen Flyer zu verteilen. Dabei ist die Arbeitsteilung im Team zentral: Während eine Person im Team, der sogenannte Pointer, die Zielperson nach dem genannten Schema auswählt, ist die zweite Person für die



Kontaktaufnahme und das Gespräch bzw. Interview mit der Zielperson verantwortlich. So sollen Verzerrungen (*selection bias*) vermieden werden, die z. B. durch eine (unbewusste) Auswahl nach Sympathie, ähnlicher Altersgruppe oder erhofften „Erfolgschancen“ bei der Ansprache der Zielperson entstehen können. Die Interviews und die Verteilung der Flyer erfolgen also nach einem anderen Prinzip als die Verteilung von Flugblättern oder Werbezetteln in einer Fußgängerzone, wo die Verteiler\*innen bemüht sind, möglichst schnell möglichst viele ihre Zettel loszuwerden.

Der von uns verteilte Flyer wurde zunächst in englischer Sprache unter den verschiedenen nationalen Teams in seinem Wortlaut abgestimmt und dann ebenso wie der ausführliche Online-Fragebogen – in die jeweilige Landessprache übersetzt. Er enthält die Aufforderung, sich an der Online-Befragung zu beteiligen. Zudem ist auf jedem Flyer ein individueller ID-Code vermerkt, der einmalig den Zugang zum Online-Fragebogen ermöglicht, aber danach nicht erneut nutzbar ist. Dadurch wird sichergestellt, dass im Prinzip nur Teilnehmer\*innen an der Demonstration (abgesehen von der Möglichkeit, den Flyer an jemanden weiterzureichen), vor allem aber nicht ganze Gruppen, zum Beispiel Schulklassen, an der Befragung teilnehmen und damit das Zufallsprinzip der Beteiligung verletzen. Auch aufgrund der positiven Grundstimmung während den Demonstrationen war die Ablehnungsquote für die Verteilung der Flyer sehr gering. Sie betrug in Berlin 5,3 Prozent und in Bremen 5,4 Prozent. Auch dies ist ein wichtiger Indikator dafür, dass nicht bereits bei der Verteilung der Flyer ein möglicher Verzerrungseffekt entsteht, insofern sich eine größere Personengruppe der Beteiligung an der Befragung verweigert.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten wir der Durchführung von direkten Interviews vor Ort, die elf Fragen enthielten und durchschnittlich fünf Minuten beanspruchten. Hier und bei der gesamten Befragungsaktion wurden aus forschungsethischen und juristischen Gründen nur

mindestens 14-Jährige einbezogen, nachdem das Alter durch eine Eingangsfrage geklärt worden war. Alle elf Interviewfragen sind auch im Online-Fragebogen enthalten und somit in ihren Ergebnissen direkt vergleichbar. In Berlin wurden die Antworten von den Interviewer\*innen in ein Papierformular eingetragen, in Bremen dagegen auf einem Tablet registriert, was sich als deutlich effizienter erwies. Zweck der Interviews war nicht, die Rücklaufquote zu erhöhen oder vertiefende Informationen zu gewinnen. Vielmehr sollte mit dieser zusätzlichen Erhebung einzig und allein geprüft werden, ob die nach der Zufallsauswahl erhaltenen direkten Interviews vor Ort, für die wir eine annähernde Repräsentativität beanspruchen können, mit Blick auf die entsprechenden Fragen des Online-Instruments ähnliche Ergebnisse zeitigen würden. Abweichungen könnten sich z. B. dadurch ergeben, dass netzaffine und junge Teilnehmer\*innen eher als andere Gruppen an der Online-Umfrage teilnehmen und damit das Durchschnittsalter der an der Online-Umfrage Beteiligten geringer ausfällt als das Durchschnittsalter der Demonstrierenden vor Ort.

Der Vergleich der Antworten aus den direkten Interviews und der Online-Befragung förderte ein Ergebnis zutage, dass wir in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hatten. Zusammengefasst: Die durch beide Instrumente ermittelten Merkmalsverteilungen sind annähernd gleich. Das soll nachfolgend lediglich für einige Fragen belegt werden:

Der Frauenanteil betrug bei den direkten Interviews vor Ort 57,6 Prozent, bei der Online-Befragung 59,6 Prozent. Der Anteil von Schüler\*innen und Student\*innen betrug bei den direkten Interviews 76,7 Prozent und war bei den Online-Interviews mit 71,4 Prozent nur etwas geringer. Auch bei der Altersverteilung der Befragten liegen die Werte aus beiden Befragungen in einer ähnlichen Größenordnung (siehe Tabelle 3).

**Tabelle 3: Altersverteilung im Vergleich beider Befragungsmethoden; in %**

Altersgruppe	Kurzfragebogen	Online-Survey
14-19	58,0	51,5
20-25	17,0	18,9
26-35	11,3	11,3
36-45	7,1	5,1
46-55	3,6	6,5
56-65	1,5	3,4
Über 65	1,5	3,4
<i>Gesamt %</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>
<i>N</i>	<i>336</i>	<i>355</i>

**Tabelle 4: Demonstrationserfahrung im Vergleich beider Befragungsmethoden; in %**

Demonstrationserfahrung	Kurzfragebogen	Online-Survey
Keine Teilnahme	24,4	25,1
1 bis 5 mal	35,7	33,2
6 bis 10 mal	15,5	18,2
11 bis 20 mal	12,2	9,2
Mehr als 20 mal	12,2	14,2
<i>Gesamt %</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>
<i>N</i>	<i>336</i>	<i>346</i>

Und auch der Vergleich der Antworten auf die Frage nach früheren Demonstrationsteilnahmen in Tabelle 4 liefert ein sehr hohes Maß an Übereinstimmung.

Aufgrund der sehr ähnlichen Ergebnisse beider Befragungsmethoden, können wir davon ausgehen, dass die annähernde Repräsentativität, die wir aufgrund der Zufallsauswahl für die 336 Direktinterviews beanspruchen, auch für die Online-Befragung gilt, auf die sich alle folgenden Analysen beziehen. Auch wenn der Aufwand für

die Direktinterviews erheblich war und naturgemäß auch die Kapazitäten bei der Verteilung der Flyer – und damit die Rücklaufquote – reduzierte, so sehen wir doch diesen rein methodisch motivierten Aufwand als sinnvoll an. Wir sprechen zum ersten Mal in unserer Serie von Demonstrationbefragungen von einer *annähernden Repräsentativität*.

### 3.2 Wer sind die Teilnehmer\*innen?

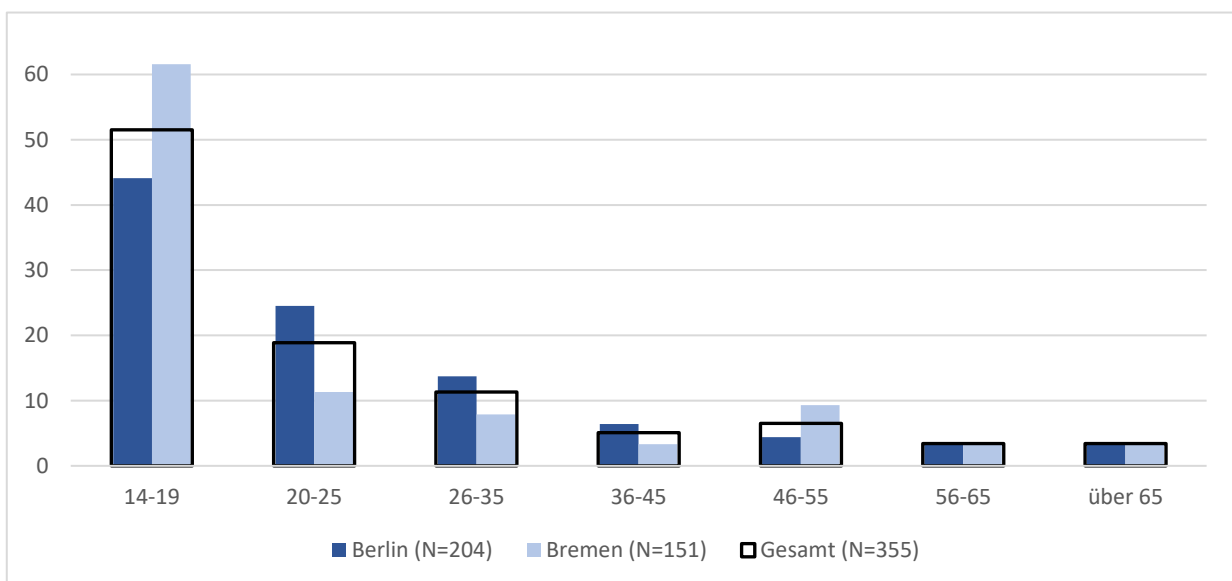
Eine ganze Reihe von Fragen diente der Ermittlung des sozio-demografischen Profils der Protestierenden. Bei der Darstellung der Ergebnisse gilt es zu beachten, dass die Ausübung von Protest als Artikulationsform von verschiedenen sozio-strukturellen Merkmalen geprägt ist und Demonstrierende in den wenigsten Fällen ein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung darstellen. So zeigen zahlreiche Studien für Deutschland und viele andere westeuropäische Länder, dass vor allem formal höher Gebildete, Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen und die Alterskohorte der 30-50-Jährigen auf die Straße gehen (z. B. van Aelst/Walgrave 2001). Während Demonstrationen lange stark von Männern geprägt waren, zeigen jüngere Untersuchungen eine annähernd paritätische Verteilung der Geschlechter. Im Folgenden wird das Profil der FFF-Protestierenden im Hinblick auf einige der genannten Merkmale genauer in den Blick genommen.

*Verteilung der Geschlechter:* Auffällig an der Geschlechterverteilung, zumal im Vergleich mit den meisten sonstigen Demonstrationen, ist der hohe Frauenanteil bei den FFF-Protesten. Bei der Befragung von Demonstrierenden gegen Stuttgart 21 betrug der Frauenanteil 40 Prozent (Baumgarten und Rucht 2014), unter den Pegida-Demonstrierenden lag er lediglich bei 18 Prozent (Daphi et al. 2015b). Bei den Protesten gegen den

G20-Gipfel 2017 (Haunss et al. 2017) und gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA 2015 (Daphi et al. 2015a) war das Verhältnis der Geschlechter nahezu ausgeglichen. Im Falle der FFF-Proteste in Berlin und Bremen betrug der Frauenanteil zusammengenommen 59,6 Prozent. In der Gruppe der Schüler\*innen lag er mit 64,6 Prozent sogar noch höher.

*Altersstruktur:* Entgegen dem medial gezeichneten Bild, FFF würde ganz überwiegend von sehr jungen Schüler\*innen getragen, zeigt unsere Befragung ein differenzierteres Bild. Dabei ist zu berücksichtigen, dass unsere Befragung aus juristischen und forschungsethischen Gründen nur Teilnehmer\*innen ab 14 Jahren einschließt. Unter den Befragten ist der Anteil der Schüler\*innen (49,3 %) und der Gruppe der Erwachsenen, die nicht mehr zur Schule gehen (50,7 %) nahezu gleich groß. Dieses Verhältnis spiegelt sich auch in der Altersstruktur der Befragten wider (siehe Abbildung 1). So ist die Gruppe der 14-19-Jährigen mit 51,5 Prozent am stärksten vertreten, gefolgt von der Gruppe der 20-25-Jährigen mit knapp 19 Prozent und – jetzt in Zehn-Jahres-Schritten – der Gruppe der 26-35-Jährigen mit 11,3 Prozent. Abbildung 3 zeigt auch, dass die FFF-Demonstrierenden in Bremen mit einem Anteil der 14-19-Jährigen von mehr als 60 Prozent etwas jünger sind als in Berlin, wo sich Studierende stärker an den Protesten beteiligten.

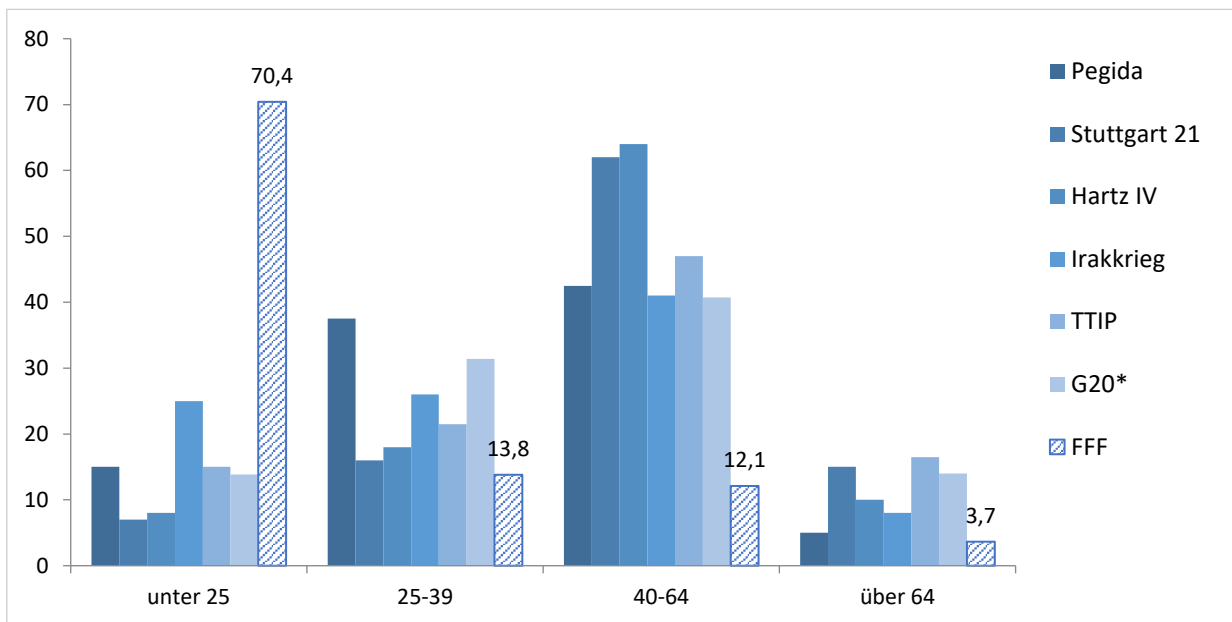
Abbildung 1: Altersstruktur der Demonstrierenden in Bremen und Berlin; in %



Die Daten verdeutlichen, dass der Protest im Wesentlichen von jungen Menschen getragen wird, dass sich aber auch Erwachsene und ältere Menschen beteiligen und solidarisch zeigen. Insgesamt handelt es sich bei FFF aber um eine außergewöhnlich junge Protestbewegung, wie der Vergleich mit anderen von uns untersuchten Demonstrationen zeigt (siehe Abbildung 2).

Diesen anderen Demonstrationen – von Pegida bis zu den G20-Protesten – werden in erster Linie durch die mittleren Alterskategorien geprägt. Der Mittelwert der Gruppe der unter 25-Jährigen liegt für diese Proteste zusammen bei nur 14 Prozent, während er bei den FFF-Protesten mehr als 70 Prozent beträgt.

**Abbildung 2: Altersstruktur, Vergleich ausgewählter Demonstrationen; in %**



Ein beachtlicher Anteil der Befragten bei FFF sind Schüler\*innen oder Student\*innen (71,8 %). Hinzu kommen kleinere Anteile von Vollzeitbeschäftigten (21,1 %) und Teilzeitbeschäftigten. Arbeitslose sind, gemessen an der Gesamtbevölkerung, unterdurchschnittlich vertreten (2,9 %). Gleiches gilt für Rentner\*innen (6,9 %) und Hausfrauen bzw. Hausmänner (1,7 %).<sup>10</sup>

Tabelle 5 zum angestrebten bzw. erworbenen Ausbildungsgrad signalisiert die starke soziale Selektion der Demonstrierenden. Diese sind in der Gesamttendenz dem Bildungsbürgertum zugehörig. Dies zeigt sich noch deutlicher, wenn die Er-

werbstätigkeit und der Bildungsgrad der Elternteile herangezogen werden. 39,2 Prozent der Mütter sind vollerwerbstätig, weitere 31,4 Prozent sind teilzeitbeschäftigt. Bei den Vätern liegen die entsprechenden Anteile bei 62,9 Prozent und 5,2 Prozent. Bei 57,5 Prozent der erwachsenen Befragten ab 20 Jahren hat die Mutter einen Hochschulabschluss bei den Vätern sind es 58,8 Prozent; bei den Schüler\*innen beträgt der Anteil 45,8 bzw. 49,4 Prozent. Das sind Werte, die etwa doppelt so hoch sind wie in der Gesamtbevölkerung.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Mehrfachantworten möglich.

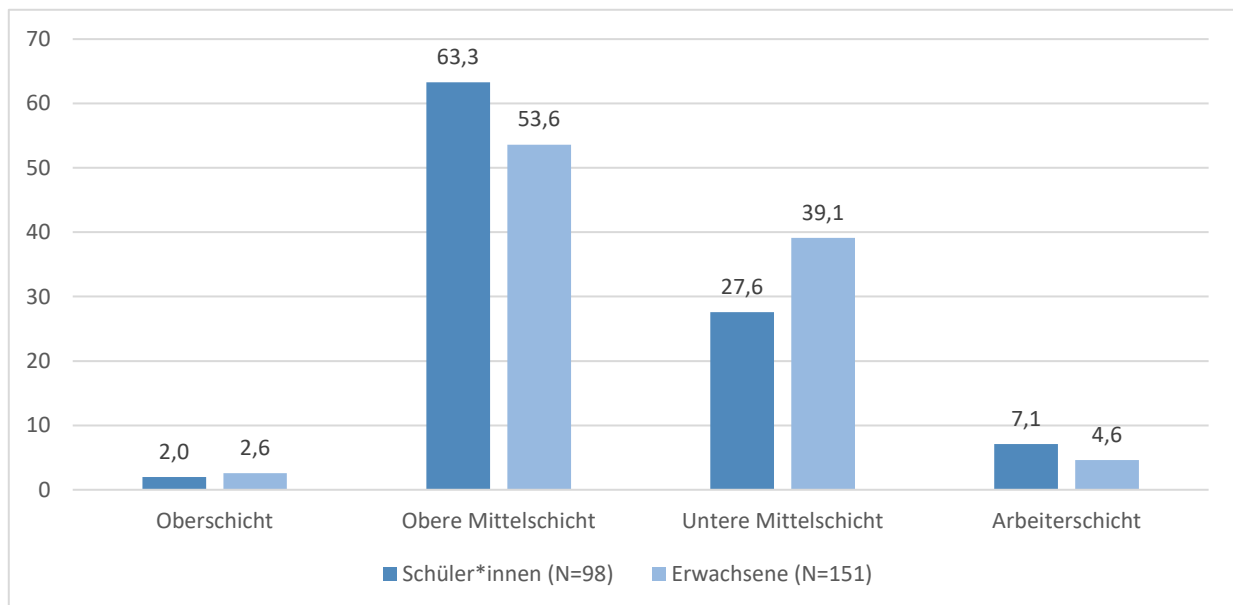
<sup>11</sup> Die Quote der Personen mit Hochschulabschluss unterscheidet sich stark nach Altersgruppen. Laut einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom

6. September 2018 „verfügten 29 % der 30- bis 34-Jährigen über einen Hochschulabschluss, während der Anteil unter den 60- bis 64-Jährigen bei 19 % lag“. Siehe: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Presse-mitteilungen/2018/09/PD18\\_332\\_217.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Presse-mitteilungen/2018/09/PD18_332_217.html) [04.08.2019].

**Tabelle 5: Ausbildungsgrad (bei Schüler\*innen: angestrebter Abschluss); in %**

Ausbildungsgrad	Online-Survey
Keinen Schulabschluss	0,9
Grundschule	0,6
Hauptschulabschluss	0,9
Realschulabschluss / POS / mittlerer Schulabschluss	4,5
Fachhochschulreife / Abitur	55,1
Abgeschlossenes Studium	32,1
Doktor / PhD	4,8
Sonstiges	1,2
<i>Gesamt %</i>	<i>100,0</i>
<i>N</i>	<i>366</i>

**Abbildung 3: Schichteinstufung von Schüler\*innen und Erwachsenen; in %**



Von Interesse ist auch die subjektive Schichteinstufung der Befragten. Hier wurde die im britischen Sprachraum und weiteren europäischen Ländern durchaus gebräuchliche und wenig schambesetzte Kategorie *working class* im deutschen Fragebogen mit dem Begriff „Arbeiterschicht“ übersetzt. Erwartungsgemäß ist diese

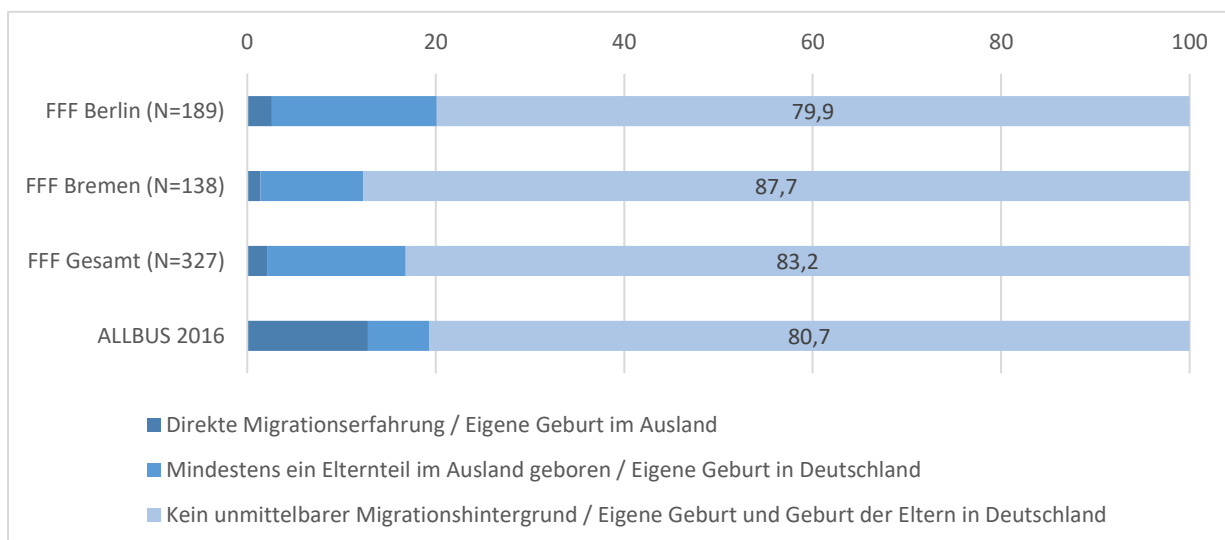
Kategorie mit 4,3 Prozent schwach besetzt, würde aber vermutlich auch bei einer anderen Benennung in Deutschland nicht wesentlich höher ausfallen. Bei den Befragten ist, wie in der Gesamtbevölkerung, der Anteil derer, die sich der Oberschicht zuordnen, mit 1,8 Prozent verschwindend gering. Am stärksten präsent sind die

Obere Mittelschicht mit 43,6 Prozent und die untere Mittelschicht (26,2 %). Weitere 7,9 Prozent wollten sich keiner dieser Kategorien zuordnen. Insbesondere unter den Schüler\*innen ist der Anteil derjenigen, die sich keiner Schicht zuordnen (9,2 %) oder die keine klare Meinung zu dieser Frage haben (26,8 %) relativ hoch. Klammern wir diese Antworten aus und vergleichen die Gruppe der Schüler\*innen mit der der Erwachsenen, so nehmen mehr Schüler\*innen als Erwachsene eine subjektive Schichtzuordnung in der oberen Mittelschicht vor (siehe Abbildung 3).

Die Demonstrierenden wurden auch nach ihren Herkunftsländern befragt. Das Bild ist eindeutig. Die weitaus meisten Befragten (97,6 %) sind

in Deutschland geboren. Weitere 2,1 Prozent kommen aus dem europäischen Ausland und 0,9 Prozent aus Ländern außerhalb Europas. Neben den Angaben zum eigenen Geburtsland wurden die Befragten auch gebeten, das Geburtsland ihrer Eltern anzugeben. Daraus lässt sich der individuelle Migrationshintergrund rekonstruieren und mit der Gesamtbevölkerung vergleichen (Abbildung 4). Dabei zeigt sich, dass Personen mit eigener Migrationserfahrung zwar im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert sind, aber die Gruppe derjenigen, die mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil haben, insbesondere in Berlin relativ stark vertreten ist.

**Abbildung 4: Migrationsgeschichte der Demonstrierenden, im Vergleich; in %**



### 3.3 Anliegen der Protestierenden

Ein zentrales Ziel der Umfrage war es, mehr über die Motive der Demonstrant\*innen zu erfahren. Dafür haben wir sowohl geschlossene Fragen mit festen Antwortmöglichkeiten als auch drei offene Fragen gestellt. Einige Ergebnisse bezüglich dieser Fragen sollen im Folgenden dargestellt werden. Dabei haben wir eine quantitative und graphisch visualisierte Auswertung der in den Ant-

worten enthaltenen Schlüsselbegriffe vorgenommen und auch exemplarisch einige Statements im Wortlaut<sup>12</sup> herausgegriffen.

Aus den optisch quantifizierten Antworten auf die offene Frage nach den Gründen für die Teilnahme an der Demonstration (Abbildung 5) wird deutlich, dass insbesondere von den Schüler\*innen Klimawandel und die Sicherung der Zukunft als langfristiges und dringendes Problem gesehen wird.

<sup>12</sup> Die nachfolgenden Zitate werden im Original inklusive sprachlicher Fehler zitiert.





Wirtschaftskonzerne“ und „100 Konzerne weltweit emittieren 71% des gesamten co2 und die Regierungen (unter anderem die deutsche) die diese Konzerne regulieren könnten sind zu korrupt um etwas zu ändern.“ Ein anderer Befragter meint:

„Die Schuld am Klimawandel tragen für mich die Regierung und die Industrie. Ich habe das Gefühl, dass viele Industriebetriebe auf den Umweltschutz scheißen. Es geht nur darum so wenig Kosten wie möglich zu haben und so viel Geld wie möglich zu scheffeln. Da wird im Einkauf zum Beispiel lieber der Rohstoff genommen der günstig, aber überhaupt nicht gut für die Umwelt ist, anstatt den Rohstoff, der umweltschonender abgebaut wird und deshalb ein bisschen teurer ist. Vor allem wenn man nach China schaut, sieht man ja wie stark die Industriebetriebe die Umwelt verschmutzen... Und bei der Politik habe ich öfters das Gefühl, dass die Politiker ,jaja

machen wir‘ sagen, um uns zu besänftigen, aber die Umsetzung erst in 10 oder 20 Jahren planen. Ich finde diese Umsetzungszeiten so oft viel zu lange. Viele Sachen müssen viel schneller umgesetzt werden.“

Viele Statements verbinden die Perspektiven einer Kollektivschuld und der Schuld spezifischer Institutionen und Akteursgruppen nach folgendem Muster „Wir alle, ganz besonders aber die Industrie und einige Unternehmen“. In einigen wenigen Aussagen wird explizit eine systembezogene Schuldzuweisung vorgenommen. Zwei exemplarische Antworten dazu: „die kapitalistische Wirtschaftsweise, der endloser Wachstum und Raubbau an der Natur inhärent sind“ und „Marktversagen da Externalitäten nicht eingepreist sind. Eine kapitalistische Kultur nach der "mehr mehr ist"“.

Bei den Handlungsoptionen (Abbildung 6) gibt es einen weniger klar ausgeprägten Fokus als bei den Protestmotiven und der Schuld am Klimawandel.

Abbildung 6: Schuldzuschreibungen und Lösungswege





Neben allgemein gehaltenen Voten für „Bildung und Aufklärung“ werden konkrete Maßnahmen wie auch globale Handlungsoptionen genannt. Gelegentlich finden sich Vorschläge zu Einzelmaßnahmen auf individueller Ebene, darunter „Fleischkonsum reduzieren“, „weniger Plastik“, „mit Fahrrad fahren“, „Kohleausstieg“ oder „keine Massentierhaltung“. Häufiger werden in Form einer Liste mehrere konkrete Maßnahmen angeführt, z. B.: *„Wir müssen bei uns selber anfangen. Zug fahren statt zu fliegen, weniger Plastik verbrauchen, weniger Fleisch bzw. Tierprodukte essen, Mehr Fahrrad fahren statt SUV's, öfters second hand shoppen gehen, unsern Konsum minimieren usw.“*

In vielen Antworten werden sowohl die bereits zitierten individuellen Verhaltensänderungen als auch strukturelle Maßnahmen (z. B. Kohleausstieg, strenge Auflagen für die Industrie, Erschwerung der Massentierhaltung) angemahnt. In der Kritik steht vor allem die Orientierung am Wirtschaftswachstum, teilweise verbunden mit dem expliziten Plädoyer für eine „Postwachstumsökonomie“ und „Zeitwohlstand als neue immaterielle Wohlstandsorientierung“. In mindestens einem Fall wird angenommen, der Umwelt- und Klimaproblematik sei mit marktwirtschaftlichen Mitteln beizukommen: *„Die Marktwirtschaft könnte das Problem schnell lösen. Es muss finanziell lukrativ werden, umweltfreundlich zu sein. Eine CO2 Steuer wäre ein Schritt in diese Richtung.“* In einigen anderen Fällen wird dagegen ein grundlegender Wechsel der Wirtschaftsordnung für erforderlich gehalten: *„Der Kapitalismus muss abgeschafft werden und ersetzt werden durch ein System das das Wohl des planeten und Menschen über das der Konzerne stellt“*.

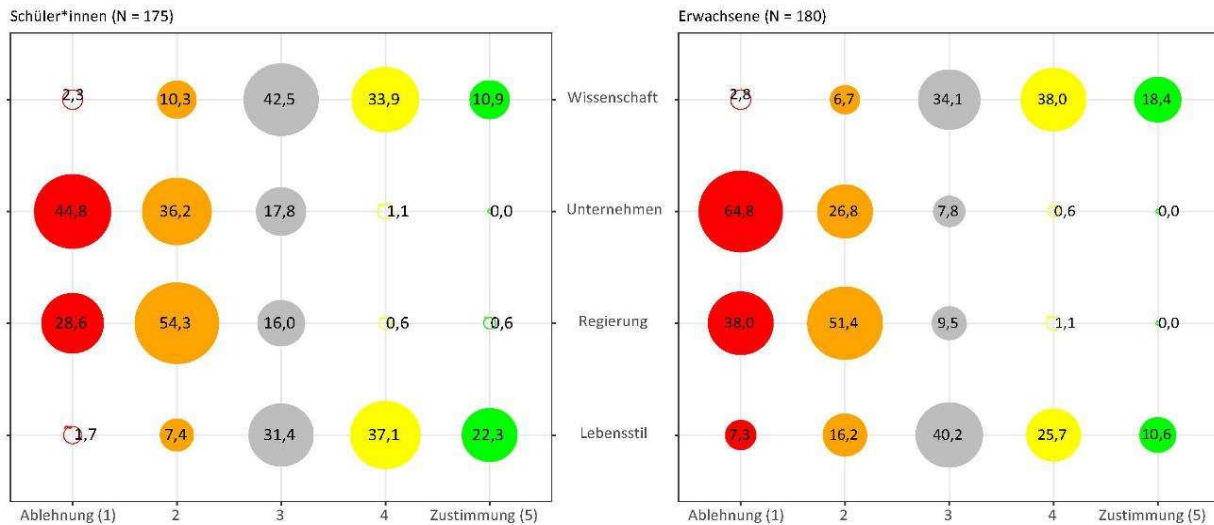
Neben der dokumentierten Differenziertheit vieler Statements ist auch bemerkenswert, dass fast alle Befragten die drei offenen Fragen beantwortet haben. Dies ist ein weiteres Indiz für die hohe Motivation der Protestierenden.

Bei der mit vorgegebenen Antwortkategorien gestellten Frage, auf welche Akteure man sich verlassen könne, um die Umweltprobleme zu lösen und den Klimawandel zu stoppen, zeigt sich bei den beiden Demonstrationen in Berlin und Bremen ein sehr klares Bild (Abbildung 7, nächste Seite). Unternehmen und Regierung wird im Grunde keine Lösungskompetenz zugetraut. Nur 13,5 Prozent der Demonstrant\*innen stimmen zumindest teilweise der Aussage zu, „Bei der Lösung unserer Umweltprobleme können wir uns auf Unternehmen und den Markt verlassen“. Der Regierung wird mit 13,8 Prozent nur minimal mehr Kompetenz zugebilligt. Große Zustimmung finden dagegen die Aussagen „Bei der Lösung unserer Umweltprobleme kann man sich auf die moderne Wissenschaft verlassen“: 50,7 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu; weitere 38,2 Prozent stimmen der Aussage zumindest teilweise zu.

Da die Wissenschaft nur Lösungswege aufzeigen, diese Lösungen aber nicht umsetzen kann, kommt bei den Demonstrierenden eine ganz andere Akteursgruppe ins Spiel: sie selbst. Eine große Mehrheit (83,7 %) stimmt mindestens teilweise zu der Aussage zu „Um den Klimawandel zu stoppen bedarf es in erster Linie freiwilliger Änderungen des individuellen Lebensstils“. Knapp die Hälfte (47,8 %) stimmt der Aussage explizit zu.

Bemerkenswert ist, dass die erwachsenen Teilnehmer\*innen der Demonstration vor allem die Unternehmen noch skeptischer sehen als die Schüler\*innen. Diese wiederum sind deutlich zuzversichtlicher, durch einen Wandel ihres Lebensstils den Klimawandel stoppen zu können. Während bei den Erwachsenen nur ein gutes Drittel (36,3 %) davon überzeugt ist, dass der Wandel des (eigenen) Lebensstils zur Lösung der Probleme des Klimawandels beitragen könne, trifft dies bei den Schüler\*innen auf mehr als die Hälfte zu (59,4 %). Weniger als 10 Prozent sehen darin keine wünschenswerte oder realistische Option.

**Abbildung 7: Zuschreibung Lösungskompetenz, Schüler\*innen und Erwachsene; in %**



Neben den offenen Fragen nach den zentralen Motiven der Demonstrierenden haben wir diese zusätzlich anhand von vorgegebenen Antwortkategorien abgefragt. Dabei sollten die Befragten auf einer 5er-Skala angeben, inwiefern sie zentralen Aussagen zustimmen. Die höchsten Zustimmungswerte<sup>13</sup> von fast 90 Prozent erzielte die Aussage „Ich habe an der Demonstration teilgenommen, um Politiker\*innen unter Druck zu setzen etwas zu ändern“. Die Befragten demonstrieren zudem, um die eigenen Ansichten auszudrücken (85,6 % Zustimmung) und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren (82,1 % Zustimmung). Der Gruppe der Erwachsenen geht es auch darum, ihre Solidarität auszudrücken (91,4 %; Schüler\*innen: 67,8 %). Insgesamt ist die intrinsische Motivation hoch. Nur vier Prozent der Befragten geben an, dass sie in erster Linie an der Demonstration teilnehmen, weil sie von anderen darum gebeten wurden. Zusammenfassend dokumentieren diese Ergebnisse, dass die Demonstrierenden über verschiedene Wege versuchen, die gesellschaftliche und politische Debatte um den Klimawandel nachhaltig zu beeinflussen.

### 3.4 Wege der Mobilisierung

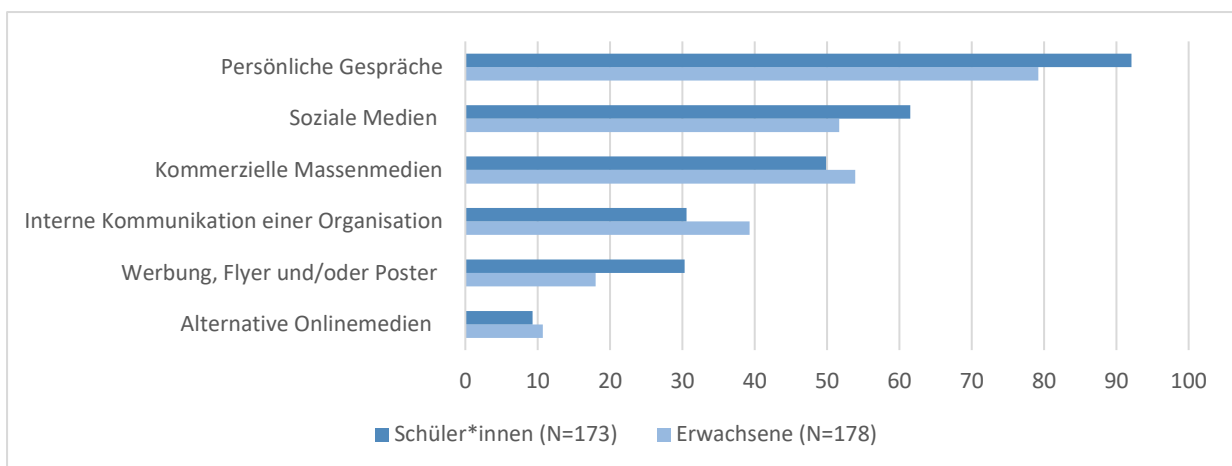
Wie wurden die Teilnehmer\*innen mobilisiert und wie gelang es, so viele Schüler\*innen auf die Straße zu bringen? Der individuelle Mobilisierungsprozess und die Entscheidung, an einer Demonstration teilzunehmen, basieren auf Informationen und Kommunikation. Potenzielle Teilnehmer\*innen erfahren von Demonstrationen in den Medien oder in Gesprächen mit Gleichgesinnten, Kolleg\*innen oder Mitschüler\*innen. Andere werden durch Organisationen zum Protest aufgerufen. Um die Mobilisierungswege der Demonstrierenden nachzuzeichnen, haben wir folgende Themenbereiche abgefragt: Zunächst ging es um die Informationswege, über die die Teilnehmer\*innen von der Demonstration erfahren haben. Darüber hinaus baten wir die Befragten anzugeben, ob sie allein oder in Begleitung auf der Demonstration seien. Schließlich fragten wir, ob Greta Thunberg eine wesentliche Rolle für die Entscheidung zur Teilnahme am Protest gespielt hat.

<sup>13</sup> Zusammenfassung von 4 = „stimme überwiegend zu“ und 5 = „stimme voll und ganz zu“.

Betrachten wir zunächst die Informationsquellen<sup>14</sup> (Abbildung 8). Für fast alle Demonstrierenden spielen persönliche Gespräche mit Freunden und Bekannten eine zentrale Rolle: 92 Prozent der Schüler\*innen und 79 Prozent der Erwachsenen geben an, auf diese Weise vom Klimastreik erfahren zu haben. Die Sozialen Medien (62 % bzw. 52 %) folgen, werden aber kaum häufiger genannt als die traditionellen Massenmedien (50 %

bzw. 54 %). Die interne Kommunikation im Rahmen von Organisationen oder Initiativen spielt mit 30 Prozent unter den Schüler\*innen und 39 Prozent unter den Erwachsenen eine relativ geringe Rolle – dies auch im Vergleich zu den Anti-G20-Protesten in Hamburg 2017 (Haunss et al. 2017) und den Anti-TTIP/CETA-Protesten in Berlin 2015 (Daphi et al. 2015a).

**Abbildung 8: Informationsquellen (Mehrfachantworten möglich); in %**



Die Unterschiede zwischen befragten Schüler\*innen und Erwachsenen werden mit Blick auf den als am wichtigsten erachteten Informationskanal noch deutlicher (siehe Abbildung 9, nächste Seite). Direkte soziale Kontakte sind für den Mobilisierungsprozess von Schüler\*innen bedeutsamer als für Erwachsene. Für fast die Hälfte der Schüler\*innen sind Gespräche mit Freund\*innen und Mitschüler\*innen die primäre Informationsquelle. Der Austausch mit Familienmitgliedern spielt in dieser Kategorie keine Rolle (0,7 %; *nicht abgebildet*). Vor dem Hintergrund der Annahme, dass persönliche Gespräche ein höheres Maß an Verbindlichkeit mit sich bringen, könnte die zentrale Rolle dieser Informationsquelle auch die hohe Beteiligung von Erstprotestierenden unter den Schüler\*innen erklären.

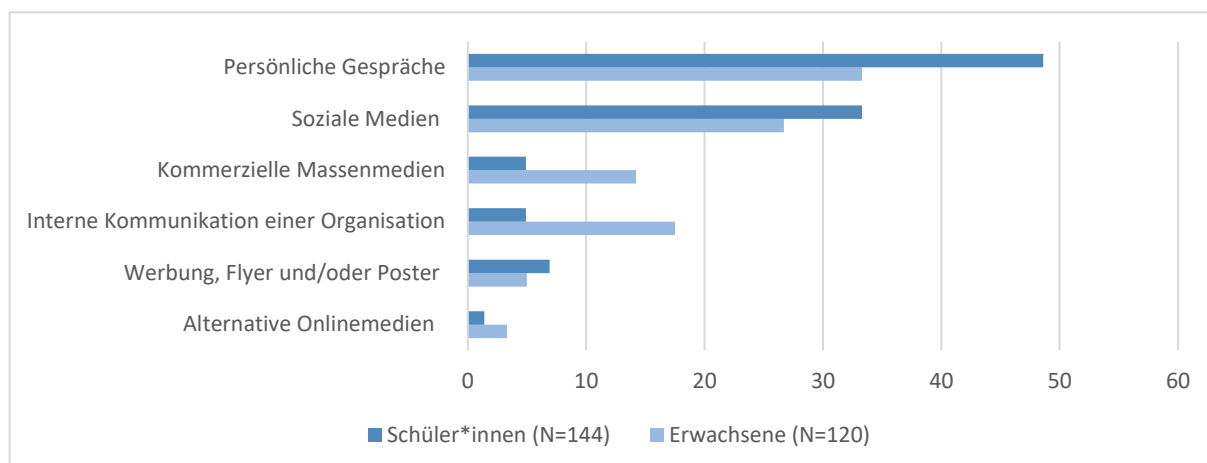
Wenig überraschend ist indes, dass sich die Gruppe der Schüler\*innen eher in den Sozialen

Medien informiert als die Gruppe der Erwachsenen, die sich wiederum eher in den kommerziellen Massenmedien informiert als die Schüler\*innen. Immerhin haben sich fast 27 Prozent der befragten Erwachsenen primär in den Sozialen Medien informiert – ein Wert, der allerdings nicht zuletzt auf den hohen Anteil von Studierenden in dieser Gruppe zurückzuführen sein dürfte.

Organisationen, Initiativen oder Vereine spielen bei der Mobilisierung von Erwachsenen (17,5 %) eine wesentlich größere Rolle als bei Schüler\*innen. Von diesen haben sich nicht einmal fünf Prozent primär über diese Wege informiert. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die medial verbreitete These von der Manipulation der Demonstrierenden durch Parteien oder Umweltschutzorganisationen nicht zutrifft.

<sup>14</sup> Frage im Wortlaut: „Wie haben Sie von der Demonstration erfahren? (Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus)“. Für die Darstellung wurden einige Antwortmöglichkeiten zusammengefasst.

Abbildung 9: Wichtigster Informationskanal (keine Mehrfachantworten möglich); in %



Der Eindruck, dass direkte soziale Kontakte und *Peers* für die Mobilisierung von Schüler\*innen wichtiger waren als für Erwachsene, wird durch den zweiten Themenkomplex in diesem Abschnitt, nämlich der Frage nach der Demonstrationsbegleitung, bestätigt.

Für die Schüler\*innen sind die FFF-Demonstrationen *soziale* Events. Nur knapp zwei Prozent geben an, allein zur Demonstration gekommen zu sein; unter den Erwachsenen sind es mit 16 Prozent deutlich mehr (Abbildung 10, nächste Seite). Für diejenigen Schüler\*innen, die mit Anderen gemeinsam unterwegs sind, sind Freund\*innen und Mitschüler\*innen die mit Abstand wichtigsten Begleiter\*innen. Erneut bestätigt sich der Eindruck, dass die Familie nur eine nachgeordnete Rolle spielt und auch die Begleitung durch Mitstreiter\*innen aus gemeinsamer Organisationszugehörigkeit in der Gruppe der Schüler\*innen kaum bedeutsam ist. Auch die älteren Befragten gehen in erster Linie mit Freund\*innen zur Demonstration, doch ist im Vergleich zu den Schüler\*innen diese soziale Dimension des Protests weniger bedeutsam.

Die Befunde zu den Informationskanälen und der Demonstrationsbegleitung legen somit nahe, dass insbesondere soziale Kontakte im direkten Umfeld der Schüler\*innen (nicht aber in der Familie) der wesentliche Faktor im Mobilisierungsprozess waren. Dieser Befund ist *per se* nicht ungewöhnlich und bestätigt vielmehr die zentrale Rolle persönlicher Beziehungen im Mobilisierungsprozess von Demonstrationen, die wir auch

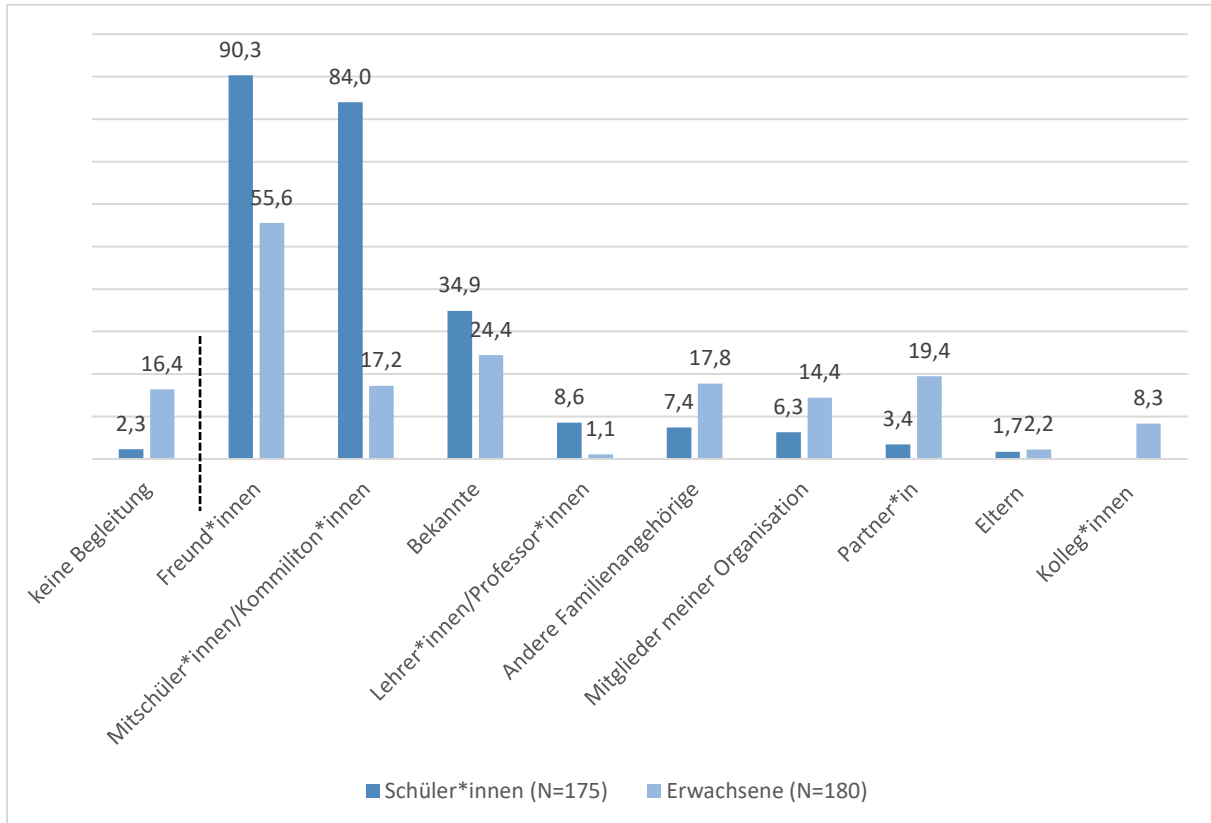
für andere Proteste feststellen konnten. Die Bedeutung dieser sozialen Dimension des Protests unter den Schüler\*innen und auch die geringe Rolle von Organisationen sind dennoch bemerkenswert; sie sprechen gegen die These der Fremdsteuerung durch externe Organisationen oder auch durch die Eltern. Deutlich wird zudem, dass digitale Soziale Medien auch für Schüler\*innen eine zwar wichtige, aber nicht eben die zentrale Informationsquelle für die Demonstration sind.

Eine weitere Vermutung, die immer wieder geäußert wurde, um die hohe Anziehungskraft von FFF für junge Menschen zu erklären, ist die Person Greta Thunberg. Thunberg wirke, so die These, mit ihrem selbstbewussten Auftreten, ihrer Handlungskonsequenz und ihren kompromisslosen Forderungen als Rollenmodell. Ihre medienwirksamen Auftritte auf dem Parkett der nationalen und internationalen Politik zeigten das Potential jugendlichen Engagements und motivierten damit auch diejenigen, die sich bisher wenig für Politik und Klimaschutz interessierten. Auch wenn der genaue Einfluss Thunbergs schwer zu bestimmen ist, zeigen unsere Daten doch, dass sie Spuren hinterlassen hat und als ein Mobilisierungsfaktor wirkte: Rund 45 Prozent der Schüler\*innen geben an, dass Thunberg die Entscheidung, am 15. März 2019 am Klimastreik teilzunehmen, beeinflusst habe. Weitere 20 Prozent stimmen dem zumindest teilweise zu. Interessant ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern: Während deutlich über die Hälfte der Schülerinnen die Aussage bejahen, liegt der Wert bei den

Schülern unter einem Drittel. Vor allem auf Mädchen und junge Frauen wirkt Thunberg also inspirierend und motivierend. Aber auch unter den Er-

wachsenen scheint Thunberg Eindruck zu hinterlassen. In dieser Gruppe gibt fast ein Drittel an, durch Thunberg in der Entscheidung, am Protest teilzunehmen, beeinflusst worden zu sein.

Abbildung 10: Begleitung auf der Demonstration<sup>15</sup> (Mehrfachantworten möglich); in %



### 3.5 Politisches Interesse und Engagement

Im Vergleich zu anderen Protesten sind bei FFF überdurchschnittlich viele Erstdemonstrierende bzw. Protestneulinge dabei (Abbildung 11, nächste Seite). Dies trifft insbesondere auf die Schüler\*innen zu. Knapp 40 Prozent hatten noch nie demonstriert; weitere 42,8 Prozent waren bisher nur auf einigen wenigen Demonstrationen. Bei den Erwachsenen besteht eine weitaus größere Protesterfahrung; lediglich 10,4 Prozent sind Protestneulinge.

Die Teilnahme an Protest ist immer auch eine Ausdrucksform politischen Interesses und politischen Handelns. Dies wurde allerdings für die protestierenden Schüler\*innen in den medialen Debatten um die FFF Aktivitäten häufig in Frage gestellt. So wurde ihnen vorgehalten, dass sie politisch wenig interessiert seien und in erster Linie auf die Straße gehen, um die Schule zu schwänzen. Unsere Befragung liefert ein anderes Bild. Insgesamt bekunden 82 Prozent der Befragten ein großes bis sehr großes Interesse an Politik. Dabei gibt es einen kleinen Unterschied zwischen Erwachsenen (85,5 % interessieren sich „ziemlich“ oder „sehr“ für Politik) und Schüler\*innen, von

<sup>15</sup> Die Mehrfachantworten rechts der gestrichelten Linie standen für diejenigen, die in der vorgelagerten Frage angaben, ohne Begleitung auf der Demonstration zu sein, nicht zur Verfügung.

denen sich 77,9 Prozent ziemlich oder sehr für Politik interessieren.

Gleichzeitig trägt das Demonstrieren selbst zu einem weiteren Politisierungseffekt bei. Darauf deuten die Unterschiede zwischen Neulingen und erfahreneren Demonstrierenden hin. Unter denjenigen, die angeben, ein sehr großes Interesse an Politik zu haben, sind 34 Prozent der Protesterfahrenen, aber lediglich 17,4 Prozent der Erstdemonstrierenden. Das gilt für beide Geschlechter, auch wenn Männer insgesamt ein leicht höheres Interesse an Politik bekunden.

Die Unterschiede zwischen Schüler\*innen und Erwachsenen treten noch etwas klarer hervor, wenn man nach der Häufigkeit der Diskussionen

über Politik fragt (Abbildung 12, nächste Seite). Über die Hälfte der Erwachsenen gibt an, sehr häufig über Politik zu diskutieren (51,4 %). Bei den Schüler\*innen sind es 36,1 Prozent. Die Unterschiede sind jedoch am größten zwischen Protesterfahrenen – von ihnen diskutieren 50,8 Prozent sehr häufig über Politik – und Protestneulingen (23,3 %; Werte nicht abgebildet). Das zeigt, dass Protestieren eine lebensweltliche Erfahrung ist, die wiederum die Auseinandersetzung mit der Politik erhöht. Nicht nur, aber besonders für Schüler\*innen bedeutet das: Die Teilnahme am Protest ist ein Akt des politischen Lernens.

**Abbildung 11: Demonstrationserfahrung, Schüler\*innen und Erwachsene; in %**

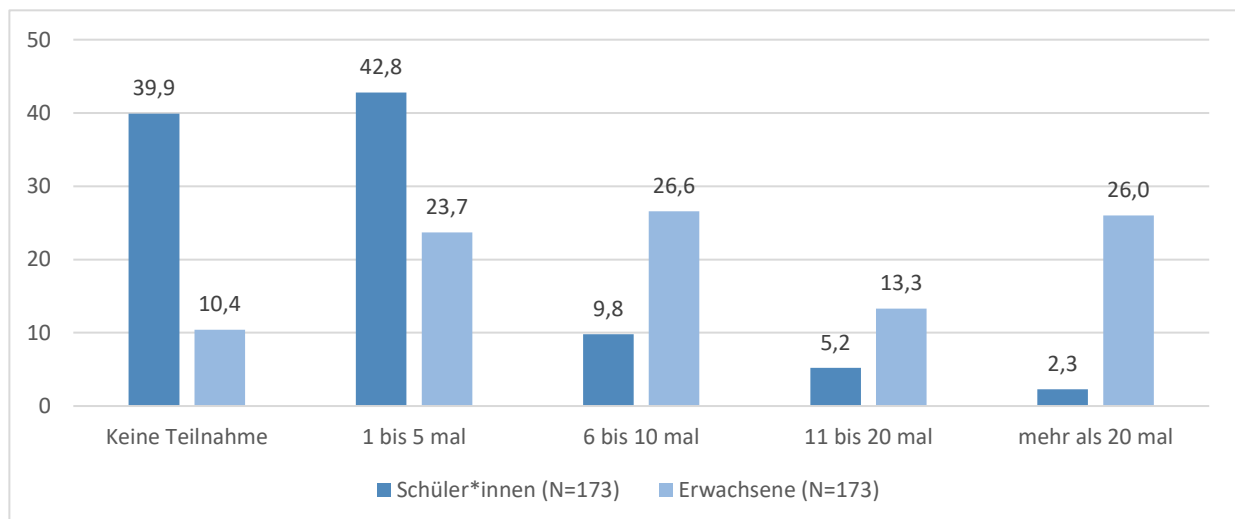
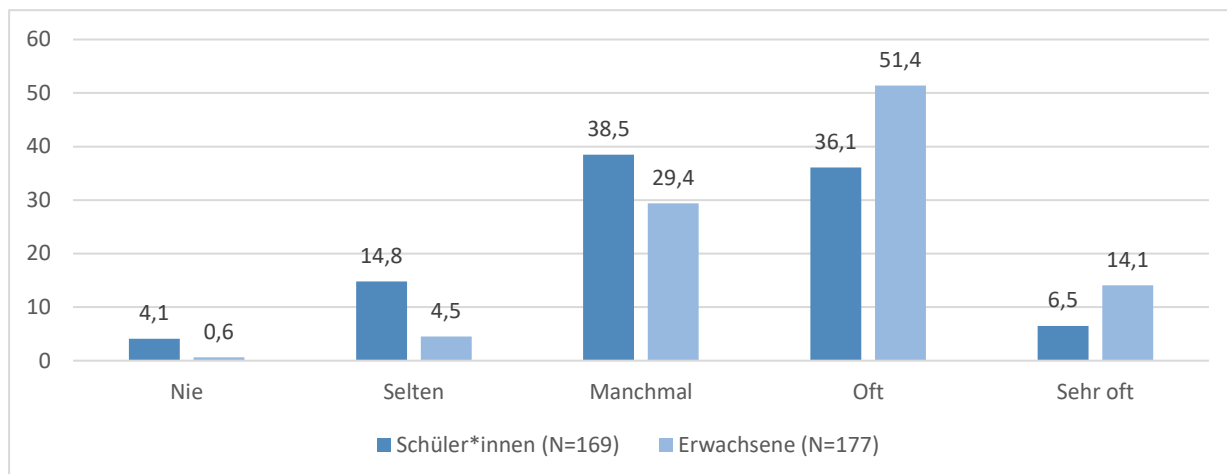


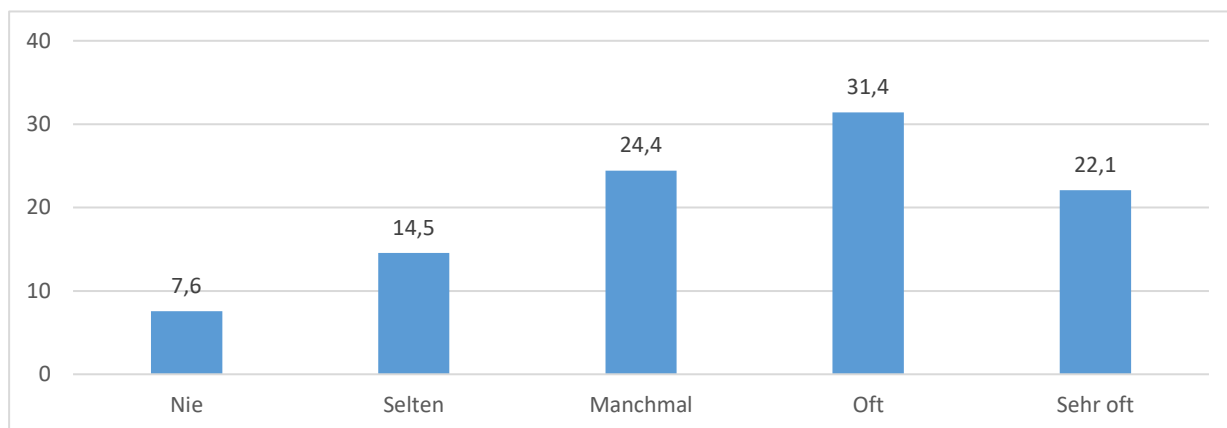
Abbildung 13 (nächste Seite) zeigt zudem, dass die Schüler\*innen zu Hause nicht nur über Politik im Allgemeinen, sondern insbesondere auch über den Klimawandel diskutieren. 53,5 Prozent der Schüler\*innen sprechen mit ihren Eltern oft oder sehr oft über dieses Thema. Hier wird die Bedeutung der politischen Sozialisation im Elternhaus ersichtlich. Dabei stehen die Schüler\*innen ihren Eltern durchaus kritisch gegenüber. Obwohl über zwei Drittel der Befragten angeben, dass sich ihre

Eltern mit dem Thema beschäftigen, sind lediglich 18 Prozent der Ansicht, dass sich ihre Eltern auch ausreichend gegen den Klimawandel engagieren. Das wurde in der medialen Berichterstattung häufig als Generationenkonflikt bezeichnet. Auch wenn dies übertrieben erscheint, so darf die Bedeutung solcher Auseinandersetzungen für die Entwicklung eigener Positionen und politischer Handlungsmotivation von Kindern und Jugendlichen nicht vergessen werden.

**Abbildung 12: Diskussionen über Politik, Schüler\*innen und Erwachsene<sup>16</sup>; in %**



**Abbildung 13: Klimadiskussionen mit den Eltern, Schüler\*innen (N=172)<sup>17</sup>; in %**



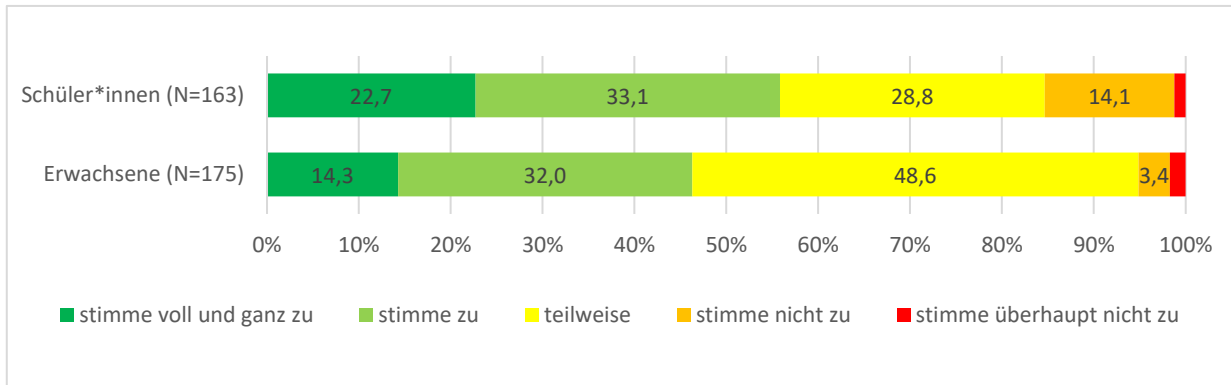
Die politische Informiertheit der Protestierenden spiegelt sich auch in ihrer Einschätzung der eigenen Wirkmächtigkeit wider. Auch im Vergleich zu anderen Demonstrationen besitzen die Befragten eine ausgeprägte Wahrnehmung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten. Sie sind sehr optimistisch, etwas bewegen zu können. Über 55 Prozent der Schüler\*innen sind der Ansicht, mit ihrem Engagement die Politik in Deutschland beeinflussen zu können (Abbildung 14, nächste

Seite). Damit schätzen sie ihr Gestaltungspotential höher ein als die Erwachsenen (47,3 %). Noch größere Zustimmung erhält die Aussage „Wenn sich Bürger\*innen zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen“ (Abbildung 15). 77,6 Prozent der Schüler\*innen stimmen der Aussage zu. Kollektives Handeln wird somit als ein zentraler Weg der Beeinflussung der Politik angesehen.

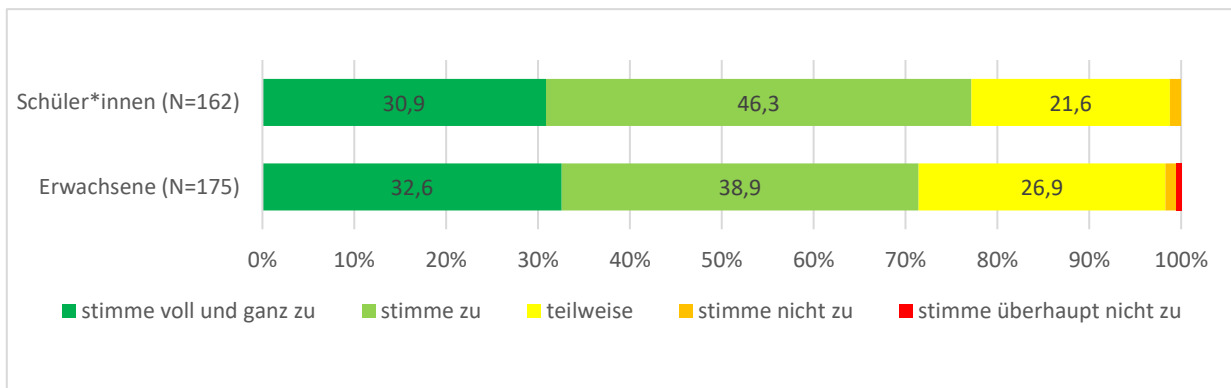
<sup>16</sup> Frage im Wortlaut: „Wenn Sie sich mit Ihren Freund\*innen, Verwandten oder Kolleg\*innen treffen, wie oft diskutieren Sie über Politik?“

<sup>17</sup> Frage im Wortlaut: „Wie oft diskutieren Sie mit Ihren Eltern über den Klimawandel?“

**Abbildung 14: Zustimmung zur Frage „Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen“; Schüler\*innen und Erwachsene; in %**



**Abbildung 15: Zustimmung zur Frage „Wenn sich Bürger\*innen zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen“; Schüler\*innen und Erwachsene; in %**



Dieser Zukunfts- und Gestaltungsoptimismus findet sich auch dann, wenn die Protestierenden mit spezifischen Aussagen zum Klimawandel konfrontiert werden. Ein hoher Anteil der Befragten ist zuversichtlich, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen können (Abbildung 16, nächste Seite). Selbst wenn die Dinge düster aussehen, verlieren sie nicht die Hoffnung (Abbildung 17, nächste Seite). Dieser Optimismus ist im

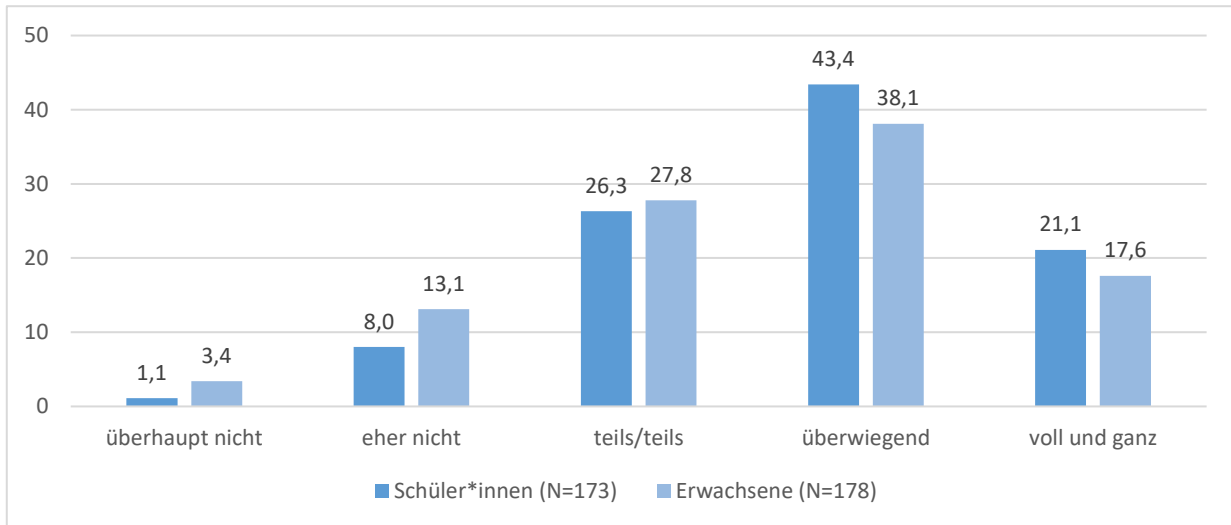
Kontext der öffentlich diskutierten Schreckensszenarios besonders erstaunlich. Hier wird ein weiteres Moment *präfigurativen* Handelns<sup>18</sup> ersichtlich. Die Jugendlichen glauben fest an die Gestaltbarkeit ihrer Zukunft. Und genau dieser Glaube versetzt sie in die Lage, im Hier und Jetzt zu handeln und sich selbst als wirkmächtig zu erfahren.

<sup>18</sup> Mit dem aus dem angloamerikanischen Sprachraum entlehnten Begriff präfigurativ (prefigurative) wird die Vorwegnahme gesamtgesellschaftlicher Visionen in

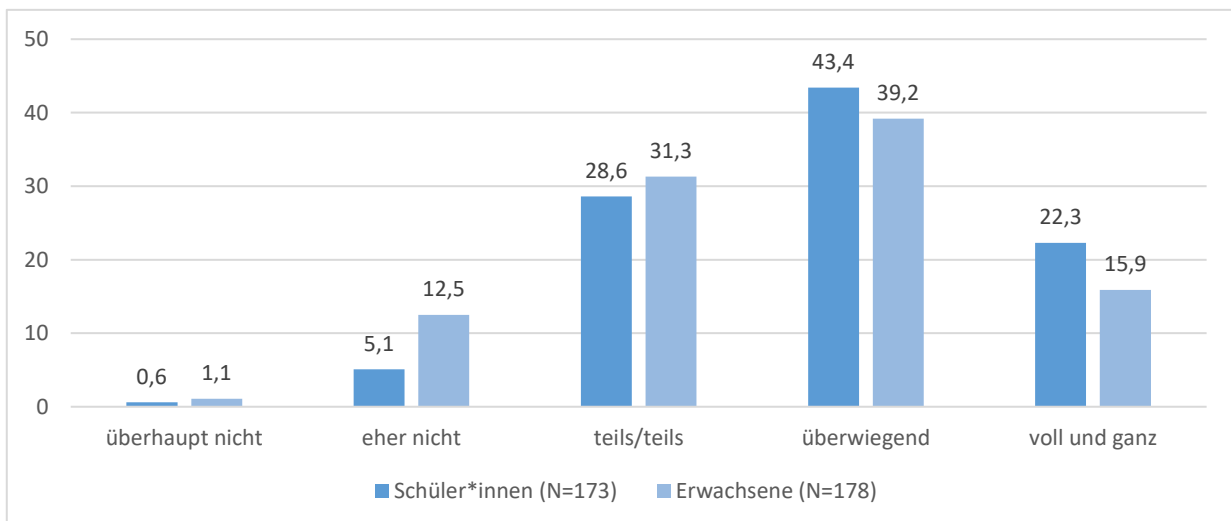
der konkreten Lebenspraxis von kleinen Gruppen bezeichnet.



**Abbildung 16: Zustimmung zur Aussage „Ich bin zuversichtlich, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen können“, Schüler\*innen und Erwachsene; in %**



**Abbildung 17: Zustimmung zur Aussage „Auch wenn die Dinge düster aussehen, verliere ich nicht die Hoffnung, dass wir den Klimawandel eindämmen können“, Schüler\*innen und Erwachsene; in %**



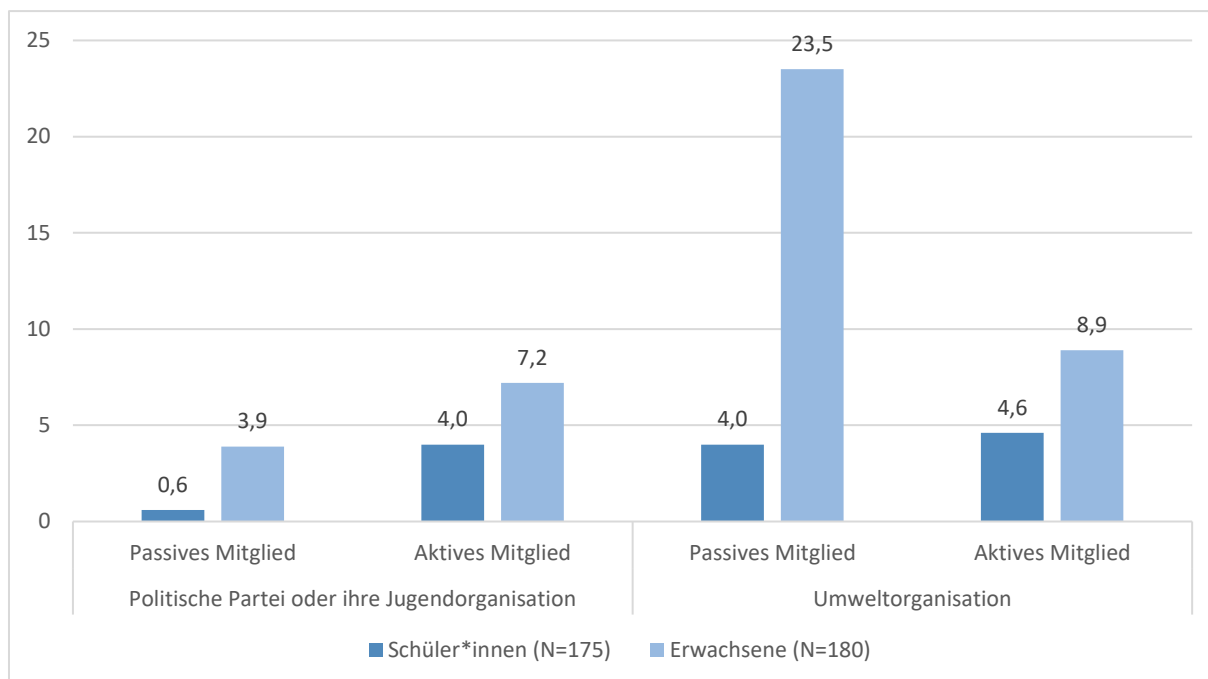
Den generellen Eindruck besorgter, aber entschlossener und keineswegs resignierter Demonstrierender bestätigen die Antworten auf eine weitere Fragenbatterie: So baten wir die Befragten anzugeben, wie sie sich fühlen, wenn sie an den Klimawandel denken. Für die Emotionen wütend, hoffnungslos, besorgt, beunruhigt, ängstlich, frustriert und machtlos konnten auf einer 5er-Skala von „überhaupt nicht“ bis „sehr“ die Zustimmung angegeben werden. Unter allen Emotionen erhält „hoffnungslos“ die geringsten Zustimmungswerte; nur rund 25 Prozent sehen ihre Gefühle damit ziemlich oder sehr gut beschrieben.

Ein großer Teil der Protestierenden ist auch über das Demonstrieren hinaus politisch aktiv. Insgesamt sind zwei Drittel der Befragten in mindestens einer Organisation tätig. Unter den Erwachsenen liegt der Anteil bei rund 75 Prozent, unter den Schüler\*innen bei 60 Prozent. Abbildung 18 (nächste Seite) weist die Mitgliedschaft in Parteien (bzw. deren Jugendorganisationen) sowie in Umweltorganisationen aus. Über zehn Prozent der Erwachsenen und knapp fünf Prozent der Schüler\*innen sind aktives oder passives Mitglied in Parteien bzw. ihrer Jugendorganisationen. Die passive oder aktive Mitgliedschaft in Umweltorganisationen ist weiter verbreitet.

Über 30 Prozent der Erwachsenen und knapp zehn Prozent der Schüler\*innen sind dort passives oder aktives Mitglied. Die verhältnismäßig geringe Bedeutung der Umweltorganisationen in der Gruppe der Schüler\*innen zeigt, dass bei FFF die Schule – und nicht andere Organisationen – der zentrale Mobilisierungsort der Selbstorganisation ist. Auch diese Zahlen sprechen gegen

den Verdacht der Kooptation durch Interessengruppen. Tatsächlich sind Schüler\*innenvertretungen in eben jener Gruppe der – nach Sportvereinen – zentrale Ort des bürgerschaftlichen Engagements: 6,9 Prozent der Schüler\*innen sind aktives Mitglied und 17,9 Prozent passives Mitglied in Schüler\*innenvertretungen.

**Abbildung 18: Mitgliedschaft in Organisationen, Schüler\*innen und Erwachsene; in %**



### 3.6 Politische Einstellungen

Proteste sind ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Insbesondere für diejenigen, die ihre Anliegen nicht ausreichend oder nicht länger durch die politischen Parteien und andere Akteure des institutionalisierten Politikbetriebs vertreten sehen, sind sie ein Modus der Artikulation und Behauptung von Interessen. Die Teilnehmer\*innen der FFF-Demonstration am 15. März 2019 geben an, mit dem Protest ihre Interessen verteidigen und ihre Ansichten ausdrücken zu wollen (siehe Teil 3.3). Sie sind unzufrieden mit der derzeitigen Politik. Insbesondere ist ihr Vertrauen in die Lösungskompetenz der Regierung gering. Gleichzeitig haben die Analysen gezeigt, dass die Demonstrierenden keineswegs politikverdrossen und resignativ sind. Es herrscht Zuversicht, dass der drohende Klimawandel durch politische Entscheidungen bekämpft werden kann.

Die Demonstrierenden sehen ihre Rolle darin, eben diese Entscheidungen herbeizuführen, indem sie Politiker\*innen unter Druck setzen, bereits gemachte Versprechen einzuhalten.

Die Ergebnisse zu politischen Einstellungen bestätigen diesen Eindruck. Im ersten Teil des folgenden Abschnitts betrachten wir die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und das Vertrauen in zentrale Institutionen derselben. Im zweiten Teil behandeln wir Fragen zur politischen Positionierung.

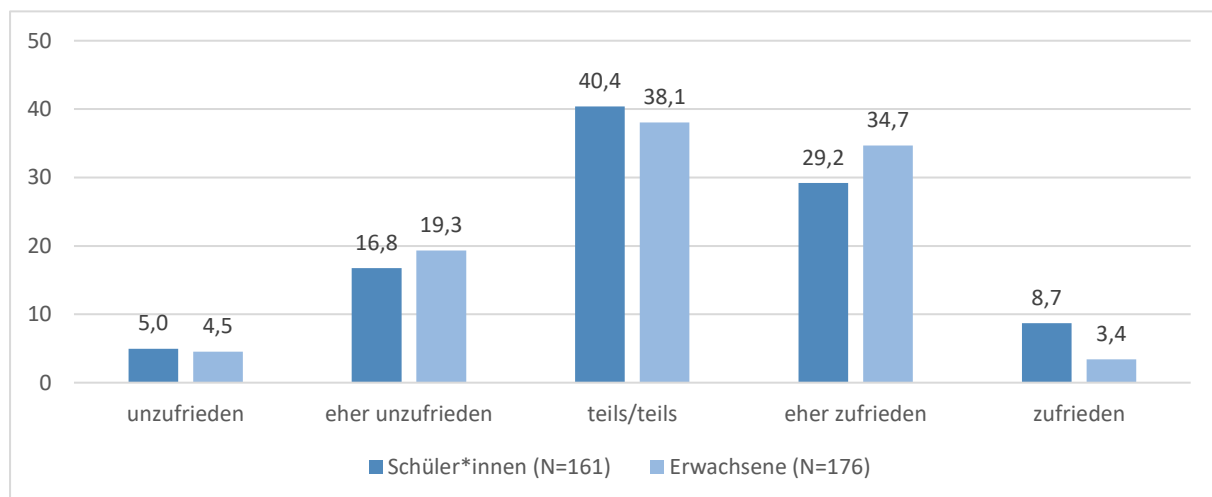
Ein zentraler Ausgangspunkt politischer Einschätzungen und eine Grundlage für die Beurteilung spezifischer Institutionen und politischer Praxen ist die allgemeine Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Im Hinblick darauf sollten die Befragten auf einer 11-stufigen Skala ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit ange-

ben. Die Ergebnisse (Abbildung 19) verdeutlichen, dass die Demonstrierenden eher zufrieden als unzufrieden sind; insgesamt geben rund 23 Prozent der Befragten an, (eher) unzufrieden zu sein, 38 Prozent der Befragten sind (eher) zufrieden. Im Durchschnitt sind die demonstrierenden Schüler\*innen etwas zufriedener als die Erwachsenen, wobei die Verteilung insgesamt recht ähnlich ist. Die Zufriedenheitswerte liegen zwar unter denen der Gesamtbevölkerung von rund 55 Prozent (Decker, Kiess und Brähler 2014, 53) bzw. 53,2 Prozent (Decker und Brähler 2018, 97), aber deutlich über denen anderer von uns untersuchten Demonstrationen. Unter den Befragten der Anti-TTIP/CETA-Proteste 2015 gab nur jede\*r Vierte\*r an, (eher) zufrieden zu sein; bei den G20-Demonstrationen 2017 waren es noch etwas weniger und bei beiden Demonstrationen von

PEGIDA (Daphi et al. 2015b) und den „Montagsmahnwachen für den Frieden“ (Daphi et al. 2014) gar nur knapp über fünf Prozent.

Diese Werte verweisen auf einen generellen Unterschied zwischen diversen Protesten: Während die Forderung nach demokratischer Teilhabe und Transparenz ein wesentliches Anliegen sowohl der TTIP/CETA- als auch der G20-Proteste war, ist das Thema Demokratie und Demokratisierung in öffentlichen Äußerungen der FFF-Bewegung bislang (noch) eher randständig. Ob das so bleibt oder ob die Demokratiefrage im Verlaufe der Proteste – ähnlich wie bei den Stuttgart 21-Protesten – stärker virulent wird und die relativ hohe Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis abnimmt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die etablierte Politik die Anliegen der Demonstrierenden in ihrer Kommunikation und Politikgestaltung aufgreifen wird.

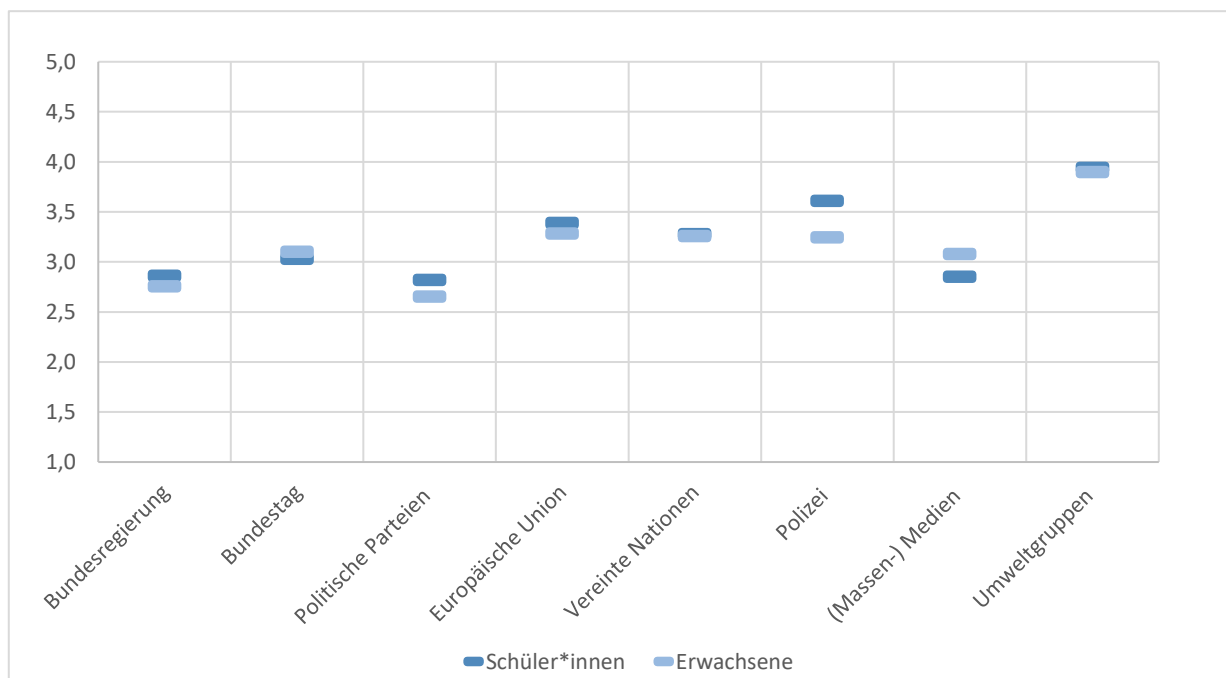
**Abbildung 19: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, Schüler\*innen und Erwachsene; in %**



Das Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen wurde ermittelt, indem die Befragten auf einer 5-stufigen Skala den jeweiligen Grad ihres Vertrauens angeben konnten, von 1

(„überhaupt nicht“) über 3 („teilweise“) bis 5 („voll und ganz“). Abbildung 20 vergleicht das Institutionenvertrauen von Schüler\*innen und Erwachsenen anhand des arithmetischen Mittels.

Abbildung 20: Institutionenvertrauen, Schüler\*innen und Erwachsene, Mittelwerte<sup>19</sup>



Beide Gruppen weisen recht ähnliche Vertrauenswerte auf; allein das relativ höhere Vertrauen in die Polizei und das relativ geringere Vertrauen in die Massenmedien unter den Schüler\*innen ist auffällig. Insgesamt ist das Vertrauen in die politischen Parteien und die Bundesregierung am geringsten ausgeprägt. Nur 11 Prozent geben an, den Parteien eher zu vertrauen. Bei der Bundesregierung liegt der entsprechende Wert bei rund 19 Prozent (*Werte nicht abgebildet*). Die mit Abstand höchsten Vertrauenswerte genießen Umweltgruppen (rund 80 Prozent der Befragten geben an, diesen Gruppen „weitgehend“ oder „voll und ganz“ zu vertrauen). Aber auch der Europäischen Union wird relativ viel Vertrauen entgegengebracht; hier liegt der Anteil bei rund 45 Prozent.

Sämtliche dieser Werte, und damit auch die vergleichsweise niedrigen Werte für Bundesregierung und Parteien, sprechen für ein relativ ausgewogenes Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes und gegen eine strukturelle Ver-

trauenskrise. Das Vertrauensniveau der FFF-Demonstrierenden liegt zum Teil erheblich höher als unter den Befragten früherer und anderer Demonstrationen. Ganz besonders trifft dies auf das Vertrauen in die EU zu. Dagegen lagen bei den Anti-TTIP/CETA- und den G20-Protesten die Vertrauenswerte in die EU lediglich zwischen 10 und 15 Prozent.

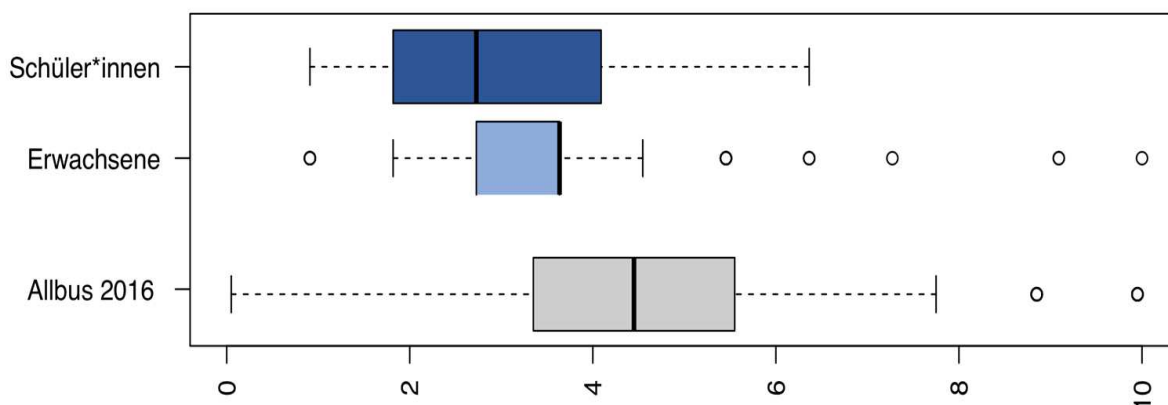
Das Thema Klimaschutz ist in weiten Teilen des politischen Spektrums von ganz links bis ins konservative Milieu anschlussfähig. Um mehr über die politische Positionierung der der FFF-Demonstrierenden zu erfahren, haben wir zunächst die Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala erfragt. Demnach positionieren sich die Demonstrierenden überwiegend links der Mitte. Auf einer Skala von 1 („links“) bis 10 („rechts“) ordnen sich 72 Prozent der Befragten links der Mitte ein. Dieser Wert liegt unter dem Wert für dezidiert linke Demonstrationen wie den G20-Protesten 2017 mit rund 90 Prozent und auch den TTIP/CETA-Protesten mit rund 77 Prozent, aber weit über dem

<sup>19</sup> Frage im Wortlaut: „Hier sehen Sie eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Institutionen. Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie der Einrichtung bzw. der Institution vertrauen“. (1 = „überhaupt nicht“; 5 = „voll und ganz“).

Wert für die Gesamtbevölkerung. Die teilnehmenden Erwachsenen sind mit 78 Prozent links der Mitte stärker vertreten als die Schüler\*innen mit 67 Prozent. In dieser Gruppe wiederum positionieren sich die Protestneulinge am deutlichsten in der Mitte der Skala.

Abbildung 21 verdeutlicht die überwiegend linke politische Positionierung der Demonstrant\*innen im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung in Deutschland (Allbus 2016).

**Abbildung 21: Vergleich Links-Rechts-Positionierung mit dem Bevölkerungsdurchschnitt**



Wie spiegelt sich diese dominant linke Positionierung<sup>20</sup> der Demonstrierenden in der Parteipräferenz wider? Wir haben gefragt, mit welcher politischen Partei sich die Protestierenden am stärksten identifizieren.<sup>21</sup>

Zunächst geben 35 Prozent der Erwachsenen und etwas mehr als 50 Prozent der Schüler\*innen an, keine klare Parteipräferenz zu haben (Abbildung 22 und 23). Unter den Protestneulingen sind es gar über 63 Prozent. Diese Ergebnisse widerlegen die These, dass es sich bei FFF in erster Linie um eine der grünen Partei auf das Engste verbundene Bewegung handelt. Angesichts der jahrzehntelangen Allianz der Grünen mit der deutschen Klima- und Umweltschutzbewegung ist es allerdings wenig erstaunlich, dass sich die Demonstrierenden am ehesten mit dieser Partei

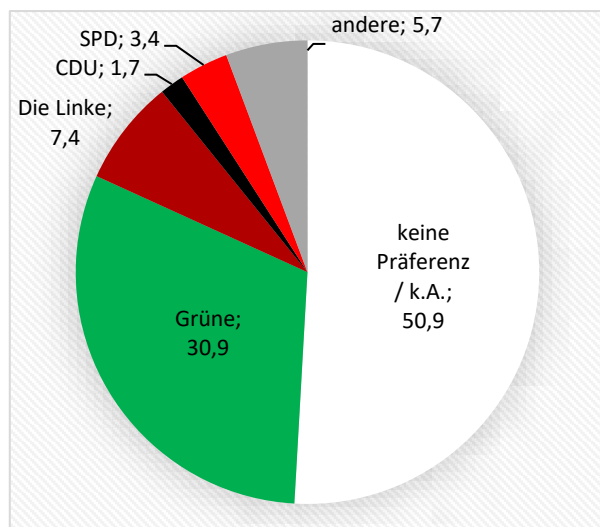
identifizieren. Rund 41 Prozent der Erwachsenen und 31 Prozent der Schüler\*innen präferieren die Grünen (insgesamt: 35,9 %). Klammern wir diejenigen ohne klare Parteipräferenz aus, so erreichen die Grünen in beiden Gruppen Zustimmungswerte von rund 63 Prozent. Unter den Protestneulingen mit Parteiidentifikation tendieren gar drei Viertel der Befragten zu den Grünen. Von den anderen Parteien spielt allein die Partei Die Linke mit zusammen rund 12 Prozent bzw. – nach Ausklammern derjenigen ohne Parteipräferenz – mit rund 21 Prozent eine wesentliche Rolle. Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD liegen unter, bzw. nach erneutem Ausklammern derjenigen ohne Parteiidentifikation, knapp über fünf Prozent.

<sup>20</sup> Die linke Positionierung wird auch durch einige Einstellungsfragen bestätigt, die hier nicht in ihrer Gänze ausgewertet werden. So stimmen beispielsweise rund 86 Prozent der Befragten der Aussage zu „Menschen

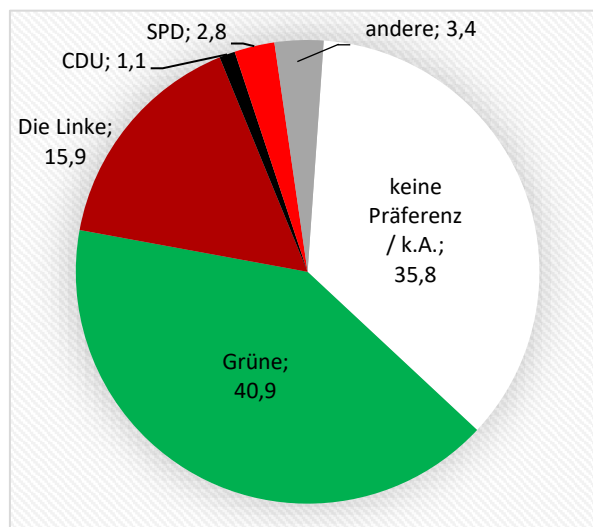
aus anderen Ländern sollte es erlaubt sein, in mein Land zu kommen und dort dauerhaft zu leben“.

<sup>21</sup> Da es sich um eine europaweit koordinierte Umfrage handelt, konnten wir nicht die klassische Sonntagsfrage stellen.

**Abbildung 22: Parteiidentifikation Schüler\*innen (N=175); in %**



**Abbildung 23: Parteiidentifikation Erwachsene (N=180); in %**



Die hohe Sympathie unter den Demonstrierenden für die Grünen ist nicht unbedingt auf neue Entwicklungen zurückzuführen. Dies zeigen die Ergebnisse zu der Frage nach der Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl. Von den 147 Befragten, die angaben, im Jahr 2017 gewählt zu haben, favorisierten fast 50 Prozent die Grünen. Die Linke war 2017 mit rund 31 Prozent noch etwas stärker vertreten als zum Zeitpunkt der Demonstrationsbefragung.

Insbesondere die hohen Zustimmungswerte von über 60 Prozent unter den einer Partei zuneigenden Schüler\*innen und Protestneulingen (siehe oben) zeigen das Unterstützungspotential, das FFF für die Grünen beinhaltet. Diese Werte legen nahe, dass insbesondere diese Partei von einer weiteren Ausdehnung der Kampagne profitieren könnte. CDU/CSU und SPD hingegen müssen bei einer weiterhin zurückhaltenden Klima- und Umweltschutzpolitik befürchten, die durch die Klimafrage politisierten Jugendlichen langfristig zu verlieren.

### 3.7 Befunde des Ländervergleichs

FFF ist nicht auf Schweden – dem Heimatland Greta Thunbergs – oder Deutschland beschränkt. Vielmehr liegt die Bedeutung dieser Mobilisierung nicht zuletzt in ihrer Ausbreitung in ganz Europa und weit darüber hinaus. Der weltweite Klimastreik am 15. März 2019 mobilisierte laut der ARD-Tagesschau<sup>22</sup> Schüler\*innen und andere Protestierende in mehr als 120 Ländern.

Inwieweit entsprechen die in den vorangehenden Abschnitten präsentierten Ergebnisse für die Protestierenden in Bremen und Berlin denen in anderen Ländern? Welche Unterschiede zeigen sich im Ländervergleich?

Wie bereits eingangs erwähnt, haben zeitgleich zu unserer Befragung in Berlin und Bremen Forscher\*innen in acht weiteren Ländern Demonstrationsbefragungen der FFF-Proteste am 15. März 2019 durchgeführt.<sup>23</sup> Die im Folgenden präsentierten Daten vermitteln einen unvollständigen Eindruck aus dem Ländervergleich.

Zuvor haben wir festgehalten, dass sich ungewöhnlich viele Frauen und Mädchen an den Protesten in Deutschland beteiligen. Dies bestätigt

<sup>22</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=EhdfxYILjt4> [17.06.2019].

<sup>23</sup> Eine ausführlichere Darstellung der Ergebnisse der anderen Länder und weitere Informationen zu den beteiligten Wissenschaftler\*innen bieten Wahlström et

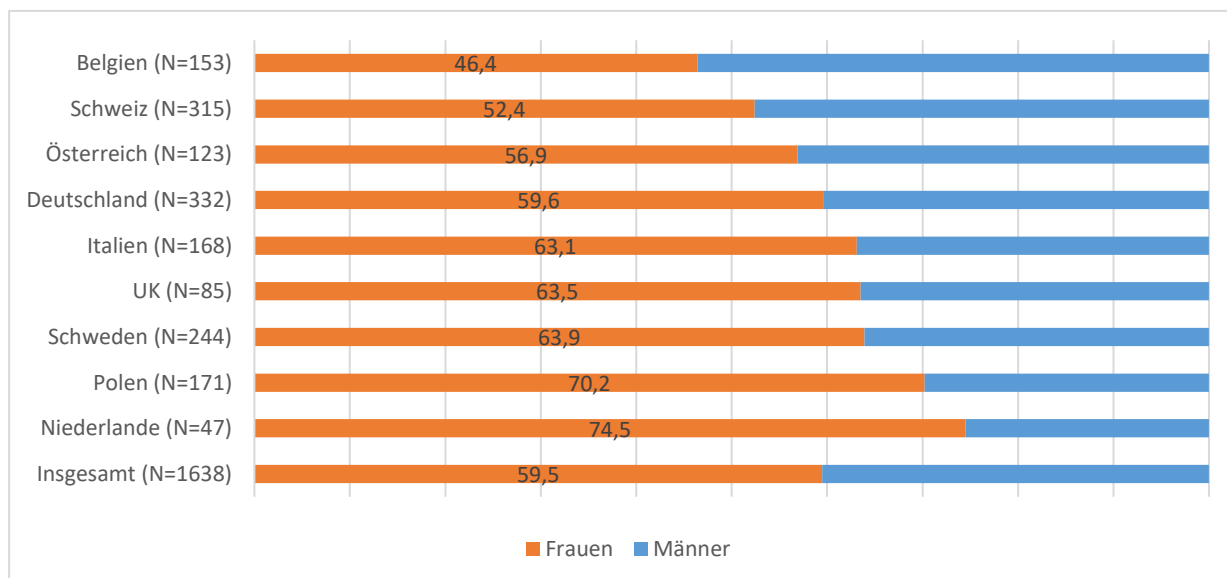
al. 2019b. Wir bedanken uns bei den verantwortlichen Ländertteams dafür, die Daten nutzen zu können. Insbesondere gilt unser Dank den Koordinatoren Joost de Moor, Mattias Wahlström und Michiel de Vydt.



sich auch im europäischen Vergleich (Abbildung 24). Mit einem Frauenanteil von rund 60 Prozent liegt Deutschland sogar in der unteren Hälfte der

Ländergruppe. Polen und die Niederlande erreichen Werte von über 70 Prozent. Allein in Belgien beteiligen sich etwas mehr Männer als Frauen an den Protesten.

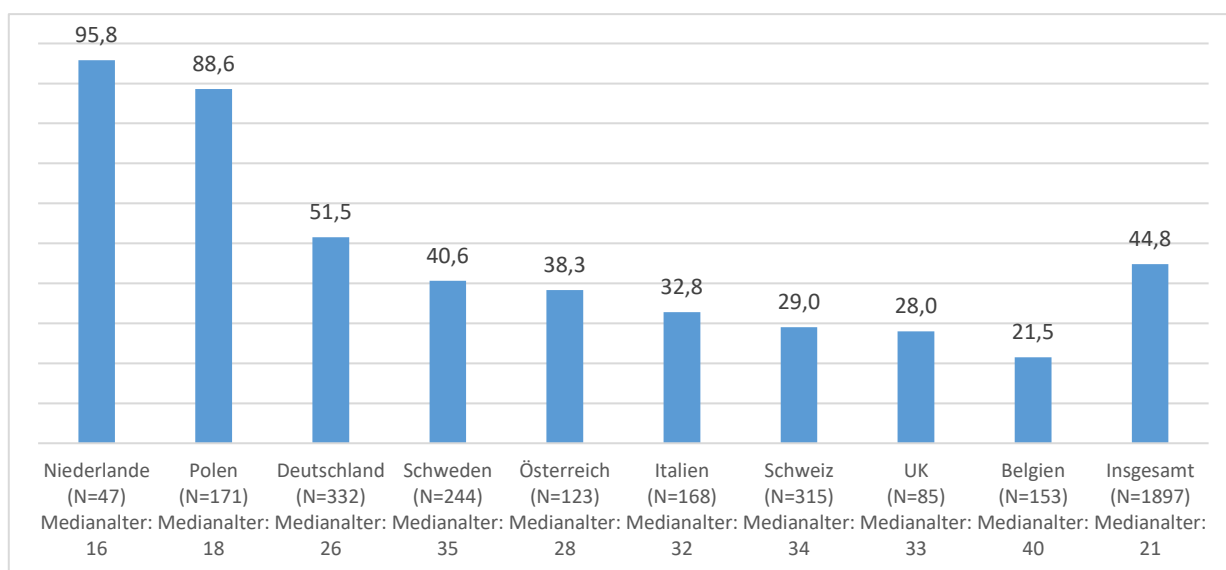
**Abbildung 24: Geschlechterverteilung Frauen und Männer, europäischer Vergleich; in %**



Die Verteilung der Geschlechter zeigt auf der einen Seite ein dominantes Muster hoher Frauenbeteiligung. Auf der anderen Seite verweist der Ländervergleich auch darauf, dass innerhalb dieses Musters eine große Bandbreite besteht. Bei

der Altersverteilung der Demonstrierenden ist es ähnlich: In allen neun Ländern ist die Gruppe der 14-19-Jährigen am stärksten vertreten. Das Ausmaß dieser Dominanz variiert aber sehr stark (siehe Abbildung 25).

**Abbildung 25: Beteiligung der Gruppe der 14-19-Jährigen, europäischer Vergleich; in %**



Die Befragten in Polen und den Niederlanden weisen nicht nur im Durchschnitt einen höheren

Frauenanteil auf, sondern sind auch deutlich jünger als ihre europäischen Mitstreiter\*innen.

Knapp 90 Prozent der Befragten in Polen bzw. über 95 Prozent der Befragten in den Niederlanden sind 19 Jahre alt oder jünger<sup>24</sup>. Das Medianalter<sup>25</sup> liegt bei 16 bzw. 18 Jahren. Deutschland folgt mit weitem Abstand mit einer Beteiligung dieser jüngsten Altersgruppe von knapp über 50 Prozent. In Italien, der Schweiz, Großbritannien und Belgien liegen die Werte bei weniger als einem Drittel. In diesen Ländern ist die Beteiligung verschiedener Altersgruppen gleichmäßiger, worauf auch das Medianalter von über 30 Jahren hinweist. Erwähnenswert ist zudem der Fall Schweden mit einer außergewöhnlichen Allianz von ganz jung und ganz alt: Hier ist die Gruppe der über 65-Jährigen mit knapp 15 Prozent nach der Gruppe der 14-19-Jährigen am zweitstärksten vertreten; kein anderes Land erreicht einen annähernd hohen Wert in dieser Alterskategorie. Aus den großen Diskrepanzen ist zu schließen, dass in den einzelnen Ländern nicht nur unterschiedliche Protestkulturen und Wahrnehmungen der Protestträger – als einer reinen Jugend- oder gar Kinderbewegung oder einer breiteren gesamtgesellschaftlichen Bewegung – bestehen, sondern dass vermutlich auch die Mobilisierungswege in den Niederlanden und in Polen sich ganz überwiegend auf die Schulen konzentrieren, während in Deutschland auch andere Kanäle, zum Beispiel herkömmliche Umweltverbände, Elternverbände und Wissenschaftler\*innengruppen, eine nennenswerte Rolle spielen.

Diese knappe Darstellung der Verteilungen von Geschlecht und Alter zeigt, dass die FFF-Proteste im europäischen Vergleich heterogener sind als es das Bild einer grenzüberschreitenden Kampagne vermuten lässt. Diese Erkenntnis bestätigt

---

<sup>24</sup> An dieser Stelle sei erneut darauf hingewiesen, dass wir aus forschungsethischen Gründen keine unter 14-Jährigen befragt haben.

<sup>25</sup> Der Medianwert teilt eine Gruppe so in zwei Hälften, dass die Werte in der einen Hälfte größer und in der anderen Hälfte kleiner sind als der Medianwert.

<sup>26</sup> Bei den unter 25-Jährigen variiert der Anteil zwischen 60 Prozent in Schweden und rund 88 Prozent in den Niederlanden.

<sup>27</sup> Für alle vier Variablen ergibt sich ein signifikanter ( $p < .001$ ) negativer Zusammenhang mit dem Alter, der in diesem Fall bedeutet, dass die Zustimmung zur Lösungskompetenz der vier Auswahlmöglichkeiten mit zunehmendem Alter abnimmt. Am stärksten ist der

sich auch in Bezug auf die politischen Einstellungen und Einstellungsfragen zum Klimawandel.

So gibt es beispielsweise bei der politischen Positionierung der Teilnehmer\*innen erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Das zeigt unter anderem der Blick auf die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse. In allen Ländern positioniert sich die Mehrheit der Befragten links der Mitte. Während dieser Anteil in Polen und Schweden aber „nur“ rund 65 Prozent beträgt, liegt er in Italien und den Niederlanden rund 20 Prozentpunkte höher.<sup>26</sup>

Noch größer sind die Unterschiede bei Einstellungsfragen zur Bekämpfung des Klimawandels. Abbildung 26 (nächste Seite) vergleicht die Beurteilung der Lösungskompetenzen für Umweltprobleme (siehe Teil 3.3 für Deutschland). Auf Grund der starken Unterschiede in der Altersstruktur in den verschiedenen Ländern und der gleichzeitig engen Korrelation von Alter und Einschätzung der Lösungskompetenz berücksichtigen wir nur die Gruppe der unter 25-Jährigen.<sup>27</sup> Die Länder sind sortiert nach dem Item mit der größten Streuung, in diesem Fall die Frage nach der Rolle des Individuums. Abgebildet ist der Anteil derjenigen, die den vorgelegten Aussagen „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zustimmen.<sup>28</sup> Es zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, die auf unterschiedliche nationale Lösungsansätze innerhalb der international ausgerichteten Klimaschutzbewegung schließen lassen.

Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Wissenschaft variiert von rund 51 Prozent Zustimmung

statistische Zusammenhang für die Frage nach der freiwilligen Änderung des Lebensstils ( $\beta = -0,16$ ). Während insgesamt rund 60 Prozent der unter 25-Jährigen dieser Aussagen „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zustimmen, sind es bei den Älteren nur rund 36 Prozent.

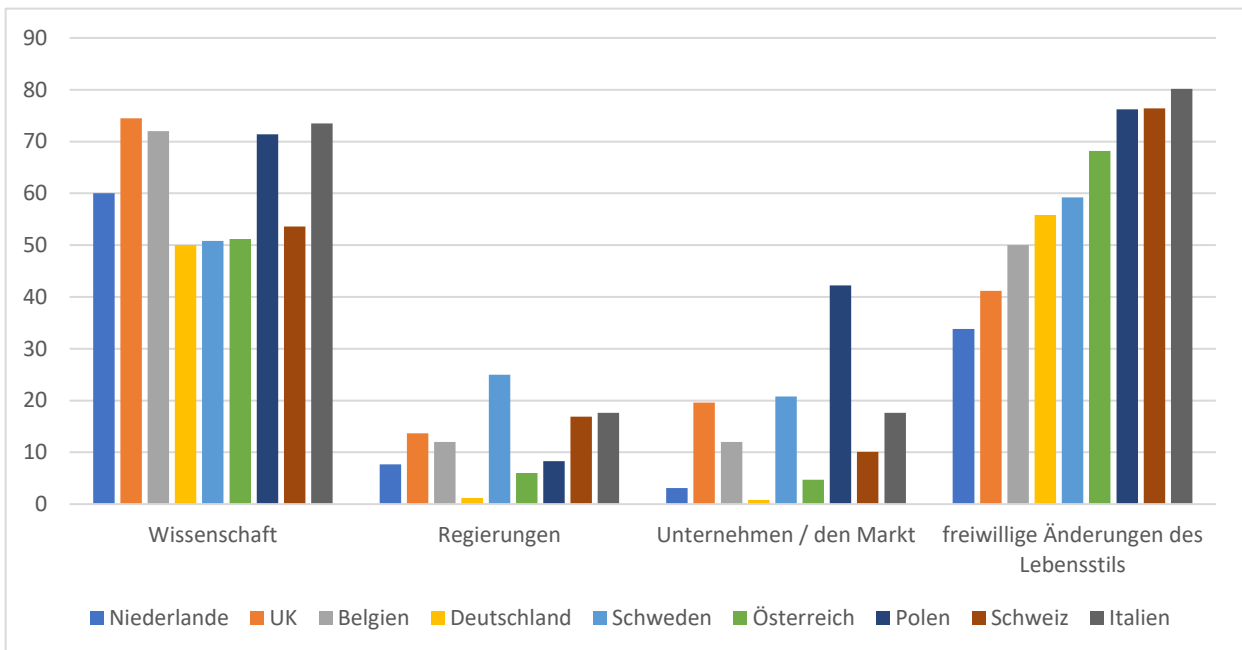
<sup>28</sup> Fragen und Aussagen in der deutschen Übersetzung im Wortlaut: „Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Bei der Lösung unserer Umweltprobleme können wir uns auf die moderne Wissenschaft/die Regierungen/Unternehmen und den Markt verlassen“. „Um den Klimawandel zu stoppen bedarf es in erster Linie freiwilliger Änderungen des individuellen Lebensstils“. Antwortmöglichkeiten auf einer 5er-Skala von „überhaupt nicht“ bis „voll und ganz“.

mung in Schweden bis zu über 70 Prozent in Polen, Italien, Belgien und Großbritannien. Die deutschen Protestierenden setzen europaweit am wenigsten Hoffnung in die Lösungskompetenz der Regierungen, wobei sich diese negative Einschätzung insbesondere auf die Rolle der deutschen Bundesregierung beziehen dürfte. Ähnlich niedrig sind diese Werte nur in Österreich, Polen und den Niederlanden; die Schwed\*innen (25,0 %), Schweizer\*innen (16,9 %) und – etwas überraschend – auch die Italiener\*innen (17,6 %) hoffen vergleichsweise stärker, aber insgesamt immer noch wenig, auf eine produktive Rolle der Regierungen.

Die Lösungskompetenz von Unternehmen und dem Markt wird gänzlich unterschiedlich bewert-

et. Die Spannweite beträgt mehr als 40 Prozentpunkte. Insbesondere die Demonstrierenden in Polen (42,2 %) zeigen sich stark „marktgläubig“. Damit vertrauen die Pol\*innen der kapitalistischen Selbstregulierung im Schnitt fünfmal eher als der Steuerung des Staates. Noch größere Unterschiede gibt es bei der Frage nach der Rolle eines jeden Individuums. Nur rund 34 Prozent der Befragten unter 25 Jahren in den Niederlanden glauben, dass es in erster Linie einer Änderung des individuellen Lebensstils bedarf, um die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen. In Italien, der Schweiz und Polen liegen die entsprechenden Werte oberhalb von 75 Prozent. Deutschland nimmt mit einer Zustimmungsrate von knapp 56 Prozent zusammen mit Schweden eine mittlere Position ein.

**Abbildung 26: Beurteilung der Lösungskompetenz für Umweltprobleme<sup>29</sup>, Alter < 25 Jahre; in %**



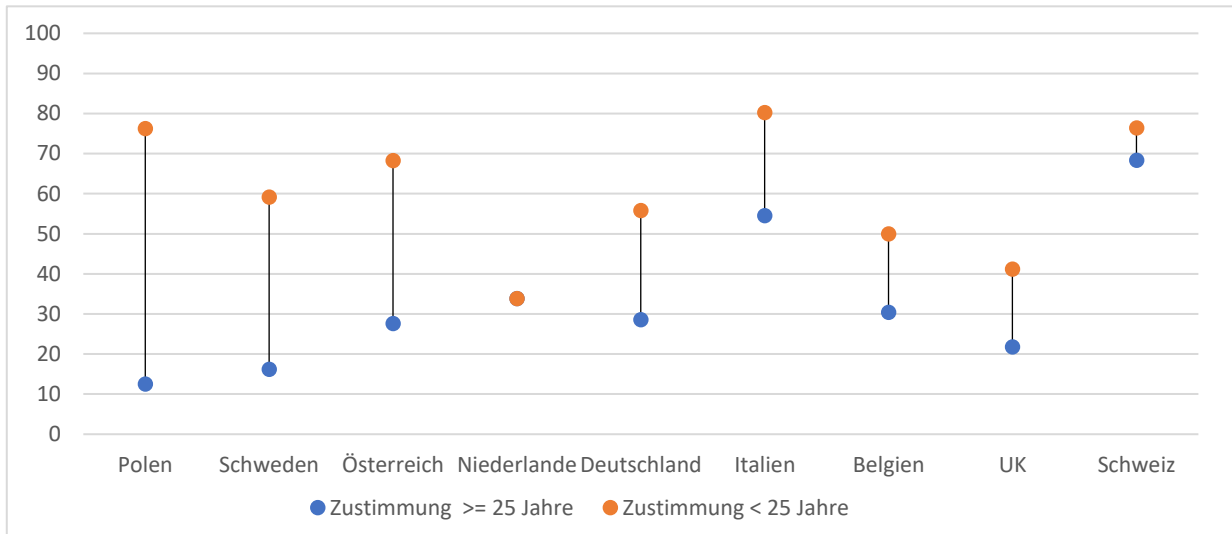
Aufschlussreich ist auch der Blick auf die Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Abbildung 27 vergleicht die Zustimmungswerte zur

Notwendigkeit freiwilliger Änderungen des Lebensstils für die Gruppe der unter 25-Jährigen mit älteren Kohorten.

<sup>29</sup> Aussagen im Wortlaut: Siehe Online-Fragebogen. Frage Q5, Seite 3, sowie siehe Fußnote 28. Abgebildet sind die addierten Anteile für „überwiegende“ oder

„voll und ganze“ Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen.

**Abbildung 27: Zustimmung zur Aussage: „Um den Klimawandel zu stoppen bedarf es in erster Linie freiwilliger Änderungen des individuellen Lebensstils“, europäischer Vergleich alt-jung; in %**



In allen Ländern sind die Zustimmungswerte der unter 25-Jährigen zum Teil sehr deutlich höher als bei den älteren Generationen. Mit Abstand am größten ist dieser Unterschied in Polen (76,2 % Zustimmung vs. 12,5 % Zustimmung), am geringsten in der Schweiz. Auf Grund der niedrigen Fallzahlen wurde für die Niederlande auf den Vergleich mit den Älteren verzichtet.

Während sich die wahrgenommenen Lösungsansätze zwischen den Ländern stark unterscheiden, sind die Protestierenden insgesamt dennoch ähnlich zuversichtlich, dass die Umweltprobleme mit grundlegenden Weichenstellungen und konsequentem Handeln gelöst werden können. Der Aussage „Auch wenn die Dinge düster aussehen, verliere ich nicht die Hoffnung, dass wir den Klimawandel eindämmen können“ stimmt die Mehrheit in allen Ländern „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zu. Hier sind sich die Demonstrierenden weitgehend einig: Polen rangiert mit 56 Prozent Zustimmung am Ende; Belgien liegt mit 66 Prozent ganz vorne. Mit 60 Prozent Zustimmung belegt Deutschland erneut eine mittlere Position. Die Zuversicht der jungen Demonstrierenden ist etwas stärker als die der Älteren. Im Gegensatz zur Einschätzung der Lösungskompetenzen unterscheiden sich die Altersgruppen aber kaum.

Insgesamt verdeutlicht dieser ländervergleichende Ausschnitt, dass die Protestierenden in

den neun untersuchten Ländern vieles gemeinsam haben. Innerhalb dieser Gemeinsamkeiten wie der starken weiblichen Mobilisierung, der hohen Beteiligung von Jugendlichen und dem dominant linken Selbstverständnis existiert allerdings eine große Bandbreite. Außergewöhnlich ist zudem die zum Teil grundsätzlich unterschiedliche Beurteilung der Lösungskompetenz von Markt, Regierung und Wissenschaft und der Rolle des Individuums. Diese Unterschiede verweisen trotz des gemeinsamen Banners, unter dem die Demonstrierenden der internationalen FFF-Kampagne für Klimaschutz eintreten, auf durchaus unterschiedliche Lösungsansätze und strategischen Präferenzen in den nationalen Klimabewegungen. FFF ist somit heterogener, als es der gemeinsame Aktionsrahmen, gemeinsame Forderungen und Slogans suggerieren.

### 3.8 Zusammenfassung

Was sagen die Ergebnisse der Demonstrationsbefragungen in Bremen und Berlin über die FFF-Protestierenden in Deutschland aus? Zusammengefasst ergibt sich folgendes Bild: Die FFF-Demonstrationen werden in erster Linie von jungen, relativ gut gebildeten Menschen und überraschend stark von jungen Frauen getragen. Viele der demonstrierenden Schüler\*innen sind protestunerfahren und zum ersten Mal auf der Straße. Eine deutliche Mehrheit verortet sich im linken Spektrum; die Grünen bieten mit Abstand

die stärkste parteipolitische Identifikation. Persönliche Kontakte mit Freund\*innen oder Mitschüler\*innen sind sowohl für die Gruppe der Schüler\*innen als auch für die etwa gleich große Gruppe der Erwachsenen der zentrale Weg der Mobilisierung. Umweltorganisationen oder politische Parteien spielen insgesamt eine ebenso eher nebensächliche Rolle wie die eigenen Eltern oder Lehrer\*innen. Mit ihrem Protest wollen die Demonstrierenden die Bundesregierung, der insgesamt allerdings sehr wenig Vertrauen und Lösungskompetenz entgegengebracht wird, unter Druck setzen, den Klimawandel zu bekämpfen. Einen wichtigen Weg der Veränderung sehen insbesondere die demonstrierenden Schüler\*innen zudem in der Veränderung der eigenen Lebens- und Konsumpraxis.

Während die Demonstrationsbefragungen in Bremen und Berlin sehr ähnliche Ergebnisse liefern, ergibt sich im europäischen Vergleich ein deutlich komplexeres Bild. Insgesamt ist die Kampagne hinsichtlich der Altersstruktur, der Verteilung der Geschlechter und insbesondere hinsichtlich der Einschätzung von Lösungswegen heterogener als der gemeinsame Rahmen vermuten lässt. Für fast alle Vergleichsdimensionen befindet sich Deutschland im Mittelfeld der neun untersuchten Länder.

Für alle Proteste, in Deutschland und darüber hinaus, bleibt festzuhalten, dass die Demonstrierenden keineswegs hoffnungslos und entmutigt sind, sondern vielmehr handlungsbereit, politisiert und trotz aller Umstände zuversichtlich sind, dass ihr Protest gesellschaftliche und politische Veränderungen hervorrufen kann. Bei mangelnder Anerkennung und ausbleibender Umsetzung der klimapolitischen Forderungen ist allerdings nicht auszuschließen, dass diese politische Entschlossenheit und Hoffnung in Resignation und Politikverdrossenheit umschlagen.

## 4. Die Resonanz auf FFF

Anders als die oben präsentierten Befunde aus der Befragung beruhen die nachfolgenden Ausführungen zur öffentlichen Resonanz auf FFF in Deutschland nicht auf einer systematischen und quantifizierenden Analyse, sondern lediglich auf einer kursorischen Sammlung und Sichtung öffentlich zugänglicher Äußerungen. Diese werden hier nur selektiv und in illustrativer Absicht ohne Anspruch auf Repräsentativität vorgestellt.

Nachdem in Schweden die ersten Zeitungsberichte über Greta Thunbergs „Streik“ erschienen waren und diese Aktion schnell nationale Aufmerksamkeit erlangte, griffen auch Medien in anderen Ländern das Thema auf. In Deutschland setzte eine breitere Medienberichterstattung mit den ersten größeren Schüler\*innenstreiks im Januar 2019 ein. Dabei standen zunächst vor allem die demonstrative Verletzung der Schulpflicht und weniger die inhaltlichen Forderungen der FFF-Kampagne im Mittelpunkt. Die Frage des Sinns, der Legitimität sowie der möglichen und angemessenen Sanktionen der „Streikenden“ beschäftigte nicht nur die unmittelbar Betroffenen, also Schüler\*innen, Lehrer\*innen, Schulleitungen, Kultusbehörden und Eltern, sondern auch Kommentator\*innen aus den Medien und der etablierten Politik.

Erwartungsgemäß waren die Meinungen geteilt – so teilweise auch innerhalb einzelner Presseorgane. Zum Beispiel präsentierte die Augsburger Allgemeine Zeitung am 24. Januar 2019 einen Pro- und einen Contra-Kommentar. In Letzterem wurde ohne Beleg behauptet, es ginge „zumindest einem Teil der Teilnehmer nur ums Schwänzen der Schule.“<sup>30</sup> Bei der Mehrzahl der Medien sind jedoch über längere Zeit hinweg redaktionelle Linien in der Haltung zu FFF erkennbar. In der Gesamttendenz neigten konservative Medien zur Verurteilung des „Schulstreiks“ und wollten teilweise die Regelverletzung konsequent geahndet wissen. Eine überwiegend kritische Haltung bezogen Presseorgane wie Bild, Die Welt, Focus

---

<sup>30</sup> Kommentar von Rudi Wais. Siehe: <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Kontra-Fridays-for-Future-ist-eine-grosse-Inszenierung-id53282256.html> [04.08.2019].

und auch das Magazin Cicero. Vielfach ist die Kommentierung von Sarkasmus geprägt, wenn es etwa heißt: „Und so ein Protestevent mit Greta Thunberg in Berlin und dem engagierten Nachwuchs gibt auch ein super Handyfilmchen ab. Ein bisschen Woodstock-Feeling für die Familienchronik. Zeigen, dass man dabei war.“<sup>31</sup>

Andere Printmedien, darunter FR, SZ und – mit Ausnahmen – auch DIE ZEIT, äußerten dagegen eher Verständnis für die Aktionen der Schüler\*innen. In diesen Organen wurde meist für einen großzügigen Umgang mit den „Streikenden“ plädiert. In etlichen Fällen verwischte sich im Zuge der Begeisterung für FFF die Trennlinie zwischen Berichterstattung und Kommentar. Beispielhaft dafür ist ein Essay, den DIE ZEIT auf ihrer Schriftstellerplattform *Freitext* am 26. Juli 2019 unter dem Titel „Die Weltherrschaft der Mädchen“ präsentierte. Dort schwärmt die Autorin Stefanie de Velasco von einem „Sommer der Freiheit“ und erlebt „den Aufstieg der Protestbewegung um Greta Thunberg gleich als zweifachen Triumph: Erstens den meiner eigenen jugendlichen Ideale und zweitens als Sieg der Erzählungen junger Frauen und Mädchen, die – wenn schon nicht in der Literatur, zumindest in der Wirklichkeit – durch Figuren wie Greta Thunberg, Alexandria Ocasio-Cortez, Luisa Neubauer, Genesis Butler, Carola Rackete (allein der Name!) und Emma González einen neuen Stellenwert erlangen.“<sup>32</sup>

Jene Medien, die von Anfang an die Berechtigung des Schulstreiks in Zweifel zogen, neigten auch dazu, die Protestkampagne als solche sowie deren Sprecher\*innen und Forderungen kritisch zu beurteilen. Vorwürfe zielten u. a. auf die Showeffekte der Aktionen, mangelnde Sachkenntnis

und die hohen moralischen Ansprüche. So titulierte z. B. Welt-Herausgeber Stefan Aust die Kampagne als „Kinderkreuzzug“<sup>33</sup>. In diesem Blatt, das fast durchgängig eine distanzierte oder sehr kritische Haltung zu FFF einnahm, war auch pauschal von einem Treiben der „Wohlstandskinder“<sup>34</sup> die Rede. Insbesondere rechts-gerichtete Blogs und Organe, darunter *Tichys Einblick*, ein „liberal-konservatives Meinungsmagazin“ (Selbstbezeichnung), widmeten sich in mehreren im Enthüllungsgestus verfassten Beiträgen einzelnen (vermeintlichen) Schwachpunkten der Bewegung, etwa die Unklarheit ihrer Entscheidungsstrukturen, die Delegation der Spendenabwicklung an die Stiftung Plant-for-the-Planet und die kampagnenintern geäußerte Kritik an den Medienauftritten mehr oder weniger selbst ernannter Sprecher\*innen der Kampagne. Ähnliche Berichte aus dem rechten Spektrum zielten durch Falschmeldungen und haltlose Verschwörungstheorien auf eine Diffamierung der Kampagne.

Etwa ab März 2019 rückten sowohl die inhaltliche Frage der Dringlichkeit des Klimawandels und entsprechender Maßnahmen als auch das Phänomen einer überwiegend von Schüler\*innen oder gar Kindern getragenen nationalen und internationalen Protestbewegung in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten. Während der Klimawandel als eine reale Bedrohung von den Medien wie der etablierten Politik fast durchwegs anerkannt wurde (eine markante Ausnahme unter den institutionellen politischen Akteuren bildet die AfD<sup>35</sup>), blieben Einschätzungen der Protestkampagne im Allgemeinen, ihrer konkreten Erscheinungsformen und einzelner Protagonist\*innen höchst kontrovers. Manche Politiker\*innen beurteilten das Auftreten der Schüler\*innen als

---

<sup>31</sup> Aus einem Kommentar von Caroline Ströbele auf Zeit Online: <https://www.zeit.de/kultur/2019-03/fridays-for-future-schulstreik-klima-eltern-kinder> [04.08.2019].

<sup>32</sup> <https://www.zeit.de/kultur/literatur/freitext/fridays-for-future-klimademonstrationen-greta-thunberg-juugend-maedchen-ideale> [04.08.2019].

<sup>33</sup> <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article190784003/Fridays-for-Future-Wie-ein-moderner-Kinderkreuzzug.html> [04.08.2019].

<sup>34</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus188125577/Fridays-for-Future-Wie-ticken-die-Schulstreikenden.html> [04.08.2019].

<sup>35</sup> Nach wie vor leugnet die AfD-Führung, dass der Klimawandel von Menschen gemacht ist. Siehe <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/weidel-klimawandel-101.html> [04.08.2019]. Damit bewegt sich die AfD im Einklang mit den meisten rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa. Siehe: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-rechtspopulisten-klimawandel-1.4341697> [04.08.2019].



anmaßend, sprachen ihnen die Sachkompetenz in Fragen des Klimaschutzes und die Einsicht in Bedingungen politischer Entscheidungsfindung rundweg ab. Vielzitiert unter den negativen Stellungnahmen ist insbesondere die Äußerung des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner, der mit Blick auf die Protestierenden meinte, man solle das Anliegen des Klimaschutzes besser den „Profis“ überlassen<sup>36</sup>, dabei allerdings übersah, dass die Protestierenden sich auf eben diese Profis, also die Klimaschutzexperten, berufen. Diese erklärten in einer späteren Phase zu Tausenden ihre explizite Unterstützung für die Protestbewegung als Scientists for Future.<sup>37</sup> Eine vielzitierte Abwertung speziell der Person von Greta Thunberg erfolgte durch den CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak, der Thunberg in einem Tweet ein Handeln aus „purer Ideologie“ bescheinigte und seinen abschließenden Seufzer über die „arme Greta“ mit dem Bild eines Affen illustrierte, der sich beide Augen zuhält.<sup>38</sup> Der parlamentarische Geschäftsführer der CSU im Bundestag, Stefan Müller, attackierte ebenfalls auf Twitter die vermeintliche „Doppelmoral“ Luisa Neubauers, die „Regierung und Politiker für angeblich fehlendes Engagement beim #Klimaschutz attackiere[...], aber mit 23 mehr Kontinente bereist haben als die meisten Deutschen.“<sup>39</sup> Eine strikt ablehnende Haltung bezogen auch Ex-Politiker wie Klaus von Dohnanyi, welcher in paternalistischer Manier auftrat und der Protestbewegung pauschal ihre Glaubwürdigkeit absprach.<sup>40</sup>

<sup>36</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fridays-for-future-lindner-nennt-klimaschutz-profi-sache-16292575.html> [04.08.2019].

<sup>37</sup> <https://www.zeit.de/2019/12/scientists-for-future-schueler-klimawandel-proteste-petition> [04.08.2019].

<sup>38</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/fridays-for-future-parteien-position-spd-cdu-afd-gruene-linke-csu-fdp-1.4417558> [04.08.2019].

<sup>39</sup> <https://twitter.com/smuellermdb/status/1152145337097715713?s=03> [04.08.2019].

<sup>40</sup> Dohnanyi am 13. März 2019 in der Talkshow von Markus Lanz: „Also wenn Sie mich ehrlich fragen, halte ich gar nichts davon. Und zwar erstens deswegen, weil diese jungen Leute ja gar keine Opfer bringen ...Zweitens bin ich auch der Meinung, dass diese jungen Menschen sich in dieser Beziehung viel zu leicht machen. Also, es ist ja richtig, dass wir den Klimawandel (sic!) brauchen. Aber dann müssen die selber bei sich anfan-

Verschiedentlich wurde auch die Vermutung geäußert, die Bewegung, die angeblich überwiegend von „Kindern“ getragen werde, sei wohl in Wahrheit von außen gelenkt. In diese Richtung zielte auch die frühe Äußerung der Bundeskanzlerin, die anlässlich des Auftritts von Greta Thunberg auf dem Weltwirtschaftsforum im Januar 2019 in Davos meinte, es sei schwer vorstellbar, dass eine von so jungen Leuten getragene Bewegung aus eigener Kraft handele. In nachfolgenden Kommentaren äußerte sich Angela Merkel allerdings grundsätzlich positiv zu Anliegen und Auftritten der Kampagne, damit dem mehrheitlichen Trend in den Medien wie der etablierten Politik folgend. In einer Diskussion an einem Berliner Gymnasium meinte die Kanzlerin, es sei richtig, „dass ihr uns Dampf macht“.<sup>41</sup> Bei anderer Gelegenheit bescheinigte sie den jungen Klimaschutz\*innen, deren Ernsthaftigkeit habe „uns schon nochmal dazu gebracht, auch sicher entschlossener an die Sache heranzugehen“.<sup>42</sup>

Im Rampenlicht von FFF suchte sich eine Reihe von Politiker\*innen zu sonnen, sei es der eher missglückte Versuch von Wirtschaftsminister Peter Altmeier, der vergeblich die Protestbühne nutzen wollte, um seine Dialogbereitschaft zu bekunden, seien es andere Politiker\*innen insbesondere aus der Partei der Grünen, die dank FFF nun für ihre Forderungen nach der konsequenten Umsetzung klimapolitischer Pläne ganz unverhofft kräftigen Rückenwind durch FFF verspüren. Doch selbst in diesem Lager werden, wengleich

gen...“ (Lanz: Es ist nur ein Verdacht. Wir wissen es natürlich nicht). Dohnanyi: „Nein, ich weiß es genau. Das ist ja gar keine Frage. Die große Mehrheit, Tausende, oder Zehntausende usw., die werden doch nicht auf das Auto verzichten, wenn sie am Nachmittag von den Eltern zum Ballett gefahren werden.“ Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=6haG-Zpplqmk> [04.08.2019].

<sup>41</sup> <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/angela-merkel-bekraeftigt-lob-fuer-fridays-for-future-a-1260875.html> [04.08.2019].

<sup>42</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/auto-verkehr/fridays-for-future-merkel-lobt-greta-als-klima-aktivistin-16292864.html> [04.08.2019].

nur in Einzelfällen, Bedenken mit Blick auf die Form des „Schulstreiks“ geäußert. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Die Grünen), der schon mehrfach auf drohende Sanktionen für den „Schulstreik“ hingewiesen hatte, meinte Anfang April 2019: „Vor allem kann das nicht ewig so weitergehen.“<sup>43</sup>

Wie im medialen Bereich lassen sich mit Blick auf FFF auch die meisten Bewertungen von Seiten der etablierten Politik entlang der Differenz von eher linken und eher konservativen Positionen sortieren. Allerdings scheint die überwiegend positive Resonanz, die FFF nicht nur in den Medien, sondern auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung, die zeitweise dem Umwelt- und Klimaschutz Priorität vor anderen politischen Aufgaben wie der sozialen Sicherheit, der Friedenssicherung und der Zuwanderung einräumte<sup>44</sup>, auch auf das konservative Lager abzufärben. Zumindest rhetorisch sehen sich nun auch viele Vertreter\*innen der Unionsparteien, zuletzt auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, als Anwalt\*innen des Klimaschutzes. Einzelne unter ihnen behaupten sogar eine durchgehende Kontinuitätslinie: „Es war schon immer ein Herzensanliegen der Union, auch Klimaschutz voranzutreiben.“<sup>45</sup>

Die Protestkampagne, so lässt sich zusammenfassend konstatieren, fand und findet in der Gesamttendenz nicht nur eine breite, sondern auch eine überwiegend positive Resonanz.<sup>46</sup> „Wir sind schon fast zu beliebt“, äußerte Luisa Neubauer, das „deutsche Gesicht ... der Bewegung“ (Bild) halb klagend, halb stolz, gegenüber der Presse.<sup>47</sup> Vielfach wird, angefangen von nationalen Leitmedien bis hin zur Lokalpresse, detailliert über

einzelne Veranstaltungen und Auftritte berichtet, werden – vorzugsweise junge Leute – mit ihren Wahrnehmungen und Forderungen zitiert, wird einzelnen Sprecher\*innen Raum für Interviews unterschiedlicher Länge gewährt. Offensichtlich gelingt es den Organisator\*innen immer wieder, jenseits der inzwischen weitgehend ritualisierten Freitagsdemonstrationen neue Anlässe für eine Berichterstattung, meist verbunden mit einer wohlwollenden Kommentierung, zu finden, seien es Besuche von Greta Thunberg in Deutschland, internationale Aktionstage, den Sonderfall eines mehrtägigen Schulstreiks in Köln, eine Protestaktion am Stuttgarter Flughafen, das Sommercamp in Dortmund oder auch die Formierung von Unterstützergruppen, zu denen neben „Parents for Future“ und „Artists for Future“ inzwischen auch „Entrepreneurs for Future“, einzelne Wirtschaftsunternehmen, Banken und Beratungsagenturen zählen.

Anders als viele Protestbewegungen in der Vergangenheit, die in der Regel darauf bedacht waren, scharfe Grenzen zu ziehen, Konflikte zuspitzen und konkrete Forderungen mit einer Fundamentalkritik an der Gesellschaft zu verbinden, tritt FFF eher freundlich, offen, integrativ und gemäßigt auf. Entgegen manchen Beobachter\*innen, die hinter der Kampagne einen neuen Generationenkonflikt heraufziehen sahen, haben Vertreter\*innen von FFF ausdrücklich im Juli 2019 an die Gesamtheit der Erwachsenen appelliert, die Kampagne zu unterstützen: „Bitte helft uns. Alleine schaffen wir es nicht, das Klima zu retten.“<sup>48</sup> Das integrative Bemühen von FFF wird beispielsweise auch daran deutlich, dass in Aufrufen zu

---

<sup>43</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article191245663/Fridays-for-Future-Gruener-Kretschmann-hat-genug-von-den-Schulstreiks.html> [04.08.2019].

<sup>44</sup> So im Vorfeld der Europawahl 2019: <https://www.tagesschau.de/inland/europatrend-101.html> [04.08.2019].

<sup>45</sup> So der saarländische CDU-Ministerpräsident Tobias Hans. Siehe: die tageszeitung vom 26. Juli 2019, S. 9.

<sup>46</sup> Die breite Resonanz spiegelt sich auch in einer – auch im Vergleich zu anderen Protestbewegungen – sehr großen Zahl an Medienanfragen an die Mitglieder des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung wider. Für einen unvollständigen Überblick siehe:

<https://protestinstitut.eu/das-ipb-in-den-medien-fridays-for-future/> [04.08.2019].

<sup>47</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus194975835/Luisa-Neubauer-Wir-sind-schon-fast-zu-beliebt.html> [04.08.2019].

<sup>48</sup> Greta Thunberg bei ihrem Auftritt am 19. Juli 2019 in Berlin: <https://www.morgenpost.de/berlin/article226529007/Fridays-for-Future-Greta-Thunberg-haelt-flammende-Rede-in-Berlin.html> [04.08.2019].

Protestaktionen symbolisch ganze Städte vereinnahmt werden, indem etwa eine lokale Aktion, im konkreten Fall an einem Sonntag statt einem Freitag, unter dem Motto „Munich for Future“ angekündigt wird.<sup>49</sup>

Gemessen an der Reichweite seiner Forderungen und der Größenordnung der Protestmobilisierung, die nur einen relativ kleinen Teil der Schüler\*innenschaft und eine verschwindende Minderheit der Studierenden umfasst, erfährt FFF eine große und bis heute anhaltende öffentliche Resonanz. Selbst eine freitägliche „Routineveranstaltung“ am 19. Juli 2019 in Berlin, mit einer vergleichsweise bescheidenen Zahl von Teilnehmer\*innen, ist Medien wie der ARD und Spiegel Online eine Meldung wert, wenn sie von einem lediglich mehrere Minuten dauernden Auftritt Greta Thunbergs begleitet wird. Als Ersatz für fehlende inhaltliche Neuigkeiten dienen dann in etlichen Berichten Hinweise auf die Körperhaltung und Sprechweise Thunbergs, die begeisterten Reaktionen der Zuschauer\*innen und die Vorausschau auf anstehende Reisepläne und Auftritte des jungen Medienstars. Offensichtlich bedient FFF in außerordentlicher Weise mediale Nachrichtenwerte. Die Bewegung profitiert von einer geradezu symbiotischen Beziehung zum medialen Mainstream und kann vorerst ihren Höhenflug fortsetzen. Allerdings lehrt die Erfahrung mit medialen Routinen aber auch, dass sich eine derart hohe Aufmerksamkeitsspanne nicht auf Dauer stellen lässt (siehe z. B. Teune und Sommer 2017). Dann wird sich erst zeigen, ob FFF sich aus eigener Kraft weiterhin vorwärtsbewegen kann und ob der bisherig noch weitgehend vorhandene interne Konsens Bestand haben kann.

---

<sup>49</sup> <https://munichforfuture.de/> [04.08.2019].

<sup>50</sup> Diesbezügliche Aussagen der Vertreter\*innen von FFF sind widersprüchlich. Während manche die Notwendigkeit eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandels auch jenseits von Fragen des Klimaschutzes betonen, meint Maximilian Reimers, nach Medienangaben „einer der Cheforganisatoren“ von FFF, sie sei „wohl die konservativste Bewegung, die man sich vorstellen kann“. Siehe: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article195056495/Fridays-for-Future-Diese-Bewegung-ist-nicht-konservativ.html> [04.08.2019].

## 5. Fazit

FFF bietet in mancherlei Hinsicht Überraschungen. Wer hätte im Herbst 2018 den Aufstieg einer derart breiten, druckvollen und geschickt agierenden Kampagne vorhergesagt? Auch die Protest- und Bewegungsforschung, die sich mit Prognosen generell schwertut, hat diese Entwicklung nicht kommen sehen.

### 5.1 Ist FFF eine soziale Bewegung?

Die Antwort auf diese Frage steht und fällt mit der Definition von sozialer Bewegung. Legt man eine eher formale Definition zugrunde (della Porta und Diani 1999: 16), dann erfüllt FFF zweifellos die Kriterien – ein informelles Netzwerk, gemeinsam geteilte Überzeugungen, Konfliktorientierung und die Nutzung verschiedener Protestformen –, mit denen soziale Bewegungen von einzelnen Protesten auf der einen Seite und Organisationen auf der anderen abgegrenzt werden können. Nimmt man allerdings in einem weitergehenden Verständnis noch das Kriterium hinzu, dass soziale Bewegungen tief greifenden sozialen Wandel herbeiführen wollen (oder zu verhindern suchen), dann fällt das Urteil weniger eindeutig aus. FFF erfüllt zwar die Kriterien der weichen Definition, aber zielt die Bewegung auf grundlegenden sozialen Wandel, also auch auf gesellschaftliche Machtkonstellationen und Verteilungsfragen?

Die bisherigen Aussagen und Forderungen legen dies nicht unbedingt nahe.<sup>50</sup> Stellt man zudem die Fokussierung auf ein von den politischen Entscheidungsträger\*innen selbst gesetztes Ziel in Rechnung, das es einzuhalten gelte, so ist FFF derzeit eher als eine politische Protestkampagne

Bezogen auf die intern konsentierten Kernforderung von FFF, die Vorgaben des Pariser Klimagipfels einzuhalten, kann jedenfalls nicht von einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandel gesprochen werden. Ob sich FFF in seiner Mehrheit oder Gesamtheit auf einen systemischen Wandel einigen kann, bleibt abzuwarten.

mit begrenzter sachlicher und zeitlicher Reichweite denn als eine soziale Bewegung anzusprechen. Das werden Vertreter\*innen der Kampagne, die nicht weniger als das Klima oder gar die Welt „retten“ wollen, vermutlich anders sehen, weil sie die vielfältigen Dimensionen der Klimaproblematik betonen und für tiefgreifende Änderungen unseres Alltagsverhaltens eintreten. Schlussendlich hängt die zukünftige Beantwortung der Frage von der weiteren Konsolidierung und (inhaltlichen) Weiterentwicklung von FFF ab.

## 5.2 Faktoren des (medialen) Erfolgs

Erfolge bzw. Wirkungen einer Bewegung oder Kampagne bemessen sich nicht nur an deren erklärten Politikzielen, sondern zeigen sich auch in weiteren Dimensionen, darunter der Veränderung politischer Strukturen und Regeln, dem Einfluss auf das Parteienspektrum und die Zusammensetzung der Regierung, dem Agenda-Setting in den Medien und der breiten Öffentlichkeit, dem Einstellungs- und Verhaltenswandel in der Bevölkerung (einschließlich Bereitschaft zum politischen Engagement und verändertem Konsumverhalten), schließlich den Rückwirkungen auf die Bewegung selbst (Infrastruktur, Erfahrungen, Lerneffekte, politische Sozialisation der Beteiligten usw.). Es ist zu früh, um all dies im Einzelnen für die deutsche oder gar die internationale FFF-Kampagne bilanzieren zu können. Es ist auch zu früh für eine Antwort auf die Frage, ob sich FFF zu einer sozialen Bewegung im Sinne weitergehenden Definition entwickeln könnte.

Gleich wie lange FFF das Momentum halten kann (was mit zunehmender Dauer immer schwieriger wird) und ob die Kampagne eine Kurswende in der Klimapolitik und darüber hinaus herbeiführen kann – wohl unbestritten ist die öffentliche Resonanz, die sie in den etablierten Massenmedien, den digitalen Communities, in Kreisen der etablierten Politik und im Spektrum von umweltpolitisch aufgeschlossenen Interessengruppen, Verbänden und informellen Gruppierungen erzielt hat. Für dieses Ergebnis ist ein Zusammenwirken mehrerer Faktoren verantwortlich:

Ein wichtiger, in der öffentlichen Wahrnehmung zuweilen übersehener Faktor besteht darin, dass der Boden für die klimapolitische Kam-

pagne von FFF durch vorausgegangene Entwicklungen schon bereitet war. Klimapolitik war nach Jahrzehnten wissenschaftsinterner Debatten und Mahnungen auch zu einem Spitzenthema der internationalen Politik geworden – nicht nur seit dem Pariser Klimagipfel im Jahr 2015. In Deutschland war das Thema offensiv von einer Reihe von Umweltverbänden aufgegriffen worden. Seit Jahren hatten zudem nicht verbandsförmig organisierte Klimagruppen gegen den weiteren Abbau der hochgradig umweltschädlichen Braunkohle in mehreren Revieren, vor allem aber im Raum Hambach, Stellung bezogen und neben konventionellen Protestkundgebungen auch Aktionen zivilen Ungehorsams durchgeführt. Zur weiteren Aktualisierung des Klimathemas hatten zudem der ungewöhnlich trockene Sommer im Jahr 2018 und die Einsetzung der sogenannten Kohlekommission durch die Bundesregierung beigetragen. Vor diesem Hintergrund ist die Resonanz für FFF zu sehen, die durch eine Reihe spezifischerer Faktoren verstärkt wurde.

Ein für die breite Öffentlichkeit wichtiger Bezugspunkt ist die Selbstpräsentation und mediale Präsentation von Greta Thunberg, für Deutschland auch die Person von Luisa Neubauer. Auf einige Merkmale Thunbergs ist bereits im Abschnitt 1 hingewiesen worden. „Thunberg on tour“, mal auf der Klimakonferenz in Polen, mal mit dem Papst, mal mit Spitzenpolitiker\*innen, mal vor der versammelten Wirtschaftselite in Davos: Diese Auftritte liefern fortlaufend Bilder und Gesprächsstoff. Hinzu kommen die Reden bei einzelnen Demonstrationen, mal in Kopenhagen, mal in Hamburg, mal in Berlin. Ergänzt wird diese Komponente durch die diversen Preise, mit denen Thunberg bedacht wird und mit denen sich auch die sie ehrenden Institutionen ins rechte Licht setzen können.

Ein dritter Aspekt ist die demonstrative Jugendlichkeit von FFF, die durch eine geschickte Protestinszenierung befördert und von den meisten Medien dankbar aufgegriffen wird. Kinder und Schüler\*innen wirken unschuldig. Mit Blick auf FFF wird auch das Bild von David gegen Goliath evoziert. Das jugendliche Image kann allerdings auch gegen die Bewegung gewendet werden, indem den Aktivist\*innen Ahnungslosigkeit in der Sachmaterie, Ignoranz gegenüber der Kom-

plexität des auf Kompromisse angelegten politischen Entscheidungssystems und darüber hinaus eine überhöhte moralische Tonlage vorgehalten wird, wie es etwa die Charakterisierung von FFF als eines „Kinderkreuzzugs“ zum Ausdruck bringen soll (siehe fünftens).

Ein vierter, von Anfang an wirksamer Faktor für die große Resonanz von FFF ist die Kopplung der inhaltlichen Forderungen zum Klimaschutz an die Idee und Praxis des „Schulstreiks“, wie er von Greta Thunberg vorexerziert worden war. Diese Verknüpfung rief in Deutschland eine Fülle von ablehnenden wie auch von zustimmenden Kommentaren hervor, sorgte für Diskussionsstoff in Schulklassen und Gruppen außerhalb der Schulen und Universitäten. Die von meist konservativer Seite vorgebrachte Empfehlung, die Schüler\*innen sollten doch am Freitagnachmittag oder am Wochenende „streiken“, konterten die Aktivist\*innen stoisch mit dem Hinweis, dass ein Streik in der Freizeit eben kein Streik sei, weil er nirgends anecke. Ob allerdings die Kategorie des Streiks, der im Idealfall die Produktionsmittel des Arbeitgebers lahmlegt und damit Zugeständnisse erzwingen soll, für einen „Schulstreik“ oder „Uni-Streik“ taugt, sei hier dahingestellt. Festzuhalten ist jedenfalls, dass Studierende, die ja durchaus auf eine längere Geschichte von meist wenig erfolgreichen „Unistreiks“ zurückblicken können, bislang an keiner Hochschule in Deutschland eine nennenswerte disruptive Aktion im Kontext von FFF durchgeführt haben. Dagegen sorgte der auf Freitage bezogene „Schulstreik“, der sich im Falle einer Kölner Schule sogar auf eine ganze Woche erstreckte<sup>51</sup>, jenseits der Frage des Klimaschutzes für hitzige innerschulische und öffentliche Debatten, die bis heute anhalten.

Fünftens bewirkte nicht zuletzt die öffentliche Kritik an FFF, exemplarisch sei nochmals auf die Aussage von Christian Lindner erinnert, der meinte, das Klimathema solle den „Profis“ überlassen werden<sup>52</sup>, dass sich externe und autonom organisierte Gruppen zur Unterstützung von FFF

formierten, darunter Scientists for Future und Parents for Future. Weitere Unterstützung kam von Seiten der etablierten Umweltverbände, die dankbar den Impuls von FFF aufgriffen und verstärkten.

Sechstens vermied es FFF, sich organisatorisch eng an eine externe Gruppierung oder einen festgefühten Verband anzulehnen. Damit blieb die „Marke“ FFF immer im Zentrum öffentlicher Darstellungen. In strategischer Hinsicht behielt FFF seine freundlich-friedfertige Ausrichtung. Vermieden wurde allerdings keine harte Grenzziehung gegenüber offensiveren Aktionen zivilen Ungehorsams, wie sie beispielsweise der deutschen Ableger der britischen Gruppe Extinction Rebellion praktiziert. Der viele Bewegungen kennzeichnende ideologische und strategische Richtungsstreit hat im Falle von FFF – abgesehen von den Diskussionen während des Sommerkongresses in Dortmund – bisher keine zentrale Bedeutung erlangt, was nicht nur auf die relativ geringe Ausprägung tiefer interner Differenzen, sondern auch auf eine geschickte Selbstdarstellung zurückgehen dürfte.

Ein siebter Faktor für die breite öffentliche Zustimmung ist die Bescheidenheit der Kernforderung von FFF – die Einhaltung der gesetzlich verankerten Klimaziele des Pariser Abkommens. Auf diesen Minimalkonsens können sich nicht nur die Aktivist\*innen der Kampagne, sondern auch ein inzwischen deutlich gesteigener Anteil der Gesamtbevölkerung einigen. Die Ausgangssituation unterscheidet sich damit deutlich von anderen Bewegungen, die oft viel Aufwand treiben mussten, um die Bevölkerung erst einmal von der Legitimität ihrer Forderungen zu überzeugen. Noch spielen Fragen der konkreten Umsetzung der Klimaziele, nicht gerade eine zwingende Aufgabe für eine Protestbewegung, bei FFF keine große Rolle. Gegen konkrete Maßnahmen wird sich sicherlich Widerstand regen, wie es sich bereits bei den Entwürfen zur Umsetzung des Klimaschutzplans

---

<sup>51</sup> <https://www.welt.de/regionales/nrw/article196538577/Fridays-for-Future-demonstriert-erst-mals-die-ganze-Schulwoche.html> [04.08.2019].

<sup>52</sup> <https://www.focus.de/wissen/klima/klimaerwaermung/plaene-der-umweltministerin-seien-weltfremd->

[lindner-kanzelt-streikende-schueler-ab-klimawandel-ist-eine-sache-fuer-profis\\_id\\_10430856.html](https://www.welt.de/regionales/nrw/article196538577/Fridays-for-Future-demonstriert-erst-mals-die-ganze-Schulwoche.html) [04.08.2019].



2050 zeigte, bei denen das SPD-geführte Wirtschaftsministerium das SPD-geführte Umweltministerium ausbremste.

Schließlich ist achtens auf die insgesamt geschickten Deutungsstrategien von FFF hinzuweisen, die an anderer Stelle detaillierter beleuchtet wurden (Rucht und Sommer 2019). FFF bietet ein kompaktes und wirksames Framing (Snow et al. 1986), gegen das die bisherigen Versuche des *Gegenframing* nicht angekommen sind. Das *prognostic framing* warnt vor den dramatischen Folgen eines irreversiblen Klimawandels. Das *diagnostic framing* zielt auf das Versagen politischer Eliten. Das *motivational framing* betont die eigene Verantwortung der jungen Generation, Druck auf die Politik auszuüben, aber auch die Notwendigkeit, Lebensstil und Konsumverhalten umweltpolitischen Geboten anzupassen.

Im Unterschied zu anderen Bewegungen, etwa Occupy, Pulse of Europe und Gilets Jaunes, deren Niedergang halbwegs vorhersehbar war, nehmen wir mit Blick auf FFF eine abwartende Haltung ein. Noch spricht nichts für einen Niedergang. Der mittelfristige Verlauf der Kampagne hängt nicht nur von ihrer Fähigkeit ab, das hohe Mobilisierungsniveau unter jungen Menschen aufrechtzuerhalten, sondern auch von der Bildung strategischer Allianzen und der Diffusion des Protests in bislang passive Teile der Gesellschaft. Der Erfolg oder Misserfolg der über die Schulen und Universitäten hinausgehenden Mobilisierung für einen weltweiten Klimastreik am 20. September 2019 wird in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung sein. Die lose Verbindung zu Aktionsgruppen wie „Ende Gelände“ könnte für die Bewegung einen zusätzlichen, aber gleichzeitig nicht unproblematischen Stimulus bedeuten, finden doch Aktionen zivilen Ungehorsams selten eine breite gesellschaftliche Unterstützung.

Eine absehbare Herausforderung für FFF ergibt sich daraus, dass die Kampagne, über das Klimathema hinausgehend, einen Klärungsbedarf hat, was mit Forderungen gemeint ist wie „Wir

müssen Demokratie neu denken“ und „Wir müssen weg vom quantitativen Wachstum und Konsum, hin zu einem qualitativen Wachstum mit Glück, Freiheit und Liebe“.<sup>53</sup> Mit der Konkretisierung solcher Formeln wird auch Streit um und möglicherweise innerhalb von FFF an Bedeutung gewinnen.

Unabhängig von der Frage nach der unmittelbaren Zukunft der Kampagne und der Durchsetzbarkeit ihrer Ziele ist die gesellschaftliche Wirkung von FFF nicht zu unterschätzen; nie zuvor wurde die international vernetzte Klimabewegung in so hohem Maße von Schüler\*innen und Jugendlichen getragen. Und selten waren insbesondere junge Frauen derart prägend für den Protest. FFF politisiert und mobilisiert auch viele junge Menschen, die bisher wenig mit Politik zu tun hatten. Ob wir es hier mit einer neuen Protestgeneration zu tun haben, sei dahingestellt (dazu Rucht, im Erscheinen). Festzuhalten aber bleibt, dass ein derartiges Engagement in jungen Lebensjahren einen starken Einfluss auf das generelle Interesse an gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen und auf das spätere Engagement im Lebensverlauf hat (Oesterle et al. 2004). FFF wird also Spuren hinterlassen – in der Klimabewegung und darüber hinaus.

---

<sup>53</sup> <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/klima-talk-fridays-for-future-aktivistin-und-axel-springer-chef-63067980.bild.html> [04.08.2019].



## Literaturverzeichnis

- Andretta, Massimiliano und Donatella della Porta. 2014. „Surveying Protestors.“ In *Methodological Practices in Social Movement Research*, hg. v. Donatella della Porta, 308–34: Oxford University Press.
- Baumgarten, Britta und Dieter Rucht. 2013. „Die Protestierenden gegen ‚Stuttgart 21‘: einzigartig oder typisch?“ In *Stuttgart 21: Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*. Bd. 52, hg. v. Frank Brettschneider und Wolfgang Schuster, 97–125. Wiesbaden: Springer VS.
- Daphi, Priska, Dieter Rucht, Wolfgang Stuppert, Simon Teune und Peter Ullrich. 2014. „Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der ‚Montagsmahnwachen für den Frieden‘.“ ipb working papers 1/2014. [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/occupy-frieden\\_ipb-working-paper\\_web.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/occupy-frieden_ipb-working-paper_web.pdf) [04.08.2019].
- Daphi, Priska, Piotr Kocyba, Michael Neuber, Jochen Roose, Dieter Rucht, Franziska Scholl, Moritz Sommer, Wolfgang Stuppert und Sabrina Zajak. 2015b. „Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida.“ ipb working papers 1/2015. [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit\\_ipb-working-paper\\_web.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf) [04.08.2019].
- Daphi, Priska, Sebastian Haunss, Moritz Sommer, Wolfgang Stuppert, Simon Teune und Sabrina Zajak. 2015a. „Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne. Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration ‚TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel!‘ am 10. Oktober in Berlin.“ ipb working papers 4/2015. [https://www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/11/ipb\\_bericht-stop-ttip-befragung.pdf](https://www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/11/ipb_bericht-stop-ttip-befragung.pdf) [04.08.2019].
- Decker, Oliver, Johannes Kiess und Elmer Brähler. 2014. *Die stabilisierte Mitte Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Leipzig.
- Decker, Oliver und Brähler, Elmar (Hg.). 2018. *Flucht ins Autoritäre*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- della Porta, Donatella und Diani, Mario. 1999. *Social Movements. An Introduction*, Oxford: Blackwell.
- Ernmann, Malena und Beata, Thunberg, Greta und Svante. 2019. *Szenen aus dem Herzen*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Haunss, Sebastian, Priska Daphi, Leslie Gauditz, Philipp Knopp, Matthias Micus, Philipp Scharf, Stephanie Schmidt et al. 2017. „#NoG20. Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes.“ ipb working papers 3/2017. [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/NoG20\\_ipb-working-paper.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/NoG20_ipb-working-paper.pdf) [04.08.2019].
- Oesterle, Sabrina, Monica Kirkpatrick Johnson und Jeylan T. Mortimer. 2004. „Volunteerism during the Transition to Adulthood: A Life Course Perspective.“ *Social Forces* 82 (3): 1123–49.
- Rucht, Dieter und Moritz Sommer. 2019. „Fridays for Future. Vom Phänomen Greta Thunberg, medialer Verkürzung und geschickter Mobilisierung: Zwischenbilanz eines Höhenflugs.“ *Internationale Politik* 4, (Juli/August): 121–25. <https://protestinstitut.eu/fridays-for-future-zwischenbilanz-eines-hoehenflugs/> [04.08.2019].
- Rucht, Dieter. (im Erscheinen). „Jugend auf der Straße. Fridays for Future und die Generationenfrage.“ In: *WZB Mitteilungen*, September 2019.
- Rucht, Dieter. 2016. „Der Beteiligungsprozess am Klimaschutzplan 2050. Analyse und Bewertung. Gutachten im Auftrag von Greenpeace Deutschland.“ [https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20160922\\_klima-gutachten\\_web.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20160922_klima-gutachten_web.pdf) [04.08.2019].
- Snow, David A., E. Burke Rochford, Steven K. Worden und Robert D. Benford. 1986. „Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation.“ *American Sociological Review* 51 (4): 464–81.
- Teune, Simon und Peter Ullrich. 2015. *Demonstrationsbefragungen. Grenzen und Potenziale einer Forschungsmethode*. <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/09/demonstrationsbefragungen-teuneullrich-2015-09-161.pdf> [04.08.2019].
- Teune, Simon und Moritz Sommer. 2017. „Zwischen Emphase und Aversion: Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung.“ ipb working papers, Nr. 2 (Juli). [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/ipb-working-paper-Grossdemonstrationen-in-den-Medien\\_web.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/ipb-working-paper-Grossdemonstrationen-in-den-Medien_web.pdf) [04.08.2019].
- van Aelst, Peter und Stefaan Walgrave. 2001. „Who is that (wo)man in the street? From the normalisation of protest to the normalisation of the protester.“ *European Journal of Political Research* 39 (4): 461–86.
- Wahlström, Mattias, Moritz Sommer, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt, Joost de Moor und Stephen Davies. „Fridays For Future: a new generation of climate activism.“

Introduction to country reports.“ In *Protest for a future. Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities.*, hg. v. Mattias Wahlström, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt und Joost de Moor, 5–17. <https://osf.io/yr5h4> [04.08.2019].

Wahlström, Mattias, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt und Joost de Moor, Hg. 2019a. „Protest for a future. Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities.“ <https://osf.io/yr5h4/> [04.08.2019].

Zuletzt sind die folgenden ipb working paper erschienen:



### **Die Gelbwestenbewegung. Stand und Perspektiven**

**Autor:** Dieter Rucht

**Veröffentlicht:** Januar 2019

**Online unter:** <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/02/dieter-rucht-gelbwesten.pdf>

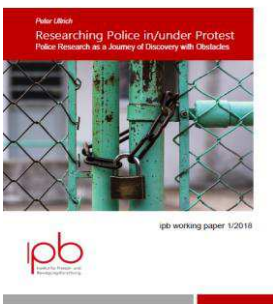


### **#Sitzenbleiben, #aufstehen oder aufstehen? Über den Versuch einer linken Sammlungsbewegung**

**Autor:** Dieter Rucht

**Veröffentlicht:** November 2018

**Online unter:** [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/11/ipb\\_working-paper\\_2.2018\\_Rucht-Dieter.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/11/ipb_working-paper_2.2018_Rucht-Dieter.pdf)



### **Researching Police in/under Protest. Police Research as a Journey of Discovery with Obstacles**

**Autor:** Peter Ullrich

**Veröffentlicht:** März 2018

**Projektkontext:** Videoüberwachung von Versammlungen und Demonstrationen (ViDemo)

**Online unter:** [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/03/Researching-Police\\_ipb-working-paper\\_1-18.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/03/Researching-Police_ipb-working-paper_1-18.pdf)

**Weitere Texte der Reihe sind abrufbar unter:** <https://protestinstitut.eu/ipb-working-papers/>

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

<https://protestinstitut.eu/>



## #Klimawahl Bayern

MRZ  
13  
Fr

## Globaler Klimastreik

APR  
24  
Fr

## STREIKTERMINE

Schön, dass du dich engagieren möchtest. Jede Woche gibt es überall auf der Welt – auch in Deutschland – Streiks. Hier findest du die nächsten Termine für Streiks und Aktionen in deiner Umgebung.

Ortsgruppen

FAQ

Streikmobilisierung

Entschuldigungsschreiben-Generator



Werde Teil der Bewegung - bleibe up to date

Name

eMail\*

Handynummer für SMS

Ich habe die [Datenschutzerklärung](#) gelesen und akzeptiere diese.\*

Ich will auch regionale News

Eintragen

## 21. FEBRUAR 2020



Bad Tölz, 11:00 Uhr, Rathaus

Berlin, 12:00 Uhr, Invalidenpark

Bochum, 17:00 Uhr, Kammerspiele Schauspielhaus Theaterstück

Breitengüßbach, 13:45 Uhr, Bahnhof

Dessau-Roßlau, 13:30 Uhr, Friedensglocke

Einbeck, 11:30 Uhr, Marktplatz

Flensburg, 10:00 Uhr, Hafenspitze [Mehr Infos](#)Hamburg, 14:00 Uhr, HamburgWähltKlima [Mehr Infos](#)

Jena, 15:00 Uhr, Am Markt Fragen for Future (Fragen auf Pappschilder um Passanten Denkanstöße zu

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ECI FOR FUTURE braucht 1 Million Unterschriften! ECI steht für eine europaweite Bürgerinitiative für Maßnahmen zur Einhaltung des 1.5 Grad Ziels. Sorge dafür, dass die EU, die in Sachen Klimaschutz mächtiger ist als die Nationalstaaten, auf Kurs gebracht wird!

Jetzt unterschreiben!

geben und ins Gespräch zu kommen)

---

Lörrach, 12:00 Uhr, Bahnhof Tanzdemo

---

Ludwigsburg, 12:00 Uhr, ZOB/Musikhalle [Mehr Infos](#)

---

München, 12:00 Uhr, Odeonsplatz [Mehr Infos](#)

---

Schweinfurt, 13:30 Uhr, Schillerplatz Jubiläumsdemo

---

Stuttgart, 13:30 Uhr, Kanadisches Honorarkonsulat Mahnwache

---

Wangen im Allgäu, 13:15 Uhr, Martplatz (Versammlung)

---

Wiesbaden, 12:00 Uhr, Wiesbaden Bahnhofplatz

---

**Hinweis:** Diese Liste ist meist erst bis zum Donnerstag vor den Streiks vollständig! Solltest du also noch keinen Streik in deiner Umgebung gefunden haben, prüfe am besten später nochmal ob vielleicht doch einer stattfindet!

---

Wenn du einen Streik suchst, der nicht auf der Website steht, frag bitte in deiner **Ortsgruppe** oder beim zuständigen Ordnungsamt nach.



# Globaler Klimastreik

APR

24

Fr



## ENTSCULDIGUNGS-GENERATOR



Du möchtest an einer Demonstration teilnehmen? Generiere jetzt deine Entschuldigung inklusive Informationen zu *Fridays for Future*. Gib deine Daten dazu sorgfältig ein und drücke auf „Entschuldigung erstellen“. Achte darauf, dass alle Felder ausgefüllt wurden. Nach wenigen Sekunden lädt sich deine Entschuldigung automatisch als PDF herunter und du kannst sie ausdrucken. Du kannst auch auf „Profil laden“ klicken und aus einer Karte deinen Streikort auswählen. Die entsprechenden Felder werden dann für dich ausgewählt, so dass du nur noch deine persönlichen Daten eintragen musst.

**Hinweis:** Es werden keinerlei persönliche Daten zu Servern übertragen, die komplette Erstellung der Entschuldigung erfolgt auf deinem Gerät.

[Profil laden](#)

<input type="text" value="Frau"/>	<input type="text" value="Name des Lehrers / der Schulleitu"/>
<input type="text" value="Name des Elternteils"/>	<input type="text" value="Datum des Streiks"/>
<input type="text" value="Zeit der Berurlaubung"/>	<input type="text" value="Beginn des Streiks"/>
<input type="text" value="Tochter"/>	<input type="text" value="Name des Kindes"/>
<input type="text" value="Klasse"/>	<input type="text" value="Wohnort"/>
<input type="text" value="Genauer Ort des Streiks"/>	
<input type="text" value="Stadt, in dem der Streik stattfindet"/>	<input type="text" value="Keine Bundesland-Begründung"/>

Werde Teil der Bewegung - bleibe up to date




- Ich habe die [Datenschutzerklärung](#) gelesen und akzeptiere diese.\*
- Ich will auch regionale News

**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ECI FOR FUTURE** braucht 1 Million Unterschriften! ECI steht für eine europaweite Bürgerinitiative für Maßnahmen zur Einhaltung des 1.5 Grad Ziels. Sorge dafür, dass die EU, die in Sachen Klimaschutz mächtiger ist als die Nationalstaaten, auf Kurs gebracht wird!



Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS  
Postfach 10 09 10 | 01079 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtags  
Herrn Dr. Matthias Rößler  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Geschäftszeichen  
(bitte bei Antwort angeben)  
Z-1051/42/1

Dresden, 31.01.2019

**86./87. Sitzung des Sächsischen Landtages am 30./31.01.2019, Mündliche Anfrage der Abgeordneten Petra Zais (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs.-Nr. 6/16429, Thema: Fehlstunden von Schüler\*innen sächsischer Schulen, die sich in der Unterrichtszeit an den Demos „Fridays for future“ beteiligt haben**

Sehr geehrter Herr Präsident,

das Sächsische Staatsministerium für Kultus nimmt zu o. g. Thema wie folgt Stellung:

Die Schulen entscheiden selbst über die Ausweisung von Fehlstunden auf Halbjahresinformationen und Zeugnissen. Das Gleiche gilt für den erzieherischen Umgang mit Fehlzeiten. Die Schulaufsichtsbehörde hat aus Anlass der Demonstrationen „Fridays for future“ keine Vorgaben gemacht und führt auch keine Übersichten.

Allerdings sollten Demonstrationen im Interesse der Schülerinnen und Schüler außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden. Bei einer Nichtteilnahme am Unterricht verpassen sie Unterrichtsstoff, der ihnen für das erfolgreiche Absolvieren der allgemeinen Prüfungen, aber vor allem für ihren weiteren Lebens- und Berufsweg fehlen kann.

Es gibt für Schülerinnen und Schüler ausreichende Möglichkeiten, ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrzunehmen, ohne deshalb den Unterricht zu versäumen. Das Ziel einer solchen Demonstration kann auch außerhalb der Unterrichtszeit wirksam verfolgt werden.

Insbesondere kann es keine Regelmäßigkeit derartiger Demonstrationen während der Unterrichtszeiten geben.

Mit freundlichen Grüßen

  
Christian Piwarz

Hausanschrift:  
Sächsisches Staatsministerium  
für Kultus  
Carolaplatz 1  
01097 Dresden

[www.smk.sachsen.de](http://www.smk.sachsen.de)

De-Mail-Zugang:  
[poststelle@smk-sachsen.de-mail.de](mailto:poststelle@smk-sachsen.de-mail.de)

Verkehrsverbindung:  
Zu erreichen mit den  
Straßenbahnlinien 3, 7, 8

22. März 2019

# Darf ich für eine Demo die Schule schwänzen?

#engagement @farnaz



Fridays for Future: Drohen dafür Fehlstunden oder Schulverweis? (Foto: Imago)

**Fridays for Future: Jeden Freitag gehen Schüler für Klimaschutz demonstrieren statt in den Unterricht. Aber welche Folgen kann das haben? Unsere Autorin studiert Jura und klärt die wichtigsten Rechtsfragen.**

Amelie verpasst gerade regelmäßig den Unterricht. **Die 18-jährige** besucht ein katholisches Mädchengymnasium im Taunus (Hessen). Jeden Freitag schwänzt sie die Schule, um bei **Fridays for Future** zu demonstrieren.

## Fehlstunden und Schulverweis wegen Fridays for Future?

Doch eines Tages sprach der Direktor sie an und sagte, dass der Einsatz für den Klimaschutz „nicht durch das Fernbleiben vom Unterricht zu rechtfertigen“ sei. Jetzt braucht Amelie freitags immer ein Attest vom Arzt, sonst werden ihr unentschuldigte Fehlstunden und null Punkte eingetragen.

**+++ Luisa Neubauer im Interview: „Wir werden beim Klimaschutz betrogen!“ +++**

Eine Schule in Nürnberg geht sogar noch weiter. Sie droht Schülern damit, sie von der Schule zu verweisen, sie mehr als drei Mal freitags unentschuldigt fehlen. Zu Recht? Die Frage ist leider nicht ganz einfach. Denn bisher hat noch keines der höchsten deutschen Gerichte darüber entschieden, ob Schüler während der Schulzeit demonstrieren dürfen.



# Orange kostenlos per WhatsApp



Hol' dir die besten  
Artikel täglich  
aufs Handy!



orange  
by Handelsblatt

Immerhin: Es gibt vereinzelte Urteile. Das Verwaltungsgericht Hannover etwa entschied 1991 über einen Fall, der seitdem immer wieder herangezogen wird (Urteil vom 24.01.1991 – 6 B 823/91). Ein Schüler nahm während der Schulzeit an einer Demo gegen den Golfkrieg teil.

Vorher bat er den Schulleiter, ihn vom Unterricht zu befreien, doch der lehnte ab. Der Schüler ging trotzdem demonstrieren und klagte später gegen das Nein des Schulleiters. Das Gericht gab ihm Recht – insbesondere, weil er durch die Demo nur wenige Schulstunden verpasste.

Aus rechtlicher Sicht stehen in dem Konflikt zwei Faktoren gegeneinander:

- Das Demonstrationsrecht, das jeder Bürger hat und
- die Schulpflicht von Schülerinnen und Schülern.

Beide Faktoren wiegen sehr schwer. Juristen sprechen von einer „Grundrechtskollision“. Grundrechte sind grundlegende Rechte, die allen Bürgern in Deutschland garantiert werden und den Einzelnen vor dem Staat schützen sollen.

## **Fridays for Future-Demonstrationsrecht: Grundgesetz garantiert Versammlungsfreiheit**

---

Das Demonstrationsrecht fällt unter die Versammlungsfreiheit, sie steht in [Artikel 8 des Grundgesetzes](#) und steht damit auch Schülerinnen und Schülern zu. Die Schulpflicht lässt sich aus [Artikel 7 Absatz 1 des Grundgesetzes](#) herauslesen. Dort steht:

“*Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.*”

Das Problem: Wenn Schüler demonstrieren wollen, steht das Recht der Pflicht entgegen. Kommt ein Fall vor Gericht, muss die Richterin abwägen, ob die Schulpflicht oder die Versammlungsfreiheit gewichtiger ist.

## **Fridays for Future: Schulpflicht oder Versammlungsfreiheit – was ist gewichtiger?**

---

Aber was heißt das nun konkret? Das frage ich Professor Dr. Jörg Ennuschat. Er hat einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Bochum. Der Bildungsrechtsexperte sagt: „Solange eine Demonstration auch außerhalb der Unterrichtszeiten möglich ist, geht in der Regel die Schulpflicht vor“.





Schüler bei Fridays for Future: Demonstrationsrecht gegen Schulpflicht. (Foto: Imago)

Zwar bestehe grundsätzlich die Möglichkeit, sich vom Unterricht beurlauben zu lassen. Dafür brauche man aber einen Beurlaubungsgrund. Was ein solcher Grund sein kann, ist von Bundesland zu Bundesland verschieden. In [Paragraf 4 der Schulbesuchsverordnung von Baden-Württemberg](#) stehen zum Beispiel unter anderem folgende Beurlaubungsgründe:

- Kirchliche Veranstaltungen
- Gedenktage oder Veranstaltungen von Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften
- Heilkuren oder Erholungsaufenthalte
- Teilnahme am internationalen Schüleraustausch sowie an Sprachkursen im Ausland
- Teilnahme an wissenschaftlichen oder künstlerischen Wettbewerben
- aktive Teilnahme an sportlichen Wettkämpfen

„Die Teilnahme an einer Demonstration ist nicht genannt“, erklärt Professor Ennuschat und fügt hinzu: „Meiner Meinung nach kann es auch zusätzliche Beurlaubungsgründe geben, zum Beispiel bei einer spontan einberufenen Demonstration. Die Fridays for Future-Demos sind meiner Meinung nach aber kein Beurlaubungsgrund.“

#### **Urteil: Schulpflicht hat Vorrang gegenüber Versammlungsfreiheit**

Ennuschat geht sogar davon aus, dass Schüler sogar bewusst ihre Schulpflicht verletzen wollen, wenn sie blaumachen, um an den Demonstrationen teilzunehmen. Denn: „Sie wollen durch den Regelbruch ihrem Anliegen eine höhere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit verschaffen. Dann muss man den Regelbruch aber auch ernst nehmen.“

## **JETZT IM BEREICH UMWELTSCHUTZ BEWERBEN**

### Karriere im Umweltschutz

[Auf Karriere.de findest du eine Vielzahl an Stellenangeboten im Bereich Umweltschutz.](#)

Damit meint er: Wenn Schüler die Schulpflicht verletzen, müssten sie mit „Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen“ rechnen. Welche das sind, könne die Schule entscheiden. Es müsse aber verhältnismäßig sein. Bedeutet: Bei wenigen versäumten Stunden könnte die Schule ein Auge zudrücken. Lehrer können die Fehlzeiten aber auch ins Zeugnis schreiben.





Schülerin Amelie: „Ich mache trotzdem weiter.“ (Foto: Privat)

So war es auch schon mal bei einem Schüler in Hamburg. Der ging statt in den Unterricht zu einer Demo für „Ja zu besseren Schulen“ und bekam dafür Fehlstunden eingetragen. Dagegen legte er Widerspruch ein und klagte schließlich. Doch das Verwaltungsgericht Hamburg lehnte seine Klage ab (04.04.2012 – 2 K 3422/10). Begründung: Nach dem [Hamburger Schulgesetz](#) lag kein wichtiger Grund für eine Befreiung vom Unterricht vor. Die Schulpflicht habe gegenüber der Versammlungsfreiheit gewöhnlich Vorrang.

*+++ Rede halten: Das kannst du von Greta Thunberg lernen +++*

Die 18-jährige Amelie aus Hessen lässt sich freitags nicht krankschreiben. Die Fehlstunden im Zeugnis sind ihr egal. Sie sagt: „Ich mache trotzdem weiter, denn das wichtigste ist gerade nur, unseren Planeten zu retten.“

#### **Mehr Fridays for Future von Orange:**

- [Luisa Neubauer im Interview: „Wir werden beim Klimaschutz betrogen!“](#)
- [Der Schulstreik fürs Klima ist richtig!](#)
- [Die rhetorischen Tricks der Greta Thunberg](#)

Gefällt dir der Artikel? Sag' uns deine Meinung auf [Facebook](#) und [Twitter](#).



[< Zurück zur Artikelübersicht](#)

## **NÄCHSTER ARTIKEL**

Nächster Artikel  
[So bekommst du einen Job bei Audi](#)





## SO BEKOMMST DU EINEN JOB BEI AUDI

#karriere @max

Auch interessant:

 Smartfeed | 



Anzeige

**Abnehm-Industrie geschockt. Ernährungsberater verschenkt seinen Abnehm-Bestseller**

jasper cavem



Anzeige



Anzeige

### Gratis Mondkalender 2020: So optimieren Sie Ihr Leben

gesundheits-prämien



### Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl ist tot

orange by handelsblatt





### Urban Sports Club: Erfahrungen, Angebot & Preise

orange by handelsblatt



### Kolumne: Für 180 Euro in den Dreck

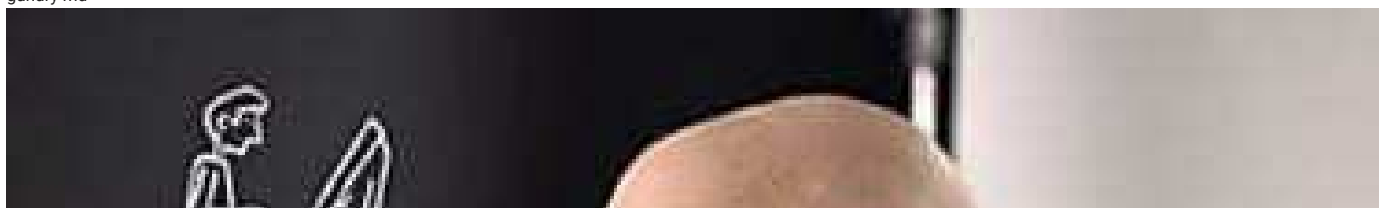
orange by handelsblatt



Anzeige

### MD: If You Have Dark Spots, Do This Now (It's Genius!)

gundry md







Anzeige

### Sticking with cardiac rehabilitation

healthgrades



Anzeige

### 4 Signs Your Heart Is Quietly Failing You

physiotru

ANZEIGE

**NEWSLETTER >**

Du findest uns auch auf









Foto: strecke

Erderwärmung: Schülerproteste gegen Klimakrise

Bilder

## Globale Klimakrise

## Gretas Aufstand

Greta aus Schweden ist 15 und geht freitags nicht zur Schule - sie demonstriert für die Rettung des Klimas. Weltweit folgen Schüler ihrem Beispiel. Formiert sich gerade eine neue Bewegung?

Von **Claus Hecking**

30.11.2018, 10:36 Uhr



Am ersten Tag saß sie einsam und allein vor dem Schwedischen Reichstag, ein kaum 1,50 Meter großes Mädchen mit zwei Zöpfen, einem lila Rucksack, Wut im Bauch. Und einem Schild im Arm. "Skolstrejk för klimatet", stand darauf: "Schulstreik für das Klima."

Es war der 20. August, der erste Schultag in Stockholm nach dem heißesten Sommer, den weite Teile Schwedens je erlebt hatten. Aber Greta Thunberg, 15 und schulpflichtig, ging nicht zum Unterricht. Sondern zum Parlament des Königreichs **Schweden**, das in drei Wochen neu gewählt werden sollte. Sie hockte sich auf den Steinboden vor das Gebäude oder sie verteilte Handzettel. Mit dem Text:

*"Wir Kinder tun oft nicht das, was ihr uns sagt. Wir tun das, was ihr*

tut. Und weil ihr Erwachsenen auf meine Zukunft scheißt, tue ich das auch. Mein Name ist Greta, und ich bin in der neunten Klasse. Und ich bestreike die Schule für das Klima bis zum Tag der Wahl."

### Empfohlener redaktioneller Inhalt

An dieser Stelle finden Sie einen externen Inhalt von Twitter, der den Artikel ergänzt. Sie können ihn sich mit einem Klick anzeigen lassen und wieder ausblenden.

 Externer Inhalt

Ich bin damit einverstanden, dass mir externe Inhalte angezeigt werden. Damit können personenbezogene Daten an Drittplattformen übermittelt werden. [Mehr dazu in unserer Datenschutzerklärung.](#)

Sie hat es durchgezogen. Drei Wochen lang hat **Greta Thunberg** Tag für Tag die Schule geschwänzt. Anfangs wollten Lehrer sie davon abbringen, später solidarisierten sie sich mit ihr. Noch heute fehlt Greta jeden Freitag. Dann demonstriert sie vor dem Parlament: Dafür, dass Politiker, aber auch ganz normale Bürger den **Klimawandel** endlich ernst nehmen. Nicht nur reden, sondern auch handeln, das Energiesystem und ihren Lebensstil grundlegend ändern.

"Die Erwachsenen haben versagt", sagt die junge Schwedin im Gespräch mit dem Spiegel. "Sie sagen, der Klimawandel ist eine Bedrohung für uns alle, aber dann leben sie einfach so weiter wie bisher. Wir müssen selbst aktiv werden."

Allein ist Greta Thunberg längst nicht mehr. An diesem Freitag wollen Kinder und Erwachsene in rund 100 schwedischen Städten vor die Rathäuser ziehen: für das Klima, nach Gretas Vorbild. Auch in Belgien, Frankreich, Finnland und Dänemark sind Protestaktionen geplant.

ANZEIGE

### Australiens Premierminister in Rage

Und in **Australien**, wo das Great Barrier Reef verheerende Bleichen erlebt hat und die Mitte-rechts-Regierung trotzdem weiter die **Kohleindustrie** unterstützt, haben in dieser Woche mehrere Tausend Schüler geschwänzt und gestreikt für das Klima. In der Hauptstadt Canberra zogen sie vor das Parlament, nach Gretas Vorbild.

Schon die Ankündigung der Proteste brachte Australiens Premierminister Scott Morrison auf die Palme. "Wir wollen mehr



Lernen und weniger Aktivismus in der Schule", zürnte der rechtskonservative Politiker. "Die Kinder sollten zur Schule gehen." Woraufhin Greta Thunberg twitterte: "Sorry Mr Morrison. Können wir nicht erfüllen."

Erwachsene denken meistens nicht über das Jahr 2050 hinaus, kritisiert sie. Aber sie selbst, Jahrgang 2003, werde dann vielleicht noch nicht einmal die Hälfte ihres Lebens hinter sich haben. "Was wir jetzt tun oder nicht tun, wird mein Leben und das meiner Freunde, Kinder und ihrer Enkelkinder beeinflussen."

Vergangene Woche hat sie bei Twitter zum Boykott des Black Friday aufgerufen. "Ich kann es nicht verstehen, wenn Leute Kram kaufen, den sie nicht gebrauchen."

Sie ist so scharfzünftig wie radikal. Und sie macht kein Geheimnis daraus, dass sie anders ist. Auf ihrem Twitterprofil stellt sie sich vor als "15-jährige Klimaaktivistin mit Asperger".

Das Asperger-Syndrom ist eine Form des **Autismus**. Menschen mit diesem Syndrom sind oft hochintelligent und sprachlich hochbegabt - Greta etwa kann das chemische Elementesystem auswendig, rattert Sätze rückwärts runter und spricht fließend Englisch.

Andererseits haben sie aber auch häufig Probleme mit dem Aufbau persönlicher Beziehungen. Sie neigen dazu, sich intensiv für bestimmte Themen zu interessieren. Und sie verarbeiten Sinnesreize anders.

"Es gibt keine Grauzone"

"Für mich sind die meisten Sachen schwarz oder weiß", hat Greta Thunberg kürzlich in einem Gastbeitrag für den britischen "Guardian" geschrieben. "Ich schaue auf die Mächtigen und frage mich, warum sie alles so kompliziert machen. Wenn der Klimawandel gestoppt werden muss, müssen *wir* ihn stoppen. Das ist schwarz oder weiß. Es gibt keine Grauzone, wenn es um das Überleben geht."

Mit solchen Sätzen wird sie immer mehr zu einem Gesicht der globalen Klimabewegung: einer Bewegung, die herausragende Persönlichkeiten dringend nötig hat. Dabei ist sie noch eine Jugendliche. Eine, die wie eine Erwachsene spricht und wie ein Kind aussieht, kaum Freunde hat und in ihrer Freizeit am liebsten mit ihren Hunden spielt.

Wird Greta verheizt?

Täglich bekommt sie Anfragen von Medien, immer wieder werden sie und ihre Familie in den sozialen Netzwerken attackiert und beschimpft. Trolle nennen sie eine "Kindersoldatin" oder "Terroristin" oder behaupten, in Wahrheit wolle nur ihre Mutter, die Opernsängerin Malena Ernman, Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Blanker Unsinn, sagt Greta. Ihre Eltern wollten sie überzeugen, es sein zu lassen. "Und als sie nicht nachgab", erzählt Vater Svante Thunberg

zu lassen. "Und als sie nicht nachgab", erzählt Vater Svante Thunberg, "haben wir ihr gesagt: 'Wir können nicht hinter dir stehen. Du musst es ganz allein machen.'" Eislaufpapis reden anders.

Ihren Eltern hat Greta schon vor Jahren die Leviten gelesen - und sie konvertiert. Ebenso wie sie selbst ist ihr Vater zum Veganer geworden, die Mutter zur Vegetarierin. Greta ist aus Überzeugung noch nie geflogen, ihre Mutter Malena Ernman fliegt seit drei Jahren nicht mehr. Und als die Tochter Ende Oktober auf einer großen Klimaschutzdemo in London eine Rede halten sollte, kutscherte sie ihr Vater mit dem Elektroauto: 28 Stunden quer durch Europa, alle zwei Stunden Batterien aufladen.

Svante Thunberg ist im normalen Leben Musikproduzent, doch jetzt muss er für Greta Termine koordinieren, Anfragen annehmen oder ablehnen, Greta abschirmen, wenn nötig. Stressig sei das und auch teuer, sagt er. "Aber was Greta hier macht, ist wichtig und sinnvoll für uns alle. Und solange sie damit glücklich ist, sind wir auch glücklich."

### Uno-Klimakonferenz in Katowice



getty images/stockphoto

Uno-Klimagipfel in Katowice

Lange war Greta Thunberg wegen des Klimawandels traurig, fast schon depressiv. Aber jetzt, da sie etwas tun kann, geht es ihr richtig gut, sagt ihr Vater. Und ihre Noten haben nicht unter den Streiks gelitten. Ihre Bücher hat sie immer mit dabei.

Nächste Woche fehlt sie schon wieder in der Schule. Dann ist sie nach **Katowice in Polen eingeladen, zur Weltklimakonferenz**. Hohe Uno-Funktionäre soll sie treffen, Reden und Pressekonferenzen halten, so steht es im Terminplan. Aber wenn es zu stressig werde, dann werde man sofort nach Hause fahren, schwört ihr Vater.

Seine Tochter indes will lange bleiben. "Aufmerksamkeit für mich heißt Aufmerksamkeit für das Klima", sagt Greta Thunberg. "Wenn jemand dafür gebraucht wird, dass sich mehr Menschen mit diesem Thema beschäftigen, mache ich das." Sie wird es durchziehen in Katowice. Genauso entschlossen wie vor dem Schwedischen Reichstag. Greta

wird gebraucht. **5**



[Feedback](#)





[zurück zur Startseite](#)

Unser großes Vorbild – die Schüler\*innen von Fridays for Future.

Ihr seid wunderbar!

Fridays for Future

## Mission Weltrettung - Ein Jahr Fridays for Future

Aus dem [Buch "Fridays for Future"](#)

Die Geschichte von Fridays for Future beginnt am 20. August 2018: Vor dem schwedischen Parlament in Stockholm sitzt ein kleines, 15-jähriges Mädchen, die braunen Haare zu Zöpfen geflochten. Neben ihm steht ein Schild mit der Aufschrift »Skolstrejk för klimatet«, zu Deutsch »Schulstreik für das Klima«. In den darauffolgenden Monaten werden junge Menschen aus aller Welt Greta Thunbergs Vorbild folgen und freitags die Schule bestreiken, um für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu demonstrieren. Seit Dezember 2018 gehen auch in Deutschland jeden Freitag Schüler\*innen und Studierende auf die Straße und haben inzwischen auch explizite Forderungen an die Bundesregierung gestellt.

### 20. August 2018

#### Gretas erster Klimastreik

Ab dem 20. August 2018 verweigert die 15-jährige Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg für drei Wochen den Unterrichtsbesuch, weil sie ihre Zukunft so bedroht sieht, dass es für sie keinen Sinn mehr ergibt, zur Schule zu gehen. Sie setzt sich mit einem inzwischen bekannten Schild mit der Aufschrift »Skolstrejk för klimatet« (deutsch »Schulstreik für das Klima«) vor das schwedische Reichstagsgebäude in Stockholm.

### 8. September 2018

#### Klimamarsch in Stockholm. Eine Bewegung nimmt ihren Lauf

Am 8. September hält Greta eine Rede auf dem Klimamarsch in Stockholm. Sie ruft alle Menschen zum Handeln auf und fordert auf, die Krise als Krise zu

Teile diese Seite





behandeln. »Dies ist ein Hilferuf.«

## 6. Oktober 2018

### Rede von Greta in Brüssel

## 20. Oktober 2018

### Rede von Greta in Helsinki

In ihrer Rede am 20. Oktober in Helsinki sagt Greta, dass es momentan keine Regeln oder Politiker gibt, die den derzeitigen Verbrauch von Öl beschränken, und dass diese Regeln jetzt geschaffen werden müssen. Weiter weist sie darauf hin, dass die streikenden Schüler\*innen einen großen Einfluss haben können, auch wenn sie aus kleineren Ländern kommen, da sie zusammen schon jetzt viel bewegt haben.

## 31. Oktober 2018

### Rede von Greta in London

Ihre Fähigkeit, Menschenmengen zu begeistern (darunter nicht nur Jugendliche und junge Erwachsene), zeigt sie bei einem Auftritt bei Extinction Rebellion in London.

## 7. Dezember 2018

### Erste Fridays for Future-Streiks in Deutschland

Das erste Mal streiken auch in Deutschland Schüler\*innen und Studierende für die Umsetzung des Pariser Abkommens.

Damit legen sie den Grundstein für die Entstehung vieler Ortsgruppen in Deutschland.

## 14. Dezember 2018

### Erste bundesweit koordinierte Streiks in 14 Städten

Eine Woche später finden die ersten bundesweit koordinierten Schulstreiks in Deutschland statt. Während am 7. Dezember die Streiks noch unabhängig voneinander waren, hatte innerhalb einer Woche eine bundesweite Vernetzung stattgefunden.

[FaceBook Eintrag von Fridays for Future](#)

## 16. Dezember 2018

### Bewegende Rede von Greta zur 24. UN-Klimakonferenz in Kattowitz

»Euch gehen die Entschuldigungen aus«, Greta hat genug von der Untätigkeit der Politiker in Sachen Klimaschutz.

Sie kritisiert die Weltgemeinschaft scharf. [youtube.com/watch?v=rjCkboR-L6w](https://www.youtube.com/watch?v=rjCkboR-L6w)

## 25. Januar 2019

### Rede von Greta beim Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos

## 25. Januar 2019

### Erster deutschlandweiter Zentralstreik in Berlin

Mit dem ersten deutschlandweiten Fridays for Future-Streik in Berlin wird bereits allen die Dringlichkeit der Bewegung vor Augen geführt. Der erste bundesweit koordinierte Streik liegt erst einen Monat zurück, und trotz des kurzen Zeitraums wird ein Streik mit mehr als 10.000 Menschen auf die Beine gestellt.

[fridaysforfuture.de/25januar/](https://fridaysforfuture.de/25januar/)

## 1. März 2019

### Greta besucht Streik in Hamburg

Am 1. März besucht Greta Thunberg die Demonstration in Hamburg. Im Vorhinein gibt es große Aufregung, dass die Person, die die vielen Proteste initiiert hat, auf der Hamburger Demonstration sprechen wird. Es sind unfassbar viele Menschen da, und so haben wir mit 10.000 Teilnehmer\*innen die zu diesem Zeitpunkt größte Fridays for Future-Demonstration in Hamburg. In ihrer Rede ruft sie dazu auf, aufgrund der Untätigkeit der Politik weiter die Schule zu bestreiken, bis sich etwas ändert. Greta weist darauf hin, dass unsere Zukunft von den

älteren Generationen in diesem Moment gestohlen wird und wir das nicht weiter zulassen.

## 15. März 2019

### **Erster globaler Klimastreik**

Weltweit nehmen über zwei Millionen Menschen an den Demonstrationen teil. Immer wieder betont Greta, dass die Klimakatastrophe jede\*n Einzelne\*n betrifft. [fridaysforfuture.de/internationaler-streik-am-15-3/](https://fridaysforfuture.de/internationaler-streik-am-15-3/)

## 8. April 2019

### **Fridays for Future stellt Forderungen an deutsche Bundesregierung**

2015 einigten sich die Politiker\*innen in Paris während des Weltklimagipfels darauf, die globale Erwärmung auf deutlich weniger als 2 Grad Celsius zu begrenzen. Doch die seitdem ergriffenen Maßnahmen reichen vorn und hinten nicht aus, um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Welchen Beitrag Deutschland zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu leisten hat, geht aus den Forderungen von Fridays for Future hervor: Bis 2035 muss Deutschland Nettonull erreichen. Das bedeutet, dass Deutschland ab 2035 nur noch die Menge an Treibhausgasen emittieren darf, die durch natürliche Prozesse wieder aufgenommen werden kann.

## 16. April 2019

### **Rede von Greta vor dem Europäischen Parlament**

[youtube.com/watch?v=14w8WC1I3S4](https://youtube.com/watch?v=14w8WC1I3S4)

## 14. Mai 2019

### **Rede von Clara Mayer bei der Hauptversammlung von Volkswagen sorgte bundesweit für Aufsehen**

[orange.handelsblatt.com/artikel/60616](https://orange.handelsblatt.com/artikel/60616)

## 18. Mai 2019

### **»Die Zerstörung der CDU«**

Der Youtuber Rezo veröffentlicht ein Video, in dem er die Klimapolitik der Volksparteien scharf kritisiert. Zusätzlich veröffentlicht er ein Video, in dem Youtuber die Politik gemeinsam zum Handeln auffordern. [youtube.com/watch?v=4Y1IzQsyuSQ&t=877s](https://youtube.com/watch?v=4Y1IzQsyuSQ&t=877s)

## 24. Mai 2019

### **Zweiter globaler Klimastreik anlässlich der Europawahlen**

Am zweiten internationalen Streiktermin, dem 24. Mai, sind in Deutschland über 320.000 Schüler\*innen, Studierende oder anderweitig Beschäftigte auf der Straße. Ziel des Streiks: die Europawahl zur Klimawahl zu machen. Dies scheint Erfolg zu haben. Die Parteien, die mehr Klimaschutz im Programm haben, haben großen Stimmenzuwachs im Vergleich zur letzten Europawahl bekommen. Weltweit sind um die 1,6 Millionen Menschen in mehr als 120 Ländern auf der Straße. [fridaysforfuture.de/24mai-rueckblick/](https://fridaysforfuture.de/24mai-rueckblick/)

## 7. Juni 2019

**Amnesty International** verkündet, dass Greta Thunberg und Fridays for Future mit dem Ambassador of Conscience Award für 2019, der höchsten Auszeichnung der Menschenrechtsorganisation, geehrt werden.

## 12. Juni 2019

### **Rede von Arnaud Boehmann bei der Hauptversammlung von Hapag-Lloyd**

Mit 235 Schiffen ist die Hapag-Lloyd AG die fünftgrößte Reederei der Welt. Der enorme ökologische Fußabdruck der globalen Transportketten geht maßgeblich auf die Emissionen dieser Containerriesen zurück. Auf Einladung der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre ruft Arnaud Boehmann von FFF Hamburg die Unternehmensvorstände dazu auf, mutiger in nachhaltige Schiffsantriebe zu investieren, und warnt zugleich, dass auch reduzierte Transportemissionen wertlos sind, wenn sie durch höhere Frachtpreise nicht zu einer Reduktion der

Gesamtemissionen führen. [Link zur Rede.](#)

## 18. Juni 2019

### Rede von Arnaud Boehmann bei der Hauptversammlung von HHLA

Die ehemals stadteigene Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) ist das größte Logistikunternehmen im Hamburger Hafen und damit zentrale Schnittstelle für den Umschlag von Millionen Containern jährlich. Als Betreiber der großen Kaianlagen hat die HHLA die Möglichkeit, die Emissionen für Umschlag und Weitertransport auf Schiene oder Straße zu minimieren. Gemeinsam mit der Salzgitter AG betreibt die HHLA den größten Schüttgutterminal für Kohle in Deutschland. Arnaud appelliert an die Unternehmensvorstände, emissionsneutrale Transporte zu ermöglichen und sich von überkommenen Energieträgern zu verabschieden. [Link zur Rede.](#)

## 21. Juni 2019

### #AC2106

Es ist Freitag, der 21.06. Schon seit mehreren Monaten arbeiten die Aktivist\*innen von Fridays for Future hart daran, diesen Streik zu organisieren. Denn es handelt sich nicht um einen gewöhnlichen Freitag. Es wird kein gewöhnlicher Streik, denn aus der ganzen Republik und aus weiteren 16 Ländern werden Aktivist\*innen nach Aachen fahren, um dort unter dem Motto »Climate Justice without Borders« gemeinsam für einen konsequenten Klimaschutz zu streiken.

Die Veranstalter\*innen rechnen mit 20.000 Teilnehmer\*innen. Am Ende des Tages ist klar, dass doppelt so viele auf der Straße stehen. Mit 40.000 Teilnehmer\*innen aus 17 Staaten ist dies die bislang größte Fridays for Future-Demo Deutschlands und auch wohl die bedeutendste. Der Hashtag »AC2106« erreicht in den Twitter-Trends Platz eins, und sämtliche Medien berichten über dieses historische Ereignis, das die Dringlichkeit der Lage unterstreicht.

[ac2106.fridaysforfuture.de](http://ac2106.fridaysforfuture.de)

## 1. Juli–4. August

### FFF-Sommerkongress in Dortmund

Monatelang bereitet die Kongress-WG den Sommerkongress in Dortmund vor. Das erste bundesweite große Treffen bietet neben Workshops, Diskussionen und Vorträgen die Möglichkeit, sich auszutauschen, zu vernetzen und endlich mal persönlich zu treffen.

[fridaysforfuture.de/woche-31-2019/](http://fridaysforfuture.de/woche-31-2019/)

## 20. September 2019

### Dritter globaler Klimastreik (Earth Strike)

Am 20. September fand der dritte globale Klimastreik statt – weltweit sind Millionen Menschen auf die Straße gegangen und sind für die Einhaltung des Parisabkommens und gegen die anhaltende Klimazerstörung laut geworden. Der Aufruf richtete sich an ALLE Generationen.

Mehr Informationen zum Buch "Fridays for Future" gibt es hier: [Link zum Buch](#)



(Dieses Buch wurde in Zusammenarbeit mit Parents for Future und Fridays for Future erstellt und klimafreundlich nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip gedruckt. Die Erlöse des Buches gehen an Fridays for Future.)

Wir nutzen Cookies auf dieser Seite, um das Nutzererlebnis zu verbessern

Indem Du OK klickst, erlaubst Du uns, Cookies zu setzen und stimmst der Verarbeitung Deiner Daten entsprechend unserer [Datenschutzerklärung](#) zu.  
[mehr Infos](#)

**Alle Cookies akzeptieren**

# Globaler Klimastreik



## UNSERE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK



In den letzten Wochen und Monaten haben wir intensiv mit zahlreichen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zusammengearbeitet um konkrete Forderungen an die Politik aufzustellen. Diesen Folge zu leisten ist notwendig um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen.

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

Molière

[Glossar](#)
[FAQ](#)
[Pressekonferenz](#)
[als PDF](#)
[Forderungen Hamburg](#)
[Forderungen Brandenburg](#)
[Forderungen Baden-Württemberg](#)
[Forderungen Bremen](#)
[Forderungen Sachsen](#)

Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit.

Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und so zu verhindern, dass die Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.

Werde Teil der Bewegung - bleibe up to date




- Ich habe die [Datenschutzerklärung](#) gelesen und akzeptiere diese.\*
- Ich will auch regionale News

**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ECI FOR FUTURE** braucht 1 Million Unterschriften! ECI steht für eine europaweite Bürgerinitiative für Maßnahmen zur Einhaltung des 1.5 Grad Ziels. Sorge dafür, dass die EU, die in Sachen Klimaschutz mächtiger ist als die Nationalstaaten, auf Kurs gebracht wird!

# EINHALTUNG DER ZIELE DES PARISER ABKOMMENS UND DES 1,5°C-ZIELS

Jetzt unterschreiben!

*Fridays For Future* fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. **Explizit fordern wir für Deutschland:**

- Nettonull **2035** erreichen
- Kohleausstieg bis **2030**
- **100%** erneuerbare Energieversorgung bis **2035**

**Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir ab sofort:**

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- **1/4** der Kohlekraft abschalten
- Eine CO<sub>2</sub>-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das **180€** pro Tonne CO<sub>2</sub>

Von April 2019 bis jetzt hat die Politik es geschafft, unsere Forderungen konsequent zu ignorieren und mit ihrem Klimapäckchen gezeigt, wie wenig sie von einer lebenswerten Zukunft halten.

Wir haben die Umsetzung von drei unserer Forderungen bis spätestens Ende 2019 gefordert und das nicht, weil uns die Zahl so gut gefällt – das ist das Mindeste, was wir brauchen, damit Deutschlands Klimapolitik einen gerechten Weg zum 1,5 Grad Ziel einschlägt. Wir bedanken uns bei allen Menschen, die auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene für diese Forderungen eintreten und trotzdem nur scheinbare Wertschätzung und feige Ausreden erhalten.

Wir sind auf dem besten Wege, das 1,5 Grad Ziel krachend zu verfehlen und wir haben keine Zeit, wieder bis zum Jahresende zu hoffen, um dann mit einer Anmaßung von Klimapaket gezeigt zu bekommen, wie wenig Wert dieser Planet für die Politik scheinbar hat. Daher ändern wir unsere drei Forderungen von Ende 2019 auf **SOFORT**. Das Klima verhandelt nicht und jede Ausrede, diese Forderungen nicht erfüllen zu müssen, ist nichtig. Wir werden im Frühjahr ausführlicher Stellung nehmen, bei Fragen freuen wir uns über eine Mail an [ag.Grundsatz@fridaysforfuture.de](mailto:ag.Grundsatz@fridaysforfuture.de).

## Erläuterung

Das Pariser Abkommen ist die verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzmaßnahmen, die auf internationaler Zusammenarbeit basiert. Der aktuelle klimapolitische Kurs in Deutschland ist mit diesem Abkommen unvereinbar und muss durch ein auf dem 1,5 °C-Ziel beruhendes Klimaschutzgesetz sowie eine zukunftsorientierte und nachhaltige Zusammenarbeit auf europäischer und globaler Ebene ersetzt werden. In dieser



Politik muss sich der Gedanke der Klimagerechtigkeit widerspiegeln.

Entscheidungen, die zu Lasten ärmerer Regionen und künftiger Generationen getroffen werden, sind inakzeptabel.

*Fridays For Future* Deutschland fordert die Regierungen auf Kommunal- Landes- und Bundesebene auf, die Klimakrise als solche zu benennen und sofortige Handlungsinitiative auf allen Ebenen zu ergreifen. Noch haben wir die Chance und damit die Verantwortung, eine Klimakatastrophe abzuwenden. Für den notwendigen Wandel müssen sektorübergreifend grundlegende Veränderungen stattfinden. Vor allem in den Sektoren Energieerzeugung, Wohnen und Bauen, Industrie, Transport und Verkehr sowie Landwirtschaft sind enorme Anstrengungen nötig. Das wirtschaftliche Handeln darf nicht weiterhin planetare Grenzen überschreiten.

Die Verwirklichung dieser Forderungen muss sozial verträglich gestaltet werden und darf keinesfalls einseitig zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen. Diesbezüglich müssen die Regierungen entsprechende Konzepte vorlegen.

Der Staat muss seiner Verantwortung gegen über der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.

Uns ist bewusst, dass diese Forderungen ambitioniert sind, doch wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, werden wir das 1,5°C-Ziel verfehlen. Die dadurch entstehenden Schäden werden nicht reparabel sein.

Um eine Wende zu erreichen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden kann, fordern wir absolute Transparenz und faktenbasierte Aufklärung für alle Bürger\*innen. Alle getroffenen Maßnahmen müssen unabhängigen wissenschaftlichen Kontrollen unterliegen, die ihre Wirksamkeit beurteilen. Vorallem junge Menschen müssen wegen ihrer besonderen Betroffenheit stärker in den demokratischen Prozess einbezogen werden.

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. **Da die Politik diese kaum wahrnimmt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken, bis gehandelt wird!**

Wir als *Fridays For Future* Deutschland sind eine überparteiliche Bewegung gleichgesinnter Klimaaktivist\*innen und solidarisieren uns mit allen, die sich friedlich für unsere Forderungen einsetzen.

[Glossar](#)

[FAQ](#)

[Pressekonferenz](#)

[als PDF](#)

[Forderungen Hamburg](#)

[Forderungen Brandenburg](#)

[Forderungen Baden-Württemberg](#)

[Forderungen Bremen](#)

[Forderungen Sachsen](#)



## PRINT

## VERMISCHTES

## Demo statt Unterricht – sollen Schüler bestraft werden?

Veröffentlicht am 29.01.2019 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Kaja Klapsa



Schüler bleiben freitags den Klassenzimmern fern und demonstrieren für Klimaschutz: Umstritten ist, ob sie dafür belangt werden sollen

Sie bleiben dem Unterricht fern, um für ein politisches Anliegen zu demonstrieren: Seit Wochen gehen Schüler jeden Freitag unter dem Motto „Fridays for Future“ (Freitage für die Zukunft) für mehr Klimaschutz auf die Straße. Sie folgen damit einem Aufruf der 16-jährigen schwedischen Aktivistin Greta Thunberg. Dass die Proteste während der Unterrichtszeit stattfinden, ist gewollt: Es geht darum, möglichst viel Aufmerksamkeit zu erregen. Aber sollten sie das straffrei tun dürfen, obwohl ihnen offiziell kein Streikrecht zusteht?

Zwar begrüßte der forschungs- und bildungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Albert Rupprecht (CSU), es grundsätzlich, wenn Jugendliche sich in die politische Debatte einmischen, um Gesetze zu verändern. Aber: „Etwas vollkommen anderes ist es, wenn Jugendliche die Schule schwänzen und gegen Gesetze und Regeln verstoßen, um eigene Vorstellungen durchzusetzen. Das ist vollkommen inakzeptabel.“

Die Linke-Vorsitzende Katja Kipping hatte es zuvor in der „Bild am Sonntag“ abgelehnt, teilnehmende Schüler zu bestrafen. Sie bat die Bildungsbehörden aller Bundesländer um Nachsicht: „Wenn Schülerinnen und Schüler für die Zukunft des Planeten auf die Straße gehen, dann kann man das auch als ausgelagerten Lebenskundeunterricht werten.“ „Unverantwortlich“ nannte Rupprecht Kippings Äußerungen. „Wenn die Linke-Vorsitzende Kipping das Schuleschwänzen unterstützt, dann ist dies die Aufforderung zum Regel- und Gesetzesbruch“, so der CSU-Politiker. „Kipping unterstützt damit eine politische Radikalisierung von Jugendlichen.“

Die stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Katja Suding lobte das Engagement der jungen Menschen, betonte aber die Schulpflicht für alle – unabhängig von politischen Einstellungen. „Zu fordern, die Schulpflicht auszuhebeln, weil es hier um eine genehme politische Position geht, ist falsch. Es sendet das fatale Signal, dass die Frage, ob Recht angewendet wird oder nicht, vom politischen Standpunkt abhängt“, sagte Suding WELT.

Auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, wies darauf hin, dass der Staat dem Neutralitätsgebot unterliege und nicht entscheiden dürfe, welches politische Anliegen legitim sei. Er kritisierte die Linke-Chefin: „Frau Kipping will auch mehr Klimaschutz und drückt deswegen beide Augen zu. Aber was würde sie sagen, wenn Schüler während des Unterrichts zu einem Pegida-Marsch gingen?“

Meidinger, der selbst ein Gymnasium in Deggendorf (Bayern) leitet, plädiert für eine Verlegung der Proteste auf Nachmittage oder das Wochenende. „Das erste Ziel der öffentlichen Aufmerksamkeit ist erreicht, jetzt muss langfristig gedacht werden.“ Dafür müsse die Bewegung mit der Schulordnung kompatibel sein und in Organisationen und Parteien weitergeführt werden.

Deutlich zurückhaltender beim möglichen Sanktionieren zeigten sich hingegen SPD und Grüne. „Ich finde dieses Engagement großartig und hoffe, dass die Schulen das Fehlen mit Nachsicht bewerten“, sagt Katja Dörner, Vizechefin der Grünen-Bundestagsfraktion, WELT. Im besten Fall machten die Schulen Klimaschutz aktiv zum Thema.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann, der dem Ausschuss für Bildung und Forschung vorsitzt, wies darauf hin, dass der Bund beim Umgang mit den Protesten keine Kompetenzen habe. Die grundsätzliche Bewertung der Streiks stehe den Ländern, den Schulen und den jeweiligen Lehrkräften zu. Er persönlich würde einen „zeitlich begrenzten Aktionstag“ der Schülervertretungen als Teil von politischer Bildung begrüßen. „Engagement und gelebte Demokratie sind gut – Schulunterricht ist es auch.“

In Berlin waren es vergangenen Freitagmittag mehrere Tausend Schüler, die auf die Straße statt zur Schule gingen. Sie versammelten sich auf einem Platz vor dem Bundeswirtschaftsministerium, wo die Kohlekommission zu ihrer abschließenden Sitzung zusammengekommen war. Anschließend zog die Schülerdemonstration zum Kanzleramt. Beobachter sprachen von rund 5000 Teilnehmern; in München demonstrierten parallel rund 3500. Viele der jungen Demonstranten waren aus anderen Städten angereist. Bereits am Freitag zuvor hatten sich den Organisatoren zufolge bundesweit mehr als 25.000 Schüler an den Aktionen beteiligt.

Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann glaubt, dass eine Straffreiheit für die Schüler den Protesten schade. Immerhin setzten diese den Verstoß gegen die Schulpflicht aus Kalkül ein. „Die

Schule leistet den Schülerinnen und Schülern einen Bärendienst, weil sie ihren zivilen Ungehorsam ins Leere laufen lässt und damit entwertet“, sagt Hurrelmann WELT. Für die Schulen sieht der Bildungsforscher zwei Möglichkeiten: Entweder würden bestehende Sanktionen umgesetzt – oder es müssten klare Bedingungen mit den Schülern ausgehandelt werden. Dazu könne zum Beispiel das zeitlich uneingeschränkte Nachholen der ausgefallenen Stunden an freien Nachmittagen gehören.

Greta Thunberg, das Gesicht der Bewegung, ist bereits seit Monaten am Freitag nicht mehr zur Schule gegangen. Stattdessen protestiert sie vor dem Reichstag in Stockholm.

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

## MEHR ZUM THEMA



**PANORAMA** BERICHT ZU FRIDAYS FOR FUTURE

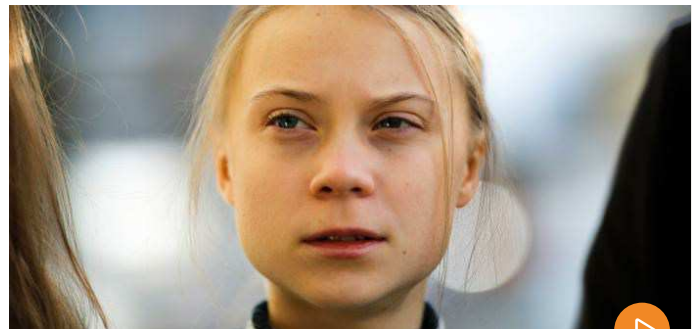
### Interne Dokumente zeigen Streit wegen intransparenter Finanzen



**welt+** DAVOS

### Wie schrill müssen Thunberg und Trump werden, ehe mal einer dazwischenruft?

Olaf Gersemann



**AUSLAND** EIGENE STIFTUNG

### Greta Thunberg will „Fridays for Future“ als Marke schützen lassen



**welt+** 36 STÄDTE IN 18 LÄNDERN

### Greta Thunbergs 500-Tage-Bilanz

Sebastian Gubernator



Diese Webseite verwendet u.a. Cookies zur Analyse und Verbesserung der Webseite, zum Auspielen personalisierter Anzeigen und zum Teilen von Artikeln in sozialen Netzwerken. Unter [Datenschutz](#) erhalten Sie weitere Informationen und Möglichkeiten, diese Cookies auszuschalten.

OK

## Fridays for Future

### Klimaschutz

Fridays for Future (auf deutsch: Freitage für die Zukunft) ist der Name einer Bewegung von Schülerinnen, Schülern und anderen jungen Menschen, die sich weltweit für den Klimaschutz einsetzen. Jeden Freitag wird weltweit dafür gestreikt, dass die Klimaziele eingehalten werden, die die Staaten im UN-Weltklima-Abkommen 2015 (Pariser Abkommen) beschlossen haben. Dort wurden vor allem Grenzwerte für die Luftverschmutzung und den Temperaturanstieg festgelegt. Inzwischen haben sich auch ältere Menschen der Fridays for Future-Bewegung angeschlossen. Auch sie wollen, dass der Klimaschutz endlich verwirklicht wird.



Jugendliche Teilnehmende bei der Klima-Demonstration "Fridays for Future" in Berlin 2019 (© picture alliance / Christoph Soeder/dpa)

### Streiken während der Schulzeit

Damit ihre Forderungen ernst genommen werden, streiken Schülerinnen und Schüler während der Schulzeit. In Deutschland besteht Schulpflicht, das bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler am Unterricht teilnehmen müssen. Es gilt aber auch die Versammlungsfreiheit. Es stellt sich deshalb die Frage, ob für Schülerinnen und Schüler die Teilnahme an diesen Streiks verboten ist. Das wird unterschiedlich beurteilt. Noch gibt es dazu kein Urteil eines hohen deutschen Gerichts.





Schülerinnen und Schüler demonstrieren in Hamburg für einen besseren Klimaschutz. Mit dabei ist Greta Thunberg. Sie hat 2018 mehrere Wochen lang während der Schulzeit in Schweden für besseren Klimaschutz demonstriert. (© picture alliance/rtn-radio tele nord)

## Greta Thunberg

Die Schülerin Greta Thunberg aus Schweden hat diese Bewegung ins Leben gerufen. Sie streikt seit 2018 jeden Freitag für den Klimaschutz. Zunächst hat sie wochenlang alleine vor dem schwedischen Parlament gestreikt. Dann haben sich ihr andere Schülerinnen und Schüler angeschlossen. Greta Thunberg ist das Vorbild für die weltweiten Streiks. Sie reist in viele Länder, um für ihre Ziele zu werben. Sie sagt: „Why should I be studying for a future that soon may be no more, when no one is doing anything to save that future?“ (auf Deutsch: Wieso soll ich für eine Zukunft lernen, die es bald nicht mehr geben wird, wenn niemand dafür sorgt, dass diese Zukunft auch gerettet wird?)

Quelle: Gerd Schneider / Christiane Toyka-Seid: Das junge Politik-Lexikon von [www.hanisauland.de](http://www.hanisauland.de), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2020.



Bewerten Sie diesen Beitrag: ★★☆☆☆



Nach oben ▲

Politik  
Internationales  
Geschichte  
Gesellschaft  
Nachschlagen

Veranstaltungen  
Lernen  
Mediathek  
Shop  
Dialog

APuZ

izpb

Die bpb  
Partner  
Leichte Sprache

Presse  
English  
Gebärdensprache

RSS  
Sitemap

Newsletter

Wir setzen auf dieser Website Cookies ein. Diese dienen dazu, Ihnen Servicefunktionen anbieten zu können sowie zu Statistik- und Analyse Zwecken (Web-Tracking). Wie Sie dem Web-Tracking widersprechen können sowie weitere Informationen dazu finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

[ipb.de wechseln](#)





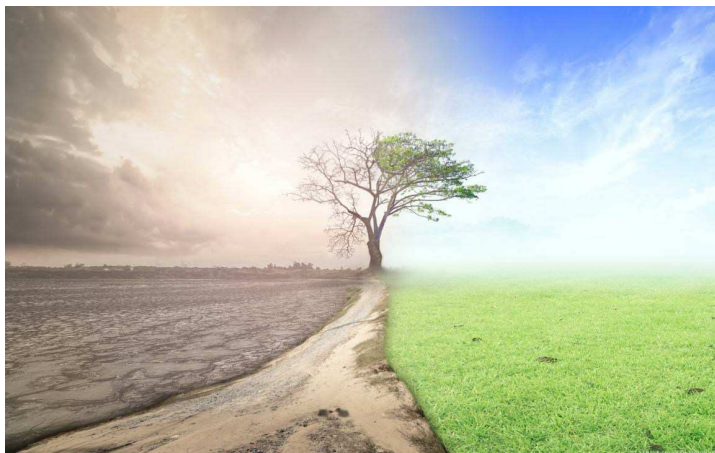


# Europäisches Parlament ruft Klimanotstand aus

Pressemitteilung [PLENARTAGUNG](#) [ENVI](#) 28-11-2019 - 12:54



- Kommission soll gewährleisten, dass alle neuen Vorschläge mit dem Ziel übereinstimmen, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen
- EU soll die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um 55% senken, damit Europa bis spätestens 2050 klimaneutral wird
- Die weltweiten Emissionen aus Schifffahrt und Luftfahrt müssen verringert werden



Das Parlament ruft den Klimanotstand aus und fordert sofortige Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels © 123RF/EU-EP

**Die EU sollte sich auf der UN-Konferenz dazu verpflichten, die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null zu senken, so das Parlament.**

Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz COP25 in Madrid vom 2. bis 13. Dezember verabschiedete das Parlament am Donnerstag eine Resolution, mit der es den Klima- und Umweltnotstand ausruft. Es fordert die Kommission zudem auf, dafür zu sorgen, dass alle relevanten Gesetzes- und Haushaltsvorschläge vollständig mit dem Ziel übereinstimmen, die Erderwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen.

In einer getrennten EntschlieÙung fordert das Parlament die EU nachdrücklich auf, ihre Strategie zur Klimaneutralität im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über den Klimawandel vorzulegen, die aufzeigen soll, wie die EU Klimaneutralität so bald wie möglich, spätestens aber bis 2050, erreichen will. Die Abgeordneten fordern die neue Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen auf, in den von ihr angekündigten „Green Deal für Europa“ eine Vorgabe von 55% Emissionsreduzierung bis 2030 aufzunehmen.

**Stärkerer und schnellerer Rückgang der Emissionen im Schiffs- und Luftverkehr**

## Weitere Informationen

> [Der verabschiedete Text wird hier verfügbar sein \(unter folgendem Datum: 28.11.2019\)](#)

[PDF](#) [Delegation des Europäischen Parlaments bei der COP25](#)

> [EP-Hintergrundinformationen zur COP25-Klimakonferenz in Madrid](#)

> [Video über die Bekämpfung des Klimawandels durch die EU](#)

> [Artikel über die EU und das Pariser Abkommen:](#)

> [UN-Website zur COP25](#)

> [Audiovisuelles Material für Medienschaffende \(EP-Multimedia-Center\)](#)



Die derzeitigen Maßnahmen zur Emissionsreduzierung im Schiffs- und Luftverkehr sind nicht ehrgeizig genug, so die Abgeordneten. Alle Länder sollten die Emissionen des internationalen Schiffs- und Luftverkehrs in ihre national festgelegten Beiträge (*Nationally Determined Contribution*, NDC) aufnehmen, fordern sie, und verlangen von der Kommission, vorzuschlagen, dass der Seeverkehr in das Emissionshandelssystem (ETS) der EU einbezogen werden soll.

### **Mehr Geld für die Bekämpfung des Klimawandels**

Das Parlament hebt die große Bedeutung der Auffüllung des globalen Klimaschutzfonds hervor des [globalen Klimaschutzfonds](#) und hält die Mitgliedstaaten dazu an, ihre Beiträge mindestens zu verdoppeln. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die größten öffentlichen Geber von Finanzmitteln für den Klimaschutz, so der Text der Entschließung, und der Haushalt der EU sollte mit ihren internationalen Verpflichtungen in diesem Bereich im Einklang stehen. Die Abgeordneten stellen ebenfalls fest, dass die tatsächlichen Zusagen der Industrieländer immer noch weit hinter dem gemeinsamen Ziel von 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr ab 2020 zurückbleiben.

Schließlich fordern sie alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, alle direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2020 abzuschaffen.

### **Zitat**

"Das Europäische Parlament hat gerade einen ehrgeizigen Standpunkt im Hinblick auf die bevorstehende COP 25 in Madrid angenommen. Angesichts der Klima- und Umweltkrise ist es unerlässlich, unsere Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 % zu reduzieren. Es ist auch eine klare Botschaft an die Kommission, einige Wochen vor der Veröffentlichung der Mitteilung zum ‚Green Deal‘ für Europa", sagte Pascal Canfin (RENEW, FR), Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, während der Debatte am Montag.

### **Hintergrund**

Die Entschließung zum Klima- und Umweltnotstand wurde mit 429 Stimmen angenommen, bei 225 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen; die Entschließung zur COP25 hingegen mit 430 Stimmen bei 190 Gegenstimmen und 34 Enthaltungen.

Eine Reihe von Ländern, lokalen Verwaltungen und Wissenschaftlern [haben erklärt](#), dass auf unserem Planeten ein Klimanotstand herrscht.

Die Europäische Kommission hat bereits [das Ziel vorgeschlagen](#), die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null zu senken, aber der Europäische Rat hat dies noch immer nicht gebilligt, da Polen, Ungarn und Tschechien dagegen sind.

### **Parlament auf der COP25**

Die COP25 findet vom 2. bis 13. Dezember 2019 in Madrid statt. Der Präsident des Europäischen Parlaments [David Maria Sassoli](#) (S&D, IT) wird an der Eröffnung teilnehmen. Eine [Delegation des Europäischen Parlaments](#) unter der Leitung von [Bas Eickhout](#) (Grüne, NL) wird vom 9. bis 14. Dezember dort sein.

### **Kontakt:**

*Thomas HAAHR*

#### **Press Officer**

☎ (+32) 2 28 42976 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72033 (STR)



☎ (+32) 470 88 09 87

✉ [thomas.haahr@europarl.europa.eu](mailto:thomas.haahr@europarl.europa.eu)

✉ [envi-press@europarl.europa.eu](mailto:envi-press@europarl.europa.eu)

🐦 [@EP\\_Environment](https://twitter.com/EP_Environment)

---

## *Armin WISDORFF*

### **Pressereferent**

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

☎ (+32) 498 98 13 45

✉ [armin.wisdorff@europarl.europa.eu](mailto:armin.wisdorff@europarl.europa.eu)

✉ [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

---

## *Michaela FINDEIS*

### **Pressereferentin**

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

☎ (+32) 498 98 33 32

✉ [michaela.findeis@europarl.europa.eu](mailto:michaela.findeis@europarl.europa.eu)

✉ [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

---

## *Judit HERCEGFALVI*

### **Pressereferentin in Deutschland**

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+49) 17 7323 5202

✉ [judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu](mailto:judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu)

✉ [presse-berlin@ep.europa.eu](mailto:presse-berlin@ep.europa.eu)

---

## *Huberta HEINZEL*

### **Pressereferentin in Österreich**

☎ (+43) 1 516 17201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

☎ (+43) 676 550 3126

✉ [huberta.heinzel@europarl.europa.eu](mailto:huberta.heinzel@europarl.europa.eu)

REF: 20191121IPR67110

---

Diese Seite teilen:



Abonnieren Sie Nachrichten per E-Mail. | als PDF

## Aktuelles

### Das EP in Ihrem Land

Berlin

München

Brüssel

Luxemburg

Wien

Der Präsident des  
Europäischen Parlaments

### Arbeitshilfen

Legislative Beobachtungsstelle

Multimedia Centre

EbS

## Europäisches Parlament

### Aktuelles

Abgeordnete

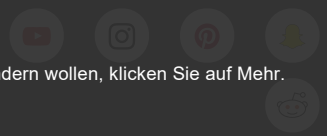
Das Parlament

Plenartagung

Ausschüsse

Delegationen

## Verwendung von Cookies auf der Website des Europäischen Parlaments



Zur Mittels Cookies wird die Navigation auf dieser Website optimiert. Wenn Sie die Einstellungen zur Verfolgung des Nutzungsverhaltens ändern wollen, klicken Sie auf Mehr.

Zustimmen

Mehr

## Klimawandel

# Dutzende deutsche Städte im Klimanotstand

Anfang Mai hat Konstanz als erste Stadt in Deutschland den Klimanotstand ausgerufen. Inzwischen sind der Kommune zahlreiche weitere gefolgt. Was sind die Folgen?

09.08.2019, 17:21 Uhr



Auch Bielefeld in Ostwestfalen hat den Klimanotstand ausgerufen [Imagebroker/ Imago Images](#)

Am 2. Mai hatte Konstanz als erste deutsche Kommune den Klimanotstand verkündet - das ist an diesem Samstag hundert Tage her. Inzwischen haben sich bundesweit Dutzende Städte angeschlossen - und teils weitreichende Umweltschutzmaßnahmen angeschoben. Darunter Köln, [Kiel](#), Saarbrücken, Bochum, Karlsruhe sowie Gelsenkirchen, Bielefeld, Düsseldorf und Münster.

Beschlossen wurden der Umbau von  
Autospuren zu Radwegen, höhere  
Parkgebühren in Innenstädten,  
Klimaneutrale Gebäude sowie mehr

4,25 % Festzins für 12 M.

Festgeld-Alternative



Parkgebühren in Innenstädten, klimaneutrale Gebäude sowie mehr Solaranlagen und das Pflanzen zusätzlicher Bäume. Das ergab eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur in verschiedenen Städten und Gemeinden. In einigen Kommunen stehen Entscheidungen über konkrete Maßnahmen aber noch aus.

#### Festgeld-Alternative

4,25 % Festzinsanlage - nur 12 Monate  
Laufzeit - ab 10.000 EUR  
adcada.investments

[ÖFFNEN](#)

Die Anregung zur Notstandserklärung kam von der Klimaschutzbewegung "Fridays for Future". Eine rechtliche Wirkung ist mit der Ausrufung grundsätzlich nicht verbunden. Es kommt darauf an, ob und welche Maßnahmen die Gemeinden beschließen.

In dem Beschluss aus Konstanz heißt es beispielsweise, der Gemeinderat erkenne die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als "Aufgabe von höchster Priorität" an. Zudem wird festgestellt, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Erderwärmung gemäß [dem Pariser Klimaabkommen](#) auf maximal 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen.

Erst am Donnerstag hatte der Weltklimarat IPCC ([mehr dazu lesen Sie hier](#)) in einem Sonderbericht festgestellt, dass der weltweite Temperaturanstieg über den Landflächen im Vergleich zur vorindustriellen Zeit bereits bei 1,53 Grad Celsius liegt. Alle Staaten seien aufgefordert, ihre Wälder besser zu schützen und eine klimafreundlichere Landwirtschaft zu fördern.

### Solaranlagen, Carsharing und Diensträder

Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel, wo ebenfalls der Klimanotstand ausgerufen wurde, hat als ganz konkrete Konsequenz aus dem Notstandsbeschluss die Mittel für Radwege deutlich aufgestockt, wie Stadträtin Doris Grondke sagte. Außerdem sei vorgesehen, weitere Autofahrspuren den Radfahrern zu überlassen.

Zudem sollen mehr Dächer städtischer Gebäude Solaranlagen bekommen, das Dauerparken von Autos in der Innenstadt unattraktiver werden und die Mittel zum Austausch von Beleuchtungen hin zu LED steigen. In der Stadtverwaltung sollen E-Fahrzeuge obligatorisch werden. Mehr Carsharing und Diensträder sind auch Bestandteil des Konzepts. Laut Grondke hat das Programm ein Volumen von 100



Programm ein Volumen von 100  
Millionen Euro.

In Düsseldorf beschloss der Rat im Juli  
das Ziel, statt 2050 schon im Jahr 2035  
klimaneutral zu werden. Die Verwaltung soll dazu nach Angaben des  
Umweltamtes bis November ein Konzept vorlegen.

In Köln wurde der Klimanotstand erst vor einem Monat ausgerufen,  
konkrete Beschlüsse gibt es, auch aufgrund der parlamentarischen  
Sommerpause, noch nicht. Ähnlich ist die Lage in Saarbrücken und  
Wiesbaden. In Köln soll aber künftig bei relevanten Entscheidungen  
geprüft werden, inwieweit die Maßnahmen oder Projekte  
Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit und den Klimaschutz haben.  
Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) hatte im Juli gesagt,  
wichtig sei, dass etwas geschehe und es nicht bei Symbolpolitik bleibe.

In Landau will der Gemeinderat als erste Stadt in Rheinland-Pfalz am  
kommenden Mittwoch den Klimanotstand ausrufen. Konkret geplant  
sind unter anderem ein Ausbau der Fahrradinfrastruktur und des  
ÖPNV-Angebots sowie das Pflanzen von 500 Bäumen. Bei Neubauten  
wie etwa Garagen und Carports soll das Begrünen der Dächer Pflicht  
werden.

In Konstanz, dem Vorreiter bei der Ausrufung des Klimanotstands,  
werden klimarelevante Maßnahmen von einer Taskforce koordiniert -  
von der klimaneutralen Energieversorgung von Gebäuden über  
Mobilität bis zur Entsorgung. Erwogen werde ein Testlauf für einen  
kostenlosen Busverkehr an Samstagen sowie die Einführung von  
Prämien (etwa ein ÖPNV-Ticket) für Bürger, die ihr Auto endgültig  
abmelden, sagt Stadtsprecherin Anja Fuchs. **S**

joe/dpa



[Feedback](#)

Politik > Proteste vor dem Bundestag: Schüler demonstrieren in Berlin gegen den Klimawandel

Proteste vor dem Bundestag

14.12.2018, 13:49 Uhr

## Schüler demonstrieren in Berlin gegen den Klimawandel

Rund 150 junge Demonstranten protestierten mit Fahnen und Plakaten vor dem Bundestag. Der Großteil sind Schüler – sie fordern eine bessere Klimapolitik. VON ANNIKA SCHULZ



Schüler demonstrieren vor dem Bundestag für den Klimaschutz. FOTO: ANNIKA SCHULZ

2

"Der Schulabschluss wird uns nichts bringen, wenn die Welt kaputt gemacht wird", so die Schülerinnen der Waldorfschule Märkisches Viertel Berlin. Es ist nicht ihre erste Demo zum **Klimaschutz**. Ihre Schule ist mit vier Klassen vertreten. Sie alle haben eine Beurlaubung durch die Schulleitung erhalten. Statt die Schulbank zu drücken, strömen zahlreiche Gruppen an Schülern zur Mittagszeit auf den Platz der Republik. Sie kommen mit Fahnen und Plakaten – gegen Kohle und für mehr Klimaschutz.

Die Schülerinnen und Schüler, im Alter von etwa zehn bis achtzehn Jahren, kritisieren die "Untätigkeit der "Regierung" und "die starke Lobby". Sie informieren sich online über Websites von Greenpeace und Co über die Herausforderungen im Klimaschutz. Auch die sozialen Medien spielen für die Jugendlichen eine wichtige Rolle. Sie tauschen sich hier mit jungen Demonstranten in anderen Städten aus.

Die Berliner Schüler sind auch mit Demonstranten aus Köln vernetzt. "Da ist **einiges los im Hambacher Forst**", ist man sich einig. Manchen der Schüler ist das Konfliktpotential dort allerdings zu hoch, sie bewundern jedoch die Hingabe der Aktivisten vor Ort.

Neben zahlreichen Schulklassen und kleinen Freundesgruppen sind auch Organisationen wie Greenpeace, Campact, WWF, und BUND-Jugend vertreten. Die Meisten der Teilnehmer sind durch die sozialen Medien auf die "#FridaysForFuture-Proteste" aufmerksam geworden. Vor allem der Aufruf der

### Meistgelesen



Russische Desinformation in der...  
**Methoden aus dem Lehrbuch des KGB**



Zweiter Corona-Toter in Berlin  
**Gesundheitssenatorin ruft Senioren zur...**



Senat beschließt Kontaktbeschränkungen  
**Was jetzt noch in Berlin erlaubt ist**



Coronavirus-Pandemie  
**Erster Corona-Test von Merkel negativ**

15-jährigen schwedischen Aktivistin **Greta Thunberg** hat viele Jugendliche aus Berlin und Brandenburg mobilisiert.

Bereits seit September dieses Jahres hatte eine kleine Gruppe Erwachsener regelmäßig vor dem Bundestag für den Klimaschutz demonstriert. In jeder Wetterlage standen sie mit einem schwarz eingefärbtem Eisbärstofftier und Plakaten freitags auf dem Platz. Der Anstoß kam von Kulturmanagerin und Aktivistin Barbara Fischer, welche einige Freunde von der Initiative überzeugen konnte.

– Mehr zum Thema –



15-Jährige Umweltaktivistin  
**Greta Thunberg ruft zu Schülerstreik gegen Klimawandel auf**

Von Susanne Ehlerding

Mit der wachsenden Bekanntheit von Greta und der "Freitagsbewegung" auf Twitter und Facebook wuchs die Gruppe stetig. Mittlerweile sind die meisten Demonstranten Schüler.

[Mehr lesen? Jetzt E-Paper gratis testen!](#)

[🏠 zur Startseite](#)

## Das könnte Sie auch interessieren

Smartfeed | ▶



ANZEIGE

Lifeline

### **Gesunder Schlaf: Typische Schlafräuber und die besten Einschlaf Tipps**



ANZEIGE

Beverly Hills MD

### **Doctors Advice On Firming Sagging Skin**



ANZEIGE

Yahoo! Search

### **About Scalp Psoriasis: Learn About Causes & Symptoms. Search For How To Treat...**



TAGESSPIEGEL.DE

Coronavirus -"Drehscheibe" Ischgl

### **Wie Tirol das Virus ignorierte**

Zwei Wochen lang hat das österreichische Bundesland Tirol infizierte Urlauber quasi ignoriert und damit...



TAGESSPIEGEL.DE

Das Coronavirus und die Wirtschaftsfolgen

### **Was das „Modell Deutschland“ bewirken kann**

Die Stunde der Schlaumeier hat geschlagen, die betonen, was nicht funktioniert. Dabei können wir uns auf...



TAGESSPIEGEL.DE

Faktencheck

### **Wolfgang Wodarg verbreitet Thesen, die wichtige Tatsachen ignorieren**

Ein ehemaliger SPD-Abgeordneter und Arzt verbreitet Thesen zur Corona-Pandemie, die wissenschaftlich nicht...

2 Kommentare – Diskutieren Sie mit!

Meistdiskutiert



Bitte melden Sie sich zunächst an oder registrieren Sie sich, damit Sie die Kommentarfunktion nutzen können.

Login  
Registrieren

NEUESTER KOMMENTAR

15.12.2018, 09:24 Uhr

ueberblicker:

"Kinder an die Macht"..? ( H. Grönemeyer). So sinnvoll es scheint, aus erzieherischen Gründen, wenn schon Schüler sich **einmischen** in Politik - es hebt aber Zuständigkeiten aus. Wenn der Staat versagt, kommt es eben zu solchen Aktionen - viel bringen tun die nicht.

Alle Kommentare anzeigen



Coronavirus-Pandemie 2807  
**Erster Corona-Test von Merkel negativ**

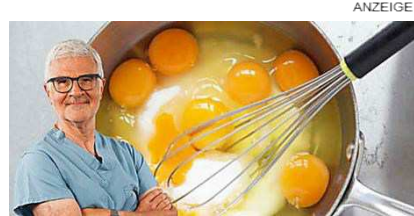


Zweiter Corona-Toter in Berlin 1008  
**Gesundheitssenatorin ruft Senioren zur...**



Senat beschließt Kontaktbeschränkungen 346  
**Was jetzt noch in Berlin erlaubt ist**

## Mehr vom Tagesspiegel und aus dem Netz



ANZEIGE

**How To Properly Empty Your Bowels Every Morning - Top Surgeon Explains How**



ANZEIGE

**If You Have Toenail Fungus, Do This Immediately (Genius!)**



Smartfeed | ANZEIGE

**Signs of Hepatocellular Carcinoma (Most Common Liver Cancer)**

TAGESSPIEGEL.DE

**Das Leitmedium der Hauptstadt 4 Wochen lang gratis - E-Paper von mo-Fr & die gedruckte...**

Corona-Krise in Italien

**475 Tote an einem Tag – so viele wie nie zuvor**

475 Menschenleben hat das Coronavirus in Italien an nur einem Tag gekostet. Das Durchschnittsalter liegt bei 79,5 Jahren.



ANZEIGE

Yahoo! Search

**About Scalp Psoriasis: Learn About Causes & Symptoms...**



ANZEIGE

healthbenefits.vip

**Neuropathy & Nerve Damage? Do This Immediately (Watch)**



ANZEIGE

InternetReboot2020.com

**Expert Warns of Surprising Technology Reboot**

# Globaler Klimastreik

APR

24

Fr



## INTERNATIONALER STREIK AM 15.3.

16. MÄRZ 2019

Weit über eine Million junge Menschen gingen weltweit auf die Straßen – ein Kurzbericht

An unserem allerersten internationalen „Fridays for Future“-Streik am 15.03.2019 nahmen mehr als 2000 Orte und Städte in 125 Ländern teil. Weit über eine Million junge Menschen weltweit gingen gemeinsam auf die Straße, um für einen konsequenten Klimaschutz zu demonstrieren.

Alleine in Deutschland gingen in 230 Städten und Orten mehr als 300.000 Schülerinnen, Schüler und Studierende auf die Straße. Vielerorts schlossen sich unseren Streiks auch die „**Parents for Future**“ an, in einigen Orten hielten Unterzeichner der „**Scientists for Future**“-Petition eine Rede und in manchen Städten wie z.B. in Berlin fand eine Übergabe der „Scientists for Future“-Unterschriftenliste an uns statt.

Auch der Bundestag befasste sich im Rahmen der Aktuellen Stunde am 15.03. mit uns und der Klimastreik-Bewegung. Hierzu jedoch an anderer Stelle mehr.

VERÖFFENTLICHT IN **NEUIGKEITEN**

### 8 KOMMENTARE ZU „INTERNATIONALER STREIK AM 15.3.“

Ulrich

17. MÄRZ 2019 UM 10:37 UHR

Ich bin 66 Jahre alt, war bis 1991 Lehrer und wurde dann nach der „Wende“ wegen angeblicher Nichteignung entlassen und mit Berufsverbot belegt.

Am 15.03. war ich in Dresden bei der Demo. Die hat meine Erwartungen bei weitem übertroffen. Angesichts der vielen Teilnehmer und der Stimmung war ich so ergriffen, dass mir die Tränen kamen.



Werde Teil der Bewegung - bleibe up to date

Name

eMail\*

Handynummer für SMS

- Ich habe die [Datenschutzerklärung](#) gelesen und akzeptiere diese.\*
- Ich will auch regionale News

Eintragen

**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ECI FOR FUTURE** braucht 1 Million Unterschriften! ECI steht für eine europaweite Bürgerinitiative für Maßnahmen zur Einhaltung des 1.5 Grad Ziels. Sorge dafür, dass die EU, die in Sachen Klimaschutz mächtiger ist als die Nationalstaaten, auf Kurs gebracht wird!

Jetzt unterschreiben!



Vier Empfehlungen möchte ich noch geben:

Erstens: Bleibt konsequent in Euren Forderungen. Es wird immer wieder Versuche geben, die Bewegung zu vereinnahmen, zu schwächen, von Ihren Zielen abzubringen, zu spalten und somit unter Kontrolle zu bringen.

Zweitens: Seid wachsam, prüft immer wieder, wer den Ton angibt.

Drittens: Seid ausdauernd. Der Kampf um eine lebenswerte Zukunft ist noch lang.

Viertens: Vernetzt Euch mit anderen progressiven Kräften. Es gibt viele Gruppen, Vereine usw., die gleiche oder ähnliche Ziele haben.

Bis zur nächsten Demo!

## Antworten

---

Baumfreundin

**17. MÄRZ 2019 UM 11:52 UHR**

Müssten es dann nicht sogar zwei oder drei Millionen Teilnehmer weltweit gewesen sein? Also wenn man mal hochrechnet: 230 Städte in Deutschland, 300.000 Teilnehmer – 2.000 Städte weltweit, somit 2,quatsch Millionen weltweit???

Wer kennt die genauen Zahlen?

## Antworten

---

peter

**28. MÄRZ 2019 UM 12:12 UHR**

die sache ist wir in deutschland haben ja eine große anzahl an politischerbildung  
aber in anderen länderen gib es sowas wie schul pflicht nicht nur in der eu wenn man mal nach  
afrika geht da sind ugefähr 5% prozent der menschen in der schuloe gewesen und könne über  
haupt mal lesen  
und die sind dann so reich das sie es garnicht interessiert was in der welt vorsichgeht

## Antworten

---

Angeorter

**14. JANUAR 2020 UM 21:07 UHR**

Ich kenne die genauen Zahlen!

Laut Wikipedia sollen dort weltweit fast 1,8Mio Menschen dort gewesen sein Also warst nah dran

## Antworten

---

Janne

**17. MÄRZ 2019 UM 15:43 UHR**

Liebe fff, lieber Ulrich, ich kann das in allem nur unterstreichen! Und ich bin dabei, auch wenn ich in 50 Jahren nicht mehr da bin – aber ich habe Enkel! Und wir alle haben Verantwortung für alle Lebewesen auf diesem Planeten.

## Antworten

---

Bernhard Herzog

17. MÄRZ 2019 UM 16:22 UHR

Ich schließe mich inhaltlich dem Ulrich an...

Ich habe leider in Hamburg erlebt, wie ein sehr engagierter Redner zu Beginn der Veranstaltung zur Einstimmung, der Reihe nach politische Parteien – nicht alle, angeprangert und verurteilt hat...

Ich habe ihn danach darauf angesprochen und den Tipp gegeben, dies künftig zu vermeiden oder gänzlich zu lassen...

8-Jährige in euren Reihen „sorgen“ sich um ihre Welt, ihre Zukunft und einen Regenbogen, stehen jedoch nicht, wie Tausende andere von euch auch, als Platzhalter für Parteifarben...

Es ist fatal und wäre unwiederbringlich schade, wenn man euch junge Menschen parteipolitisch motiviert und gesteuert mit der tollen Bewegung „Friday for Futures“ unterwandert und missbraucht...

Wasser auf die Mühlen von Skeptikern, Gegnern, Leugnern, Verurteilern, Voreingenommenen und sonstigen wider die grenzenlose, weltweit „klimaneutrale“, kritische Jugendbewegung, die dennoch vollen Respekt und breite Unterstützung, so auch meine hat und verdient.

Grüße aus Hamburg

Bernie

#### Antworten

---

Martin Weidner

18. MÄRZ 2019 UM 02:00 UHR

Ich war am 15. 3. in Leverkusen dabei. Leider hatte ich (57 Jahre) kaum erwachsene Mitstreiter – es war allerdings im Vorfeld kaum bekannt. Alle Generationen mitnehmen – das ist mein Wunsch für fff. Ich trug ein Schild, Vorderseite: „Öko-Umkehr privat + politisch“; Rückseite: „Flugzeuge runter, Spritpreise rauf“

Das Letztere haben einzelne kritisch gesehen, das war wohl zu konkret und unbequem.

Greta Thunberg hat ihre Eltern dazu gebracht, auf Flugreisen zu verzichten. Fff kann nur dann Erfolg haben, wenn man glaubwürdig ist und will, dass das eigene Leben sich ändert.

Und was sollen Politiker denn ändern? Sie können nur Rahmenbedingungen schaffen, wie die, dass alles, was Klimagase auspustet, stark besteuert wird und anderes wie Arbeit weniger besteuert wird.

Darüber hinaus gibt es noch die Systemfrage: Die Grundlage unserer Gesellschaft ist das Wachstum, aber der Planet wächst nicht mit. Im Moment wächst die Zahl der Flüge, der Kreuzfahrten, aber auch der digitalen Geräte und der Roboter. (Das sind nur beliebige Beispiele.) In einigen dieser Dinge wird die Zukunft gesehen. Man kann nicht gleichzeitig für Wachstum und für Schutz des Klimas sein.

Hier wünsche ich mir von fff eine klare Positionierung und Mut, unbequem konkret zu werden.

Wenn das umgesetzt wird, wird eure Generation massive Nachteile in Kauf nehmen müssen. Das Problem ist: Die Öko-Krise bedroht wahrscheinlich weniger eure Zukunft, als die eurer Kinder und Enkel, in diesem Jahrhundert erwartet uns nur Schlimmes, in den Folge-Jahrhunderten die Hölle. Wenn ihr nur für euch auf die Straße geht, wird die Bewegung versanden.

Die Kritiker lauern doch nur darauf, dass ihr nicht bereit seid, euren Wohlstand zu opfern, damit sie es auch nicht tun müssen. Dass ihr Fehlstunden in Kauf nehmt, ist schon ein starkes Zeichen, das Beachtung findet. Wieviel mehr, wenn ihr bereit seid, weit mehr zu riskieren.

Habe Mut, dein eigenes Wohlstandsleben aufzugeben!

#### Antworten

---

Anabel

23. MAI 2019 UM 16:06 UHR

Sehr gute Zusammenfassung!! Dieser Mut, unbequem konkret zu werden, ist nicht leicht in Zeiten des Internets, wo jeder meint Experte zu sein und Meinungen mit Fakten verwechselt werden. Ich überwinde mich aber trotzdem dazu, trotz dem unangenehmen Gefühl – und unser Wohlstand ist massiv übertrieben, ohne äquivalent zu unserem Glück zu sein, den einzigen Grund, aus dem wir das tun – von daher habe ich kein Problem damit, meinen Konsum massiv zurückzufahren und Verantwortung! für mein Kaufverhalten usw. zu übernehmen – Verantwortung, etwas, was eigentlich einen Erwachsenen auszeichnen sollte.

## Antworten

## Schreibe einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Beachte, dass dein Kommentar nicht sofort erscheint, da wir die Kommentare moderieren, um eine konstruktive Diskussion zu ermöglichen. Formuliere deinen Kommentar am besten freundlich und achte darauf, dass er zum Thema des Beitrags passt.

Kommentar

Name \*

E-Mail \*

Meinen Namen, E-Mail und Website in diesem Browser speichern, bis ich wieder kommentiere.



Führen Sie ein Upgrade auf einen [unterstützten Browser](#) aus, um eine reCAPTCHA-Aufgabe zu erhalten.

[Warum gerade ich?](#)

Datenschutz - Nutzungsbedingungen

**Kommentar abschicken**

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Presse](#) [Kontakt](#)

Wir benutzen nur für den Betrieb notwendige Cookies [Ok](#) [Datenschutzbestimmungen lesen](#)

# Globaler Klimastreik

APR

24

Fr



## ZENTRALSTREIK AM FREITAG, DEM 25.01.2019 IN BERLIN ANLÄSSLICH DER ENTSCHIEDENDEN TAGUNG DER KOHLEKOMMISSION

25. JANUAR 2019

Die Demo war ein riesen Erfolg – das Ergebnis aber nicht akzeptabel! Während im Bundeswirtschaftsministerium die Kohlekommission über den Ausstieg aus der Kohleenergie entschied, demonstrierten mehr als 10.000 Schüler, Studenten, Azubis und weitere Unterstützer und zogen bei eisiger Kälte vom Ministerium zum Bundeskanzleramt. Die erwartete Teilnehmerzahl wurde um das Zehnfache übertroffen! Während unseres Marsches winkten uns immer wieder viele Zuschauer aus den Fenstern und Gebäudeverbindungsbrücken zu.

Aus ganz Deutschland hatten Gruppen ihre eigene Anreise organisiert, um sich am Streik zu beteiligen. Einige Berliner Aktivisten sorgten für Übernachtungsmöglichkeiten für die externen Teilnehmer. Mit Plakaten, Sprechchören und Reden legten wir uns gemeinsam ins Zeug und hofften, das Ergebnis der Kohlekommission im Sinne des Klimaschutzes zu beeinflussen.

Hunderte bunte Schilder zeigten der Presse, Passanten und Politikern unmissverständlich, was unser Anliegen war. Wir proklamierten lautstark, dass es in Deutschland keine Zeit mehr für fossile Brennstoffe ist, weil sie unsere Zukunft zerstören. Und das bekam an diesem Tag so viel Beachtung wie selten. Damit verbunden: Wir, die deutsche *Fridays For Future*-Bewegung, bekam die größte Aufmerksamkeit, die wir bisher gewinnen konnten. In fast allen relevanten Medien wurde über unsere Demonstration berichtet. Unzählige Fotos, TV-Berichte, Videos, Artikel und Interviews nutzen wir dazu, unsere Botschaft zu kommunizieren. Zu Beginn, am Ende und bei einer Zwischenkundgebung vor dem Kanzleramt gab es Ansprachen und Auftritte von Bully Herbig, Ricarda Lang, Kevin Kühnert, Jannik B. und anderen, die uns unterstützten. Zwischendrin kam der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier unangekündigt auf die Bühne. Was passiert ist, kann man in diesem Video sehen:



Werde Teil der Bewegung - bleibe up to date




- Ich habe die [Datenschutzerklärung](#) gelesen und akzeptiere diese.\*
- Ich will auch regionale News

**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ECI FOR FUTURE** braucht 1 Million Unterschriften! ECI steht für eine europaweite Bürgerinitiative für Maßnahmen zur Einhaltung des 1.5 Grad Ziels. Sorge dafür, dass die EU, die in Sachen Klimaschutz mächtiger ist als die Nationalstaaten, auf Kurs gebracht wird!





Ein Teilerfolg: Die Kohlekommission beschloss zwar den Ausstieg aus der schmutzigen Energiegewinnung, tat dies jedoch zu halbherzig. Kohleausstieg 2038: Zu langsam, zu zögerlich und schlichtweg zu spät. Wir können und werden diese Entscheidung nicht akzeptieren. Schließlich ist es unsere und die Generation unserer Kinder, die die Folgen dieser Entscheidung (er-)tragen muss. Daher sind wir zutiefst enttäuscht über das Ergebnis, denn das 1,5°-Ziel kann so nicht eingehalten werden. Deshalb werden wir weiterstreiken; wenn es sein muss noch an 991 Freitagen bis dahin!

#keinkonsens



**Greenpeace e.V.**   
@greenpeace\_de



Unser Fazit zur [#Kohlekommission](#): Der [#Kohleausstieg](#) steht, aber 2038 als Enddatum ist inakzeptabel. Wir müssen weiter für einen schnelleren Ausstieg streiten! [#Endcoal](#)

Erfolge	Misserfolge
 Fahrplan für den Kohleausstieg	 <b>Enddatum 2038 nicht kompatibel mit 1,5°-Ziel!</b>
 Keine neuen Kohlekraftwerke	 <b>keine Zusicherung, dass alle Dörfer erhalten bleiben</b>
 Hambi kann gerettet werden	 <b>zu geringes Ausstiegs-Tempo nach 2022</b>
 1/3 der Kohlekraftwerke bis 2022 vom Netz (12,9 GW)	
 Nachschärfung der Ziele vorgesehen	

**GREENPEACE**

659 7:34 AM - Jan 26, 2019



360 people are talking about this



Auf die Ergebnisse reagierten wir mit einem **offenen Brief**.

Hier einige **Reaktionen** unserer Mitstreiter:

„Ich bin zutiefst enttäuscht. Die Kohlekommission hat einen Kompromiss gegen unsere Zukunft geschlossen. Für unsere Zukunft braucht es einen Kohleausstieg bis allerspätestens 2030.“ – Jakob Blasel, 18-jähriger Schüler.

„Das Ergebnis ist ein leiser Anfang, aber zeigt in aller Schärfe wer am Verhandlungstisch gefehlt hat: Denn den Preis für weitere 20 Jahre der Kohleverstromung zahlt nicht nur das Klima. Die Rechnung geht an uns, an die Menschen die in 20 Jahren mitten im Leben stehen. Denn Kohleenergie in 2038 entspricht weder der Krisenrealität, noch dem Paris Abkommen, unserer einzigen Zukunftsgarantie.“ – Luisa Neubauer, 22-jährige Mitorganisatorin der Demo.

„Das Ergebnis ist kein gesellschaftlicher Konsens, denn wir legen ein Veto ein. Nach wie vor setzen wir auf einen Kohleausstieg bis 2030.“ – Linus Steinmetz, 15-jähriger Schüler.



Mehr Bilder auf unserem **Flickr-Kanal**

## Pressespiegel

- [https://www.deutschlandfunk.de/schuelerstreik-fuer-klimaschutz-wer-nicht-huepft-der-ist.680.de.html?dram:article\\_id=435987](https://www.deutschlandfunk.de/schuelerstreik-fuer-klimaschutz-wer-nicht-huepft-der-ist.680.de.html?dram:article_id=435987)
- <http://www.spiegel.de/fotostrecke/klimastreik-in-berlin-hitzefrei-bei-minus-drei-grad-fotostrecke-166540-15.html>
- <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/schulstreik-in-berlin-wir-sind-laut-weil-ihr-uns-die-zukunft-klaut-a-1249583.html>
- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fridays-for-future-peter-altmaier-will-mit-streikenden-schuelern-reden-a-1249839.html>
- <https://www.ndr.de/kultur/Harald-Welzer,journal1628.html>
- [https://www.rbb-online.de/abendschau/archiv/20190125\\_1930/1.html](https://www.rbb-online.de/abendschau/archiv/20190125_1930/1.html)
- <https://www.tagesschau.de/inland/schuelerdemo-101.html>
- <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-498281.html>
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/schuelerstreik-schuleschwaenzen-fuer-das-klima-ja-bitte/23907968.html>
- <https://www.morgenpost.de/politik/article216295801/Berliner-Schuelerstreik-uebertoent-Altmeier.html>
- <https://www.morgenpost.de/berlin/article216288237/Schueler-gehen-Freitag-fuer-den-Kohle-Ausstieg-auf-die-Strasse.html>
- <https://www.stern.de/neon/wilde-welt/gesellschaft/klimaschutz-schueler-schreiben-offenen-brief-an-die-kohlekommission-8548808.html>

- <https://www.stern.de/neon/wilde-welt/politik/un-klimakonferenz-wir-streiken-weil-ihr-unsere-zukunft-verbokert-8490178.html>

## Reden & Aufnahmen

- <https://www.youtube.com/watch?v=SYn4bYnNI2Y>
- [https://www.youtube.com/watch?v=\\_phxd1Isn0c](https://www.youtube.com/watch?v=_phxd1Isn0c)
- <https://www.youtube.com/watch?v=HwQQEqmgDcA>
- <https://www.youtube.com/watch?v=gTWHrdbwz7A>
- <https://www.flickr.com/photos/161894594@N06/>

Ergänzungen bitte per E-Mail an: [noah@dr-adler.de](mailto:noah@dr-adler.de)

VERÖFFENTLICHT IN **NEUIGKEITEN, STREIKS**

---

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Presse](#) [Kontakt](#)

# Globaler Klimastreik

APR

24

Fr



## INTERNATIONALER STREIK ZU DEN EUROPAWAHLEN AM 24.05

26. MAI 2019

Am Freitag dem 24.05. starteten wir unseren zweiten internationalen Schulstreik im Rahmen von *Fridays for Future*, welcher sich mit dem Thema Europawahlen beschäftigen sollte. Teilgenommen haben über 1660 Städte in über 120 Ländern und insgesamt 1,6 Millionen junge Menschen auf der ganzen Welt, um für die Zukunft der Menschheit und mehr Klimaschutz zu streiken und zu kämpfen.

Allein in Deutschland gingen in mehr als 280 Städten und Orten weit über 320 Tausend Menschen demonstrieren. Auch die *Parents for Future* und die *Scientists for Future* waren wieder zahlreich dabei, um mit uns zu streiken und zu zeigen, dass die Klimakrise ein generationenübergreifendes Problem ist!

Es war vor allem schön zu sehen, dass so viele verschiedene Altersgruppen anwesend waren und so unglaublich viel Power mitgebracht haben!

Dominik, Schüler aus Landsberg am Lech

Anlässlich der am Sonntag stattfindenden Europawahlen demonstrierten die Teilnehmer nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für eine gerechte und sinnvolle Klimapolitik in der EU.

Die diesjährigen Europawahlen werden die Zukunft der Welt maßgeblich mit beeinflussen!

sagt Dominik aus Landsberg

Und um auf die beunruhigende Lage aufmerksam zu machen, fand dieser Streik sowohl während der Schulzeit und nach der Schule statt! Noch mehr Infos zum weltweiten Aktionstag sind [hier](#) zu finden.



Werde Teil der Bewegung - bleibe up to date




Ich habe die [Datenschutzerklärung](#) gelesen und akzeptiere diese.\*

Ich will auch regionale News

**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ECI FOR FUTURE** braucht 1 Million Unterschriften! ECI steht für eine europaweite Bürgerinitiative für Maßnahmen zur Einhaltung des 1.5 Grad Ziels. Sorge dafür, dass die EU, die in Sachen Klimaschutz mächtiger ist als die Nationalstaaten, auf Kurs gebracht wird!



## **4 KOMMENTARE ZU „INTERNATIONALER STREIK ZU DEN EUROPAWAHLEN AM 24.05“**

**Erich Vieser**

**28. MAI 2019 UM 09:11 UHR**

Hallo, Luisa Neubauer,  
hab Dich heute morgen im DLF gehört. War sehr gut. Als „alter“ GRÜNER bin ich stolz auf Leute wie Dich! Die Interviewerin sagte – meines Erachtens mit Recht – die GRÜNEN sollten mehr auf die Opfer hinweisen, die echter Klimaschutz von Jedem abverlangt. Dazu sage ich: Wenn die GRÜNEN das in der Vergangenheit gemacht haben, wurden sie entweder ausgelacht, oder mit „Moralischer Zeigefinger“ bedacht. Ich denke dabei an Dinge wie „5 Mark pro Liter Benzin“ in den 80ern, oder „Veggie-Day“ jüngst. Ich kann die GRÜNEN verstehen, wenn sie in dieser Hinsicht zurückhaltend sind. Gleichwohl finde ich, dass sie in Zukunft offensiver sein sollten.  
Im Übrigen finde ich FFF großartig! Macht bitte weiter. Du hast völlig Recht, die „Alten“ sind sollten Euch mehr unterstützen.

### **Antworten**

---

Goetz Mosig-Baumeister

**28. MAI 2019 UM 12:04 UHR**

Hi,  
wir waren in Kirchzarten ein (1) Demonstrationsleiter und vier (4) Polizisten\*innen, da alle, alle, alle nach Freiburg gegangen sind. Dort waren es ca. 10.000 (zehntausend) Teilnehmer.  
Nächste mal, am Freitag, den 28.6.2019, wird es ein die-in (sich tot stellen) auf allen elf (11) Schulhöfen und dem Marktplatz geben.

Trotz dieser Kuriosität haben die GRÜNEN in Kirchzarten die Kommunalwahl gewonnen (5 Mandate) und Bürgermeister Hall hat seine Mehrheit im Gemeinderat verloren. Goetz

### **Antworten**

---

Michael Lindemann

**30. MAI 2019 UM 00:35 UHR**

In der Uni-Stadt Münster holen die Grünen 36,6% der Stimmen. In meinen Augen zeigt das, dass die Jugend besser weiß, wo der Hase hinzulaufen hat. Allerdings muss man euch auch die Möglichkeit geben, die Politik aktiv mitzugestalten. Lediglich 12 der 709 Bundestagsabgeordneten sind unter 30 ... man kann also sagen, dass sowohl Deutschland als auch Europa von alten weißen Männern regiert werden, die die Auswirkungen des Klimawandels nicht mehr miterleben werden. In der Sendung „Quarks“ hat man im März das Szenario der Erderwärmung durchgespielt  
(<https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/quarks-und-co/video-szenarien-der-erderwaermung-was-waere-wenn-100.html>)



Natürlich sind die Grünen stiller geworden (Bsp. Veggie-Day), aber die Stern-Journalistin hat es heute abend bei Markus Lanz vortrefflich gesagt: Alle sind für Klimaschutz, solange sie nichts dafür tun müssen.

Ich wünsche Euch weiterhin Durchhaltevermögen. Meiner Meinung nach hat man sowieso alles Relevante gelernt, wenn man die Grundschule verlässt. Das Wissen (Geschichte, Erdkunde, Physik, Chemie, Biologie ... und selbst Mathe) was man dann noch ansammelt, verkümmert sowieso, wenn man es nicht tagtäglich anwendet. Und Streik funktioniert ja auch nur, wenn es Auswirkungen hat .... sonst würden Arbeitnehmer ja auch nach Feierabend für mehr Lohn streiken. Ansonsten würde ich Euch noch den Rat geben, offensiver an die Öffentlichkeit zu gehen, wie ihr persönlich gegen den Klimawandel kämpft (Stichwort: Eltern-Taxi) ... das verleiht Euch noch mehr Glaubwürdigkeit.

PS: Ich bin Baujahr 1976 und Grünen-Wähler, ich bin Vegetarier auf dem Weg zum Veganer, ich vermeide Plastik, ich gehe zu Fuß-fahre Fahrrad-oder benutze öffentliche Verkehrsmittel, ich verzichte weitestgehend auf Konsum .... ich versuche passiv alles, um Euch einen intakten Planeten zu übergeben, mit einer gesunden Natur, sauberer Luft, sauberen Gewässern und einer reichen Artenvielfalt. Auch unterschreibe ich jede Online-Petition (z.B. BUND, change.org.), um der Politik Druck zu machen.

Macht weiter so ... oder wie Herbert Grönemeyer schon 1985 sagte: KINDER AN DIE MACHT !!! Euch gehört die Zukunft und wer sind wir, die es sich aus purem Egoismus herauszunehmen glauben, euch diese zu stehlen.

#### Antworten

---

Helmut Lichte

**4. JUNI 2019 UM 17:31 UHR**

Ich (68 Jahre alt) bin stolz auf euch, stolz auf diese Jugend. Ihr habt Recht und seid auf dem richtigen Weg. Neben den klaren, wissenschaftlichen Fakten zeigt die Hilflosigkeit der Altparteien das eine klare Neuorientierung in der Klimapolitik höchste Priorität hat.

Eine Bitte: Lasst euch durch die konservativen Kräfte in Politik und Medien nicht in eine Argumentation alt gegen jung hineinziehen. Das ist nur ein Versuch, verunsicherte Altwähler zu binden. Die Mehrzahl der Alten, wie ich will eine bessere Welt für ihre Kinder und Enkel.

Wir machen mit. Ich bin in Aachen dabei!

#### Antworten

## Schreibe einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Beachte, dass dein Kommentar nicht sofort erscheint, da wir die Kommentare moderieren, um eine konstruktive Diskussion zu ermöglichen. Formuliere deinen Kommentar am besten freundlich und achte darauf, dass er zum Thema des Beitrags passt.

Kommentar

Name \*

E-Mail \*

Meinen Namen, E-Mail und Website in diesem Browser speichern, bis ich wieder kommentiere.



Führen Sie ein Upgrade auf einen [unterstützten Browser](#) aus, um eine reCAPTCHA-Aufgabe zu erhalten.

[Warum gerade ich?](#)

[Datenschutz - Nutzungsbedingungen](#)

**Kommentar abschicken**

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Presse](#) [Kontakt](#)

# NORDRHEIN-WESTFALEN

POLITIK IN NRW WETTER IN NRW STELLENANGEBOTE

## NORDRHEIN-WESTFALEN

### «Fridays For Future» in Aachen: Bis zu 20 000 Teilnehmer

Veröffentlicht am 21.06.2019



Schülerinnen und Schüler demonstrieren mit Protestplakaten beim Fridays for Future - Klimastreik. Foto: Kay Nietfeld/Archivbild

Quelle: dpa-infocom GmbH

Aachen (dpa) - Die Protestbewegung «Fridays For Future» will mit einer großen Kundgebung im Dreiländereck Deutschland, Belgien und Niederlande darauf aufmerksam machen, dass Klimaschutz eine globale Aufgabe ist. Bis zu 20 000 Teilnehmer aus 16 Nationen werden nach Angaben der Bewegung heute in Aachen für mehr Anstrengungen im Klimaschutz auf die Straße gehen. Nach einem Sternemarsch soll es eine zentrale Kundgebung vor dem Fußballstadion Aachener Tivoli geben.

Demonstration und Kundgebung finden unter dem Motto «Climate Justice without borders - United for a Future» (Klimagerechtigkeit ohne Grenzen - geeint für eine Zukunft) statt. Außerdem weist das Netzwerk auf das angrenzende Rheinische Braunkohlerevier als große europäische CO<sub>2</sub>-Quelle hin.

Anzeige

Über 60.000  
Jobs für Fach- &  
Führungskräfte

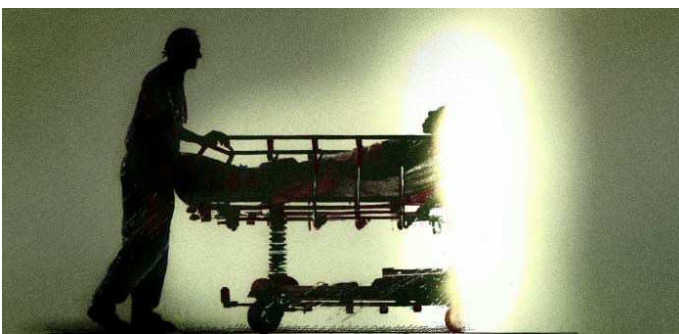
TRAUMJOB FINDEN

Zeitgleich bereiten rund 3000 Experten bei der UN-Klimakonferenz in Bonn den nächsten Weltklimagipfel im Dezember in Santiago de Chile vor. Dort soll sich etwas bewegen, denn die Zusagen aller Länder weltweit reichen nicht, um das Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Danach soll die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad begrenzt werden.

## Fridays For Future

dpa-infocom GmbH

### MEHR ZUM THEMA



**MEINUNG** BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

## *Wenn sich Grenzen verschieben – Die Ökonomisierung des Sterbens*

Thomas Straubhaar



**NORDRHEIN-WESTFALEN** WOHNEN IM ALTER

## Die weltweit erste schwimmende Seniorenresidenz

Birgit Reichert



**WIRTSCHAFT** ERNÄHRUNG

## Das Ende der Schulmilch

Michael Gassmann



**NORDRHEIN-WESTFALEN** NEUER TREND

## Warum Menschen wieder auf die Jagd gehen

Guido M. Hartmann

### THEMEN

NACHHALTIGKEIT - KLIMA

Diese Webseite verwendet u.a. Cookies zur Analyse und Verbesserung der Webseite, zum Auspielen personalisierter Anzeigen und zum Teilen von Artikeln in sozialen Netzwerken. Unter [Datenschutz](#) erhalten Sie weitere Informationen und Möglichkeiten, diese Cookies auszuschalten.

OK



# Globaler Klimastreik

APR

24

Fr



## INTERNATIONALER KLIMASTREIK AM 29. NOVEMBER

Fridays for Future ruft zum 4. Globalen Klimastreik auf!

[Zu der Streikkarte](#)[Zum Profilbildgenerator!](#)[International Profile Picture Generator](#)[Mobi-Material](#)

### #NeustartKlima – laut, wütend und unbequem – Klimagerechtigkeit jetzt

Die Bundesregierung hat dem 1,5°-Ziel eine Absage erteilt. Das akzeptieren wir nicht!

[Warum 29. November?](#)[Warum #NeustartKlima](#)

Unter Anderem in diesen 519 Städten sind am 29. November Aktionen geplant – Schließ dich einer an oder organisiere eine eigene!

[→ Listenansicht](#)



Lächerliches Klimapaket, Einbruch der Windkraft, gestoppter Kohleausstieg: Die GroKo hat sich in diesem Jahr vom 1,5-Grad-Ziel verabschiedet. Am 29.11. bin ich deswegen mit [@FridayForFuture](#) für den [#NeustartKlima](#) laut!

 [Auf Twitter teilen](#)

→ [Karte einbinden](#)

Hinweis: Diese Liste ist noch nicht vollständig!

Es wird Aktionen in hunderten Städten Deutschlands geben.

Wenn du einen Streik suchst, der nicht auf der Website steht, frag bitte in deiner [Ortsgruppe](#) oder beim zuständigen Ordnungsamt nach.

→ [Streik eintragen](#)

---

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Presse](#) [Kontakt](#)

# Globaler Klimastreik

APR

24

Fr



## +++ SAVE THE DATE: KLIMASTREIK AM 24. APRIL 2020

+++

Am 24. April 2020 ist der nächste globale Klimastreik – Mit DIR in eine klimagerechte Welt!

[Zur Streikkarte](#)[Spenden](#)

Die Brände in Australien und im Amazonas, die Dürren in Florida und Kenia, die Überschwemmungen von Tuvalu und Venedig sind nur einige Beispiele für die schreckliche Realität der Klimakrise für Millionen von Menschen.

Gleichzeitig sind die Proteste für Klimagerechtigkeit größer denn je – gegen die Zerstörung von Landstrichen in Nigeria durch große Ölkonzerne, für den Erhalt ihrer Dörfer statt den Abbau von Steinkohle in Sibirien, für die Rechte von Kleinbäuer\*innen in Indien, gegen die Brandrodungen im Amazonas.

Mit den Bildern von tausenden Klimastreiks weltweit im Hinterkopf werden wir 2020 noch einmal mehr zeigen, wie groß, vielfältig und stark wir gemeinsam sind. Am 24. April machen wir weltweit und in Deutschland klar, dass eine klimagerechte Welt möglich ist.

Altmaiers Kohlekompromiss ist kein Konsens. Kein weiteres Dorf darf für Kohle vernichtet, Datteln nicht angeschaltet und dem Hambi nicht das Wasser abgebaggert werden.







Die Verkehrspolitik Scheuers gleicht einer Bewerbung für einen Chefposten in der Autoindustrie.

Statt Flugtaxis brauchen wir sozial gerechten ÖPNV, statt E-Roller eine Fahrradpolitik, die auch Kindern in Städten gerecht wird, statt neuen Parkplätzen barrierefreie Mobilität. Statt Milliarden in die Finanzierung von Energieformen zu stecken, die besser heute als morgen gestoppt gehören, müssen diese Gelder in eine Verkehrspolitik fließen, die Arbeiter\*innen im ÖPNV gerecht entlohnt und Mobilität für alle ermöglicht.



Weltweit werden am 24. April hunderttausende Menschen streiken und den Druck auf die reaktionären Kräfte noch größer machen. Wenn die Bundesregierung im Kampf gegen die Klimakrise versagt, die Verkehrswende blockiert und allen Ernstes 2020 mit Datteln IV noch ein neues Kohlekraftwerk ans Netz gehen lassen will, sagen wir laut und deutlich:

🗨 Nicht mit uns!

Wir tragen unseren Protest vor die Rathäuser und auf die Marktplätze, vor die Ministerien und in die Klassenzimmer,

in Konzernzentralen und auf Straßenkreuzungen. Am 24. April werden wir überall laut, wütend und unbequem sein – wir stehen zu unserer Forderung: 1,5-Grad-Ziel einhalten, Klimagerechtigkeit jetzt!

## UNTER ANDEREM IN DIESEN STÄDTEN WERDEN STREIKS STATTFINDEN:



→ [Listenansicht](#)

→ [Spende, um den Streik zu ermöglichen](#)

Um immer up-to-date zu bleiben, könnt ihr uns hier auf Social Media folgen.



→ [Mit den Newsletter auf den Laufendem bleiben](#)

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Presse](#) [Kontakt](#)





## #Klimawahl Bayern

MRZ  
13  
Fr

## Globaler Klimastreik

APR  
24  
Fr

## WIR SIND FRIDAYS FOR FUTURE.



Die Klimakrise ist eine reale Bedrohung für die menschliche Zivilisation – die Bewältigung der Klimakrise ist die Hauptaufgabe des 21. Jahrhunderts.

**Wir fordern eine Politik, die dieser Aufgabe gerecht wird.**

**Fridays for Future: Das sind alle, die für unser Klima auf die Straße gehen.**

Die Klimastreik-Bewegung ist **international**, überparteilich, autonom und dezentral organisiert. Mach mit und werde Teil unserer Bewegung!

## Orts- &amp; Regionalgruppen

Organisiere mit – in deiner Stadt und Umgebung!

Es gibt in deiner Stadt noch keine Ortsgruppe? Wir helfen dir.

[Ortsgruppe finden](#)

## Streiktermine

Die **Streiktermine sammeln sich im Laufe der Woche**. Frage im Zweifel immer in deiner Ortsgruppe.

[Mitstreiken](#)

Werde Teil der Bewegung - bleibe up to date

Name

eMail\*

Handynummer für SMS

Ich habe die [Datenschutzerklärung](#) gelesen und akzeptiere diese.\*

Ich will auch regionale News

[Eintragen](#)

### EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ECI FOR FUTURE

braucht 1 Million Unterschriften! ECI steht für eine europaweite Bürgerinitiative für Maßnahmen zur Einhaltung des 1.5 Grad Ziels. Sorge dafür, dass die EU, die in Sachen Klimaschutz mächtiger ist als die Nationalstaaten, auf Kurs gebracht wird!

[Jetzt unterschreiben!](#)

Warum auf eine Zukunft bauen, die bald nicht mehr existieren wird? Unsere Antwort auf diese Frage ist der Klimastreik: Wir streiken für eine wirkungsvolle Politik, die dem Ausmaß der Klimakrise gerecht wird. Wir haben zehn Jahre, um unsere Ziele zu erreichen. **Auf geht's!**

Im Namen der Wissenschaft: **Über 27.000 Wissenschaftler\*innen** allein im deutschsprachigen Raum stehen hinter uns und unterstützen **unsere Forderungen**. Wir fordern von der Politik nicht mehr als die Berücksichtigung wissenschaftlicher Fakten.

# Globaler Klimastreik

APR

24

Fr



## ENGAGEMENT IN ORTSGRUPPEN



Wenn du dich engagieren möchtest, empfehlen wir dir, dich mit anderen zu vernetzen. Dafür organisieren wir uns in Gruppenchats in Telegram und WhatsApp. Verwende die Auflistung sortiert nach Bundesland oder gebe deinen Ort in die Suche ein. Sollte eine der Gruppen voll sein, probiere es einfach in ein paar Stunden nochmal. Beachte, dass mit dem Eintritt in eine Gruppe bestimmte mit dem Profil verbundene Daten wie z. B. Nickname, Profilbild, Info-Status-Meldungen und bei WhatsApp auch deine Telefonnummer für andere Gruppenmitglieder sichtbar sind.

Bitte geht respektvoll miteinander um!

Kontakt: [regional@fridaysforfuture.de](mailto:regional@fridaysforfuture.de)

### ↓ Deutschland

Deutschland: [Telegram](#)

Diskussionen: [Telegram](#) | [WhatsApp](#)

Texte-Gruppe: [WhatsApp](#)

### → Baden-Württemberg

→ Bayern

→ Berlin

→ Brandenburg

→ Bremen

→ Hamburg

### For-Future-Bündnis



Du bist kein\*e  
Schüler\*in, Student\*in  
oder Auszubildende\*r?

Werde Teil der Bewegung -  
bleibe up to date




Ich habe die  
[Datenschutzerklärung](#)  
gelesen und akzeptiere  
diese.\*

Ich will auch regionale  
News

EUROPÄISCHE  
BÜRGERINITIATIVE ECI  
FOR FUTURE braucht 1  
Million Unterschriften! ECI  
steht für eine europaweite  
Bürgerinitiative für  
Maßnahmen zur Einhaltung  
des 1.5 Grad Ziels. Sorge  
dafür, dass die EU, die in  
Sachen Klimaschutz  
mächtiger ist als die  
Nationalstaaten, auf Kurs  
gebracht wird!

- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

## ERSTELLE EINE NEUE ORTSGRUPPE

Es gibt noch keine Gruppe bei dir? Warum gründest du nicht eine mit deinen Freund\*innen? Lese dir [diese Handlungsempfehlung](#) durch und schreibe eine Mail an [regional@fridaysforfuture.de](mailto:regional@fridaysforfuture.de), oder verwende folgendes Formular:

Deine E-Mail-Adresse (Pflichtfeld)

Deine Telefonnummer (Pflichtfeld)

Ort (Pflichtfeld)

Bundesland (Pflichtfeld)

Gruppen-Link (*WhatsApp- oder Telegram-Einladungslink*) (Pflichtfeld)

Nachricht



Führen Sie ein Upgrade auf einen [unterstützten Browser](#) aus, um eine reCAPTCHA-Aufgabe zu erhalten.

[Warum gerade ich?](#)

[Datenschutz - Nutzungsbedingungen](#)

**Senden**

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Presse](#) [Kontakt](#)

Wir benutzen nur für den Betrieb notwendige Cookies [Ok](#) [Datenschutzbestimmungen lesen](#)



# Globaler Klimastreik

APR

24

Fr



## MITMACHEN

Du willst bei *Fridays for Future* mitmachen? Hier findest Du verschiedene Wege Dich zu engagieren:

Hier findest du heraus **wann und wo die nächsten Streiks stattfinden**. Streiks werden von Ortsgruppen organisiert.

[Streiks](#)

Momentan gibt es über 500 Ortsgruppen deutschlandweit und es werden immer mehr. **Hier findest du eine Gruppe in deiner Nähe.**

[Ortsgruppen](#)

Arbeitsgruppen agieren bundesweit und sind auf Themen bezogen, die national und international organisiert werden. **In diesen AGs kannst du dich engagieren.**

[Arbeitsgruppen](#)

Um unsere Streiks groß zu machen muss ordentlich mobilisiert werden. **Hier findest du Armbänder, Druckvorlagen für Sticker, Flyer, Plakate und einiges mehr.**

[Mobimaterial](#)

**Studie der TU Chemnitz**

# Mädchen und Frauen in der Mehrheit bei "Fridays for Future"

Jung, weiblich, zum ersten Mal politisch aktiv: Eine Studie zeigt, wer bei den weltweiten "Fridays for Future"-Demonstrationen auf die Straßen gegangen ist.

29.05.2019, 18:55 Uhr



Demonstrantinnen in Brasilien bei den zweiten weltweiten Klimaprotesten am 24. Mai Adriano Machado/REUTERS

Vor allem Mädchen und Frauen protestieren für mehr Klimaschutz: Beim ersten, weltweiten Klimastreik am 15. März waren bis zu 70 Prozent der rund 1,6 Millionen Teilnehmer weiblich. [Das hat eine Studie der TU Chemnitz](#) in Kooperation mit einem internationalen Netzwerk von Wissenschaftlern herausgefunden. Insgesamt wurden Demonstrantinnen und Demonstranten in neun Ländern befragt. In Städten wie Amsterdam, Florenz oder Wien sei der Frauenanteil am höchsten gewesen.

Der Projektleiter der Studie, Piotr Kocyba, führt den hohen Frauenanteil auf die überwiegend weiblichen Führungsfiguren wie die

Frauenanteil auf die überwiegend weiblichen Führungsfiguren wie die schwedische Initiatorin Greta Thunberg zurück: "Bisherige Demonstrationsbefragungen zeigen ein eher ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern, wobei feministische Demonstrationen überwiegend Frauen und rechte Demonstrationen überwiegend Männer anziehen", erklärte Kocyba in einer Pressemitteilung.

Aber auch Männer scheint Greta Thunberg zu inspirieren: 44 Prozent der Schülerinnen und Schüler gaben an, dass die schwedische Aktivistin sie zur Teilnahme an den Protesten motivierte.

Außerdem haben sich der Studie zufolge knapp 35 Prozent der Schülerinnen und Schüler Mitte März zum ersten Mal an einer Demonstration beteiligt. Die meisten der Protestierenden seien keine Mitglieder von Umweltorganisation oder unterstützten sie finanziell. Im Vergleich: Rund 42 Prozent der erwachsenen Demonstrierenden gaben an, sich in einer Umweltorganisation zu engagieren.

Für die Studie wurden mehr als 10.000 Teilnehmerbefragungen und 2000 ausgefüllte Fragebögen ausgewertet. Das Durchschnittsalter der Befragten betrug 21 Jahre, sie waren zwischen 14 und 40 Jahren alt. Die Ergebnisse der zweiten, weltweiten Demonstrationen, **die am Freitag vor den Europawahlen stattfanden**, stehen noch aus. **5**

faq/dpa



[Diskutieren Sie mit uns >](#)

[Feedback](#)





Die Universität

Pressestelle und  
Crossmedia-Redaktion

Team

„Uni aktuell“-Meldungen

Pressemitteilungen

Medienspiegel

TUCapp

TUCnewsletter

TUCreport

Social Media

TUCtalk

TUCpersönlich

TUCscicast

Corporate Design

**Uni aktuell****FORSCHUNG**

## Erste Ergebnisse einer internationalen Befragung der Schülerstreiks fürs Klima - UPDATE: Video-Statement und aktuelle Einordnung verfügbar

Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas der TU Chemnitz beteiligte sich an einer internationalen Befragung der weltweiten #FridaysForFuture-Schülerproteste



In seiner Studie analysierte Dr. Piotr Kocyba Daten aus persönlichen Gesprächen mit Demonstrantinnen und Demonstranten sowie aus Fragebögen. Foto: privat – [Alle Bilder...](#)

(Update: 23. Juli 2019: Ergänzung eines Video-Statements (Rubrik "Multimedia" und eine aktuelle Einschätzung zur Fortsetzung der Proteste nach den Sommerferien)

Mit der Fridays-for-Future-Bewegung ist eine neue Phase der zivilgesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen markiert. Sie hat zur massiven und in dieser Qualität bisher einzigartigen Politisierung Jugendlicher beigetragen und in zahlreichen Städten weltweit den Freitagsunterricht lahmgelegt. Was wird aus der Bewegung, wenn die Sommerferien vorbei sind?

"Die Sommerferien stellen die Ausdauer der Schülerinnen und Schüler auf die Probe, sich auch über einen längeren Zeitraum ohne gemeinsamen Protest hinweg wieder an den Klimastreiks

zu beteiligen. Die Daten unserer Untersuchung lassen den Schluss zu, dass auch nach den Ferien mit weiteren Aktionen der Fridays-For-Future-Bewegung zu rechnen ist. Auch wenn es sich bei den jungen Teilnehmern um vorwiegend Protest-Neulinge handelt, sprechen vor allem zwei Punkte dafür: zum einen das große Interesse am Weltklima und einer nachhaltigen Umweltpolitik und zum anderen die Hoffnung der jungen Menschen, durch ihren Protest tatsächlichen Einfluss zu nehmen und Politik wie Gesellschaft in Bewegung zu setzen. Entscheidend werden nicht zuletzt auch die Ausdauer von Initiatorin Greta Thunberg sowie eine weiterhin große mediale Aufmerksamkeit sein." (Dr. Piotr Kocyba, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas der TU Chemnitz)

**Multimedia:** Eine [YouTube Einordnung der Ergebnisse](#) durch Dr. Piotr Kocyba ist in der Reihe "Statements aus der Forschung" verfügbar. Das Video befindet sich im [YouTube-Kanal der TU Chemnitz](#).

*Original-Artikel (29. Mai 2019)*

Die #FridaysForFuture-Bewegung hat am 24. Mai 2019 zu einem zweiten weltweiten Protesttag mobilisiert. Bei der ersten globalen Mobilisierung am 15. März dieses Jahres haben sich insgesamt weltweit 1.6 Millionen Menschen dem Schülerstreik angeschlossen. Die Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas der Technischen Universität Chemnitz hat gemeinsam mit einem internationalen Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Demonstrantinnen und Demonstranten in 13 Städten in neun Ländern während der ersten Mobilisierungswelle befragt – insgesamt wurden mehr als 10.000 Protestierende angesprochen und es liegen knapp 2.000 ausgefüllte Fragebögen vor. Auch bei der Befragung der zweiten globalen Mobilisierung war die Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas beteiligt – hier warten die beteiligten Kolleginnen und Kollegen auf die Rückläufer. Die Verwendung desselben Forschungsdesigns, das sich wesentlich an der Methodologie des Großprojekts "Caught in the Act of Protest: Contextualizing Contestation" (<http://www.protestsurvey.eu>) orientiert, erlaubt es, gesicherte Aussagen über diejenigen zu treffen, die für eine klimafreundlichere Politik auf die Straße gegangen sind.

### Junge Frauen sind bei Demonstrationen besonders stark präsent

„Die Ergebnisse der ersten Befragungsrunde zeigen, was nicht überraschend ist, dass sich an einem Schülerstreik vorwiegend die Altersgruppe der 14- bis 19-Jährigen beteiligt, auch wenn die Unterschiede zwischen den einzelnen Demonstrationen groß waren – der Median für alle Sample beträgt 21 Jahre und variiert zwischen 16 in Amsterdam und 40 in Brüssel“, berichtet Projektleiter Dr. Piotr Kocyba. Überraschender als das junge Alter der Demonstrantinnen und Demonstranten sei die Dominanz weiblicher Teilnehmer, die beispielsweise in Amsterdam, Florenz, Warschau oder Wien sogar 70 Prozent der Protestierenden ausmachten. „Bisherige Demonstrationsbefragungen zeigen ein eher ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern, wobei

feministische Demonstrationen überwiegend Frauen und rechte Demonstrationen überwiegend Männer anziehen“, so Kocyba. Die überproportionale Teilnahme von Frauen an den FFF-Demonstrationen sei auf die starke Präsenz weiblicher Führungsfiguren zurückzuführen.

### Eine neue Klimabewegung scheint sich zu etablieren

Vor dem Hintergrund des jungen Alters überrascht die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch der Umstand nicht, dass es sich bei den Demonstrantinnen und Demonstranten häufig um erstmalig mobilisierte Aktivistinnen und Aktivisten handelt. 38 Prozent der demonstrierenden Schülerinnen und Schüler haben sich am 15. März 2019 das erste Mal an einer Demonstration beteiligt. Die überwältigende Mehrheit der Protestierenden ist auch weder Mitglied einer Umweltorganisation, noch unterstützt sie eine solche finanziell. Nur 9,8 Prozent der Schülerinnen und Schüler sind aktive oder passive Unterstützer einer solchen Organisation. Im Gegensatz dazu sind 35 Prozent der erwachsenen Demonstrantinnen und Demonstranten in einer Umweltorganisation engagiert. Die FFF-Bewegung und hier allen voran Greta Thunberg aus Schweden schaffen es damit, junge Menschen zivilgesellschaftlich erstmals zu aktivieren. 44,9 Prozent der Schülerinnen und Schüler gaben an, dass Thunberg sie zur Teilnahme an den Protesten motivierte. „Die signifikante Zahl junger und häufig erstmaliger Aktivistinnen und Aktivisten scheint die Möglichkeit für die Etablierung einer neuen Klimabewegung zu eröffnen, die jenseits etablierter Akteure und Organisationen ihre Ziele verfolgt“, meint Kocyba.

Die Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas der TU Chemnitz beteiligte sich an der internationalen Befragung dank der Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und war zuständig für die Datenerhebung in Warschau und unterstützte die Befragung in Budapest.

**Details zur Studie** finden sich hier: [Wahlström, Mattias, Piotr Kocyba, Michiel De Vydt and Joost de Moor \(Eds.\) \(2019\). Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays for Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities.](#)

**Weitere Informationen** erteilt Dr. Piotr Kocyba, Telefon 0371 531-38521, E-Mail [piotr.kocyba@phil.tu-chemnitz.de](mailto:piotr.kocyba@phil.tu-chemnitz.de).

**Mario Steinebach**

29.05.2019

[f teilen](#) [f like](#) [tweet](#) [drucken](#)

Mehr Artikel zu: [Philosophische Fakultät](#), [International](#), [Forschung](#)

[Alle „Uni-aktuell“-Artikel](#)

Hinweis: Die TU Chemnitz ist in vielen Medien präsent. Einen Eindruck, wie diese über die Universität berichten, gibt der [Medienspiegel](#).

## Veranstaltungen & Tipps

## Uni aktuell

24  
MÄR

**Abgesagt: SAXSIM - Sächsisches Simulationsanwendertreffen**

Überregionale jährliche Tagung zu den Themenbereichen CAD, MKS, FEM, ...

13  
APR

**Abgesagt: RoboSchool Expert**

Schüler ab der 8. Klasse mit Vorkenntnissen im Programmieren und Löten elektronischer Bauelemente ...

21  
APR

**World IP Day - Technologietransfer in der Praxis**

Das Patentinformationszentrum Chemnitz veranstaltet anlässlich des ...

21  
APR

**Abgesagt: 8. Karrieretreff Informatik**

**FAQ**  
zum Coronavirus

**FAQ zum Coronavirus und die aktuelle Situation an der TU Chemnitz**



**Zehn Empfehlungen gegen den „Lagerkoller“**

Prof. Dr. Stephan Mühlig, Inhaber der Professur Klinische Psychologie und Psychotherapie der TU Chemnitz und Leiter der Raucherambulanz Chemnitz sowie der Psychotherapeutischen Hochschulambulanz (PHA-TUC GmbH), gibt Hinweise, wie man mit Quarantäne oder Ausgangssperre umgehen sollte ...





Triff attraktive Arbeitgeber aus der IT-Branche und erfahre etwas über konkrete Bewerbungswege und ...



### Vierter Offener Brief des Rektors zum Coronavirus (SARS-CoV-2) vom 20. März 2020



### Kleinster mikroelektronischer Roboter der Welt

In der Titelgeschichte des renommierten Fachmagazins „Nature Electronics“ präsentiert ein internationales Forschungsteam unter Federführung der TU Chemnitz ein neuartiges mikroelektronisches System ...

21  
APR

### Patent- und Know-How-Börse "Leichtbau"

Die Patent- und Know-how-Börse dient der Vorstellung einer Auswahl ungebundener Patente, um ...

22  
APR

### Physikalisches Kolloquium

Thema: "Warum dick nicht doof macht und Genmais nicht tötet – Statistik vs. Unstatistik in der ...

25  
APR

### Abgesagt: Tag der Mathematik

Schülerteamwettbewerb für die Klassenstufen 8–9 und 10–12 der Gymnasien mit einem vielfältigem ...

▼ Mehr Artikel anzeigen

### Soziale Medien



Was tun gegen "Lagerkoller"? 10 Empfehlungen von #TUChemnitz-Psychologe Prof. Dr. Stephan Mühlig:...



Vierter Offener Brief des Rektors zum #Coronavirus (SARS-CoV-2) vom 20. März 2020. Der vollständigen Wortlaut: mytuc.org/fpwh



Vierter Offener Brief des Rektors der #TUChemnitz zum #Coronavirus (SARS-CoV-2) vom 20. März 2020:...



Bye Bye Orientierungslosigkeit zum Studienstart: – Meine Erfahrungen mit dem Mentoringprogramm START SMART Mein allergrößter Wunsch:...

→ Veranstaltungskalender

Verbinde dich mit uns:



Notfall

Kontakt

Campusplan

Universität

Chemnitz

© 2020 Technische Universität Chemnitz  
Pressestelle | 29. Mai 2019

Anmelden

Mediadaten

Impressum

Datenschutz



Home &gt; Wissen &gt; Chemnitz &gt; Klima - Chemnitz - Studie: Fridays for Future verliert "Greta-Effekt"

Nachhaltiger Kaffee

24. Februar 2020, 13:23 Uhr Klima - Chemnitz

## Studie: Fridays for Future verliert "Greta-Effekt"



Die Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg spricht vor Teilnehmern der Klima-Demonstration Fridays for Future.  
Foto: Christian Charisius/dpa/Archiv (Foto: dpa)

*Direkt aus dem dpa-Newskanal*

**Chemnitz** (dpa/sn) - Die Klimabewegung Fridays for Future verliert einer Studie zufolge ihren "Greta-Effekt". Bei einer internationalen Befragung anlässlich des globalen Klimastreiks im September 2019 gab ein Drittel der Teilnehmer an, dass die schwedische Aktivistin Greta Thunberg ihre Teilnahme beeinflusst. Wie die an der Erhebung beteiligte TU Chemnitz am Montag mitteilte, hatte dieser Wert bei der ersten Befragung im März 2019 noch bei mehr als 40 Prozent gelegen. In Deutschland verzeichnete das Forscherteam einen noch deutlicheren Rückgang binnen sechs Monaten von 39 auf 25 Prozent.

Die Wissenschaftler folgerten daraus, dass die Bewegung inzwischen fest etabliert ist. "Der Trend ist nicht überraschend, weil im Vergleich

mit März die Klimastreiks nun schon ein sehr bekanntes Phänomen sind und es viele lokale (junge weibliche) Führungspersonen bei Fridays for Future gibt, die außerhalb Schwedens die Mobilisierung befördern", schrieben die Forscher.

Für ihre jüngste Befragung hatten die Wissenschaftler bei Protesten in weltweit 19 Städten in 15 Ländern mehr als 10 000 Fragebögen verteilt und mehr als 3000 ausgefüllt zurückbekommen.

Im Ergebnis der Vergleichsstudie wurden weitere Veränderungen registriert. So stieg das Durchschnittsalter weltweit von 30 auf knapp 33 Jahre, in [Deutschland](#) sogar von knapp 26 Jahren auf mehr als 34 Jahre. "Der Aufruf der FFF-Bewegung an die Erwachsenen, sich dem Klimastreik anzuschließen, scheint in Deutschland besonders wirksam gewesen zu sein", hieß es in einer Mitteilung der TU Chemnitz.

[Feedback](#)

[Zur SZ-Startseite](#)

*Teilen Sie unseren Artikel*



*Lesen Sie mehr zum Thema*



Taboola Feed

ANZEIGE



**Lansing Top Lawyers 2019**

Selected Lawyers Near You | Search Ads

ANZEIGE



**Michigan: Senior Drivers Are in For a Big Surprise**

Yes Insured

ANZEIGE



**Most Computer Owners Don't Know This (Do It Today)**

Security Savers Online





SZPlus Anthony Fauci

## US-Immunologe im Kampf gegen Viren und Unsinn



Krankheiten - München

## Arzt: Gefahr unterschätzt, mehr Jüngere auf Intensivstation



"Anne Will" zur Corona-Krise

## Eine Moderatorin versucht zu spalten



Asien

## Vor der zweiten Welle



Covid-19

## Die typischen Symptome des Coronavirus

Mehr zum Thema

Geschichte

**Kalenderblatt 2020: 23. März**

Fußball

**Gladbachs Fußball-Profi Raffael erhält deutschen Pass**

Kriminalität - Schwedt/Oder

**Babyleiche entdeckt: Mordkommission ermittelt**

Krankheiten - Berlin

**Corona: Ausgangsbeschränkung auch für Berlin beschlossen**

Krankheiten - Berlin

**Müller zur Telefonkonferenz mit Merkel: Heftige Diskussion**

VERLAGSANGEBOTE

SZ Stellenmarkt

**Facharbeiter/in im Tief-, Straßen- und Rohrleitungsbau (m/w/d)**

STRABAG AG  
08056 Zwickau

**Baugeräteführer/in (m/w/d)**

STRABAG AG  
08056 Zwickau

**Gebietsleiter (m/w/d) Region Westsachsen / Sachsen-Anhalt**

HECTAS Facility Services Stiftung & Co. KG  
Sachsen-Anhalt, 09599, 09599 Freiberg,  
04600 Altenburg

**Alle Angebote**

Leser empfehlen im Ressort Wissen

**1** Coronavirus in Zahlen **Alle Daten zur Pandemie**

**2** Archäologie **Maya gegen Teotihuacán: Kampf der Kulturen**

Meistgelesene Artikel

**1** Covid-19 **Die typischen Symptome des Coronavirus**

**2** Coronavirus in Bayern **Tegernsee-Gemeinden wehren sich gegen**



**3** Symptomcheck **Ich fühle mich krank - was tun?**

**4** Biologie **Warum weibliche Tiere meistens länger leben**

**5** Archäologie **5000 Jahre altes Schwert entdeckt**

**Ausflügler**

**3** Coronavirus **Wie die Bundesregierung den wirtschaftlichen Schaden lindern will**

ANZEIGE



**JASPER CAVEN**

Abnehm-Industrie geschockt. Ernährungsberater verschenkt seinen Abnehm-Bestseller



**GESUNDHEITS-PRÄMIEN**

Akupressur: Die 101 wichtigsten Punkte für eine erfolgreiche...



**GESUNDHEITS-PRÄMIEN**

Diabetes-Doktor Nr. 1 empfiehlt: Mit diesen 6 goldenen Regeln besiegen Sie...



**LIFELINE**

Gesunder Schlaf: Typische Schlafräuber und die besten Einschlaf Tipps



**LIFELINE**

Schlafhygiene • 20 Tipps, um besser zu schlafen

ANZEIGE

## GUTSCHEINE

<b>25€</b> OTTO Gutschein	<b>10%</b> eBay Gutscheine	<b>ABOUT YOU</b> Gutscheine	<b>20%</b> Amazon Gutschein	<b>100€</b> TUI Ak
------------------------------	-------------------------------	-----------------------------	--------------------------------	-----------------------

[Neue Gutscheine](#) [Alle Shops](#)

ANZEIGE

## VERGLEICHSPORTAL

<b>Stromvergleich</b>	→	<b>Baufinanzierung</b>	→	<b>Kreditkarten Vergleich</b>	→	<b>Tagesgeld Vergleich</b>	→	<b>Handy</b>
<b>Gasvergleich</b>	→	<b>Autokredit</b>	→	<b>Girokonto Vergleich</b>	→	<b>Depot Vergleich</b>	→	<b>Handy</b>

[Produktvergleich](#) [Kreditvergleich](#)

[Zur SZ-Startseite](#)





## Zusammenfassung

Die 18. Shell Jugendstudie trägt den Untertitel »Eine Generation meldet sich zu Wort«. Die gegenwärtige junge Generation formuliert wieder nachdrücklicher eigene Ansprüche hinsichtlich der Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft und fordert, dass bereits heute die dafür erforderlichen Weichenstellungen vorgenommen werden. Als zukunftsrelevante Themen haben vor allem Umweltschutz und Klimawandel erheblich an Bedeutung gewonnen. Sie stehen im Mittelpunkt der Forderung nach mehr Mitsprache und der Handlungsaufforderung an Politik und Gesellschaft.

Dabei ist für die Jugendlichen in Deutschland nach wie vor ihre pragmatische Grundorientierung kennzeichnend. Die Jugendlichen sind, wie auch schon in den letzten Shell Jugendstudien beschrieben, weiterhin bereit, sich in hohem Maße an Leistungsnormen zu orientieren, und hegen gleichzeitig den Wunsch nach stabilen sozialen Beziehungen im persönlichen Nahbereich. Sie passen sich auf der individuellen Suche nach einem gesicherten und eigenständigen Platz in der Gesellschaft den Gegebenheiten so an, dass sie Chancen, die sich auftun, möglichst gut ergreifen können. Mehr als bislang legen viele Jugendliche inzwischen Wert auf eine deutlich bewussteren Lebensführung, ihre Ansprüche an eine nachhaltige Gestaltung von Umwelt und Gesellschaft artikulieren sie deutlich und vernehmbar.

Die Ergebnisse der aktuellen Shell Jugendstudie zeigen, dass trotz der klar erkennbaren sozialen Unterschiede, die

sich aus der Herkunft der Jugendlichen ergeben und die durch den auch weiterhin ungleichen Bildungserfolg bestehen bleiben, keine unüberbrückbaren Polarisierungen oder Spaltungen in den Einstellungen zu beobachten sind. Auch die Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen sowie zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund werden eher kleiner als größer. Quer durch alle Gruppierungen findet sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten, darunter eine zunehmende Sorge um die ökologische Zukunft, ein Trend zu gegenseitigem Respekt und einer Achtsamkeit in der eigenen Lebensführung, ein starker Sinn für Gerechtigkeit sowie ein wachsender Drang, sich für diese Belange aktiv einzubringen.

Nicht zu übersehen ist allerdings die Affinität einiger Jugendlicher zu populistischen Positionen. Die Kritik, die viele dieser Heranwachsenden dabei zugleich am sogenannten Establishment in Politik und Gesellschaft üben, ist auch davon beeinflusst, dass sich junge Menschen generell nicht hinreichend gefragt und einbezogen fühlen. Wir unterscheiden in der aktuellen Shell Jugendstudie zwischen Jugendlichen als »Kosmopoliten«, »Weltoffenen«, »Nicht-eindeutig-Positionierten«, »Populismus-Geneigten« und »Nationalpopulisten«. Zwischen den Kosmopoliten und den Nationalpopulisten lässt sich eine klar erkennbare Polarisierung feststellen, beide Gruppen machen zusammengenommen aber lediglich etwa ein Fünftel der Jugendlichen aus.

## Politik und Gesellschaft

Das politische Interesse von Jugendlichen hat sich im Jahr 2019 weiter stabilisiert. Als stark interessiert bezeichnen sich 8 % der Jugendlichen, und weitere 33 % sehen sich als interessiert. Damit ist das Interesse im Vergleich zu 2015 zwar leicht rückläufig (41 % im Vergleich zu 43 %), aber im längerfristigen zeitlichen Verlauf betrachtet liegt es deutlich über den Ergebnissen der Jahre 2002, 2006 und 2010.

Bezüglich der Bildungsposition der Jugendlichen liegt ein deutliches Gefälle vor: Jeder zweite Jugendliche<sup>1</sup>, der das Abitur anstrebt oder erreicht hat, bezeichnet sich als politisch interessiert. Bei Jugendlichen mit angestrebtem oder erreichtem Hauptschulabschluss trifft dies hingegen nur auf jeden vierten zu. Studierende bezeichnen sich zu 66 % als politisch interessiert, sie sind damit die Gruppe mit dem größten politischen Interesse.

Trotz leichter Annäherungen bezeichnen sich männliche Jugendliche (44 %) noch immer etwas häufiger als weibliche Jugendliche (38 %) als politisch interessiert. Aber beide Geschlechter messen dem eigenen politischen Engagement eine jeweils gleich hohe Bedeutung bei. Momentan hat es sogar den Anschein, dass Mädchen sich als Vorreiterinnen im politischen Engagement präsentieren. Dies gilt vor allem für die »Fridays for Future«-Initiative, die medial stark von jungen Frauen repräsentiert wird.

<sup>1</sup> Aus Gründen der Lesbarkeit wird an einigen Stellen auf die Formulierung der weiblichen Schreibweise verzichtet. Grundsätzlich sind jedoch stets alle Geschlechter gemeint.

## Das Internet als wichtigste politische Informationsquelle

Die Mehrheit der Jugendlichen informiert sich zu politischen Themen inzwischen online. Am häufigsten werden hierbei Nachrichten-Websites oder News-Portale genutzt (20 %), viele verweisen zudem auf Social-Media-Angebote, also auf entsprechende Informationsquellen in den sozialen Netzwerken, auf Messenger Apps (14 %) oder auf YouTube (9 %). Das Fernsehen als Informationsquelle nennen zwar 23 % der Jugendlichen, 15 % nutzen das Radio und ebenfalls 15 % klassische Printmedien, aber Internet und Social Media haben den klassischen Medien im Bereich der gezielten politischen Informationssuche mittlerweile den Rang abgelaufen.

Das größte Vertrauen wird jedoch nach wie vor den klassischen Medien entgegengebracht. Die große Mehrheit hält die Informationen in den ARD- oder ZDF-Fernsehnachrichten für vertrauenswürdig. Vergleichbares gilt auch für die großen überregionalen Tageszeitungen, wobei Jugendliche in Ostdeutschland (68 %) auch diesen Zeitungen deutlich weniger trauen als ihre Altersgenossen im Westen (83 %). YouTube bezeichnet hingegen etwa jeder zweite Jugendliche als weniger bis nicht vertrauenswürdig. Bei Facebook sind es sogar etwas mehr als zwei von drei Jugendlichen, die den dort angebotenen Informationen misstrauen. Auch Twitter vertraut nur eine Minderheit.

Das Vertrauen in einzelne Kanäle beeinflusst deren Nutzung. Es zeigt sich, dass die politisch interessierten Jugendlichen besonders häufig den klassischen Informations- und Nachrichtenkanälen (Print und öffentlicher Rundfunk) vertrauen und ihre Informationen weder ausschließlich und auch nicht vorrangig in den Social-Media-Kanälen suchen.

## **Umwelt- und Klimaschutz rücken in den Fokus der persönlichen Betroffenheit**

Waren es bis 2010 noch die wirtschaftliche Lage und steigende Armut sowie Angst vor Arbeitslosigkeit oder davor, keinen Ausbildungsplatz zu finden, die von Jugendlichen schwerpunktmäßig als Probleme genannt wurden, so hat sich das Bild seitdem deutlich verändert. Aktuell benennen fast drei von vier Jugendlichen die Umweltverschmutzung als das Hauptproblem, das ihnen Angst macht, gefolgt von der Angst vor Terroranschlägen (66 %) sowie dem Klimawandel (65 %). Die wirtschaftliche Lage mit steigender Armut wird hingegen nur noch von etwas mehr als jedem zweiten Jugendlichen benannt, die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust oder davor, dass man keinen Ausbildungsplatz findet, sogar nur von etwas mehr als jedem dritten.

Bemerkenswerterweise hat mehr als die Hälfte der Jugendlichen (56 %) Angst vor einer wachsenden Feindlichkeit zwischen Menschen, die unterschiedlicher Meinung sind. Dieser auf eine mögliche Polarisierung der Gesellschaft hindeutende Aspekt macht mehr jungen Leuten Sorge als etwa wirtschaftliche und soziale Nöte. Noch etwas häufiger als im Westen (55 %) verweisen ostdeutsche Jugendliche (59 %) darauf.

Auch 2019 bleibt es dabei, dass Jugendliche die Angst vor einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit in Deutschland (52 %) häufiger nennen als die Angst vor weiterer Zuwanderung (33 %). Anders als noch im Jahr 2015 spricht sich inzwischen aber jeder zweite (Westen: 47 %; Osten: 55 %) dafür aus, weniger Zuwanderer als bisher aufzunehmen. 2015 war es erst etwas mehr als jeder dritte Jugendliche (Westen: 34 %, Osten: 49 %).

## **Alles in allem wird Deutschland als sozial gerecht angesehen**

Zu 59 % ist die Mehrheit der Jugendlichen überzeugt, dass es in Deutschland alles in allem gerecht zugeht. Differenziert man die Abfrage noch ein wenig, so sind es sogar 79 %, die zustimmen, dass in Deutschland jeder die Möglichkeit hat, nach Fähigkeit und Begabung ausgebildet zu werden. Etwas mehr als die Hälfte (57 %) sieht es so, dass man in Deutschland leistungsgerecht bezahlt wird, und ebenfalls etwas mehr als die Hälfte (55 %) ist der Meinung, dass Benachteiligte in Deutschland ausreichend unterstützt werden. Die Zustimmung zur Frage nach der sozialen Gerechtigkeit korreliert stark mit der Herkunftsschicht der Jugendlichen: Je niedriger die Herkunftsschicht, umso niedriger ist der Anteil derjenigen, die dieser Aussage zustimmen. So verweist etwa jeder zweite Jugendliche aus der untersten Herkunftsschicht auf fehlende soziale Gerechtigkeit, während aus der obersten Schicht nur noch 25 % diese Einschätzung teilen.

## **EU bedeutet Chancen, Wohlstand, kulturelle Vielfalt und Frieden**

Die EU wird von den Jugendlichen als Chance und nicht als Risiko empfunden und daher nicht infrage gestellt: Jeder zweite Jugendliche beurteilt die EU positiv (43 %) oder sehr positiv (7 %), wohingegen nicht einmal einer von zehn Jugendlichen ein negatives (7 %) oder sogar sehr negatives (1 %) EU-Bild hat. Auch wenn EU-Euphorie sicherlich anders aussieht – in Anbetracht der europäischen Gesamtentwicklung sollte man dies eher als positiven Realismus interpretieren.

So gut wie alle Jugendlichen betonen an allererster Stelle, dass sie mit der EU Freizügigkeit verbinden, also die Mög-

lichkeit, in andere europäische Länder zu reisen, dort studieren, arbeiten oder sich gänzlich niederlassen zu können. Ein Europa ohne Grenzen, in dem man wie im eigenen Land gegebenenfalls auch auf Dauer leben und arbeiten kann, ist aus Sicht der Heranwachsenden die wichtigste Errungenschaft der EU. Ebenfalls vorrangig, wenn auch im Vergleich zu 2006 leicht rückläufig, ist der Aspekt der kulturellen Vielfalt, den vier von fünf Jugendlichen positiv mit der EU verbinden. Ebenfalls vier von fünf Jugendlichen betonen, dass die EU für Frieden sowie für Demokratie steht.

Als kritischsten Punkt in Bezug auf Europa sehen knapp drei von vier Jugendlichen die Bürokratie – Tendenz leicht rückläufig. Deutlich gestiegen ist hingegen der Aspekt des wirtschaftlichen Wohlstandes, er wird von ebenfalls fast drei Viertel der Jugendlichen in Deutschland mit der EU gleichgesetzt. Fast schon spiegelbildlich verbindet nur noch knapp jeder dritte mit der EU das Thema Arbeitslosigkeit. Als zunehmende Akzeptanz der EU kann weiterhin bewertet werden, dass weniger junge Menschen Kriminalität (39%) oder den Verlust der eigenen Heimatkultur (25%) mit der EU verbinden.

### **Zwischen Weltoffenheit und Populismusaffinität**

Populistische Argumentationsmuster erweisen sich grundsätzlich auch bei Jugendlichen als anschlussfähig, doch es werden auch wichtige Unterschiede sichtbar: Die Mehrheit der Jugendlichen (57%) betont, dass sie es gut finden, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat. Die Aussage »In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden« erhält allerdings noch mehr Zustimmung (68%). Das Argumentationsmuster deckt ein offen-

bar weit verbreitetes Gefühl ab, dass es Dinge gibt, die man nicht ansprechen darf, ohne dafür nach subjektiver Wahrnehmung moralisch sanktioniert zu werden. Und auch die Kritik am sogenannten Establishment (»Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit« und »Der Staat kümmert sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche«), der mehr als die Hälfte der Jugendlichen zustimmt, bedient offenbar ein vorhandenes Empfinden, nicht ernst genug genommen und übergangen zu werden. Zugleich gilt aber auch, dass fast jeder Zweite das nicht so sieht und dem daher nicht oder überhaupt nicht zustimmt.

Den populistischen Statements ist gemein, dass sie gezielt an affektiven Komponenten, also an Gefühlsregungen und weniger an kognitiv reflektierten Positionen ansetzen. Bedient werden Ressentiments und Ängste. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass jede schnell geäußerte Zustimmung zu einem populistischen Grundmuster nicht unbedingt in sich konsistente Überzeugungen nach sich ziehen muss, die dann nachhaltig wirksam oder handlungsleitend wären.

Um Zustimmung zu populistischen Einstellungen zu beschreiben, haben wir fünf »Populismuskategorien« gebildet. Ihre Verteilung stellt sich folgendermaßen dar: Etwa 12% der Jugendlichen (Altersgruppe 15 bis 25 Jahre) lassen sich als **Kosmopoliten** beschreiben. Sie befürworten, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat, und lehnen so gut wie alle populistisch gefärbten Statements ab. 27% der Jugendlichen gehören zu den **Weltoffenen**. Auch sie begrüßen mehrheitlich, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat, und distanzieren sich von explizit sozial- oder nationalpopulistischen Statements. 28% der Jugendlichen bilden die im Vergleich größte Gruppe der **Nicht-eindeutig-Positionierten**. Auch von ihnen



bejaht die Mehrheit die Aussage, dass es gut sei, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat. Zugänglich sind sie aber oftmals für Aussagen, die auf ein diffuses »Meinungsdiktat« abzielen und die an ein vorhandenes Misstrauen gegenüber Regierung und sogenanntem Establishment anknüpfen. Zu den **Populismus-Geneigten** zählen 24 % der Jugendlichen. Von ihnen findet es nur etwa jeder dritte gut, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat. Den populistisch gefärbten Aussagen »In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden« und »Der Staat kümmert sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche« stimmen hier hingegen so gut wie alle zu. Vergleichbares gilt für die Aussage »Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit«. Als **Nationalpopulisten** können 9 % der Jugendlichen bezeichnet werden. Sie stimmen allen populistisch aufgeladenen Statements durchgängig zu, distanzieren sich von der Aufnahme von Flüchtlingen und betonen darüber hinaus auch ihre generell ablehnende Haltung gegenüber Vielfalt.

**Weniger Kontrolle über das eigene Leben, generelles Benachteiligungsempfinden sowie Distanz gegenüber Vielfalt sind typisch für Affinität zum Populismus**

Je höher die Bildungsposition, desto geringer die Populismusaffinität. Von den Jugendlichen mit höherer Bildungsposition gehört jeder zweite zu den Weltoffenen oder zu den Kosmopoliten, während es bei Jugendlichen mit niedriger Bildungsposition entgegengesetzt ist: Hier gehört weit mehr als jeder zweite zu den Populismus-Geneigten oder zu den Nationalpopulisten. Ebenfalls etwas höher ausgeprägt ist die Populismusaffinität im Osten. Hier gehört ein etwas

kleinerer Anteil der Jugendlichen zu den Weltoffenen oder den Kosmopoliten (zusammengenommen 33 %), hingegen ein größerer Teil zu den Populismus-Geneigten oder den Nationalpopulisten (zusammen 42 %). Im Westen sind die Anteile etwas stärker in Richtung Weltoffene oder Kosmopoliten verschoben (40 %). Populismus-Geneigte und Nationalpopulisten (zusammen 31 %) sind hier entsprechend weniger häufig anzutreffen.

Kosmopoliten und Weltoffene haben ein eher positives Bild von der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Nur etwa jeder Vierte beider Gruppierungen findet, dass es in Deutschland alles in allem nicht hinreichend gerecht zugehen würde. Auch bei den Nicht-eindeutig-Positionierten trifft dies lediglich auf jeden dritten zu. Fehlende soziale Gerechtigkeit beklagt hingegen bereits jeder Zweite aus der Gruppe der Populismus-Geneigten. Bei den Nationalpopulisten sind es sogar drei von vier Jugendlichen, die in Deutschland keine hinreichende Gerechtigkeit gewährleistet sehen. Dies korrespondiert mit der Zustimmung zu den Aussagen »Ich finde, dass andere mir gegenüber häufig bevorzugt werden« und »Ich finde, dass andere über mein Leben bestimmen«. Populismus bedient also den Wunsch nach Rückgewinnung von Kontrolle.

Nationalpopulisten lehnen eine Pluralisierung der Lebensweisen und Vielfalt besonders häufig ab. Fast jeder zweite nationalpopulistisch orientierte Jugendliche hat ein kritisch-distanziertes Verhältnis dazu, »die Vielfalt der Menschen anzuerkennen und zu respektieren«. Im Unterschied zu allen anderen Gruppen identifizieren sich diese Jugendlichen nicht oder nur weit unterdurchschnittlich mit dieser Wertorientierung. Zum Gefühl der fehlenden Kontrolle gesellt sich die Ablehnung von allem, was als »fremde Kultur« angesehen wird und nicht mit der persönlichen

Vorstellung, wie das Leben auszusehen hat, in Übereinstimmung gebracht werden kann.

### **Toleranz bleibt Markenzeichen**

Jugendliche in Deutschland sind weiterhin in ihrer großen Mehrheit tolerant gegenüber anderen Lebensformen, Minderheiten und sozialen Gruppen. Toleranz messen wir mit der Frage nach Vorbehalten gegenüber potenziellen Nachbarn wie etwa Flüchtlingsfamilien, Türken oder Homosexuellen. Dabei zeigte sich, dass zwar nur eine Minderheit, immerhin aber doch 20% es nicht gut fänden, wenn sie eine Flüchtlingsfamilie als Nachbarn hätten. Ähnlich hoch sind die Vorbehalte gegenüber einer türkischen Familie (18%). Eine deutsche Familie mit vielen Kindern lehnen 13% und eine Wohngemeinschaft mit Studenten 12% ab. Gegen ein homosexuelles Paar sprechen sich 9% aus. Am wenigsten häufig wird eine jüdische Familie negativ bewertet. Hier sind es 8%, die diese nicht als Nachbarn haben wollen. Die große Mehrheit der Jugendlichen erweist sich jedoch als tolerant und sagt, dass es ihnen egal wäre und es sie demnach nicht stören würde, wenn Menschen aus den genannten Gruppen in die Wohnung nebenan einzögen.

Die für eine Affinität zum Populismus typische Distanz gegenüber Vielfalt drückt sich auch ganz unmittelbar in den Ressentiments aus, die gegenüber »Fremden« oder sonstigen Gruppen mit Lebensweisen, die offenbar als nicht akzeptabel gelten, geäußert werden. Zwei von drei Nationalpopulisten und auch jeder dritte Populismus-Geneigte lehnt eine Flüchtlingsfamilie als Nachbarn ab. Überproportional hoch ist bei den nationalpopulistisch orientierten Jugendlichen auch die Ablehnung gegenüber einer jüdischen Familie. Jeder dritte von ihnen will sie nicht als Nachbarn

haben. Populismus-geneigte Jugendliche sind hier weniger auffällig. Hier ist die Häufigkeit, mit der jüdische Mitbürger abgelehnt werden, nur leicht höher als bei den anderen Gruppen.

Jugendliche mit einem Hintergrund aus den islamisch geprägten Ländern (Türkei, arabische Länder, sonstige islamisch geprägte Herkunftsländer) äußern zusammengenommen weniger häufig Vorbehalte gegenüber anderen, als dies Deutsche ohne Migrationshintergrund tun. Im Einzelnen lehnen sie allerdings häufiger homosexuelle Paare (18%) wie auch jüdische Familien ab (14%). Jugendliche mit einem Migrationshintergrund aus den osteuropäischen Ländern, aus Ex-Jugoslawien oder aus der Ex-UdSSR lehnen ebenfalls etwas häufiger Homosexuelle ab (12%) und äußern ebenfalls häufig Vorbehalte gegenüber Flüchtlingen (19%).

### **Demokratiezufriedenheit ist bei Jugendlichen im Osten deutlich angestiegen**

Für die große Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland ist die Demokratie als Staatsform selbstverständlich. Ganz konkret sind fast vier von fünf Jugendlichen (77%) mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, eher oder sehr zufrieden – diese Werte steigen sogar seit vielen Jahren an. Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung bei ostdeutschen Jugendlichen. War es im Jahr 2015 nur etwa jeder zweite, der sich im Osten eher oder sehr zufrieden mit der Demokratie in Deutschland zeigte, so sind es heute bereits zwei von dreien. Die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen bleiben damit zwar noch bestehen, gleichen sich hinsichtlich der Bewertung der deutschen Gesellschaft aber zunehmend an.

Nationalpopulistisch orientierte Jugendliche sind hingegen mehrheit-

lich unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland (65%) und würden mit großer Mehrheit (73%) eine »starke Hand«, die für Ordnung sorgt, begrüßen. Bei den Nicht-eindeutig-Positionierten ist es jeder Dritte, und bei den anderen beiden populismusfernen Gruppen nur eine kleine Minderheit, die dies bejaht. Interessant für die Funktion und Wirkungsweise von Populismus ist, dass die Nicht-eindeutig-Positionierten sowie selbst die Populismus-Geneigten mit der Demokratie in Deutschland mehrheitlich zufrieden sind und diese auch als Staatsform klar befürworten. Bedenkt man, dass eine Populismusaffinität stark mit Wut und Empörung über vermeintliche Elitenverschwörungen einhergeht, dann wäre hier eigentlich von den Populismus-Geneigten ein negatives Antwortverhalten zu erwarten gewesen. Es zeigt sich also auch an dieser Stelle, dass Populismus insbesondere dann wirkt, wenn er an unbewussten Vorbehalten, Ängsten oder Verdrossenheiten anknüpft. Offene Distanz gegenüber der Demokratie findet sich hingegen erst bei den Jugendlichen, die nationalpopulistische Positionen durchgängig teilen und bei denen ihre Kritik an den »herrschenden Eliten« in offen demokratiefeindliche Positionen umschlägt.

Wie schon in den letzten Shell Jugendstudien zu beobachten, ist trotz steigender Demokratieakzeptanz nach wie vor kein Rückgang bei der grundsätzlichen Politikverdrossenheit feststellbar. So ist das Vertrauen, welches Jugendliche den Parteien entgegenbringen, weiterhin gering, und auch die Zustimmung zu der populistisch geformten Aussage »Ich glaube nicht, dass sich Politiker darum kümmern, was Leute wie ich denken« ist im Vergleich zu 2015 ebenfalls angestiegen (71%). Auffällig ist auch hier wieder der Zusammenhang zur Bildungsposition. Je niedriger die Herkunftsschicht und die Bildungsposition, desto größer die Verdrossenheit.

Resümierend kann festgehalten werden, dass die Jugendlichen in Deutschland trotz der Debatte um die Flüchtlingskrise und des in diesem Kontext verstärkt um sich greifenden Rechts- und Nationalpopulismus ihre grundsätzlichen Positionen beibehalten haben. Sie wissen um die Bedeutung eines vereinigten Europas, sie befürworten die Demokratie als beste Staatsform für Deutschland, sie sind ganz überwiegend tolerant. Eine Polarisierung der jungen Generation im Sinne einer Aufspaltung in größere und unversöhnliche Lager lässt sich, trotz der tiefgreifenden und tendenziell unversöhnlich wirkenden Differenzen bei der Frage des Zuzugs nach Deutschland, in Gänze nicht feststellen.

### **Persönliches Engagement von Jugendlichen schwankt und erscheint leicht rückläufig**

Der Anteil der Jugendlichen, die sich nach eigenen Angaben sozial, politisch beziehungsweise ganz einfach für andere Menschen engagieren, liegt seit langer Zeit zwischen 33 und 40%. Allerdings sagen inzwischen immer mehr Jungen und Mädchen, dass sie sich in diesem Sinne überhaupt nicht einsetzen, und auch der Anteil derer, die zumindest gelegentlich aktiv sind, geht zurück. Jungen und Mädchen sind übrigens gleichermaßen engagiert, Jugendliche in Ost- und Westdeutschland ebenfalls. Unterschiede zeigen sich bei der sozialen Herkunft: Je gehobener die Herkunft, desto höher das eigene Engagement.

Eine wichtige Rolle dürfte an dieser Stelle neben der Bildungsposition auch die Erfahrung spielen, dass in der Familie privates oder gesellschaftliches Engagement möglicherweise schon immer üblich war und das Aufwachsen mitgeprägt hat. Davon unabhängig bieten bessere materielle Lebensbedingungen

natürlich auch mehr Freiräume für eigenes Engagement.

### **Optimistischer Blick in die Zukunft**

58 % der Jugendlichen blicken aktuell optimistisch in die eigene Zukunft, 37 % gemischt (»mal so, mal so«) und nur 5 % eher düster. Der Anteil der optimistischen Jugendlichen hat sich somit gegenüber 2015 (61 %) leicht verringert, und der seit 2006 zu beobachtende Trend eines zunehmenden Optimismus setzt sich nicht fort, doch das Niveau bleibt insgesamt ähnlich hoch.

Bemerkenswert ist, dass Jugendliche aus der sozial schwächsten Schicht – entgegen dem Trend – optimistischer geworden sind. War 2010 und 2015 nur fast ein Drittel (32 %) optimistisch hinsichtlich der eigenen Zukunft, sind es 2019 mit 45 % deutlich mehr. Dagegen ist der Optimismus in den oberen sozialen Schichten seit 2015 merklich ausgebremst worden. Jugendliche aus der oberen Schicht (63 % im Vergleich zu vormals 76 %) und der oberen Mittelschicht (62 % im Vergleich zu vormals 71 %) sehen aktuell noch immer mehrheitlich, wenn auch etwas weniger häufig optimistisch in die eigene Zukunft.

Die Zukunft der Gesellschaft sieht etwas mehr als die Hälfte, genauso wie auch schon 2015, positiv (52 %). Daran hat auch die wachsende Angst vor Umweltzerstörung und Klimawandel nichts geändert.

### **Wertorientierungen**

Unter Wertorientierungen werden in der Shell Jugendstudie drei konstitutive Aspekte verstanden: 1) Lebensziele, nach denen man strebt, 2) Tugenden im Sinne von normativen Tüchtigkeitsidealen und

3) spezifische Haltungen, mit denen man sich gegenüber gesellschaftlichen oder alltagspraktischen Fragestellungen positioniert. Die Wertorientierungen bilden zusammengenommen den Wertekanon, der als Kompass für die eigenen Einstellungen, Bewertungen und das eigene Handeln dient.

### **Familie und Beziehungen bleiben für die eigene Lebensführung die zentralen Orientierungspunkte**

»Familie« und »soziale Beziehungen« sind die mit Abstand wichtigsten Wertorientierungen, die so gut wie alle Jugendlichen für sich gewährleisten sehen wollen; sogar wichtiger als »Eigenverantwortlichkeit« (89 %) und »Unabhängigkeit« (83 %), die doch gerade im Jugendalter als Übergang zum Erwachsensein besondere Entwicklungsaufgaben markieren. Auch an der Betonung von Tugenden, wie etwa der Respektierung von Gesetz und Ordnung (87 %), fleißig und ehrgeizig zu sein (81 %) oder nach Sicherheit zu streben (77 %), hat sich seit 2002 nichts geändert. Familie stellt einen »sicheren Heimathafen« dar, der jungen Menschen Halt und Unterstützung gibt, wohingegen die Orientierung an der Leistungsnorm für das »Versprechen« steht, dadurch gesellschaftliche Anerkennung zu finden und am Leben teilhaben zu können. Letzteres wird auch von der gegenwärtigen jungen Generation akzeptiert und nicht infrage gestellt. Dass Jugendliche trotzdem offen für Neues sind und von daher eine Rolle als Träger von Veränderungen übernehmen können, zeigt sich daran, dass sie »die eigene Phantasie und Kreativität entwickeln« als ähnlich wichtige Wertorientierung benennen.

Vier von fünf Jugendlichen geben an, dass sie »das Leben in vollen Zügen genießen« wollen. Diese Haltung hat seit 2002 kontinuierlich an Bedeutung

gewonnen und ist seit 2015 stabil. Die Betonung des Lebensgenusses unterstreicht die Bedeutung, die Jugendlichen der eigenen Teilhabe beimessen. Das Hier und Jetzt in Verbindung mit dem Bedürfnis, an den diversen Angeboten, die die Gesellschaft zu bieten hat, persönlich zu partizipieren, ist für die große Mehrheit der Jugendlichen ebenfalls maßgeblich. Familie und Gemeinschaft sowie ein eher hedonistisches Streben nach Vergnügen und Genuss schließen sich dabei nicht aus, sondern bedingen sich sogar. Das Leben in vollen Zügen genießen zu wollen, bedeutet für viele junge Menschen deshalb auch, dass man grundsätzlich weder Beruf noch Freizeit entgrenzt sehen möchte.

### **Bewusste Lebensführung und eigener Gestaltungsanspruch**

Die deutlichste Veränderung im Wertekanon von Jugendlichen zeigt sich bei den Wertorientierungen, die für eine bewusste Lebensführung stehen: Gesundheitsbewusstsein ist für vier von fünf Jugendlichen wichtig. Dies ist damit unter Jugendlichen ungefähr gleich wichtig wie der Wunsch nach Unabhängigkeit, die Bedeutung von Fleiß und Ehrgeiz sowie der Lebensgenuss. Der Schutz der Umwelt liegt 71 % am Herzen und ist damit inzwischen sogar wichtiger als ein eigener hoher Lebensstandard (63%). Der Trend und die damit verbundenen Veränderungen sind an dieser Stelle klar ersichtlich: Im Jahr 2002 haben noch 60 % der Jugendlichen Umweltbewusstsein als wichtigen Wert benannt, inzwischen trifft dies für fast drei von vier Jugendlichen zu. Das ist ein ungewöhnlich hoher Bedeutungsanstieg, es gibt, mit nur einer Ausnahme, keinen anderen Bereich, der seitdem ähnlich stark an Relevanz gewonnen hat. Diese Ausnahme bildet insbesondere das politische Engagement,

dessen Bedeutung aus der Sicht der Jugendlichen, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau, sogar noch etwas stärker angestiegen ist. Umwelt-, Klima- und Gesundheitsbewusstsein sowie eine bewusste Lebensführung gehen Hand in Hand mit dem Wunsch, sich bei den eigenen Entscheidungen auch von seinen Gefühlen leiten zu lassen. Gut in dieses Bild passt auch, dass die Respektierung von Vielfalt bei etwas mehr als vier von fünf Jugendlichen mit an der Spitze der Werteliste steht. Die große Bedeutung, die damit einer bewussten und achtsamen Lebensführung beigemessen wird, dürfte eine wesentliche Triebkraft dafür sein, dass Jugendliche das eigene politische Engagement wieder höher bewerten: Aktuell sind dies 34 %.

Für junge Menschen haben demnach die idealistischen, also die eher sinnstiftenden Wertorientierungen an Bedeutung gewonnen. Gegenläufig ist die Entwicklung bei tendenziell materialistischen Orientierungen, die darauf abzielen, die persönliche Macht- und Durchsetzungskraft zu steigern. Nur jeder dritte Jugendliche betont den Stellenwert der eigenen Einflussnahme und Macht, also deutlich weniger als diejenigen, denen es wichtig ist, sozial Benachteiligten zu helfen (62%). Sich und seine eigenen Bedürfnisse gegen andere durchzusetzen, ist ebenfalls für weniger Jugendliche wichtig, als Toleranz gegenüber anderen Meinungen zu üben (59%). Dies hat nichts mit fehlender eigener Zielstrebigkeit zu tun. Fast alle Jugendliche (87%) reklamieren für sich, ihre Ziele und Erfolgsvorstellungen in die Tat umzusetzen, und knapp zwei von drei Jugendlichen halten es für wichtig, mehr zu leisten als die anderen. Auch diese Entwicklung bringt zum Ausdruck, dass sich der Wertehorizont der Jugendlichen verschiebt: Sie tendieren zu stärkerer Achtsamkeit und Verträglichkeit auch im persönlichen Bereich.



Zwei Drittel aller Jugendlichen halten einen hohen Lebensstandard für erstrebenswert, dieser Wert schwankt seit Jahren etwas, liegt aber ungefähr auf dem Niveau seit 2002. Wertemuster, die Tradition und Konformität kennzeichnen, verlieren an Bedeutung. Es ist der Non-Konformismus, der nach wie vor die Lebensphase Jugend prägt. Noch 2015 hatte es den Anschein, dass die traditionsbezogenen Wertemuster leicht ansteigen würden, doch aktuell hat sich dieser Trend wieder umgekehrt.

### **Junge Frauen als Trendsetter einer bewussteren Lebensführung**

Junge Frauen repräsentieren die Veränderungen im Wertekanon besonders deutlich. Ihnen liegen insbesondere die Wertorientierungen aus dem Wertemuster Bewusste Lebensführung häufiger am Herzen: So halten es fast vier von fünf weiblichen Jugendlichen im Vergleich zu etwas mehr als zwei von drei männlichen Jugendlichen für wichtig, sich unter allen Umständen umweltbewusst zu verhalten. Auch die soziale Orientierung ist bei ihnen stärker ausgeprägt. Hier sind es zwei von drei jungen Frauen – im Vergleich zu etwas mehr als jedem zweiten jungen Mann –, die es wichtig finden, sozial Benachteiligten zu helfen. Die Bedeutung eines eigenen politischen Engagements ist bei jungen Frauen ebenfalls angestiegen (34%) und wird von ihnen jetzt genauso hoch wie von ihren männlichen Altersgenossen bewertet.

Junge Männer geben sich weniger gefühlsbetont und stärker materialistisch als junge Frauen. Deutlich ausgeprägter ist vor allem ihr Wunsch, selbst Macht und Einfluss zu haben. Immerhin mehr als jeder dritte junge Mann, aber nur etwa jede vierte junge Frau halten dies für wichtig. Junge Frauen lassen es dabei keinesfalls an Durchsetzungsanspruch

mangeln. Sie schätzen sich als genauso zielstrebig ein wie junge Männer (88%) und finden es für ihre Lebensführung ebenfalls genauso wichtig, sich und ihre Bedürfnisse gegenüber anderen durchzusetzen (49%). Auch bei der Bewertung eines hohen Lebensstandards sind sich die männlichen und die weiblichen Jugendlichen einig.

### **Jugendliche aus der untersten Herkunftsschicht fühlen sich deutlich stärker benachteiligt**

Tugendhaftigkeit und Tüchtigkeit sind für nahezu alle Jugendlichen positiv besetzt – und zwar in allen Schichten. Respekt vor Gesetz und Ordnung oder Fleiß und Ehrgeiz gehören für alle jungen Menschen zu den wichtigen Leitbildern. Fleiß und Ehrgeiz als Leistungsideal benennen Jugendliche aus der obersten Herkunftsschicht im Vergleich am häufigsten, allerdings dicht gefolgt von ihren Altersgenossen aus der unteren Mittelschicht. Alles in allem sind die Abstände zwischen den Schichten aber eher gering. Ehrgeiz ist also kein primäres Mittelschichtphänomen, sondern auch für die oberste und die unteren Schichten eine klare Leitorientierung.

Die schichtübergreifend hohe Leistungsethik ist vor dem Hintergrund, dass sich Jugendliche aus der untersten Herkunftsschicht als stärker benachteiligt empfinden, bemerkenswert. Immerhin fast zwei von drei dieser weniger privilegierten Jugendlichen geben an, häufiger die Erfahrung zu machen, dass andere über sie bestimmen, während dies ansonsten nur von knapp jedem Zweiten und bei Altersgenossen aus der obersten Herkunftsschicht sogar nur von jedem Dritten berichtet wird. Unterschiede gibt es ebenfalls bei der Wahrnehmung, dass andere bevorzugt werden. Dies meint jeder zweite Jugendliche aus der untersten Herkunftsschicht im Vergleich zu nur

jedem fünften aus der oberen Schicht. Die Wahrnehmungen von Jugendlichen aus den unterschiedlichen sozialen Schichten gehen an dieser Stelle offensichtlich auseinander. Die beschriebene Leistungsethik schützt also offenbar nicht davor, sich als unberechtigterweise benachteiligt oder sogar als abgehängt zu empfinden.

Auffällig ist der persönliche Durchsetzungswille von Jugendlichen aus den unteren Herkunftsschichten: Für 59% der jungen Leute aus der untersten Herkunftsschicht und für 51% derjenigen aus der unteren Mittelschicht ist es wichtig, sich und die eigenen Bedürfnisse gegen andere durchzusetzen. Dieser Anteil sinkt auf 43% in der oberen Mittelschicht und der oberen Schicht. Das geringere Kontroll- und das höhere Benachteiligungsempfinden in den unteren Schichten führt mehrheitlich also nicht dazu zu resignieren. Im Gegenteil: Für die Mehrheit ist der Wille nach einer fast schon unbedingten Selbstbehauptung prägend. Die jungen Menschen wollen sich nicht unterkriegen lassen. Jugendliche aus den oberen Schichten betonen den Durchsetzungswillen etwas seltener, sicherlich auch, weil sie es aufgrund ihrer privilegierteren Position per se weniger nötig haben. Respekt gegenüber Vielfalt ist für 70% der Jugendlichen aus der untersten Schicht wichtig, aber für fast 90% der Gleichaltrigen aus den oberen Schichten. Der Anspruch auf eigene Gestaltungsmacht im Sinne einer Selbstbehauptung ist für Jugendliche aus den unteren Schichten allerdings nicht unproblematisch und kann, je nach Situation und Ausprägung, auch dazu führen, den gesellschaftlichen Anschluss sogar noch weiter zu verlieren.

Auch umweltbewusstes Verhalten hängt stark mit der Zugehörigkeit zu den Schichten zusammen: Für rund drei Viertel der Jugendlichen aus den oberen und mittleren Schichten ist es zentral, in der unteren Mittel- sowie untersten

Schicht sind es nur gut zwei von dreien, und ein Viertel aus dieser Gruppe hält umweltbewusstes Verhalten sogar für nicht wichtig.

### **Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich nicht in ihren zentralen Lebenszielen**

Familie, Freunde und soziale Beziehungen im Verbund mit Eigenverantwortung und Unabhängigkeit sind auch für Jugendliche mit einem Migrationshintergrund die wichtigsten Lebensziele. Darüber hinaus sind es die gleichen Tugenden wie bei deutschen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, etwa Fleiß und Ehrgeiz, nach Sicherheit streben und ein gutes Familienleben führen, die für ihre Einstellungen und Haltungen eine gemeinsame Richtschnur bilden.

Der Hauptunterschied zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund besteht in der Bedeutung, den sie dem Glauben an Gott beimessen. Für fast zwei von drei Jugendlichen aus den islamisch geprägten Ländern spielt der Gottesglaube eine wichtige Rolle, während dies für deutsche Jugendliche ohne Migrationshintergrund sowie diejenigen aus den sonstigen OECD-Ländern nur für jeden Vierten zutrifft. Der Respekt für Gesetz und Ordnung steht bei allen Jugendlichen vergleichbar hoch im Kurs, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Jugendliche mit einem Migrationshintergrund aus den islamischen Herkunftsländern oder aus Osteuropa, der Ex-UdSSR oder aus Ex-Jugoslawien identifizieren sich darüber hinaus besonders stark mit den Leistungs- und Tüchtigkeitsnormen, deutlich stärker als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Gleiches gilt für den hohen Lebensstandard, den Jugendliche mit Migrationshintergrund aus den beiden genannten großen Herkunftsgebieten im Vergleich ebenfalls als wichtiger be-

werten. Zum Ausdruck kommt an dieser Stelle der »Traum« vom Wohlstand und der Teilhabe im fremden Land, in dem man lebt und in dem die meisten auch geboren wurden. Dafür bringen sie sich mit all ihrem Fleiß und Ehrgeiz ein und respektieren Gesetze und die grundsätzliche Ordnung.

### **Jugendliche mit Migrationshintergrund fühlen sich stärker benachteiligt**

Die Bedeutung der Tugenden und die Leistungsorientierung stellen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund allerdings nur die eine Seite der Medaille dar. Auf der anderen Seite stehen die gefühlten Ungerechtigkeiten. Mehr als 40% der Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund aus den beiden genannten großen Herkunftsregionen sehen es so, dass sie im Alltag häufiger als andere benachteiligt werden. Insbesondere Letzteres unterscheidet sie von ihren Altersgenossen ohne Migrationshintergrund und auch von denen mit einem Hintergrund aus den sonstigen OECD-Ländern. Jugendliche mit Migrationshintergrund betrachten es als für ihre Lebensführung wichtig, sich und ihre Bedürfnisse gegenüber anderen durchzusetzen. Es findet sich an dieser Stelle ein ähnliches Muster wie bei den Jugendlichen aus den unteren Herkunftsschichten.

### **Respekt und Toleranz als wichtige Güter**

Knapp neun von zehn Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund aus den islamisch geprägten Herkunftsländern und sogar noch etwas mehr derjenigen mit einem Hintergrund aus Osteuropa, der Ex-UdSSR oder Ex-Jugoslawien betonen die Notwendigkeit des Respekts vor Vielfalt. Bei ihren Altersgenossen

ohne Migrationshintergrund und auch bei Jugendlichen aus den sonstigen OECD-Staaten sind es hier etwa vier von fünf. Dabei dürften diese Jugendlichen mit Migrationshintergrund natürlich besonders an den Respekt vor der eigenen Kultur und Lebensweise denken, die sie bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft oftmals vermissen. Auf der anderen Seite – wie bereits dargestellt – stellen wir bei einem Teil dieser Jugendlichen fest, dass sie diese eingeforderte Toleranz gegenüber anderen Minderheiten – insbesondere Juden und Homosexuellen – eher nicht aufbringen.

Insgesamt betrachtet finden sich bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in den zentralen Wertorientierungen keine grundsätzlichen Unterschiede. Vielmehr überwiegt das Gemeinsame. Die pragmatische Grundhaltung der Jugendlichen, also die Bereitschaft, sich in hohem Maße an Leistungsnormen zu orientieren und sich an die jeweiligen Gegebenheiten anzupassen, im Verbund mit dem Wunsch nach stabilen sozialen Beziehungen im persönlichen Nahbereich, bildet auch hier einen gemeinsamen Rahmen.

## **Familie und Lebenswelten**

Mit dem Ablösungsprozess vom Elternhaus und einer gleichzeitig zunehmenden Orientierung an der Gleichaltrigen-gruppe verändert sich das Verhältnis der Jugendlichen zu ihren Eltern. Diese Beziehung bleibt aber wichtig, nicht nur emotional, sondern auch als Orientierung für die eigene Einstellung zu Kindern und Familie.

## **Beziehung zu den eigenen Eltern auch weiterhin überaus positiv**

Seit 2002 nimmt der Anteil Jugendlicher, die ein positives Verhältnis zu den Eltern haben, stetig zu: Vier von zehn Jugendlichen (42%) kommen bestens mit ihren Eltern aus, die Hälfte (50%) kommt trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten mit ihnen klar. Entsprechend zufrieden sind Jugendliche mit der Erziehung durch ihre Eltern, diese bleiben maßgebliche Erziehungsvorbilder: 16% würden ihre Kinder genauso erziehen, wie sie selbst erzogen wurden, und 58% ungefähr so. Weniger als ein Viertel der Jugendlichen (23%) würde ihre Kinder anders oder sogar ganz anders erziehen, als sie selbst von ihren Eltern erzogen wurden (2002 äußerten dies noch 29%). Allerdings ist in den höheren sozialen Herkunftsschichten das Verhältnis von Jugendlichen zu ihren Eltern deutlich besser als in den weniger privilegierten Schichten.

Gut zwei Drittel (68%) aller 12- bis 25-Jährigen, die selbst noch kein Kind haben, möchten später einmal Kinder haben. Damit ist der Kinderwunsch im Zeitverlauf recht stabil. Junge Frauen sind sich etwas häufiger sicher, dass sie Kinder möchten, als junge Männer (71% zu 64%). Zwar sind beim Thema Kinderwunsch noch immer Unterschiede zwischen Ost und West sichtbar (71% zu 67%), doch ist seit 2002 der Kinderwunsch ostdeutscher Frauen rückläufig und nähert sich zunehmend dem der Frauen im Westen an.

## **Partnerschaft und Vorstellungen von partnerschaftlicher Aufteilung der Erwerbstätigkeit**

5% der 12- bis 14-Jährigen haben eine feste Partnerschaft, bei den 22- bis 25-Jährigen ist es mehr als die Hälfte (52%). In allen Altersgruppen sprechen

junge Frauen häufiger als junge Männer von einer festen Partnerschaft. Fragt man Jugendliche, wie sie sich die partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbstätigkeit wünschen würden, wenn sie 30 Jahre alt wären und ein zweijähriges Kind hätten, sind sich junge Männer und Frauen recht einig bezüglich der idealen Rollenverteilung: In einer Partnerschaft mit kleinem Kind sollte die Frau und nicht der Mann beruflich kürzer treten. 65% der Frauen würden gerne maximal halbtags arbeiten – und 68% der jungen Männer wünschen sich genau das von ihrer Partnerin. Viele Männer wünschen sich eine Rolle als »aktiver Vater«, der sich an der Kinderbetreuung beteiligt, und nur 41% von ihnen möchten in der beschriebenen Familiensituation in Vollzeit arbeiten. Von den jungen Frauen wünschen sich etwas mehr (51%), dass der Vater in Vollzeit arbeitet. Insgesamt haben beide Geschlechter also recht ähnliche Vorstellungen, was die Erwerbstätigkeit eines Vaters und einer Mutter angeht.

Insgesamt ist es mehr als die Hälfte (54%) aller 12- bis 25-Jährigen, die ein »männliches Versorgermodell« favorisieren: 10% bevorzugen das Modell eines »männlichen Alleinversorgers« (der Mann versorgt die Familie allein und arbeitet 30 oder 40 Stunden in der Woche), weitere 44% präferieren das Modell eines »männlichen Hauptversorgers« (der Mann arbeitet mindestens 30 Stunden, die Frau maximal halbtags). Auch an dieser Stelle sind Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern zu sehen. Junge Menschen im Westen denken hier traditioneller: 58% der Männer und 56% der Frauen würden sich eine Familie mit männlichem Allein- oder Hauptversorger wünschen, während sich im Osten dem nur 38% der Männer und 31% der Frauen anschließen. Der Vater als Ernährer der Familie ist – zumindest im Westen – offensichtlich keine rein männliche Vorstellung, dieses Modell

wird auch von vielen jungen Frauen favorisiert. In den neuen Bundesländern erfreuen sich dafür gleichwertiger aufgeteilte Modelle deutlich größerer Beliebtheit als im Westen.

### **Freundschaften: Qualität zählt mehr als Quantität**

Freundschaften mit Gleichaltrigen sind für Jugendliche von zentraler Bedeutung, wobei offenbar mehr die Qualität als die Quantität von sozialen Beziehungen zählt: Für 97 % aller 12- bis 25-Jährigen sind »gute Freunde, die einen anerkennen und akzeptieren« wichtig, und nur 71 % finden es ebenso wichtig, viele Kontakte zu anderen Menschen zu haben. Auch wenn ein großer Teil der Kommunikation unter Digital Natives über digitale Medien stattfindet, finden auch bei ihnen Freundschaften ganz überwiegend in der »Offline-Welt« statt: Nur 5 % aller Jugendlichen geben an, dass sie mit der Hälfte oder mehr ihrer Freunde nur virtuellen Kontakt haben. Zwei Drittel (67 %) haben ausschließlich Freunde, mit denen sie (auch) persönlich in Kontakt sind.

Spielt die Herkunft eine Rolle für Freundschaften? Der Freundeskreis von 79 % der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund setzt sich mehrheitlich aus Deutschen zusammen, nur bei jedem fünften (18 %) ist das eine Mischung aus Deutschen und Migranten gleichermaßen. Von den Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat ein Fünftel (21 %) vor allem Migranten als Freunde, bei der Hälfte (51 %) besteht der Freundeskreis gleichermaßen aus Deutschen und Migranten und bei einem Viertel (25 %) sind es mehrheitlich Deutsche.

Knapp die Hälfte aller 12- bis 25-Jährigen (48 %) ist sehr zufrieden mit dem eigenen Freundeskreis, vier von zehn (41 %) sind zufrieden, jeder Zehnte sagt teils, teils (10 %). Unzufrieden oder sogar

sehr unzufrieden ist lediglich 1 %. Die soziale Herkunftsschicht ist auch an dieser Stelle bedeutsam: Während sich 56 % der Jugendlichen aus der oberen Schicht sehr zufrieden mit ihrem Freundeskreis äußern, sind es nur 36 % in der unteren Schicht.

### **Bedeutung von Religion, Glaube und Kirche**

Sowohl für katholische als auch evangelische Jugendliche hat der Glaube in den letzten knapp 20 Jahren erheblich an Bedeutung verloren: Nur für 39 % der katholischen und 24 % der evangelischen Jugendlichen ist der Glaube wichtig. Anders ist dies bei muslimischen Jugendlichen: Für 73 % von ihnen ist der Gottesglaube wichtig. Ähnliche konfessionelle Muster zeigen sich bei der konkreten Religionsausübung: Nur 18 % der katholischen, 13 % der evangelischen, aber 60 % der muslimischen Jugendlichen beten mindestens einmal pro Woche.

Die Institution Kirche wird von insgesamt mehr als einem Drittel aller Jugendlichen – unabhängig davon, ob konfessionell gebunden oder nicht – positiv gesehen: 69 % finden es gut, dass es die Kirche gibt (75 % der katholischen, 79 % der evangelischen und sogar 45 % der konfessionslosen Jugendlichen).

### **Bildung und Beruf**

Bildung und damit verbundener schulischer Erfolg schaffen wesentliche Grundlagen für das weitere Leben der Jugendlichen. Konnten wir in den letzten Jahren aufgrund gesellschaftlicher Weichenstellungen, wie die Verkürzung von Studienzeiten an deutschen Universitäten und die Einführung des achtjährigen Gymnasiums in den westdeutschen Bun-



desländern, eine beschleunigte Lebensphase Jugend ausmachen, die zu einer Erhöhung der Erwerbstätigenquote unter 12- bis 25-Jährigen führte, kehrt sich dieser Trend langsam um. Hierzu tragen erhöhte Quoten von Jugendlichen bei, die die Schulen mit Abitur oder Fachhochschulreife verlassen und die ein Studium aufnehmen. Dies führt zu einer Verlängerung der Bildungsetappen, so dass der Anteil der Erwerbstätigen unter den 12- bis 25-Jährigen von 2010 (23 %) bis heute (21 %) wieder leicht rückläufig ist, aber dennoch weit über dem Ausgangswert unserer Zeitreihe von 16 % im Jahr 2002 liegt.

In der Schullandschaft setzt sich in der Zwischenzeit der Trend zu einer Art zweigliedrigem Schulsystem weiter fort. Besuchte 2002 noch fast die Hälfte aller Schüler eine Haupt- oder Realschule, ist es inzwischen nur ein Viertel. Im Gegenzug haben in diesem Zeitraum vor allem das Gymnasium (41 % auf 47 %) als auch integrierte Schulformen (13 % auf 26 %) an Zulauf gewonnen. Zwischen Stadt und Land sind im Zugang zum Gymnasium inzwischen ebenfalls keine gravierenden Unterschiede mehr erkennbar.

### **Soziale Herkunft und Bildung korrelieren nach wie vor**

Mädchen besuchen deutlich häufiger das Gymnasium als Jungen (53 % zu 42 %). Noch gravierender und über die Zeit ebenfalls unverändert fallen die Unterschiede nach sozialer Herkunft aus. Während unter Jugendlichen aus der unteren Schicht (13 %) es nur eine kleine Minderheit an das Gymnasium schafft, ist es bei Jugendlichen aus der oberen Schicht (71 %) die breite Mehrheit.

Optimistisch sind die Jugendlichen in ihrer Einschätzung, wenn es um bevorstehende Unsicherheiten in der Bildungskarriere geht. So sind sich die Schüler in einer großen Mehrheit si-

cher, dass sie ihre unverändert hohen Bildungsaspirationen in Form der angestrebten Schulabschlüsse realisieren werden. Diese breite Mehrheit findet sich auch bei den Auszubildenden, wenn es um die Übernahme nach der Ausbildung geht, und noch stärker bei den Studierenden, wenn es darum geht, innerhalb eines Jahres nach dem Studium einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden.

Groß fällt dann aber der Kontrast bei den Jugendlichen aus, die bereits Brüche in ihrer Bildungskarriere erlebt haben. Exemplarisch haben wir dazu den Optimismus der Jugendlichen betrachtet. Jugendliche, die bereits kritische Bildungsereignisse erlebt haben, blicken nur zu 47 % und diejenigen, die Unsicherheiten in der Qualifikationsphase erwarten, sogar nur zu 30 % zuversichtlich in die Zukunft. Jugendliche, die von solchen Schwierigkeiten nicht berichten, sind hingegen zu 63 % zuversichtlich.

### **Erwartungen an den Beruf erweisen sich als sehr stabil – Sicherheit weiterhin an erster Stelle**

Bei den Erwartungen an die Berufstätigkeit dominiert weiterhin das Bedürfnis nach Sicherheit. Einen sicheren Arbeitsplatz halten 93 % der Jugendlichen für (sehr) wichtig. Ein Arbeitsplatz, für den die Jugendlichen nicht umziehen müssen, ist für sie dagegen deutlich seltener (sehr) wichtig (52 %). Für fast alle Jugendlichen (93 %) dürfen Familie und Kinder neben dem Beruf nicht zu kurz kommen.

Die Erwartungen an die Berufstätigkeit und deren Gestaltung lassen sich anhand von fünf Dimensionen zusammenfassen: Beim Thema **Nutzenorientierung** stehen ein hohes Einkommen und gute Aufstiegsmöglichkeiten im Vordergrund, aber auch genügend Freizeit neben der Berufstätigkeit spielt hier eine

Rolle. Bei der **Erfüllungsorientierung** steht die Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns im Erwerbsleben im Vordergrund. Zentrale Aspekte sind die Möglichkeiten, sich um andere zu kümmern und etwas Nützliches für die Gesellschaft zu tun. Die **Vereinbarkeit von Arbeit und Leben** umfasst den Wechsel auf Teilzeit, sobald Kinder da sind, und die Möglichkeit einer kurzfristigen Anpassung der Arbeitszeit an die eigenen Bedürfnisse. Die **Planbarkeit der Berufstätigkeit** bezieht sich auf die alltägliche Dimension des Erwerbslebens. Eine geregelte Arbeitszeit mit klar festgelegtem Beginn und Ende steht hier im Vordergrund. Zugleich geht es darum, für einen Job nicht unbedingt umziehen zu wollen. **Karriereorientierung** umfasst die Idee, dass Überstunden zur beruflichen Karriere dazugehören, und die Bereitschaft, am Wochenende zu arbeiten, wenn es zu einem entsprechenden Ausgleich unter der Woche kommt. Dies sind übrigens die beiden Aussagen mit den insgesamt geringsten Zustimmungswerten. Junge Männer betonen die Nutzenorientierung und die Karriereorientierung stärker, während jungen Frauen Erfüllungsorientierung, die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben sowie die Planbarkeit der Berufstätigkeit wichtiger sind.

Aus diesen fünf Aspekten des Berufslebens lassen sich vier Typen jugendlicher Berufsorientierung ableiten.

Den **Durchstartern** (32 %) ist in einem gewissen Maße alles zugleich wichtig. Sowohl Nutzen als aber auch Erfüllung sind für sie im Erwerbsleben zentral. Auch sind für sie die Möglichkeiten zur eigenen Karriere von wesentlicher Bedeutung. Vereinbarkeit der Arbeit mit weiteren Lebensinhalten und in einem etwas geringeren Maße die Planbarkeit sind ebenfalls positiv besetzt. Sie glauben eher als die anderen Gruppen an das Aufstiegsversprechen, durch harte Arbeit zum Erfolg zu kommen, und bewerten die Chancenverteilung in

Deutschland häufiger als die anderen als gerecht. Zugleich haben sie öfter das Gefühl, dass andere über ihr Leben bestimmen. Vielfalt anzuerkennen und zu respektieren, ist ihnen dabei durchaus wichtig. Hinsichtlich des eigenen Bildungshintergrundes und der sozialen Herkunft weichen die Durchstarter in ihrer Zusammensetzung nicht von der der anderen Jugendlichen ab. Auch wenn es um die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz geht, liegen sie im Durchschnitt.

Die **Idealisten** (21 %) stellen den Aspekt der Erfüllung eindeutig in den Vordergrund. Zugleich ist ihnen wichtig, dass der Beruf nicht ihr gesamtes Leben dominiert. Die alltägliche Planbarkeit und vor allem der Nutzen der Berufstätigkeit sind dagegen weniger wichtig. Ihre Bereitschaft zu flexiblen Arbeitszeiten und Überstunden ist eher moderat. Idealisten verfügen deutlich häufiger über bessere Schulabschlüsse. Zudem entstammen sie öfter der oberen Mittelschicht und oberen Schicht. Vor allem in den westlichen Bundesländern und bei Deutschen ohne Migrationshintergrund ist die idealistische Orientierung häufiger anzutreffen. Vielfalt anzuerkennen und zu respektieren, ist ihnen besonders wichtig. Wenig Sorgen bereitet ihnen das Thema Arbeitslosigkeit oder keinen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Idealisten berichten besonders selten von der Erfahrung, dass andere über ihr Leben bestimmen. Zugleich sehen sie seltener, dass es in Deutschland gerecht zugeht und Arbeit sich für sozialen Aufstieg wirklich lohnt.

Bei **Bodenständigen** (24 %) dominieren beim Beruf Nutzen und alltägliche Planbarkeit. Dem Wunsch nach Erfüllung stehen sie neutral gegenüber. Die Vereinbarkeit der Arbeit mit weiteren Lebensinhalten und vor allem eine Karriere sind ihnen weniger wichtig. Vermehrt in den westdeutschen Bundesländern anzutreffen, sorgen sie sich eher um ihren

Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Genauso wie die Idealisten schenken sie dem Aufstiegsversprechen durch harte Arbeit und der Vorstellung, dass es in Deutschland gerecht zugeht, weniger Glauben als die Durchstarter. Bei Bildung, Schichtenzugehörigkeit und Herkunft bildet diese Gruppe den Querschnitt der Bevölkerung ab. Im Gegensatz zu den anderen Gruppen stellen die jungen Männer eine deutlichere Mehrheit.

Die **Distanzierten** (23 %) fühlen sich von wesentlichen Aspekten des Berufslebens nicht richtig angesprochen. Dies gilt für Nutzen, Erfüllung und die Vereinbarkeit der Arbeit mit weiteren Lebensinhalten. Dagegen sind ihnen eine Karriere und vor allem die alltägliche Planbarkeit der Arbeit sehr wichtig. Die Distanzierten entstammen häufiger den niedrigeren Herkunftsschichten und sind weniger gut gebildet. Vor diesem Hintergrund sorgen sie sich ebenso wie die Bodenständigen um einen möglichen Verlust des Arbeits- oder Ausbildungsplatzes. Sie sind im Vergleich zu allen anderen Gruppen am wenigsten bereit, Vielfalt anzuerkennen und zu respektieren.

### **Sicherer Arbeitsplatz, genügend Freizeit und hohes Einkommen sind Prioritäten**

Im Rahmen der aktuellen Shell Jugendstudie haben wir ebenfalls erhoben, welche Aspekte der Berufstätigkeit Jugendlichen, wenn sie sich entscheiden müssen, jeweils am wichtigsten sind. Wenn sie also Prioritäten setzen sollen, dann bevorzugen die meisten Jugendlichen eher materielle Aspekte und die Sicherheit des Arbeitsplatzes und stellen die inhaltliche Wertigkeit ihrer Arbeit hinten. Der sichere Arbeitsplatz, die Erwartung, genügend Freizeit neben der Berufstätigkeit zu haben, und ein hohes Einkommen liegen bei der Abfrage nach

den Prioritäten weit vorne. Auch diese Haltung erscheint sehr pragmatisch. Im Vordergrund steht die unmittelbare Lebensplanung. Hierzu gehört neben dem zu realisierenden Einkommen die Sicherheit, den Übergang in den Beruf geschafft zu haben, sowie die Vereinbarkeit mit den weiteren Lebenszielen in Familie und Freizeit.

### **Freizeit**

Freizeit bietet Jugendlichen neben Erholung auch Raum zur Selbstentfaltung und sozialen Integration. Geselligkeit, Sport und Kreativität als Freizeitbeschäftigungen bleiben wichtig. Digitale Freizeitaktivitäten gewinnen aber weiterhin an Bedeutung.

Im Vergleich ist es Jugendlichen heute (55 %), anders als noch 2002 (62 %), nicht mehr ganz so häufig wichtig, sich mit Leuten zu treffen. Unternehmungen mit der Familie gehören für 23 % der Jugendlichen 2019 zu den häufigsten Aktivitäten in der Freizeit (2002: 16 %). Dies ist für Jugendliche also wichtiger geworden und korrespondiert mit dem zunehmend positiven Verhältnis zu den Eltern. 45 % der Jugendlichen streamen in ihrer Freizeit häufig Videos (2015: 15 %). Komplementär dazu hat das klassische Fernsehen an Bedeutung verloren (49 % auf 33 %). Die Bedeutung des Spielens an Konsole oder Computer (23 %) bleibt langfristig stabil. Vor allem für die 12- bis 14-jährigen Jungen ist diese Art des Gamens eine zentrale Freizeitbeschäftigung (57 %). Die Bedeutung von aktivem Sport bzw. Training (27 %) bleibt konstant, Freizeitsport (24 %) hat etwas an Beliebtheit verloren. Das Lesen von Büchern, vor allem aber von Zeitschriften oder Magazinen, ist Jugendlichen heute weniger wichtig als noch vor knapp 20 Jahren. Kreative oder künstlerische

rische Aktivitäten erfreuen sich bei jungen Frauen zunehmender Beliebtheit.

Die soziale Herkunftsschicht spielt eine bedeutende Rolle für das Freizeitverhalten: Jugendliche aus den unteren sozialen Schichten surfen häufiger im Netz, gamen oder sehen regelmäßiger fern als Gleichaltrige aus den höheren Schichten. Letztere liegen stattdessen bei »aktiven« Beschäftigungen wie Sport, Lesen oder Kreativität vorn.

In der Freizeit-Typologie bilden die **Medienfokussierten** mit 37% die größte Gruppe, vor allem beim Streaming und Gaming liegen diese Jugendlichen weit vor den anderen. Soziale Kontakte haben in der Freizeit der Medienfokussierten weniger Platz. In dieser Gruppe sind Jüngere und Männer (70%) überproportional vertreten. Die 31% **Familienorientierten**, bei denen Frauen mit 63% die Mehrheit bilden, zeichnen sich neben Unternehmungen mit der Familie auch durch klassischen Medienkonsum (Fernsehen, Zeitschriften, Bücher) aus. Von den **Geselligen** (17%) sind vier von fünf 18 Jahre oder älter – diese Gruppe hebt sich vor allem durch ihr abendliches Ausgehen (Clubs oder Partys, Bar oder Kneipe) von den anderen Jugendlichen ab. Die **Kreativ-engagiert Aktiven** (15%) sind deutlich häufiger als die anderen Jugendlichen kreativ oder künstlerisch unterwegs oder engagieren sich in einem Projekt, einer Initiative oder einem Verein. Sechs von zehn (62%) dieser Jugendlichen sind Frauen, die mittleren und höheren Schichten sind überdurchschnittlich vertreten. Mit zwei Drittel (68%), die Abitur bzw. fachgebundene Hochschulreife haben bzw. erreichen wollen, sind außerdem überdurchschnittlich viele gut Gebildete in dieser Gruppe anzutreffen.

## Wege ins Internet und Dauer der Internetnutzung

70% der Jugendlichen nutzen in erster Linie ihr Smartphone, wenn sie ins Internet gehen. An einem gewöhnlichen Tag sind sie laut Selbsteinschätzung durchschnittlich 3,7 Stunden im Internet. Weder nach Geschlecht, Alter noch sozialem Hintergrund sind hier auffällige Unterschiede zu erkennen, für alle Jugendlichen ist es Normalität, viel Zeit online zu verbringen.

Dabei ist das Internet für Jugendliche keineswegs ein reines Unterhaltungsmedium. An erster Stelle steht für sie Kommunikation: 96% sind mindestens einmal täglich in den sozialen Medien (Messengerdienste oder soziale Netzwerke) unterwegs. Zwar gehen 76% mindestens einmal am Tag aus Unterhaltungszwecken online (sei es für Musik, Videostreaming, Gamen oder Ansehen von Beiträgen von Personen, denen sie folgen), aber 71% suchen auch mindestens einmal täglich nach Informationen (allgemeiner Art, für Schule, Ausbildung oder Beruf oder über Politik und Gesellschaft). Deutlich seltener nutzen sie das Internet zur Selbstinszenierung, nur 12% stellen mindestens einmal täglich Fotos, Videos, Musik oder Blogbeiträge ins Netz.

## Bedenken und Verunsicherung

Geht es um ihre Meinung zum Internet und zu sozialen Netzwerken, überwiegen Bedenken und Verunsicherung: 60% finden es nicht gut, dass sie als Internetuser Teil eines Geschäftsmodells sind und Konzerne wie Facebook oder Google mit den Daten der Nutzer viel Geld verdienen. Ebenso viele (61%) befürchten, keine Kontrolle über die Daten zu haben, die man im Netz hinterlässt. Die Mehrheit der Jugendlichen sieht es auch so, dass es im Netz Hate Speech (58%)

oder Fake News (51%) gibt. Etwas weniger stark ausgeprägt ist die Angst, etwas zu verpassen, wenn man nicht ständig online ist. 40% sind der Meinung, dass man bei sozialen Netzwerken dabei sein muss, um mitzubekommen, was andere machen, und 38% geben an, ihnen würde plötzlich ihr halbes Leben fehlen, sollten sie ihr Smartphone verlieren. Auch wenn die Mehrzahl der Jugendlichen eine durchaus reflektierte Haltung zum Internet hat, führt dies nur bei vergleichsweise wenigen zu konkretem Tun: Lediglich ein Drittel (31%) überprüft die Datenschutzeinstellungen vor der Nutzung sozialer Netzwerke.

### Typologie der Internetnutzer

Jugendliche nutzen das Internet auf vielfältige Weise. Die Typologie der Internetnutzer veranschaulicht individuelle Nutzungsmuster und unterschiedliche Einstellungen: Ein Drittel (33%) gehört zu den **Unterhaltungs-Konsumenten**. Sie sind überdurchschnittlich aktiv in sozialen Medien und bei Unterhaltungsangeboten, aber zurückhaltend sowohl bei Informationsangeboten als auch mit eigenen Beiträgen. Mit täglich 4,0 Stunden sind sie etwas länger als der Durchschnitt im Netz. Die jüngste Altersgruppe ist in dieser Gruppe besonders stark vertreten. Die Unterhaltungs-Konsumenten sind etwas unkritischer und weniger achtsam beim Datenschutz als die durchschnittlichen Nutzer.

Die **Funktionsnutzer** (24%) sind fokussiert auf Messengerdienste, Informationssuche und die Nutzung des Internets für Schule, Ausbildung oder Beruf – hier sind sie überdurchschnittlich aktiv, andere Aktivitäten sind für sie weniger wichtig. Entsprechend verbringen sie mit 2,9 Stunden täglich weniger Zeit im Internet als der Durchschnitt. Innerhalb dieser Gruppe ist der Anteil an Frauen sowie der oberen sozialen Herkunftsschichten überdurchschnittlich hoch.

Die Funktionsnutzer sind überproportional kritisch und vorsichtig, was das Internet angeht. Sie zeigen auch weniger Anzeichen von Abhängigkeit als andere.

Die **Intensiv-Allrounder** (19%) sind überdurchschnittlich oft (4,3 Stunden täglich) und breit gefächert im Internet aktiv (vor allem was Informationen über Politik und Gesellschaft, Schule, Ausbildung oder Beruf angeht) – allerdings sehr zurückhaltend mit eigenen Beiträgen im Netz. In dieser Gruppe sind Ältere, Männer und Jugendliche mit höherem Bildungslevel sowie aus den oberen sozialen Herkunftsschichten überdurchschnittlich vertreten. Wie die Funktionsnutzer steht auch diese Gruppe dem Internet vergleichsweise kritisch gegenüber. Deutlich seltener als der Durchschnitt stimmen sie zu, dass man in sozialen Netzwerken dabei sein »muss«. Überdurchschnittlich häufig wünschen sie sich, dass man in Zukunft weniger online ist.

Die **Zurückhaltenden** (12%) sind mit 2,7 Stunden täglich von allen Gruppen am wenigsten online. Entsprechend nutzen sie die verschiedenen Aktivitäten seltener als der Durchschnitt. Bemerkenswert niedrig ist die Nutzung von sozialen Netzwerken und Messengerdiensten. Zwei Drittel (65%) der Zurückhaltenden sind junge Männer, 35% sind 12 bis 14 Jahre alt.

Die **Uploader** (12%) nutzen das Internet intensiv (täglich 4,3 Stunden) und vielseitig. Anders als bei allen anderen Gruppen steht bei ihnen aber die Selbstinszenierung im Vordergrund: Sie posten deutlich häufiger eigene Fotos, Videos oder Musik oder schreiben an einem Blog. Unter den Uploadern sind Jugendliche aus den unteren sozialen Herkunftsschichten sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund (44% im Vergleich zu durchschnittlich 30%) überdurchschnittlich häufig vertreten. Für Jugendliche mit Migrationshinter-



grund bietet das Internet offenbar eine Möglichkeit, auch Beziehungen zu Familienmitgliedern und Freunden außerhalb Deutschlands zu pflegen. Mehr als die anderen Gruppen zeigen die Uploader Anzeichen eines Abhängigkeitsverhältnisses von Internet und Smartphone. Sie fallen auch durch ihre recht unkritische Haltung auf: Nur 48 % finden es nicht gut, dass man als Internetnutzer Teil eines Geschäftsmodells ist (durchschnittlich 60 %). Auch wenn es um die Bewertung verschiedener Nachrichtenquellen geht, heben sich die Uploader von allen anderen Gruppen ab: Sie sind zum einen misstrauischer gegenüber Informationen in den klassischen Nachrichtenkanälen, vertrauen auf der anderen Seite aber weit mehr als alle anderen Jugendlichen Informationen auf YouTube, Facebook oder Twitter.

## Der qualitative Teil

Die Befunde im qualitativen Teil der Shell Jugendstudie zeigen, in welchem Ausmaß digitale Inhalte den Alltag der Jugendlichen durchdringen. Bei sehr vielen Jugendlichen fängt es beim Wachwerden durch das Smartphone als Wecker direkt am Bett an, das bei der Gelegenheit, einmal in die Hand genommen, für weitere Inhalte genutzt wird. Und es endet oftmals an gleicher Stelle abends im Bett, wenn kurz vor dem Einschlafen noch einmal letzte Neuigkeiten aus dem sozialen Nahbereich ausgetauscht werden. Das Smartphone ist dabei das universale Gerät im Alltag, mit dem sich eine Vielzahl an Anwendungen erschließen lässt. Die Gespräche mit den Jugendlichen verdeutlichen, dass bereits innerhalb der Altersgruppe der 12- bis 25-Jährigen große Unterschiede auftreten: Die ersten Erfahrungen mit der umfangreichen Nutzung digitaler Inhalte finden immer früher

statt. Die älteren Jugendlichen haben das Aufkommen des Smartphones noch im frühen Jugendalter selbst erlebt, während es für die jüngeren Jugendlichen quasi schon immer da war.

Die aktuelle Generation wuchs intuitiv und gleichsam kollektiv ins Digitale hinein – es »lag in der Luft«. Auch wenn sich die Eltern mittlerweile weitgehend selbstverständlich im Digitalen bewegen, so fühlen sich die Jugendlichen in dieser Hinsicht ihren Eltern überlegen. Die Schulen konnten mit diesem gestiegenen Interesse am Internet und an digitalen Inhalten zunächst nicht mithalten, erst jetzt beginnen sie, die Digitalisierung voranzutreiben.

WhatsApp hat sich in den letzten Jahren zu dem Kommunikationsnetzwerk schlechthin entwickelt: Es ist unabdingbar, wenn man im sozialen Nahbereich auf dem Laufenden bleiben will. Alle befragten Jugendlichen nutzen es, selbst die Datenschutz-Besorgten, und niemand kennt jemanden, der es oder etwas Vergleichbares nicht anwendet. Man verabredet sich über WhatsApp, bei Terminen gilt es, zügig zu antworten. In der Regel verfügen die Jugendlichen über 30 bis 50 Kontakte, regelmäßig gechattet wird mit fünf bis 20 Personen. Für Partnerschaften, insbesondere Fernbeziehungen, spielt WhatsApp eine beziehungserhaltende Rolle. Die meisten Jugendlichen sind über einen Familienchat mit ihren Eltern in Kontakt. Durch einen oder zumeist mehrere Gruppenchats wird die Zahl der Nachrichten drastisch erhöht. Die zweitwichtigste Plattform ist YouTube. Man sieht oder tauscht Videos, hört Musik, konsumiert Serien, Dokumentationen und Nachrichten. Alle Jugendlichen googeln, und zwar im Durchschnitt vier- bis fünfmal täglich, um einer spontan auftauchenden Frage nachzugehen.

## **Blick auf Gesellschaft findet bevorzugt online statt**

Auch um sich über Nachrichten und Gesellschaft zu informieren, nutzen Heranwachsende vor allem digitale Kanäle. Klassische Kanäle haben es in diesem Umfeld weitestgehend kostenloser und jederzeit zur Verfügung stehender Informationen schwer, sich bei den Jugendlichen zu behaupten.

Influencer können für Jugendliche aller Altersgruppen Vorbilder sein. Gemäß ihren eigenen Interessen folgen Jugendliche dabei dem Content ausgewählter Menschen. Dies wird als authentisch erlebt. Zugleich blicken nicht nur ältere Jugendliche kritisch auf das Thema Influencer-Marketing. Sie haben eine klare Vorstellung davon, wie das Ganze läuft, und bewerten es vor allem als problematisch, sobald junge Teenager als leichter beeinflussbare Zielgruppe definiert werden. Dabei gibt es sehr kontroverse Ansichten dazu, ob das Geld, das sich als Influencer verdienen lässt, gerechtfertigt ist. Die Meinungen reichen von der Auffassung, dass es der Traum eines jeden sei, so etwas zu erreichen, über die Anerkennung der Leistung, sich mit dem eigenen Inhalt eine so große Reichweite aufzubauen, bis hin zur Ablehnung solcher Erscheinungsformen, da sie in keinem Verhältnis zu den Verdienstmöglichkeiten in sozialen Berufen stehen.

Der Online-Einkauf ist für Heranwachsende jeden Alters durchaus naheliegend. Ortsunabhängige Verfügbarkeit und die Möglichkeit, in Ruhe Preise vergleichen zu können, sind hier

unschlagbare Argumente für diese Art der Warenbeschaffung. Dennoch gibt es ebenso Jugendliche, die das Einkaufserleben bevorzugen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass die Jugendlichen dieses Erleben durch Nutzung digitaler Inhalte gut vorbereitet haben.

Beim Thema Datenschutz dominiert unter Jugendlichen eher ein Schultersucken. Es ist nicht so sehr ein fehlendes Bewusstsein für das Thema, das die jungen Menschen kennzeichnet. Sie sind sich über die vielfältigen Spuren, die sie digital hinterlassen, durchaus im Klaren. Vielmehr dominiert eine gewisse Bequemlichkeit, die verhindert, das eigene Verhalten zu ändern, zumal sie bei dem Versuch ganz schnell an Grenzen stoßen, wenn im Freundeskreis nicht mitgezogen wird.

## **Methodik**

Die 18. Shell Jugendstudie 2019 stützt sich auf eine repräsentativ zusammengesetzte Stichprobe von 2.572 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren, die von geschulten Kantar-Interviewern zu ihrer Lebenssituation und zu ihren Einstellungen und Orientierungen persönlich befragt wurden. Die Erhebung fand auf Grundlage eines standardisierten Fragebogens im Zeitraum von Anfang Januar bis Ende März 2019 statt. Im Rahmen der qualitativen Studie wurden rund zweistündige vertiefende Interviews mit 20 Jugendlichen dieser Altersgruppe durchgeführt.

# Abkommen von Paris

Bei der [UN-Klimakonferenz](#) in Paris (Frankreich) im Dezember 2015 einigten sich 197 Staaten auf ein neues, globales Klimaschutzabkommen. Das Abkommen trat am 4. November 2016 in Kraft, nachdem es von 55 Staaten, die mindestens 55 Prozent der globalen Treibhausgase emittieren, ratifiziert wurde. Mittlerweile haben 180 Staaten das Abkommen ratifiziert (Stand September 2018), darunter auch die Europäische Union (EU) und Deutschland (Ratifikation am 5. Oktober 2016).

Das Abkommen von Paris bildet ein anspruchsvolles Klimaregime mit universeller Geltung und völkerrechtlichen Pflichten für alle Staaten. Bis zur 24. [UN-Klimakonferenz](#), die im Dezember 2018 in Kattowitz (Polen) stattfindet, sollen viele weitere Detailregelungen ausgearbeitet und verabschiedet werden. Etwa zur Frage, wie die verschiedenen nationalen Klimaschutzanstrengungen transparent gemacht und überprüft werden können.

Die vormals starre Zweiteilung in Industrieländer einerseits und Schwellen- und Entwicklungsländer andererseits wurde erstmals in einem multilateralen Klimaabkommen aufgebrochen. Das Abkommen betont die gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten.

Das Abkommen von Paris verfolgt drei Ziele:

- Die Staaten setzen sich das globale Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf "deutlich unter" zwei Grad Celsius zu begrenzen mit Anstrengungen für eine Beschränkung auf 1,5 Grad Celsius.
- Die Fähigkeit zur Anpassung an den Klimawandel soll gestärkt werden und wird neben der Minderung der Treibhausgasemissionen als gleichberechtigtes Ziel etabliert.
- Zudem sollen die Finanzmittelflüsse mit den Klimazielen in Einklang gebracht werden.

Der weltweite Scheitelpunkt der Treibhausgasemissionen soll so bald wie möglich erreicht werden. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgasemissionen und deren Abbau durch Senken (Treibhausgasneutralität) erreicht werden.

Zur Erreichung der Ziele legen die Staaten ihre nationalen Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions) selbst fest. Um die Erfüllung der Ziele sicherzustellen, findet alle fünf Jahre, beginnend 2018, eine globale Bestandsaufnahme statt. Die nationalen Klimaschutzbeiträge müssen ab 2025 alle fünf Jahre fortgeschrieben und gesteigert werden („Ambitionsmechanismus“). Alle Staaten werden darüber hinaus aufgefordert, bis 2020 Langfriststrategien für eine treibhausgasarme Entwicklung vorzulegen.

Entwicklungsländer werden bei Minderung und Anpassung von den Industrieländern durch Technologieentwicklung und -transfer, durch Kapazitätsaufbau sowie durch finanzielle Hilfe unterstützt. Der bestehende ➔ [Technologiemechanismus](#) soll internationale Kooperationen zur Minderung von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel beschleunigen. Die im Rahmen des

Technologiemechanismus eingerichteten nationalen Kontaktstellen ([↗ National Designated Entities](#)) bilden dafür eine der Grundlagen. Der Technologiemechanismus wird in Artikel 10 des Pariser Abkommens bestätigt und soll weiter ausgebaut werden.

Die [↗ deutsche Kontaktstelle](#) ist im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie verankert. Seit dem 20. Juni 2016 werden die Aufgaben der deutschen Kontaktstelle in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch eine Geschäftsstelle wahrgenommen.

Die 2009 im Rahmen der Weltklimakonferenz in Kopenhagen gegebene Zusage, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimafinanzierung bereitzustellen, wird bis 2025 fortgeschrieben. Für die Zeit danach sollen ein neues Ziel festgelegt und der Geberkreis erweitert werden.

## Klimaschutzziele: Wichtige Orientierung für die Industrie

Das Abkommen von Paris und das anspruchsvolle Langfristziel bieten eine wichtige Orientierung auch für die deutsche Industrie. Eine langfristig verlässliche, transparente und nachvollziehbare Ausgestaltung der Klimapolitik ist Voraussetzung für künftige erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung.

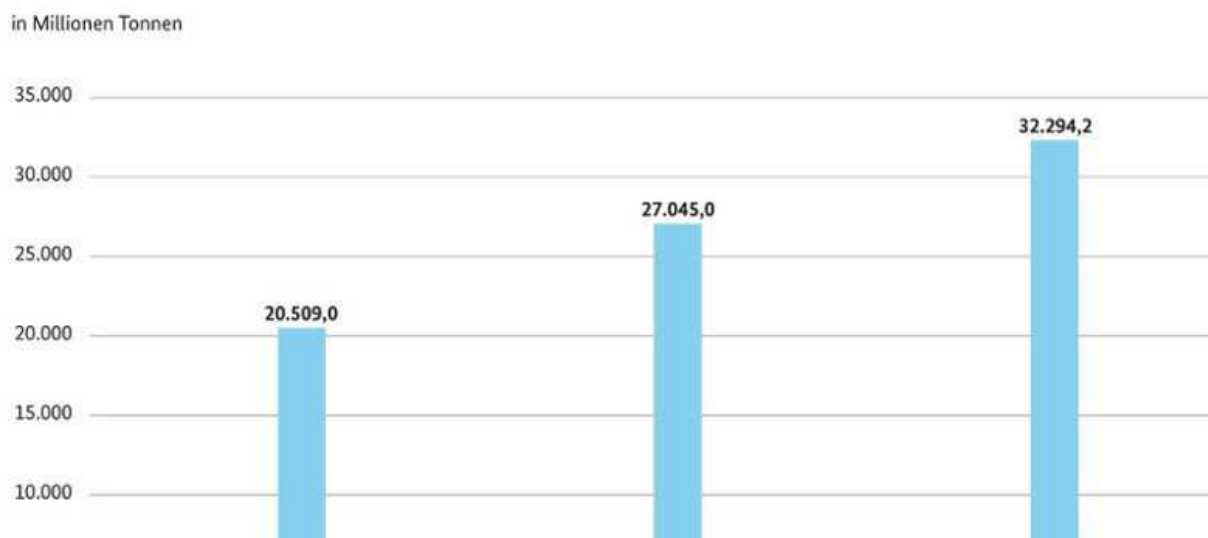
Der Technologiemechanismus verbessert gleichzeitig durch seine umfassenden Analysen und das die meisten Staaten umfassende globale Netzwerk die Chancen für Unternehmen, ihre Produkte zur Treibhausgasmindering und zur Anpassung an den Klimawandel in internationale Kooperationen einzubringen.

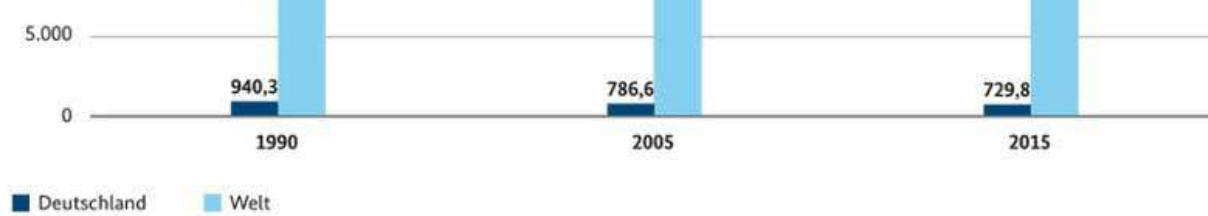
Es müssen noch viele konkrete Beschlüsse zur Umsetzung getroffen werden. Bei allen Maßnahmen, die sich aus der Umsetzung des Abkommens von Paris ergeben, sollen der Wirtschaft möglichst keine zusätzlichen bürokratischen oder finanziellen Belastungen entstehen und weiterhin ein "level playing field" im internationalen Kontext gewahrt bleiben.

## Treibhausgasreduzierungen Deutschlands im Gegensatz zum weltweiten Anstieg der Treibhausgasemissionen

In Deutschland werden von der Industrie große Anstrengungen unternommen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. Im Zeitraum 1990-2015 hat Deutschland seine CO<sub>2</sub>-Emissionen insgesamt um 22,4 Prozent verringert; weltweit sind diese jedoch im gleichen Zeitraum um rund 57,5 Prozent angestiegen.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig neben der nationalen Klimaschutzpolitik vor allem globale Lösungen unter Einbeziehung der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer anzustreben. ([Infografik PDF: 286 KB](#)).





© Internationale Energieagentur (CO2 Emissions from Fuel Combustion 2017 – Highlights)

Andernfalls kann es zu einem Export von Treibhausgasemissionen und einer Verlagerung von Arbeitsplätzen aus den Vorreiterstaaten in Länder mit weniger ambitionierten Klimaschutzbemühungen (Carbon Leakage[1]) kommen. Die derzeit eingesetzten klimapolitischen Instrumente müssen daher mit entsprechenden Vorkehrungen versehen werden, dass es dazu nicht kommt.

Das Risiko der Verlagerung der Produktion in Länder mit weniger strikten Umweltauflagen nimmt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ernst. Den Blick nur auf nationale oder regionale Klimaschutzziele zu richten - ohne internationale Rückwirkungen zu berücksichtigen - dient nicht dem globalen Klimaschutz.

[1] Carbon-Leakage: Wörtlich: "Kohlenstoff-Leckage". Das Schlagwort umschreibt das Risiko, dass aufgrund zu strenger EU-Vorgaben im Emissionshandel Unternehmen ihre Standorte aus der EU herausverlagern in Staaten ohne vergleichbare Klimaschutzstandards. Es droht allerdings nicht nur Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Quellen - mit der Industrie werden zugleich auch Arbeitsplätze verlagert.

## Verwandte Themen

[Europäische und internationale Energiepolitik](#) [Umweltschutz](#) [Elektromobilität](#) [Nachhaltigkeit](#)

[Rohstoffe und Ressourcen](#) [Industriepolitik](#) [Bündnis "Zukunft der Industrie"](#) [Europäische Industrie](#) [+ weitere anzeigen](#)



© 2020 BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

[MEDIENRAUMKONTAKT](#) [IMPRESSUM](#) [BARRIEREFREIHEIT](#) [DATENSCHUTZ](#)

